Wegweiser zur Geschichte

Demokratische Republik Kongo

3. Auflage

MGFA

Schöningh

Anregungen, Nachfragen und Kritik richten Sie bitte an:

Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA)
Modul Einsatzunterstützung
Dr. Bernhard Chiari
Zeppelinstraße 127/128
14471 Potsdam

Telefon (0331) 9714 400
BwKz (90) 8529 400
Fax (0331) 9714 507
E-Mail mgfapresseeingang@bundeswehr.org

Demokratische Republik Kongo

Wegweiser zur Geschichte

Herausgegeben vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Wegweiser zur Geschichte

Demokratische Republik Kongo

Im Auftrag des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
herausgegeben von
Bernhard Chiari
und
Dieter H. Kollmer

unter Mitarbeit von
Magnus Pahl

Dritte, überarbeitete Auflage

FERDINAND SCHÖNINGH 2008
Paderborn • München • Wien • Zürich

Umschlagabbildung: Anhänger Joseph Kabilas feiern die Bestätigung des Ergebnisses der Präsidentenwahlen durch den Obersten Gerichtshof am 27. November 2006. (picture-alliance/dpa)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem und alterungsbeständigem Papier ISO ♾ 9706

3., überarb. Aufl.
© 2008 Ferdinand Schöningh, Paderborn
(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG,
Jühenplatz 1, D-33098 Paderborn)

Internet: www.schoeningh.de

Redaktion, Lektorat, Satz, Layout: MGFA, Potsdam
Lektoren: Michael Thomae, Alexander Kranz, Ulrike Lützelberger, Aleksandar-S. Vuletić
Druck: SKN Druck und Verlag GmbH & Co., Norden

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Printed in Germany

ISBN: 978-3-506-75745-6

Inhalt

Vorwort **7**
Einleitung **8**

I. Historische Entwicklungen

Geschichtsloses Afrika? Das Königreich Kongo vor der Entdeckung durch die Portugiesen 1482 ..... **13**
Bernhard Chiari

Zeitalter der Entdeckungen: Die Portugiesen vor der Küste Westafrikas **21**
Martin Rink

Deutscher Einfluss am Kongo **29**
Wolfgang Petter

Kongo-Freistaat und Belgisch-Kongo: Die belgische Kolonialherrschaft 1885 bis 1960 ..... **39**
Dieter H. Kollmer

Das autoritäre Regime unter General Joseph Désiré Mobutu: Ein Symbol des Kalten Krieges **49**
Helmut Strizek

Ruanda 1994: Der Hutu-Genozid und seine Auswirkungen auf Äquatorialafrika **65**
Peter Hazdra

Das Kriegsgeschehen im Kongo seit 1994 ..... **71**
Denis Tull

Die Afrikanische Sicherheitsarchitektur **79**
Wolf Kinzel

Die Europäische Union und Zentralafrika **87**
Sven Grimm

Zur Konfliktlage in der Demokratischen Republik Kongo im Frühjahr 2008 ..... **95**
Volker Ressler

II. Strukturen und Lebenswelten

Regionale Anarchie als internationales Problem **103**
Volker Matthies

Aktuelle Konfliktlösung in der
Demokratischen Republik Kongo 111
Denis Tull
Friedensbemühungen der UNO 117
Thomas Breitwieser
»Stammesstrukturen«?
Die Frage der ethnischen Zuordnung 127
Eric Muller
Vom Schicksal geeint?
Nationale Identität und regionale Vielfalt 135
Dominic Johnson
Pfeiler des Alltagslebens: Lokale Initiativen
und zivilgesellschaftliche Gruppen 141
Christiane Kayser
Zur Situation der katholischen Kirche
in der Gesellschaft 149
Marco Moerschbacher
Die Immunschwäche AIDS als umfassende Bedrohung 157
Sarah Tietze
Der Fluch des Rohstoffreichtums:
Wirtschaft und Bodenschätze 163
Rainer Tetzlaff
Die kongolesische Literatur zwischen mündlicher
Tradition und französischen Einflüssen 173
Bernhard Chiari
Kinshasa: Porträt einer Stadt 181
Dominic Johnson

Serviceteil
Richard Göbelt

Geschichte im Überblick 186
Kalender 200
Erinnerungsorte 202
Literatur und neue Medien 207
Register 210

Vorwort

Die erste Auflage des vorliegenden Bandes konzipierte das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) unmittelbar vor dem Einsatz der EUFOR RD Congo. Mit dieser Mission half die Europäische Union 2006 dabei, in der Demokratischen Republik Kongo die Wahlen zum Parlament und für das Amt des Staatspräsidenten abzusichern. Das Einsatzkontingent der Bundeswehr nutzte den »Wegweiser zur Geschichte« intensiv zur Aus- und Weiterbildung, im Buchhandel fand er – als eine der wenigen deutschsprachigen Publikationen zur Demokratischen Republik Kongo überhaupt – zahlreiche Abnehmer. Dies macht knapp anderthalb Jahre nach dem Ende der EU-Mission bereits die dritte Auflage des Buches notwendig, und ich freue mich mit den Herausgebern über diesen Erfolg.

Alle Aufsätze des Bandes sowie der Anhang wurden aktualisiert und ergänzt. Der Leser findet Betrachtungen über das militärische, politische und wirtschaftliche Engagement der Europäischen Union in Zentralafrika, ebenso wie Ausblicke auf die Zukunft der Demokratischen Republik Kongo nach Klärung der politischen Machtverhältnisse im Sommer 2006. Ein für diese Auflage neu erstellter Kurzbeitrag lässt die deutsche Beteiligung an der EUFOR RD Congo Revue passieren, die EU-Geschichte geschrieben hat und mittlerweile selbst Geschichte ist. Schließlich beleuchten die Autoren in kritischer Weise auch die nach wie vor bestehenden gravierenden Probleme des Landes und – insbesondere im Osten – die immer wieder ausbrechende Gewalt mit massenhaftem Tod und Flüchtlingselend.

Neben den an den ersten beiden Auflagen beteiligten Personen danke ich Hauptmann Magnus Pahl (MGFA) für seine inhaltliche und redaktionelle Arbeit. Vor allem aber gilt mein Dank den Autorinnen und Autoren, die sich zur Überarbeitung ihrer Beiträge bereit gefunden haben. Dem vorliegenden Buch wünsche ich weiterhin viel Erfolg und eine zahlreiche Leserschaft.

Dr. Hans Ehlert
Oberst und Amtschef des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

Einleitung

Am 30. Juli 2006 wählten die Einwohner der Demokratischen Republik Kongo einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament. Wie groß die Hoffnungen waren, die die Menschen mit der Abstimmung verbanden, zeigte die hohe Wahlbeteiligung von bis zu 85 Prozent in den Städten. Aus den ersten freien Wahlen nach 46 Jahren ging Joseph Kabila mit 58 Prozent der abgegebenen Stimmen (Stichwahl vom 29. Oktober 2006) als Sieger hervor. Kabila wurde am 6. Dezember in das Amt des Staatspräsidenten eingeführt.

Zur Absicherung der Abstimmung hatten die Vereinten Nationen (UN) die Europäische Union (EU) um Unterstützung für die seit 1999 laufende Mission MONUC (Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo) gebeten, die bis heute mit rund 17 000 Blauhelmsoldaten in der Demokratischen Republik Kongo operiert. Zum 2000 Mann starken Einsatzkontingent EUFOR RD Congo gehörten auch 780 deutsche Soldatinnen und Soldaten. 370 waren in Kinshasa stationiert, die übrigen 410 standen auf einem Stützpunkt im 1000 km von Kinshasa entfernten Libreville (Gabun) als Eingreifreserve bereit. Das EU-Hauptquartier in Potsdam (European Union Operation Headquarters, EU OHQ) übernahm erstmalig die Führung eines autonomen Militäreinsatzes.

Das Engagement der Union galt mit der Demokratischen Republik Kongo einem Land, das sechsmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland ist, mit rund 53 Millionen Einwohnern (2003) zu den bevölkerungsreichsten Staaten Afrikas zählt und unter zahlreichen Bürden leidet, die bislang einen Großteil der Einwohner von Sicherheit und Wohlstand trennen. Lange Jahre des Krieges trugen zu diesem Zustand ebenso bei wie Korruption, Misswirtschaft, Gewalt, ethnische Konflikte und wirtschaftliche Verteilungskämpfe. Milizen, Machthaber der Provinzen und andere innerkongolesische Akteure, aber auch ausländische Wirtschaftsunternehmen verfolgen im Kongo ihre Interessen. Die Last von Ausbeutung und Terror trägt die Bevölkerung, die in etwa 250 ethnische Gruppen und fast ebenso viele Sprachen zerfällt.

Die Operation der EU zur Absicherung der Wahlen von 2006 konnte lediglich einen begrenzten Beitrag für den Versuch leisten, im Kongo Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und »Good Governance« zu fördern. Mit militärischen Maßnahmen allein kann dieses Ziel nicht erreicht werden, militärisches Engagement ermöglicht und unterstützt jedoch die dringend benötigte politische und wirtschaftliche Arbeit staatlicher oder überstaatlicher Organisationen.

Um die Schwierigkeiten internationaler Stabilisierungsversuche für den Kongo zu verstehen, ist ein umfassender Ansatz notwendig. Das schließt die Betrachtung historischer Entwicklungen mit ein, muss aber auch das ethnische und kulturelle Umfeld und insbesondere die ökonomischen Rahmenbedingungen von Konflikten umfassen. Diesem Anspruch trägt der »Wegweiser zur Geschichte« Rechnung.

Der erste, chronologisch gegliederte Themenblock behandelt die historische Entwicklung des Landes. Bernhard Chiari stellt zunächst die Frage, wie die Gesellschaften im Kongobecken organisiert waren, bevor dort 1482 portugiesische Seeleute eintrafen, und welches die Besonderheiten afrikanischer Geschichte insgesamt sind. Martin Rink beschreibt, wie Portugal seit der Frühen Neuzeit das westafrikanische Küstenland erschloss. Die dadurch hervorgerufenen wirtschaftlichen und politischen Revolutionen wirken bis heute fort. Wolfgang Petter und Dieter H. Kollmer schildern anschließend das deutsche Engagement am Kongo bis zum Ersten Weltkrieg sowie die Zeit der belgischen Kolonialherrschaft zwischen 1885 und der Unabhängigkeit 1960.

Die Entstehung eines selbständigen Staates mündete in Kriege und Bürgerkriege. Helmut Strizek analysiert das autoritäre Regime von General Joseph Désiré Mobutu und die Machtkämpfe der 1960er bis 1990er Jahre, welche ungezählte Opfer unter der Bevölkerung forderten und das Land herunterwirtschafteten. Peter Hazdra thematisiert den Völkermord an 800 000 Tutsi und oppositionellen Hutu 1994 in Ruanda, dessen Hintergründe bis heute nicht vollständig geklärt sind, und seine Auswirkungen auf den westlichen Nachbarn Zaire. Den Auseinandersetzungen im Land nach dem Ende der Ära Mobutu widmet sich Denis Tull. Wolf Kinzel und Sven Grimm behandeln die europäischen Interessen in Afrika sowie die Versuche der afrikanischen Staaten,

Pendants zu den politischen und den Sicherheitsstrukturen in Europa zu schaffen. Sebastian Grumer blickt in einem Kurzbeitrag zurück auf den militärischen Einsatz der EUFOR RD Congo. Der erste Abschnitt schließt mit einer Analyse Volker Resslers zur aktuellen Konfliktlage (Frühjahr 2008) in Kinshasa und in den Provinzen, die in kritischer Weise die Möglichkeiten und Grenzen von Stabilisierung und Friedenssicherung aufzeigt.

Der zweite Abschnitt des Buches ist überschrieben mit »Strukturen und Lebenswelten«. Er gewährt Einblicke in politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Problemfelder. Einleitend erörtert Volker Matthies, wie verbreitet das Phänomen der »Failing States« auf dem schwarzen Kontinent ist. Denis Tull zeichnet die Auswirkungen von Entwicklungen in der Demokratischen Republik Kongo auf das internationale Umfeld nach. Die Maßnahmen, die die Weltgemeinschaft seit über vierzig Jahren zur Unterstützung des »Nationbuilding« und »Peacekeeping« leistet, beschreibt Thomas Breitwieser.

Um die Gesellschaft des Kongo zu begreifen, ist das Verständnis der ethnischen Strukturen grundlegend. Eric Muller vermittelt einen Eindruck von der überraschend großen Vielfalt an Sprachen und ethnischen Gruppen. Dominic Johnson stellt die Frage nach der Identität und dem Selbstverständnis der Menschen im Kongo. Hier überlagern sich vielfältige Kriterien wie ethnische Herkunft oder die Zugehörigkeit zu einer Provinz und laufen zum Teil einem »kongolesischen Nationalbewusstsein« zuwider. Dem Fehlen funktionierender staatlicher Strukturen wendet sich Christiane Kayser zu. Sie schildert, wie lokale Gruppen das Alltagsleben insbesondere in den ländlichen Regionen organisieren. Eine wichtige Rolle, vor allem für die Schulen, die ärztliche Grundversorgung und die Sozialdienste, übernehmen auch die Kirchen im Land, die anschließend Marco Moerschbacher behandelt. Sarah Tietze analysiert die Verbreitung von HIV-Aids und den Umgang mit dieser afrikanischen Pandemie. Die Krankheit zählt im Kongo zu den gesamtgesellschaftlichen Problemen erster Ordnung.

Auf den »Fluch des Rohstoffreichtums« verweist Rainer Tetzlaff: Seit Jahrzehnten kommen die immensen Bodenschätze in Zaire bzw. in der Demokratischen Republik Kongo weder der Bevölkerung noch der Ökonomie des Landes zugute. Die Erlöse

fließen vielmehr über dunkle Kanäle in die Taschen von Einzelpersonen oder ausländischen Gesellschaften, die häufig mit der organisierten Kriminalität in Verbindung stehen. Es ist kein Zufall, dass die Krisenprovinzen im Osten und Süden des Landes gleichzeitig die Regionen mit den reichsten Vorkommen an Rohstoffen wie Kupfer und Edelmetallen sind.

Die beiden folgenden Aufsätze zeigen eine andere Seite der Demokratischen Republik Kongo: Im 20. Jahrhundert entstand hier eine französischsprachige Literatur, die zunehmend auch im Ausland wahrgenommen wird. Bernhard Chiari verbindet europäische Einflüsse mit den afrikanischen Erzähltraditionen einer lange Zeit schriftlosen Gesellschaft. Dominic Johnson porträtiert abschließend die Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, Kinshasa, von der eine verbreitete Redensart besagt, sie sei lange schon von »Kin la belle« (Kinshasa die Schöne) zur »Kin la poubelle« (Kinshasa der Mülleimer) verkommen. Den Besucher erwartet eine widersprüchliche Metropole, in der täglich neue Ankömmlinge aus den Provinzen ihr Glück suchen, während Wirtschaft und Infrastruktur weitgehend zusammengebrochen sind.

Um den Zugang zu komplexen Sachverhalten zu erleichtern, enthält der Band neben sechs Karten einen dritten Abschnitt mit Zeittafel, Literaturhinweisen, einer Sammlung wichtiger Gedenk- und Feiertage und Erinnerungsorte sowie einem Namen- und Sachregister. Schlüsselbegriffe sind in den Texten in farbig hinterlegten Infokästen erläutert. Ständig aktualisierte Internettipps sowie alle Textbeiträge der Reihe »Wegweiser zur Geschichte« im PDF-Format finden Sie auf der Seite <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/>.

Dr. Bernhard Chiari
Oberstleutnant Dr. Dieter H. Kollmer

pa/akg

Die Geschichte des Kongo war lange Zeit beeinflusst von den Sichtweisen der Kolonialära. Missionare und Kolonialbeamte betrachteten das Land unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Ausbeutung und legten in ihren Beurteilungen europäische Maßstäbe an. Tatsächlich fehlten neben einer Schriftkultur im Kongo auch Formen von Wirtschaft und Staat, wie sie sich in Europa entwickelt hatten. Darum wurden der Kongo und ganz Afrika meist als »rückständig« beschrieben. Allerdings trafen am Lauf des Kongo schon die Portugiesen 1482 auf ein hoch entwickeltes Königreich, das zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 100 Jahre bestand. Seine Herrscher traten den ersten Europäern selbstbewusst entgegen und konnten auf Formen der Herrschaft und Machtausübung zurückgreifen, die im Vergleich mit zeitgenössischen europäischen Staatswesen durchaus »moderne« Züge trugen. Die romantisierende Abbildung von 1885 zeigt Kongo-Krieger und die Küste von Belgisch-Kongo. Es handelt sich um das Titelblatt des Notendrucks »Au Congo«, eines Walzers von G. Ludovic, Op. 93, Brüssel 1885.

Geschichtsloses Afrika? Das Königreich Kongo vor der Entdeckung durch die Portugiesen 1482

Anders als in Ägypten oder Äthiopien gab es im heutigen Kongo bis zum Eintreffen der Portugiesen im 15. Jahrhundert keine schriftliche Hochkultur. Die Entwicklung der Region im Mittelalter verlief unabhängig von den an das Mittelmeer angrenzenden ehemaligen afrikanischen Provinzen des Römischen Reiches. Im mittelalterlichen Deutschland war Zentralafrika ein nahezu weißer Fleck auf den Weltkarten. Europäische Mönche malten sich noch im 14. und 15. Jahrhundert afrikanische Traumländer aus, in denen einäugige Menschen oder solche mit drei Gesichtern, einem Bein und Löwenköpfen hausten und ein sagenhafter Riesenvogel namens Rock ausgewachsene Elefanten durch die Lüfte trug. Umgekehrt hielten die Menschen am Kongo die ersten weißen portugiesischen Matrosen wahrscheinlich für Geister ihrer Ahnen, da sie glaubten, die Haut von Verstorbenen verfärbe sich beim Übergang ins Totenreich kalkweiß.

Unsere Kenntnisse über die frühe Vergangenheit Äquatorialafrikas verdanken wir vor allem Reiseberichten und Missionszeugnissen der Kolonialzeit. Die Aufzeichnungen portugiesischer Entdecker und Missionare (vgl. den Beitrag von Martin Rink) sind allerdings Momentaufnahmen, die oft nur oberflächliche Eindrücke und Begegnungen wiedergeben. Frühe Zeugnisse zum Kongo vermitteln eine recht detaillierte Vorstellung vom Stand des Handwerks und des Ackerbaus, von dem Aussehen der Siedlungen und Häuser, von Kleidung und Ernährung oder von der Form öffentlicher Feste. Die Funktionsweise politischer und gesellschaftlicher Systeme, formelle und informelle Regeln des Zusammenlebens in Familien- und Stammesverbänden hingegen bleiben meist ebenso im Dunkeln wie kulturelle Wertesysteme oder religiöse Vorstellungen. Berichte aus der frühen Kolonialzeit geben zudem sehr stark die Ziele, Perspektiven und Erwartungen der jeweiligen Verfasser wieder, sodass sie über die kolonialen Unternehmungen manchmal mehr aussagen als über die vorgefundenen Gebiete.

Bauliche Überreste sind selten, denn aufgrund der klimatischen Bedingungen in Afrika bestand kaum die Notwendigkeit, Steinbauten zu errichten. Erst seit dem 19. Jahrhundert haben archäologische Funde unser Bild des Kongo langsam ergänzt. Historiker wie der Belgier Jean Cuvelier und einheimische Forscher wie Petelo Boka sammelten seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts systematisch mündliche Erzählungen oder sogenannte Herrscherlisten (Verzeichnisse der Könige) und werteten sie aus. Insgesamt aber lädt die von Europäern geschriebene Geschichte Äquatorialafrikas bis heute dazu ein, unreflektierte Vorstellungen vom »chaotischen«, »dunklen« Kontinent weiter fortzuschreiben, der angeblich erst durch den Einfluss Europas gesellschaftliche und staatliche Strukturen entwickelt habe. Die Abwesenheit schriftlicher Überlieferung bedeutet für das frühe Afrika jedoch nicht die Abwesenheit von Geschichte.

Das Königreich Kongo

Als die Portugiesen 1482 die Kongomündung entdeckten, fanden sie ein Königreich vor, das bereits seit mehr als hundert Jahren existierte. Es bestand bis ins 19. Jahrhundert fort. Erster nachweisbarer Herrscher war Nimi a Nzima, der um 1350 vom Südufer des Kongoflusses aus seinen Einflussbereich ausdehnte. Das von ihm begründete Reich hatte bei der Ankunft der Portugiesen eine Fläche von 300 000 Quadratkilometern und umfasste damit große Teile der heutigen Demokratischen Republik sowie der Republik Kongo, außerdem Teile Nordangolas. Hier siedelten vor allem der Bantu-Sprachfamilie zugehörige Afrikaner, die bis zum Jahr 1000 in die Region vorgedrungen waren. (Bantu bedeutet »Mensch«; die Bantu-Sprachen stehen sich als Untergruppe der Niger-Kongo-Sprachen etwa so nahe wie die romanischen Sprachen Europas.) Das Volk der Kongo (oder Bakongo) baute Hirsesorten, Bohnen, Sorghum (Brotgetreide) und klassische afrikanische Gemüsesorten an. Als Haustiere hielt man hauptsächlich Ziegen, Hühner und Hunde. Von eher untergeordneter Bedeutung für den Lebensunterhalt war die Jagd. Die Bewohner des Königreichs Kongo kannten weder Rad noch Schrift, doch schmiedeten sie hochwertigen Schmuck aus Kupfer

und Waffen aus Eisen – übrigens ein Privileg des Adels, da der Überlieferung nach das Königreich von einem Schmied gegründet worden war. Vor der Christianisierung galt ein Mondkalender: Die Woche hatte vier Tage, davon jeweils der erste Tag ein Feiertag. Ein Monat bestand aus sieben Wochen.

Die Hauptstadt des Königreichs Kongo war Mbanza Kongo (wörtlich: Königshof, später umbenannt in São Salvador). Sie befand sich etwa 150 Kilometer oder zehn Tagesmärsche entfernt östlich der Kongomündung auf einer beherrschenden Höhe. Heute liegt sie auf angolanischem Staatsgebiet. Den Manikongo (eigentlich: Herr der Bakongo, dies wiederum abgeleitet vom Wort »Kongo« für »Jäger«) wählte eine Versammlung von Clanchefs. Als Insignien der Macht des 1491 zum Christentum übergetretenen Manikongo Nzinga a Nkuwu, der fortan auch seinen Taufnamen João I. führte, beschrieben portugiesische Besucher 1489 einen prächtigen Thron aus Holz und Elfenbein, eine Peitsche aus Zebraschwanz, eine kleine Mütze und einen mit den Köpfen und Fellen von Jungtieren behängten Gürtel.

Bei Nzingas Reich handelte es sich nicht um einen organisierten Territorialstaat im Sinne der europäischen Monarchien, sondern eher um ein Herrschaftsgebilde (Hegemonie) wechselnder Machtentfaltung und Machtausdehnung. Im afrikanischen Vergleich war das Königreich Kongo allerdings ein extrem autoritäres Staatswesen, dessen Führer über klare Vorstellungen darüber verfügten, wie sie die eigenen Ziele erfolgreich realisieren konnten. Mit den Portugiesen schloss König João I. Verträge ab und bekämpfte mit ihrer Unterstützung seinen Bruder, der ihm die geerbte Vormachtstellung streitig machen wollte. Voraussetzung für die Reichsgründung war um 1370 die militärische Unterwerfung mehrerer kleiner Häuptlingsreiche auf dem Kongoplateau gewesen.

Wie europäische Könige entstammte auch der Manikongo einer vornehmen Familie. Wahrscheinlich gab es verwandtschaftliche Beziehungen zu anderen Reichen Äquatorialafrikas. Der Herrscher verfügte über magisch-sakrale Kräfte, die er dem Wohl seines Volkes nutzbar machen sollte, und stand den Ahnen besonders nahe. Vor Einführung des Christentums waren hoch entwickelte und vielfältige religiöse Vorstellungen und Riten verbreitet. Für alle Menschen ansprechbar war ein Schöpfergott, dem die Erschaffung der Welt zugeschrieben wurde. Älteste oder Priester

»Der König des Kongo«

Der Roman von Peter Forbath, erschienen 1996 in München (engl. Lord of the Kongo, New York 1996), erzählt die Geschichte des jungen portugiesischen Seemans Gil Eanes, der 1482 auf dem Viermaster Leonor die Kongomündung hinaufsegelt. Gil soll dort die Eingeborenen beobachten. Er erkennt bald, dass es sich um die Bewohner eines Königreiches handelt, das mit europäischen Vorstellungen von den »Wilden« Afrikas nur wenig zu tun hat. Der junge Portugiese schließt Freundschaft mit dem Königssohn Mbemba, dem späteren König Afonso I. Prinzessin Nimi a Nzinga wird die Geliebte und spätere Frau des Seefahrers aus Europa. Gil erlebt die Revolution, die die Landung der Portugiesen für das Königreich Kongo mit sich bringt.

stellten den Kontakt zu Naturgeistern oder Fetischen her – meist selbst gefertigte Gegenstände, denen übernatürliche Eigenschaften zugeschrieben wurden. Hexerei und Zauberei nahmen einen wichtigen Platz im Alltag ein. Eine Besonderheit im Kongo war die starke Verbreitung von Ahnenkulten. Verstorbene und lebende Verwandte wurden als Einheit begriffen und standen miteinander in Verbindung.

Im Gegensatz zum europäischen Gottesgnadentum erhielt der Manikongo seine Macht jedoch nicht von Ahnen oder Göttern, sondern er musste sie selbst erstreiten. Seine Stellung hob ihn aus der Gesellschaft hervor, trotzdem war er kein absolutistischer Herrscher. Er blieb eingebunden in die Kontrolle irdischer Institutionen. Ein zwölfköpfiger Rat (Ne Mbanda) stand dem Manikongo bei wichtigen Entscheidungen zur Seite. Bewerber um das Königsamt bereiteten ihre Wahl durch jahrelange »Lobbyarbeit« vor. Als Herrscher unterstützten sie ihre Parteigänger dann durch die Vergabe von Ämtern und materielle Gunstbeweise.

In Mbanza Kongo saß der König zu Gericht. Hier nahm er Paraden seiner Truppen ab und ließ sich huldigen. Ein ausgeprägtes Hofzeremoniell schrieb vor, dass die Annäherung an den Manikongo auf allen Vieren zu erfolgen hatte. Dem König beim Essen oder Trinken zuzusehen, war bei Todesstrafe verboten. Beides kündigte ein Zeremonienmeister durch das Zusammen-

schlagen von Eisenstangen an, worauf sich alle Menschen in seiner Umgebung mit dem Gesicht nach unten zu Boden warfen.

Der Manikongo ernannte Statthalter für die sechs Provinzen Mpemba (Ausgangspunkt bei der Bildung des Königreichs), Nsundi, Mpangu, Mbamba, Soyo und Mbata, das sich wahrscheinlich freiwillig dem Königreich anschloss und hierfür eine Sonderstellung beanspruchen durfte. Auch bei anderen Provinzen handelte es sich um ehemals selbständige Territorien, die nach und nach in den bestehenden Verbund eingegliedert wurden. Seine Herrschaft übte der Manikongo durch eine klar strukturierte Zivilverwaltung aus. Die Dörfer als kleinste Einheit waren zu Distrikten zusammengefasst, die ein von den Provinzstatthaltern oder vom König selbst eingesetzter Beamter führte. Dieser sprach gleichzeitig Recht.

Beamte der Provinzen und Distrikte trugen ebenso wie der König selbst den Titel Mani, ergänzt um die Bezeichnung des jeweiligen Verantwortungsbereichs, also beispielsweise einer Provinz. Ihre Haushalte konnten mehrere hundert Personen umfassen. Anders als Beamte im europäischen Verständnis nahmen sie selbst sehr aktiv Partei bei der Verteilung von Macht und Ressourcen und hatten Einfluss auch auf Entscheidungen der höchsten Ebene. Gemeinsam mit den Angehörigen des Hofes bildeten sie eine Art Adel, der allerdings in erster Linie an die Zugehörigkeit zur königlichen Verwaltung gebunden und kaum mit den Verhältnissen im spätmittelalterlichen Europa zu vergleichen war.

Der König besteuerte seine Untertanen. Er zog Naturalien ein, verlangte Arbeitsdienste und ließ die gesamten Einnahmen des Staates durch ein eigenes Gremium überwachen. Die Verteilung von Waren aus unterschiedlichen Regionen war eine der Grundlagen für die Machtkonzentration in Mbanza Kongo. Als Währung diente eine Muschelsorte, die auf einer durch den Hof kontrollierten Insel vor der Küste geerntet wurde. Sklaverei war schon vor dem Eintreffen der Portugiesen bekannt. Sie zählte vor allem durch die Versklavung von Kriegsgefangenen und deren Einsatz in der Landwirtschaft zu den wichtigsten Machtfaktoren der Herrscher in Mbanza Kongo. Diese zogen in neu eroberten oder nach Aufständen befriedeten Gebieten nicht nur sämtlichen Besitz ein, sondern erkannten der dortigen Elite auch alle Vorrechte und Privilegien ab. Sklaven zählten allerdings zum Haushalt ihrer Besitzer und konnten grundsätzlich ihre Freiheit zurückgewinnen.

Der Manikongo verfügte über eine Leibwache, nicht aber über eine stehende Armee. Bei Bedarf berief er ein Volksheer ein, das allerdings nur einen sehr geringen Organisationsgrad aufwies. Kriege wurden durch einzelne Schlachten entschieden. Ein systematisches militärisches Versorgungswesen fehlte gänzlich, ebenso wie Vorstellungen von Taktik oder Strategie. Entscheidend waren die Tugenden des einzelnen (männlichen) Jägers und Kriegers. Erst im 16. Jahrhundert entstand mit Hilfe der Portugiesen ein systematisches Militärwesen.

Afrikanische Entwicklungen und europäische Bewertungsmaßstäbe

Der kurze Überblick über das Königreich Kongo lenkt den Blick auf eine grundlegende Problematik, die häufig dann auftritt, wenn sich Europäer mit afrikanischer Geschichte auseinandersetzen. Erstens werden Afrika und seine Geschichte fälschlicherweise als eine große Masse betrachtet, die erheblichen Unterschiede in der Entwicklung einzelner Regionen hingegen vernachlässigt. Dies entspräche in etwa dem Versuch, eine europäische Geschichte des 18. Jahrhunderts zu erzählen und dabei für den Raum von Portugal bis zum Russischen Reich Peters des Großen von gleichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen auszugehen. Zweitens wurde das Fehlen bestimmter in Europa vorhandener Herrschaftsstrukturen, Produktionstechniken oder Anbaumethoden lange Zeit ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der »Rückständigkeit« betrachtet.

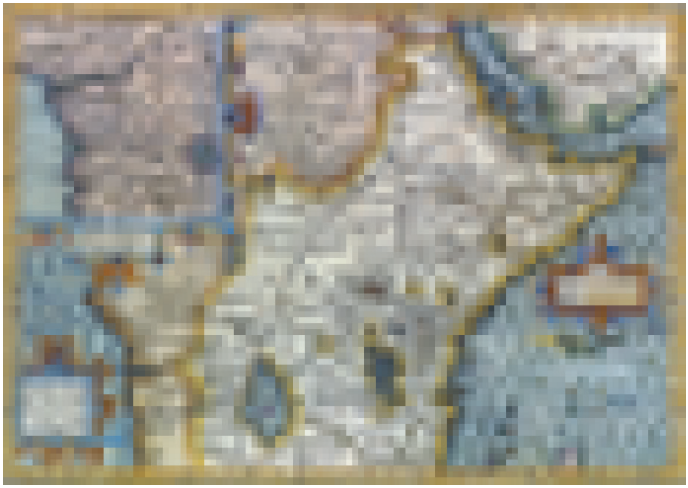
Bei näherem Hinsehen fällt indes auf, dass in Afrika entwickelte technische Verfahren den Bedingungen vor Ort hervorragend angepasst waren. Dies lässt sich für Landwirtschaft und Ökonomie besonders gut zeigen: Im Kongo hätte ein Pflug im Vergleich zum Wanderhackbau mit Ackergeräten aus Eisen oder Holz die dünne Erdkrume weit stärker beansprucht und damit die Erosion gefördert. Selbst mit dem benutzten Gerät machten es die klimatischen Bedingungen notwendig, jedes zweite oder dritte Jahr bebaute Felder zu verlassen und durch das Roden von Busch neuen, ertragfähigen Boden zu gewinnen (Wanderfeld-

bau). Diese erzwungene Mobilität hatte erhebliche Auswirkungen auf die Siedlungs- und Sozialstrukturen.

Die vorhandenen häuslichen oder handwerklichen Betriebe konnten den geringen Bedarf an Textilien und Kleidung, Zaumzeug, Taschen und Schuhen, die im Kongo schon im Mittelalter auf einem hohen kunsthandwerklichen Niveau standen, alleine abdecken. Normierte Massenware hätte auch dem vorherrschenden Verständnis widersprochen, wonach Handwerksprodukte als Schöpfungen und deren Erzeugung als ein spiritueller Prozess angesehen wurden. Für die Entwicklung von Manufakturen oder anderen Produktionsformen bestand unter solchen Bedingungen keine Veranlassung. Warentransport durch Lasttiere und unter Ausnutzung der Wasserwege war in Äquatorialafrika ausreichend und angemessen. Große Brücken wurden nicht gebaut, weil jederzeit die Möglichkeit bestand, Gewässer per Boot zu überqueren. Afrikanische Staaten entwickelten meist auch keine Zwangssysteme, um große Bauvorhaben gemeinschaftlich in Angriff zu nehmen.

Selbst für die Erklärung grundlegender Begriffe wie Staat, Nation oder Reich in Äquatorialafrika gilt, dass westliche Maßstäbe, Begriffe und Vorstellungen hierzu nicht ausreichen. Dies beginnt damit, dass in der afrikanischen Geschichte wegen des ausreichend zur Verfügung stehenden Landes die Herrschaft über Menschen viel wichtiger war als die Kontrolle über geographisch definierte Territorien. Viele afrikanische Gesellschaften waren bis zu Beginn der Kolonialzeit weit beweglicher, als sich dies europäische Betrachter vorzustellen vermochten. Selbst ein Begriff wie »Stamm« vermittelt ein falsches Bild. Die Bewohner des Königreichs Kongo konnten kaum dauerhaft bestimmten Gruppen zugeordnet werden. Die Menschen definierten sich vielmehr nach mehreren gleichzeitigen oder wechselnden Kriterien von Zusammengehörigkeit. Dazu zählten etwa sprachliche oder verwandtschaftliche Beziehungen, gemeinsame politische Zentren (Herrschaft), religiöse Überzeugungen oder die geographische Nähe von Siedlungen. Die Grenzen der Zugehörigkeit konnten sich aber immer wieder verschieben. Gerade hierin liegt ein besonderer Reiz: sich von der jahrhundertealten Perspektive europäischer Kolonisatoren zu lösen und dadurch unverstellte Einblicke in die Geschichte Afrikas zu bekommen.

Bernhard Chiari



Kongo. Gestalten und Zeiten. Ausstellung im Reiß-Museum Mannheim, 27.3. bis 30.5.1971. Katalog, Mannheim 1971 (Karte als faks. Beigabe im Anhang, o.S.)

Afrika war für die Länder Europas in erster Linie eine Quelle sagenhaften Reichtums. Die Entdeckung und Erschließung Westafrikas gegen Ende des 15. Jahrhunderts legte den Grundstein für das portugiesische Weltreich, das bald schon Handelsrouten in die gesamte bekannte Welt unterhielt. Für den König des Kongoreiches, den »Manikongo«, brachte der Kontakt zu den Portugiesen zunächst Vorteile beim Kampf um die Macht im Innern. Auch vom Handel mit Sklaven, den die Europäer von einigen Küstenstationen aus organisierten, profitierten die Herrscher in der Hauptstadt Mbanza Kongo. Frühzeitig geriet das Kongoreich in starke Abhängigkeit von Portugal. Gemeinsam mit der Missionierung begann die wirtschaftliche Ausbeutung der Region. Der Sklavenhandel erreichte durch den Arbeitskräftebedarf in immer neuen Kolonien schnell ein ungeahntes Ausmaß. Das Königreich Kongo wurde zum Schauplatz jener Entwicklungen, wie sie in Afrika allgemein mit dem Zeitalter des Kolonialismus einhergingen. Die Abbildung zeigt eine Karte Westafrikas (Abissinorum sive pretiosi ioannis imperiu[m] – Reich der Abessinier oder des Priesterkönigs Johannes) aus dem Atlas des Jodocus Hondius (eigentlich Josse de Hondt, flämischer Kartograph und Verleger, 1563–1612) von 1595. Hier mischten sich karthographische Kenntnisse noch mit Legenden. Die Detailkarte zeigt die Kongoregion, dargestellt ist außerdem das mystische »Reich des Priesterkönigs Johannes« (siehe Kasten S. 26).

Zeitalter der Entdeckungen: Die Portugiesen vor der Küste Westafrikas

Die frühneuzeitliche Erschließung Afrikas durch die Europäer fügt sich in die Geschichte einer ersten »Globalisierung« ein. Dabei vollzog sich die entscheidende Phase in den Jahrzehnten um 1500. Das Königreich Portugal machte den Anfang: nicht mit der Entdeckung Amerikas im Jahr 1492, sondern mit der der Westküste Afrikas. In den 1880er Jahren wurde der Kontinent formal zwischen den europäischen Mächten aufgeteilt, und erst an der Schwelle zum 20. Jahrhundert konnten die letzten »weißen Flecken« auf der Landkarte Afrikas getilgt werden (vgl. den Beitrag von Wolfgang Petter). Als »weiß« erschienen sie allerdings nur aus europäischer Sicht, denn auch in der Zeit, die Historiker als »Frühe Neuzeit« bezeichnen, bestanden afrikanische Herrschaftsstrukturen. Im Bereich der Mündung des Kongoflusses und südlich davon im heutigen Nordangola besaßen die dort lebenden Bakongo ein Reich, das mit den ersten europäischen Entdeckern durchaus im Bewusstsein der eigenen Stärke kommunizierte (vgl. den Beitrag von Bernhard Chiari zum Königreich Kongo).

Die Berührungszone zwischen Afrikanern und Europäern blieb bis weit in das 19. Jahrhundert zunächst auf die Küstenregion beschränkt, zumeist in Form von Handelsstationen. Eine Erschließung des Binnenlandes, also auch des Kongobeckens, war in der frühen Neuzeit wenig interessant; ohnehin bildete das tropische Klima des Landesinneren eine Barriere für eine dauerhafte weiße Besiedlung. Dennoch hatte die europäische Präsenz an den Küsten Afrikas erhebliche Auswirkungen auf das Hinterland. Dies verdeutlicht allein schon der in der Summe millionenfache Sklavenhandel, der von Europäern veranlasst und über afrikanische Mittelsmänner betrieben wurde. Die Herrscher im Königreich Kongo sahen im Sklavenhandel – Sklaverei war lange schon bekannt und bildete eine wichtige Machtbasis der Herrscherfamilie – zunächst ein durchaus für beide Seiten lohnendes Geschäft.

Die Geschichte des Kongogebiets ist mit der portugiesischen Erschließung »Angolas« verbunden, wobei nicht das Gebiet des heutigen Staates gemeint ist, sondern der Küstenstreifen zwischen den Städten (und damaligen Handelsstationen) Benguela,

Luanda und Cabinda. Diese Region stand mit den nördlich davon befindlichen Inseln im Golf von Guinea in engem Kontakt und bezog das Hinterland der beiden heutigen Kongorepubliken sowie des heutigen Angolas mit ein.

Portugal als Kolonialmacht

Warum war es gerade Portugal, das die Region von der Entdeckung der Kongomündung in den 1480er Jahren bis in die 1970er Jahre hinein prägte? Dieses westlichste kontinentaleuropäische Land liegt am Schnittpunkt zwischen Nordeuropa und dem Mittelmeer. Im ausgehenden Mittelalter trafen hier nördliche und mediterrane Verfahrensweisen und Techniken hinsichtlich Navigation, Schiffbau, Handel und Finanzierung zusammen. Um 1500 herrschte noch ein technologisches und kulturelles Gleichgewicht zwischen Europa, dem Orient (d.h. dem Osmanischen Reich) und China. Erst ein revolutionärer technologischer Sprung bewirkte die Überlegenheit der europäischen Marinen: die Zusammenfügung moderner Segel und Kanonen zu einem hochseefähigen Waffensystem. Dadurch gelang es den Portugiesen ab 1500, sich binnen eines Jahrzehnts den Handelsraum im Indischen Ozean von der Ostküste Afrikas bis zur Straße von Malakka in Südostasien zu erschließen. Der Handel stützte sich dabei stets auch auf Gewaltanwendung.

Wichtige Voraussetzungen für die portugiesische Expansion stammen aus der Zeit der Reconquista gegen die Mauren im Laufe des 15. Jahrhunderts. Vordergründig sollten die afrikanischen »Heiden« zum christlichen Glauben bekehrt werden. Machtpolitisch fügte sich an die Rückgewinnung der christlichen Vorherrschaft auf der Iberischen Halbinsel ein Ausgreifen über das Mittelmeer. Zunächst wurden Stützpunkte auf der marokkanischen Gegenküste erobert, beginnend mit der portugiesischen Einnahme Ceutas in Marokko im Jahre 1415. Im 15. Jahrhundert machte sich Portugal dann die Westküste Afrikas nutzbar. Die Kanarischen Inseln waren wohl schon im 14. Jahrhundert bekannt. Im Jahr 1418 wurde Madeira entdeckt und 1434 umschiffte Gil Eanes das auch »Kap der Angst« genannte Kap Bojador, womit eine psychologische Grenze überschritten war. Die Expansion

griff nun konsequent nach Süden aus: Im Jahr 1444 wurden das Kap Verde und 1456 die Kapverdischen Inseln entdeckt. Auf Bitten des portugiesischen Königs sicherte der Papst in den 1450er Jahren den Portugiesen das Monopol auf die Expansion an der afrikanischen Küste zu. Dies richtete sich vor allem gegen die kastilische Konkurrenz und wurde 1479 sowie 1494 bestätigt: Die den Portugiesen zugewiesene Erschließungszone erstreckte sich südlich der Kanaren und ostwärts der Linie, die westlich der Kapverdischen Inseln (46° 30′ westliche Länge) gezogen wurde. Gebiete nördlich und westlich davon wurden der spanischen Krone zugesprochen. Als Gegenleistung für das »Geschenk« des Papstes verpflichtete sich der portugiesische König zur Heidenmission und löste diesen Anspruch zunächst gegenüber dem Herrscher der Bakongo im heutigen Nordangola erfolgreich ein.

De facto trieben auch weniger edle Motive die portugiesische Expansion an. Zum einen bestand das Bestreben, die in Händen der muslimischen »Erbfeinde« liegenden Handelsrouten zu umgehen und zum zentralafrikanischen Ausgangspunkt des Trans-Saharahandels zu gelangen. Dies verband sich mit der Hoffnung, neue christliche Partner im Handels- und Machtspiel zu finden, so etwa den legendären »Priesterkönig Johannes«. Allerdings spielte auch der durch den Geist der Reconquista genährte Drang nach Ruhm eine Rolle. Der Hofchronist Gomes Eannes de Azurara schildert die Motive des Infanten von Portugal, Prinz Heinrich des Seefahrers (1394–1460), der sich für die Erforschung der Weltmeere durch portugiesische Schiffe engagierte, als die »Begier, durch große Taten im Dienste Gottes und des Königs Entdeckungen [zu machen], die kein anderer gewagt hatte«. Heinrich selbst blieb freilich zu Hause, doch förderte er von dort aus die maritimen Unternehmen seiner Landsleute.

Im Jahr 1461 entstand eine portugiesische Sklavenhandelsstation beim Cap Blanco im heutigen Mauretanien; elf Jahre später begann die Entdeckung der Inseln um Fernando Póo und São Tomé im Golf von Guinea. An der Nordküste im Golf von Guinea wurde 1482 die Handelsstation São Jorge da Mina gegründet. Der Name »St. Georg von der Mine« verknüpft das Kreuzfahrermotiv (St. Georg als Heiliger der Kreuzfahrer) mit wirtschaftlichen Beweggründen. Die sprechenden Namen der entdeckten Gebiete zeigen die erschlossenen Handelsgüter: der

Priesterkönig Johannes

Die Legende vom Priesterkönig (lat. rex et sacerdos, indorum rex) Johannes tauchte erstmals im deutschen Mittelalter auf. Im 12. Jahrhundert beschrieb Otto von Freising in seiner Weltchronik einen mythischen Regenten, der angeblich ein mächtiges christliches Reich in Asien beherrschte. Bis ins Spätmittelalter war dieses in zahlreichen Weltkarten vermerkt. Den Mythos griffen im 15. Jahrhundert erneut die Portugiesen auf. Sie suchten das sagenumwobene Reich in Afrika und entsandten mehrere Expeditionen nach Ostafrika (heute Äthiopien), das sich seit dem 4. Jahrhundert dem Christentum geöffnet hatte. *(bc)*

»Goldfluss« in der heutigen Westsahara; die »Goldküste« im heutigen Ghana; die »Pfefferküste« im heutigen Liberia und die »Elfenbeinküste« im gleichnamigen Staat. Bis 1450 waren die wirtschaftlichen Gewinne noch kaum der Rede wert. Ab diesem Zeitpunkt aber stieg Madeira zum führenden Zuckerproduzenten auf. Ab 1483 wurde São Tomé als Zuckerinsel erschlossen. Um 1512 sollen hier schon 60 Plantagen bestanden haben. Die Plantagenwirtschaft war auf die »Belieferung« mit Sklaven angewiesen. Der Name »Sklavenküste« im heutigen Togo, Benin und Nigeria verdeutlicht die Rolle Afrikas in der frühneuzeitlichen Weltwirtschaft.

Die Entdeckung des Kongo

1482 schließlich entdeckte Diogo Cão die Mündung des Kongo. Der Nürnberger Martin Behaim gehörte wahrscheinlich zur Besatzung dieser Reise. Das Gebiet um die Kongomündung und des heutigen Nordangola war Schauplatz einer kulturellen Begegnung, die sich anfänglich für beide Seiten durchaus positiv anließ: Im Jahre 1490 startete eine Expedition mit dem Ziel der Missionierung. Zudem hielten die Portugiesen Ausschau nach dem »Priesterkönig Johannes«. Der Herrscher des Kongoreiches, der »Manikongo« Nzinga a Nkuwu, entpuppte sich zwar nicht als der Gesuchte, war jedoch zum Empfang der Taufe bereit. Ver-

mutlich mit portugiesischer Hilfe gewann sein Sohn Mbemba a Nzinga 1506, nun als Afonso I., die Oberhand über die Bakongo und herrschte bis 1543. Zwischen ihm und dem portugiesischen König entwickelte sich ein Schriftverkehr auf gleichgestellter Basis. Afonsos Sohn Dom Henrique wurde 1508 nach Portugal gesandt und zehn Jahre später zum Bischof geweiht – für lange Zeit war es der letzte Afrikaner mit dieser hohen katholischen Würde. Trotz bemerkenswerter Anfänge entwickelten sich die portugiesisch-kongolesischen Beziehungen in den darauffolgenden Jahrzehnten nicht weiter. Vor allem der stetig wachsende Sklavenhandel störte das Verhältnis nachhaltig. Der afrikanische Staat fiel 1665 auseinander.

Martin Behaim

Auf dem berühmten ältesten Globus, der um 1492 in Nürnberg entstand, weist dessen Schöpfer Martin Behaim stolz auf die erste deutsch-kongolesische Begegnung hin. 1484 hatte Behaim als kaufmännischer Leiter einer portugiesischen Expedition die Kongomündung besucht, die zwei Jahre zuvor entdeckt worden war. Behaim (1459−1507) stammte aus einer Nürnberger Patrizierfamilie und war als Kaufmann – nicht als Geograph oder Astronom, wie wegen des Globus oft angenommen wird – nach Portugal gekommen. 1484 brachte er den afrikanischen Pfeffer nach Lissabon, der als Ersatz für den überteuerten südasiatischen Pfeffer auf den Markt kam. Damit hatte er ein erstes Ziel der Entdeckungsfahrten erreicht. Der portugiesische König honorierte den Erfolg mit dem Ritterschlag. Wenig später erhielt Behaim von der Stadt Nürnberg den Auftrag, einen Globus der bekannten Welt anzufertigen. Die bereitwillige Finanzierung des Globus durch den Nürnberger Rat dokumentiert, wie auch die deutsche Stadt über Behaim in das Gewürzgeschäft zu gelangen suchte; allerdings beharrte Lissabon strikt auf seinem Monopol. Vierzehn Jahre nach Behaims Guinea-Kongo-Fahrt schaffte Portugal mit der Entdeckung des Seewegs nach Indien im Jahre 1498 durch Vasco da Gama den Durchbruch zum begehrten südasiatischen Pfeffer. Der Kongo mutierte in der Folgezeit wirtschaftlich zum Lieferanten für schwarze Sklaven und blieb für weitere vier Jahrhunderte »dunkelstes Afrika«. *(wp)*

Die Herausbildung einer globalen Wirtschaftsordnung entzog einer dauerhaft gleichgestellten Beziehung zu afrikanischen Partnern den Boden. Mit der ersten portugiesischen Indienfahrt von 1499 bis 1502 und der gleichzeitigen Entdeckung Brasiliens existierte die Grundlage für eine erstmals mit der gesamten bekannten Welt vernetzte Wirtschaft, in die neben Asien auch Afrika eingebunden war. Die Sklavenwirtschaft auf São Tomé und später in Brasilien verlangte nach Deckung des wachsenden Arbeitskräftebedarfs. Bis 1550 waren afrikanische Sklaven hauptsächlich aus den Gebieten nördlich der Kongomündung gekommen. Danach wurden sie aus dem Kongo-Königreich und dem südlich davon liegenden Ngola (daher der Name »Angola«) verschleppt. Im afrikanischen Binnenland wurden die Sklaven von schwarzen Zwischenhändlern, den »pombeiros«, an die Märkte der Küstenstädte geschafft. Gegen 1570 setzte der Aufschwung der brasilianischen Zuckererzeugung ein, die schon bald im Zentrum der Ökonomie Brasiliens stand. In Afrika entwickelte sich das 1575 gegründete Luanda zum wichtigsten Sklavenmarkt der Küste.

Das Aufblühen des Sklavenhandels

Durch die Lieferung von Sklaven nach Brasilien, die Verschiffung des dort produzierten Zuckers nach Europa und die Belieferung Afrikas mit billigen Fertigwaren, Waffen, Branntwein und den berühmten Glasperlen entstand ein Dreieckshandel, der sich in seinen Grundstrukturen bis ins 19. Jahrhundert hielt und die merkantilen Wirtschaftsformen in Europa finanzierte. Die brasilianische Zuckerwirtschaft war eng an die Belieferung mit afrikanischen Sklaven gekoppelt, sodass sich eine transatlantische Zweckgemeinschaft zwischen Angola und Brasilien ausbildete. In der Folgezeit kamen immer mehr Sklaven in das südamerikanische Land, was die Qualität der Sklaverei grundlegend veränderte.

Die rationalisierte Plantagenbewirtschaftung im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung (zu ungleichen Bedingungen) erzeugte einen Sog an menschlicher »Ware«, der den Menschen zum Massenverbrauchsgut degradierte. Während im gesamten 16. Jahrhundert ca. 100 000 Sklaven nach Brasilien gebracht wurden (in den betreffenden Jahrzehnten waren es jeweils 10 000

bis 15 000), belief sich diese Zahl im 17. Jahrhundert bereits auf 600 000 Sklaven. Sie verdoppelte sich im 18. Jahrhundert auf 1,3 Millionen Menschen, um im 19. Jahrhundert einen traurigen Höhepunkt zu erreichen: Bis zum offiziellen Ende der Sklaverei im Jahr 1888 wurden 1,6 Millionen Sklaven nach Brasilien verschleppt.

Der portugiesische »Kronkapitalismus« beruhte zunächst auf einem königlichen Handelsmonopol. Obwohl es teilweise durch Schmuggel unterlaufen wurde, bescherte es Portugal ein goldenes Jahrhundert. Langfristig wirkte sich das Monopol allerdings nachteilig aus, da sich die portugiesische Kaufmannsschicht nicht unbedingt zu weiterem wirtschaftlichem Engagement veranlasst sah. So erwiesen sich die holländischen und später englischen Aktiengesellschaften als zukunftweisendere Lösung zur Finanzierung des Welthandels. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts war die große Zeit der Portugiesen vorbei. Im Indischen Ozean und auf den Gewürzinseln des heutigen Indonesien lösten die Holländer sie ab. An der Guineaküste im nördlichen Afrika traten mit Großbritannien und Frankreich die Mächte auf den Plan, die die europäische Expansion im 17. und 18. Jahrhundert prägen sollten. Zudem gab es einen kurzlebigen Versuch des Kurfürstentums Brandenburg, an der Guineaküste eine Handelsstation »Großfriedrichsburg« zu etablieren (1682–1721). Territorial blieben die Portugiesen auf beiden Seiten des Südatlantiks präsent. Nach langwierigen Kämpfen gegen die Holländer im 17. Jahrhundert konnten sie ihre Vorherrschaft über Brasilien und die südliche Westküste Afrikas wieder herstellen.

Die erste Phase der europäischen Expansion, die portugiesische, zog bleibende Folgen nach sich. Aus den verbliebenen portugiesischen Handelsstützpunkten entwickelte sich in den 1880er Jahren die portugiesische Kolonie Angola. Das dort ansässige Volk der Bakongo wurde auf das französische, belgische und portugiesische Kolonialgebiet verteilt, was bis zum heutigen Tag zu Spannungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen führt. Neben den Langzeitwirkungen dieser ethnischen Verteilung auf die staatlichen und machtpolitischen Zusammenhänge verdeutlichen bereits die ersten portugiesischen Beziehungen zum Kongoreich die grundsätzliche Problematik des Kolonialismus.

Martin Rink

picture-alliance

Nach der Reichsgründung von 1871 meldete das Deutsche Reich bei der Aufteilung der Kolonien zunehmend seine »Rechte« an. Deutsche Wissenschaftler und Militärs bereisten den so genannten »schwarzen Kontinent«, um diesem Bestreben den Weg zu bereiten und die notwendigen Kenntnisse für die wirtschaftliche Ausbeutung zu schaffen. Über eine Deutsch-Afrikanische Gesellschaft versuchten Kaiser und Regierung von Berlin aus, nicht nur Einfluss in Ländern wie dem Kongo zu gewinnen, sondern betrieben auf diesem Umweg vor allem gegenüber Frankreich auch europäische Machtpolitik. Obwohl die Bedeutung kolonialer Erwerbungen bis zum Ersten Weltkrieg im Vergleich zu anderen Mächten gering blieb, beschäftigten die Vorgänge in Afrika die deutsche Öffentlichkeit in starkem Maße. Das Foto zeigt den deutschen Geographen und Ethnologen Major Hermann von Wissmann, zuletzt bis 1896 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika (Aufnahme undatiert, vgl. Kasten auf S. 33).

Deutscher Einfluss am Kongo

Erst zwischen 1874 und 1877 wurde das Kongobecken, auf das sich große Erwartungen hinsichtlich tropischer Produkte und Rohstoffe richteten, von Henry M. Stanley erforscht und von 1878 bis 1884 teilweise erschlossen. Von 1874 an erkundete der deutsche Geograph Dr. Paul Pogge gleichzeitig den Südwestteil. 1876 gründete König Leopold II. von Belgien eine Internationale Afrikanische Gesellschaft (Association Internationale Africaine), um das Kongobecken »im internationalen Interesse« und »nach europäischen Zivilisationsstandards« nutzbar zu machen. Als deutsche Sektion bildete sich eine Deutsche Afrikanische Gesellschaft (DAG), die besonders rührig war und mit Professor Eduard Pechuel-Lösche in dieser Zeit der Erschließung Stanleys Stellvertreter stellte. Die Reisenden der DAG repräsentierten seit 1878 bei der Erforschung des noch unerschlossenen Gebiets deutsche Ansprüche in Zentralafrika: Otto Schütt, Alexander von Mechow, Oskar Lenz, Dr. Max Buchner, Dr. Richard Böhm, Paul Reichard und viele mehr sind hier zu nennen. Reichskanzler Otto von Bismarck unterstützte die DAG und ihre Expeditionen mittels seines »Afrikafonds«, um dem Deutschen Reich gebührenden Einfluss in Zentralafrika zu verschaffen. Zusammen mit dem französischen Regierungschef Jules Ferry förderte Bismarck König Leopolds Projekt, das sich schließlich 1884 zum »Kongo-Freistaat« (État Indépendant du Congo) entwickelte.

Der deutsche Reichskanzler verband mit der Einflussnahme in Afrika ein weiteres Ziel: Die Interessenharmonie im Fall des Kongo kam seiner Politik der Zähmung Frankreichs entgegen, das »Revanche« für den verlorenen Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 forderte. Als Portugal mit britischer Unterstützung die Mündung des Kongo unter Berufung auf das Entdeckungsrecht als Besitz reklamierte, berief Bismarck in Absprache mit Ferry eine »Kongokonferenz« der europäischen Mächte, des Osmanischen Reichs und der Vereinigten Staaten in Berlin ein (15. November 1884 bis 26. Februar 1885). Großbritannien, das dank bilateraler Verträge mit Portugal als einzige Wirtschaftsmacht von der Abschottung des Kongobeckens profitierte, gab angesichts der deutsch-französischen Koalition nach und ge-

stand die Internationalisierung von Kongomündung und Kongostrom zu, ebenso wie die Übertragung der Landeshoheit und -verwaltung an den »internationalen« Kongo-Freistaat.

Europäische Kolonialreiche in Afrika

Die Konferenz von Berlin gab ganz Afrika für europäische Kolonialreichsbildungen frei und legte dafür die Regularien fest. Der Zweck der europäischen Herrschaft wurde als humanitär definiert. Europäische Konflikte sollten deshalb möglichst nicht in Afrika fortgeführt werden (Art. 10 der »Kongoakte«). Darüber hinaus wurde ganz Zentralafrika, wenn die Interessen mehrerer Staaten aufeinander trafen, unbeschadet seiner politischen Aufteilung wirtschaftlich als »Kongo-Freihandelszone« für alle Teilnehmer des Kongresses geöffnet. Deutschland ließ sich in Deutsch-Südwestafrika, Kamerun, Togo und Deutsch-Ostafrika eigene Schutzgebiete garantieren. Es machte hier seine Interessen allerdings nur mäßig geltend, da Bismarck – zu Recht, wie sich zeigen sollte – den Verwaltungs- und Sicherungsaufwand für zu hoch hielt. Mit dem freien Zugang in ein Gebiet, in dem überwiegend andere Mächte die Kosten für Erschließung und Landfrieden trugen, war er dagegen überzeugt, »etwas Bedeutendes und Haltbares gemacht zu haben«.

Die deutsche Mitbestimmung am Kongo ließ Bismarck durch Expeditionen der DAG demonstrieren, die er kontrollierte und bei Eigenmächtigkeiten fallen ließ (so z.B. die Expedition Schulze 1884). Von 1884 bis 1886 erforschten die Leutnante Richard Kund und Hans Tappenbeck sowie Dr. Richard Büttner den Kongo flussaufwärts. Die bedeutendsten Unternehmungen verbinden sich aber mit dem Namen Hermann von Wissmann. Wissmann hatte nach gründlicher Vorbereitung schon 1881 eine Expedition von Pogge begleitet und schließlich selbst quer durch das Kongobecken bis zum Indischen Ozean geführt. 1884/85 erforschte er nun für den Kongo-Freistaat den Bereich des Kasai, wo er die Stadt Luluabourg (heute Kananga) gründete. Die besondere Bedeutung dieser mit dem deutschen Kronprinzen und Bismarck abgesprochenen Mission lag darin, dass sie trotz Beauftragung durch König Leopold unter der deutschen anstatt der kongole-

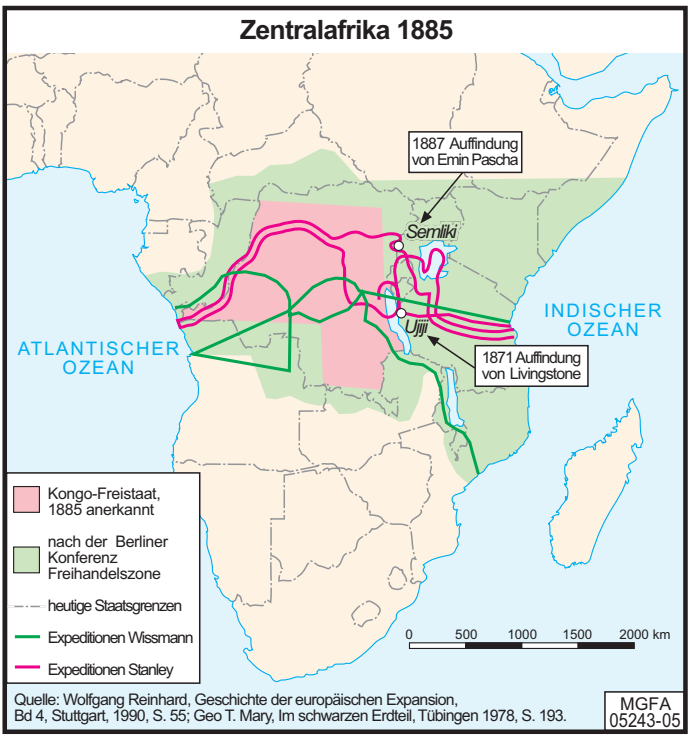
pa/dpa

Hermann von Wissmann

Hermann von Wissmann wurde am 4. September 1853 in Frankfurt/Oder geboren. Sein Vater war preußischer Regierungsrat. Wissmann besuchte die Berliner Kriegsschule und gehörte dem dortigen Kadettenkorps an. Ab 1874 studierte er an der Universität Rostock Naturwissenschaften, Geographie und Ethnologie. 1881/82 durchquerte er Äquatorialafrika von West nach Ost und erforschte von 1883 bis 1885 im Auftrag von König Leopold II. die spätere belgische Kolonie Kongo. Nach einer erneuten Reise durch Afrika 1886/87 baute Wissmann als Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika zwischen 1889 und 1891 eine Schutztruppe auf, mit der er die Küstenaraber und Sklavenhändler im Krieg um die Herrschaft im Lande besiegte. Für seine Verdienste wurde Wissmann vom deutschen Kaiser geadelt und zum Major befördert. 1895/96 schickte er als Gouverneur Oberst Lothar von Trotha, der 1904 durch die Massakrierung der Herero in Deutsch-Südwestafrika bekannt werden sollte, auf Expedition ins Landesinnere und befriedete Deutsch-Ostafrika während einer neuen Krise durch Autorität und Diplomatie. 1896 kehrte Hermann von Wissmann aus gesundheitlichen Gründen nach Deutschland zurück. Er starb 1905 in Weißenbach (Steiermark) bei einem Jagdunfall. *(bc)*

sischen Flagge erfolgte, um die Internationalität der Kongo-Unternehmungen zu demonstrieren. Als letzter bedeutender deutscher Kongoforscher führte nach Wissmanns Erkrankung der Stabsarzt Dr. Ludwig Wolf den Auftrag zu Ende. 1886 und 1887 durchquerte Wissmann das Kongobecken ein zweites Mal, diesmal um Erkundigungen über die arabischen Sklavenhändler, die eigentlichen Machthaber Innerafrikas, einzuholen. Der belgische Major Francis de Dhanis hat später deren Herrschaft beseitigt, wobei Wissmann im deutschen Tanganjika/Njassa-Seengebiet die Operationen des Belgiers flankierte (1893).

Bereits zwei Wochen nach Abschluss der Kongokonferenz setzte sich in Frankreich eine populäre Revanchepartei wieder



durch, die sich durch eine Politik unter dem Motto »vom Rhein zum Kongo« nicht ablenken lassen wollte. Die »Boulanger-Krise« – der neu ernannte französische Kriegsminister Georges Boulanger trat als Befürworter eines Revanche-Kriegs gegen Deutschland auf –, mit der französische Nationalisten die Phase der Kongoharmonie beendeten, konnte dank der hastigen Umbewaffnung der deutschen Armee auf einen (noch unausgereiften) Mehrlader, das Gewehr 88, eingedämmt werden. Ohne den französischen Kooperationspartner konnte Bismarck aber nicht verhindern, dass König Leopold den Kongo-Freistaat systematisch von den internationalen Wurzeln abtrennte und in sein eigenes, privates Ausbeutungsobjekt umwandelte. Deutschlands

afrikanischer Einfluss beschränkte sich bald auf die eigenen vier Schutzgebiete, deren geringe Bedeutung Bismarck nach dem Wiederaufleben militärischer Spannungen in Europa einem eifrigen Kolonialpublizisten gegenüber wie folgt umschrieb: » Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön [...] Aber hier liegt Russland und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte – das ist meine Karte von Afrika!« Aus dem Protest gegen die nicht honorierte Mäßigung am Kongo hat sich unter anderem der chauvinistische »Alldeutsche Verband« entwickelt, dessen Agitation die deutsche Politik in der Folge schwer belasten und schließlich mit in den Ersten Weltkrieg treiben sollte.

Es gelang Leopold II., den Kongo-Freistaat derart gegen die Welt abzuschotten, dass die dort an der lokalen Bevölkerung begangenen Gräuel erst 1904 in das öffentliche Bewusstsein traten. Der drohenden Re-Internationalisierung, die insbesondere in Großbritannien und Amerika gefordert wurde, kam Leopold durch Übertragung des Landes aus seinem Privatbesitz an das Königreich Belgien zuvor. Der diskreditierte Kongo-Freistaat wurde 1908 in die Kolonie Belgisch-Kongo umgewandelt (vgl. den Beitrag von Dieter H. Kollmer). In der Phase der Unsicherheit über das endgültige Schicksal des Kongo, die bis zur Auflösung der Londoner Kongo-Reform-Assoziation 1913 dauerte, begann Deutschland ein gesteigertes Interesse an der Übernahme zu entwickeln. Im Marokko-Kongo-Vertrag gelang es Deutschland 1911, eine Territoralverbindung von Kamerun zum Kongo zu schaffen. Die Rückführung des Kongo in die Internationalität misslang jedoch, zumal deutsch-britische Gespräche über die Pfandaufteilung der portugiesischen Kolonien im Fall eines Staatsbankrotts die Vision des Projekts »Deutsch-Mittelafrika« erkennbar werden ließen, das die Alldeutschen propagierten. Die deutsche Wirtschaft äußerte sich in diesem Zusammenhang zurückhaltender. In der deutschen Kriegszieldebatte während des Ersten Weltkrieges galt die Übernahme des Kongo dann aber als selbstverständlich.

»Kongo-Müller«: Eine deutsche Söldnerkarriere

Im Herbst 1964 berichteten westdeutsche Zeitungen wiederholt über den Einsatz weißer Söldner im kongolesischen Bürgerkrieg. Der SPIEGEL meldete am 23. September, dass sich der Deutsche »Siegfried Müller, […] Träger des Eisernen Kreuzes I. Klasse […], als einer der ersten für die weiße Söldnertruppe im Kongo« gemeldet habe. Schnell bekam der deutsche Söldneroffizier von der Presse einen Kriegsnamen verliehen: »Kongo-Müller«.

Angeworben als »military technical assistance volunteers«, sich selbst als »Kongo-Freiwillige« bezeichnend, kämpften unter den vornehmlich aus Belgien, Großbritannien, Rhodesien und Südafrika rekrutierten modernen Landsknechten auch etwa drei Dutzend Deutsche auf Seiten der Zentralregierung gegen die »Simbas« (Löwen). Deren Anführer hatten 1964 im damaligen Stanleyville (Kisangani) die »Volksrepublik Kongo« ausgerufen und innerhalb weniger Wochen weite Teile des Landes unter ihre Kontrolle gebracht. Von der ehemaligen Kolonialmacht Belgien und den Vereinigten Staaten unterstützt, koordinierten Ministerpräsident Moïse Tshombé und General Joseph Désiré Mobutu den Einsatz der weißen Söldner und der kongolesischen Nationalarmee. Der Auftrag: 300 Söldner sollten, eingeteilt in sechs »Kommandos«, Stanleyville zurückgewinnen.

Am 9. September 1964 begann für die meisten Deutschen der Einsatz im »Kommando 52« – geführt von Hauptmann Müller. Referenz für die Übernahme des Kommandos war Müllers Lebenslauf: 1920 im damals brandenburgischen Crossen an der Oder (heute: Krosno Odrzańskie) geboren, trat er nach Hitlerjugend, Abitur und Reichsarbeitsdienst 1939 in die Wehrmacht ein, kämpfte in Polen, Frankreich und schließlich als Panzerjäger an der Ostfront. Als Oberfähnrich geriet er gegen Kriegsende schwer verwundet in amerikanische Gefangenschaft. 1948, ein Jahr nach seiner Entlassung, wurde Müller wieder Soldat – nun unter amerikanischem Kommando in einer aus Deutschen bestehenden »Labour Service Unit«, zuletzt eingesetzt als Zugführer einer Objektschutzeinheit im Dienstgrad Oberleutnant. Als 1956 eine Übernahme in die Bundeswehr scheiterte, räumte Müller gutbezahlt für eine britische Erdölfirma in der Sahara Minen des Afrikakorps. Inzwischen verheiratet und Vater einer Tochter,

wanderte er 1962 nach Südafrika aus. Mit den ersten 38 Söldnern flog Müller 1964 in den Kongo und wurde im Anschluss an einen ersten Einsatz zur Befreiung Albertvilles zum Hauptmann befördert.

pa/dpa

Siegfried Müller (rechts) bei der Ausbildung einer multinationalen, weißen Söldnertruppe im September 1964 im Militärlager Kamina in Katanga.

Aus der Provinzhauptstadt Coquilhatville (Mbandaka) sollte das »Kommando 52« über Ingende auf Boende vorstoßen und dadurch die Provinz Équatorial befreien. Müller urteilte später: »Die ist fast so groß wie die Bundesrepublik. Die habe ich mit meinen 40 Mann und vielleicht weiteren hundertfünfzig Mann Schwarzen erledigt. Die habe ich geschafft. Zehn Wochen.« Dieses »Erledigen« bedeutete, schnelle und tödliche Angriffe mit Jeeps, leichten Radpanzern, Mörsern, Maschinen- und Sturmgewehren durchzuführen. Rasch erwarben sich die Söldner durch ihr schonungsloses Vorgehen bei der Bevölkerung die Bezeichnung »Les Affreux« (Die Schrecklichen). Im November 1964 wurde Müller Major und übernahm bis Mai 1965 die Söldnerbasis in Kamina. Müller beschrieb seinen Einsatz als Kampf gegen den Kommunismus und »für die Idee des Westens«. Die meisten Söldner lockte allerdings das Geld – 1500 Mark plus Gefahrenzulage.

Kurzzeitig zurück in Deutschland, wurde Müller zu einem Politikum, nicht zuletzt durch zahlreiche Presseberichte und seine »Schnapsbeichte«, in der er unwissend und stark angetrunken einem Fernsehteam aus der DDR ein Interview gab. Filme und Bücher über »Kongo-Müller« und das auf Schallplatte gepresste Interview unterstützten in der Folge eine breit angelegte Propagandaaktion gegen die Bundesrepublik, die »als Handlanger des US-Imperialismus« bezeichnet wurde.

Trotz zweifelhafter Berühmtheit – »Man kennt mich von Peking bis Washington« – und einem geplanten Einsatz in Vietnam ging »Kongo-Müller« nie wieder in den Krieg. Siegfried Müller starb im April 1983 in Boksburg/Südafrika an Magenkrebs. *(cb)*

Der Erste Weltkrieg und das Ende der deutschen Kolonien

Die Kriegszieldebatte wirkte sich kontraproduktiv aus, weil Belgien im Gegenzug Deutsch-Ostafrika angriff, um ein Faustpfand zu gewinnen. Die belgische Kongo-Armee (Force Publique) unterstützte die britischen und südafrikanischen Truppen bei den schweren Schlachten um das Deutsche Schutzgebiet. Der Militärkommandeur des Schutzgebietes, General Paul Erich von Let-

tow-Vorbeck (1870–1964), wich mit seinen Askaris aus. (Askaris waren einheimische Soldaten im Dienste der Kolonialherren. Im Ersten Weltkrieg widerstanden in Deutsch-Ostafrika unter Lettow-Vorbecks Kommando 11 000 Askaris trotz erheblicher numerischer Unterlegenheit vier Jahre lang ungeschlagen gegen die Kolonialtruppen des Vereinigten Königreiches. Während des Apartheidregimes in Südafrika wurden Rebellen, die auf die Seite der südafrikanischen Armee wechselten, ebenfalls Askaris genannt. Der gleiche Ausdruck war im Zweiten Weltkrieg für russische Überläufer gebräuchlich, die sich der SS anschlossen.) 1917/18 wurde der Kampf schließlich auf portugiesischem und britischem Kolonialboden fortgesetzt.

Der Versailler Vertrag sprach Belgien 1919 die deutsch-ostafrikanischen, Residenturen genannten Verwaltungseinheiten Ruanda-Urundi als Mandatsgebiete zu. Umgekehrt sah die nationalsozialistische Kolonialplanung von 1940 bis 1943 den Anschluss des Kongo an »Deutsch-Mittelafrika« vor, das die Stäbe »Sisal« und »Bananen« für Ost- bzw. Westafrika (SS-Obergruppenführer Philipp Bouhler bzw. SS-Brigadeführer Bernhard Ruberg) entwarfen. Gegen die Vereinigten Staaten, die ab 1942 in Belgisch-Kongo militärische Präsenz zeigten, wäre die Annexion aber kaum durchsetzbar gewesen. Das kongolesische Uran war die Voraussetzung für den Bau der Atombombe, den die Amerikaner bereits betrieben und unter keinen Umständen Hitler ermöglichen wollten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat zum Kongo der Nachkolonialzeit und seinen Wirren größeren Abstand genommen. Deutsche Beteiligungen an Nichtregierungsorganisationen, insbesondere an kirchlich-missionarischen (Franziskaner), bestanden jedoch schon in belgischer Zeit; es gab und gibt sie weiterhin im Bildungs- und Gesundheitswesen. Erst in letzter Zeit engagiert sich auch die Bundesregierung in der Demokratischen Republik Kongo. Erhebliche finanzielle Leistungen für zivile Projekte, zur Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten sowie für die Krisenprävention unterstrich Deutschland dann durch das substanzielle Engagement im Rahmen der EUFOR RD Congo im Sommer 2006.

Wolfgang Petter

Nachdem der britische Journalist und Abenteurer Henry Morton Stanley den Kongo für den belgischen König erforscht hatte, wurde Leopold II. das Gebiet auf der Berliner Afrikakonferenz 1885 persönlich übertragen. Der König wiederum beauftragte belgische Exportunternehmen mit der wirtschaftlichen Ausbeutung. Bei dem Versuch, maximale Gewinne zu erzielen, machten sich diese schwerer Übergriffe gegen die kongolesische Bevölkerung schuldig. Auch aufgrund der öffentlichen Empörung in Europa zwangen die anderen Kolonialmächte den belgischen König 1908 zum Verkauf seiner Kolonie an den belgischen Staat. Die Situation für die Kongolesen veränderte sich dadurch nur unwesentlich, da die Unternehmen, die den Abbau der Rohstoffe betrieben – allen voran die »Société Générale de Belgique« –, dieselben blieben. Im Kongo kam es wiederholt zu Aufständen und Rebellionen; sie wurden jedoch durch die Kolonialarmee, die »Force Publique«, brutal niedergeschlagen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstand eine starke Emanzipationsbewegung, die 1960 in die Unabhängigkeit des drittgrößten afrikanischen Staates mündete. Das Foto zeigt König Albert von Belgien (1875–1934) und seine Frau Königin Elisabeth bei einer Rundfahrt durch die Hauptstadt der Kolonie Belgisch-Kongo, Leopoldville (um 1920).

Kongo-Freistaat und Belgisch-Kongo: Die belgische Kolonialherrschaft 1885 bis 1960

Henry Morton Stanley erforschte seit 1874 als erster Europäer das Kongobecken. Aufgrund verheißender Rohstofffunde bot er der britischen Regierung an, das Gebiet für sie zu erschließen. Überraschenderweise lehnte London dieses Angebot ab. Stanley wandte sich daraufhin an den belgischen König Leopold II. (1865−1909), der nach einem passenden Gebiet für ein afrikanisches Engagement seines Landes suchte. 1878 kam es zur Übereinkunft zwischen dem König und dem Forscher: Stanley sollte im Auftrag Belgiens fünf Jahre lang das Gebiet entlang des Kongoflusses erkunden. Als nach fünf Jahren die Ergebnisse nicht den Vorstellungen der belgischen Öffentlichkeit entsprachen, trennte sich die Regierung offiziell von Stanley.

Der belgische König war aber fasziniert von dem Gedanken, sein Königreich durch diese exotische Region zu ergänzen, sodass er Stanley weiter finanzierte – geheim, aus seiner Privatschatulle. Zwischen 1879 und 1885 schloss Stanley – flankiert von deutschen Expeditionen – für König Leopold 450 »Stationsverträge« mit verschiedenen Bantu-Häuptlingen ab (vgl. den Beitrag von Wolfgang Petter). Die Verträge sahen unter anderem vor, die Volksgruppen entlang des Kongoflusses unter den »Schutz« Belgiens zu stellen und im Gegenzug Belgien die Erforschung sowie den Abbau der Rohstoffvorkommen zu überlassen. Aufgrund der kulturellen Unterschiede und fehlender Kenntnisse der französischen Sprache konnten die Häuptlinge die Tragweite ihrer Unterschriften nicht absehen: In der Folgezeit wurden ihre Gebiete von Privatgesellschaften, die von König Leopold eigens dafür mit Lizenzen ausgestattet worden waren, hemmungslos ausgebeutet und ihre Untertanen auf der Basis fragwürdiger Verträge als Arbeitssklaven missbraucht.

Henry Morton Stanley, David Livingstone und die Erschließung des Kongo

Der britisch-amerikanische Sensationsjournalist Henry Morton Stanley (1841–1904) kam erstmals 1871 nach Afrika. Er sollte im Auftrag des »New York Herald« den verschollenen britischen Afrikaforscher David Livingstone ausfindig machen. Dieser war von seiner viel beachteten dritten Afrikaexpedition nicht mehr in die Heimat zurückgekehrt. Tatsächlich konnte Stanley Livingstone finden. Am 10. November 1871 trafen sich beide Männer in Udjiji am Tanganjikasee. Stanley

Die Begegnung Stanleys und Livingstones in Udjiji in Afrika *(Holzst. aus: Illustrierte Zeitung, Leipzig, 7.9.1872, spätere Kolorierung)*

soll Livingstone mit den legendären Worten begrüßt haben: »Mister Livingstone, I presume« (Mister Livingstone, vermute ich). Bevor sich beide Expeditionen wieder trennten, erforschten sie gemeinsam die Ufer des Tanganjikasees. Während Stanley anschließend nach Europa zurückkehrte, suchte Livingstone weiter nach den Quellen des Nils. Gesundheitlich angeschlagen, verstarb er am 1. August 1873 im heutigen Sambia, bevor er dieses Ziel erreichen konnte.

Die Erlebnisse auf der Suche nach Livingstone beschrieb Stanley in seinem Buch »Wie ich Livingstone fand«. Ab 1879 bereiste er den Kongo im Auftrag des belgischen Königs Leopold II. Im Laufe der Reise gründete Stanley am Unterlauf des Flusses die spätere Hauptstadt des Landes und benannte sie nach seinem Gönner Leopoldville (heute: Kinshasa). Dass die Berliner Konferenz die Gebiete des heutigen Kongo endgültig Belgien zuschrieb, hatte Leopold vor allem den Expeditionen Stanleys zu verdanken. *(am)*

Das private Kolonialreich Leopolds II.: Der Kongo-Freistaat 1885 bis 1908

In Belgien sprach sich – wie in vielen Teilen Europas – die öffentliche Meinung eher gegen den Erwerb von Kolonien aus. Nach langwierigen juristischen Auseinandersetzungen erhielt Leopold II. 1885 auf der Berliner Afrikakonferenz die Gebiete entlang des Kongo daher als Privatbesitz zugesprochen. Leopold ging die Verpflichtung ein, »die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen, an der Unterdrückung der Sklaverei und des Negerhandels mitzuwirken« sowie »religiöse, wissenschaftliche und wohltätige Einrichtungen und Unternehmungen zum Besten der Eingeborenen zu schützen«.

Am 23. April 1885 erklärte sich Leopold zum Privateigentümer des Kongo. Das Gebiet war rund 75-mal so groß wie Belgien und wurde Landstrich für Landstrich kolonisiert. Dabei zerschlugen eigens dafür aufgestellte Spezialeinheiten, die »Force Publique«, die bestehenden Bantureiche. Aufgrund der erfolgreichen Militäraktionen wuchsen diese Kräfte im Laufe der Jahre zu einer belgischen Kolonialarmee auf. Leopold erließ eine Verfassung für den »Kongo-Freistaat«. Dieser Status, der dem Völkerrecht grundlegend widersprach, war in der europäischen Kolonialgeschichte einzigartig.

Im Zuge der Inbesitznahme des Territoriums durch Belgien wurde auch die christliche Missionierung vorangetrieben (vgl. den Beitrag von Marco Moerschbacher). Missionsstationen mit Schulen und Krankenlazaretten waren jedoch nur Nebenprodukte der wirtschaftlichen Ausbeutung. Für den überaus lukrativen Abbau der Kupfervorkommen in der Provinz Katanga und die Verwertung weiterer wertvoller Rohstoffe wie z.B. des Elfenbeins und des Kautschuks wurde ein Staatsmonopol errichtet. Die Erfindung des aufblasbaren Gummireifens 1888 ließ den Kautschukbedarf in Europa stark ansteigen. Ohne Rücksicht auf die ländlichen Strukturen und die gewachsenen Siedlungen im Kongo entstanden riesige Kautschukplantagen. Als Arbeiter hierfür wurden die Bewohner ganzer Dörfer zwangsverpflichtet. Die Plantagen zerstörten die traditionelle Wirtschaftsform der

Die »Force Publique«

Die »Force Publique« entstand 1885 auf Befehl König Leopolds II., um den »Kongo-Freistaat« militärisch abzusichern. Sie war bis 1960 die bestimmende militärische Macht in der belgischen Kolonie Kongo. Geführt wurde sie von ehemaligen belgischen Offizieren. Die Feldwebeldienstgrade setzten sich zunächst aus europäischen Söldnern und Abenteurern zusammen. Schwarze Afrikaner waren bis in die 1930er Jahre nur in den niederen Unteroffizier- und Mannschaftsdienstgraden zu finden, erst ab diesem Zeitpunkt konnten auch Kongolesen Feldwebel werden. (Joseph Désiré Mobutu beispielsweise diente als Oberstabsfeldwebel in der »Force Publique«.)

Die afrikanischen Soldaten traten zum Teil freiwillig der belgischen Kolonialarmee bei, viele wurden aber auch zwangsverpflichtet. Im Jahre 1914 betrug die Stärke der »Force Publique« 17 000, 1960 rund 30 000 Mann. Die Soldaten wurden von ihren belgischen Offizieren streng ausgebildet und diszipliniert. Bei Staatsbesuchen europäischer Machthaber hinterließen sie stets einen ausgezeichneten Eindruck. Die »Force Publique« kämpfte im Ersten Weltkrieg gegen die deutschen Kolonialtruppen in Deutsch-Ostafrika und im Zweiten Weltkrieg an der Seite der Alliierten in Nordafrika sowie Eritrea. Trotzdem erwarb sie sich in den 80 Jahren ihrer Existenz einen eher zweifelhaften Ruf. Von den jeweiligen Machthabern wurde sie kompromisslos als innenpolitisches Gewaltinstrument eingesetzt. So war sie z.B. für die »Kongogräuel« im frühen 20. Jahrhundert verantwortlich und stand den Kolonialherren immer wieder bei der Niederschlagung von Aufständen brutal zur Seite.

Nach dem vergleichsweise friedlichen Ende der Kolonialzeit bildete die »Force Publique« den Kern der nationalen kongolesischen Streitkräfte, genannt »Armée Nationale Congolaise« (ANC). Als diese von ihrem nach wie vor belgischen Offizierkorps aufgefordert wurde, den Anweisungen der neuen politischen Führung nicht Folge zu leisten, kam es zur Meuterei. Das Offizierkorps wurde ohne großes Blutvergießen durch kongolesische Feldwebel und Politiker ersetzt. Die Zeit der »Force Publique« war endgültig vorbei.

Selbstversorgung (Subsistenzwirtschaft) und machten die Bevölkerung abhängig von Nahrungsmittellieferungen durch die belgischen Exportunternehmen. Diese wiederum nutzten ihre Position rigoros aus und pressten mit Unterstützung der »Force Publique« den größtmöglichen Gewinn aus der kongolesischen Bevölkerung heraus. Kautschukbauern, die nicht die vorgegebenen Mengen ernteten, wurden schwer misshandelt. Diese unrühmlichen Taten der belgischen Kolonialherren sind, wie auch jene der belgischen Kolonialarmee, als »Kongogräuel« in die Geschichte eingegangen. Besonders in den westlichen und mittleren Regionen des Kongo nahm die gewachsene Sozialstruktur

Leopold II. von Belgien und die »Kongogräuel«

»Kleines Land, klein an Geist«. Mit diesen Worten beschrieb der belgische König Leopold II. sein Land und die eigenen Untertanen. Er hingegen wollte sich damit nicht zufrieden geben. 1885 konnte er den Kongo-Freistaat als Privatbesitz vereinnahmen. Leopold wandte sein gesamtes Privatvermögen zur Erschließung des Landes auf. Die Voraussetzung für die hohen Gewinne, die er aus »seinem« Kongo schöpfen konnte, schuf allerdings ein anderer: 1888 erfand John Dunlop den Gummireifen. Den nötigen Kautschuk dafür gab es im Kongo. Im Auftrag Leopolds begannen im gleichen Jahr Konzessionsunternehmen, Kautschuk aus dem Freistaat buchstäblich herauszupressen. In den Jahren bis 1908 wurden dabei vermutlich bis zu zehn Millionen Menschen ermordet oder starben aufgrund von Misshandlungen und Verstümmelungen. Diese Verbrechen sind als »Kongogräuel« in die Geschichte eingegangen. Sie konnten nicht dauerhaft geheim gehalten werden, denn immer wieder berichteten Missionare, Journalisten oder auch Geschäftsleute in Europa und Amerika von den brutalen Praktiken im Kongo-Freistaat. Es gründeten sich sogar Gesellschaften wie die »Congo Reform Association«, die ein Ende des Mordens forderten. Als sich auch die Regierungen der USA, Großbritanniens und sogar Belgiens einschalteten, musste Leopold 1908 dem öffentlichen Druck nachgeben. Er verzichtete auf seine Rechte im Kongo und überschrieb seinen Besitz dem belgischen Staat. *(am)*

schweren Schaden. Im Osten und Süden hatte der Abbau der Bodenschätze ähnlich verheerende Auswirkungen.

Die staatliche Kolonie: Belgisch-Kongo 1908 bis 1960

Die durch verschiedene Berichte über die Gräueltaten alarmierten westlichen Nationen bewegten Leopold 1908 zum Verkauf des »Kongo-Freistaates« – daraufhin umbenannt in Belgisch-Kongo – an den belgischen Staat. Eine neue Verfassung verfügte am 22. März 1910 die Abschaffung der Zwangsarbeit. Diese Maßnahme entfaltete ihre Wirkung nur zögernd. Die belgischen Exportunternehmen benötigten für eine profitable Ausbeutung der boomenden Plantagenwirtschaft und für den intensiven Rohstoffabbau nach wie vor die billigen Arbeitskräfte vor Ort. Letztendlich gelang es Belgien durch die großen Gewinnspannen beim Verkauf der Agrarerzeugnisse Kautschuk, Palmöl und Kaffee sowie der Bergbauprodukte Kupfer, Blei, Zink und Diamanten, die massiven Kriegsschäden des Ersten Weltkrieges zu beheben. Im Laufe der 1930er Jahre stieg Belgien in die Gruppe der Industriestaaten auf. Eine führende Rolle bei dieser Entwicklung spielte ab 1928 die »Société Générale de Belgique«.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges verlor das Deutsche Reich 1919 im Rahmen des Versailler Vertrages seine Kolonien in Ostafrika. Belgien erhielt die vorläufige Verwaltung über Ruanda-Urundi. Am 21. August 1925 wurde das Mandatsgebiet administrativer Teil der Kolonie Belgisch-Kongo. Um den massiven Rohstoffabbau im Süden und Osten des Kongo schneller vorantreiben zu können, förderten die Belgier die Immigration insbesondere aus Ruanda. Diese Entscheidung sorgt bis in die Gegenwart für ethnische Konflikte, speziell im Osten der heutigen Demokratischen Republik.

Bis Mitte der 1920er Jahre entstanden im Inneren des Landes einige traditionalistisch-christliche Kulte, die sich in den nachfolgenden Jahren vor allem unter der ländlichen Bevölkerung verbreiteten (»Kimbanguismus«). Die Kolonialverwaltung und kirchliche Vertreter sahen in ihnen – vor allem aufgrund des

Die »Société Générale de Belgique«

Die »Société Générale de Belgique« (SGB), eine belgische Finanzgruppe, übernahm 1928 die Kontrolle über die größten Bergbaugesellschaften in Belgisch-Kongo. Sie fasste die wichtigsten Konzessionsbetriebe auf den Gebieten der Kupfer-, Gold-, Zinn- und Diamantenförderung zusammen.

Die Wurzeln des Wirtschaftsgiganten gehen auf die Entstehungszeit der Kolonie Belgisch-Kongo zurück. Um deren Erschließung zu unterstützen, gründete König Leopold II. 1876 das »Studienkomitee für den Oberkongo«, welches Ende der 1880er Jahre abgelöst wurde durch die »Association Internationale du Congo«. Durch Einbringen seines Privatvermögens und die Einlagen bedeutender Bankiersfamilien (z.B. der Rothschilds) konnten die nötigen Expeditionen zur Erforschung und Inbesitznahme des Kongo finanziert und durchgeführt werden. Ab 1884 beuteten fast ausschließlich belgische Wirtschaftsunternehmen die enormen Ressourcen aus.

Auch nach dem Übergang des »Kongo-Freistaates« in die staatliche Kolonie Belgisch-Kongo blieben die gewinnbringenden Exportunternehmen in Besitz derselben belgischen Muttergesellschaften. Durch das Engagement der SGB wurden die bedeutendsten Konzessionsfirmen 1928 schließlich zusammengefasst, was den politischen Einfluss der Wirtschaft in Belgisch-Kongo erheblich verstärkte. In den 1920er und 1930er Jahren kontrollierte die SGB etwa 70 Prozent des ökonomischen Lebens der Kolonie. Ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung blieb bis zur Unabhängigkeit des Kongo 1960 erhalten. Erst die Enteignungen während der Politik der »Afrikanisierung« unter Mobutu brachten das Ende für die »Société Générale«. *(am)*

Rückgriffs auf afrikanische Traditionen und der Etablierung nationalistischer Ideen – eine substantielle Bedrohung für die belgische Vorherrschaft. Um dieser Gefahr zu begegnen, wurde am 11. Februar 1926 ein Verbot aller afrikanischen, zumal der religiösen Organisationen erlassen. Zugleich war von nun an nicht Boma, sondern Leopoldville, das heutige Kinshasa, die Hauptstadt der Kolonie.

Trotzdem kam es immer wieder zu regionalen Aufständen und Rebellionen gegen die belgische Kolonialherrschaft. So wollte sich die rohstoffreiche Provinz Katanga 1931 von der Zentralregierung in Leopoldville abspalten. Solche Bestrebungen wurden ebenso niedergeschlagen wie eine Meuterei von Soldaten in Luluabourg (heute Kananga) 1944. Diese breitete sich sehr schnell entlang der Bahnlinie nach Katanga aus und erfasste afrikanische Eisenbahnarbeiter, Bergleute und Bauern. Es dauerte insgesamt vier Monate, bis die Verwaltung das Gebiet wieder unter ihrer Kontrolle hatte.

Während des Zweiten Weltkriegs kämpfte die kongolesische Armee an der Seite der Alliierten in Nordafrika und Eritrea. Viel größer aber war die ökonomische Bedeutung des Landes als Rohstofflieferant für die alliierte Kriegswirtschaft. Insbesondere das Eisenerz und das Uran aus den kongolesischen Minen sowie der Kautschuk waren von herausragender Bedeutung für die Rüstungsindustrien der USA und Großbritanniens. Im September 1942 erhielten die USA große Mengen Uran aus Katanga für ihr Atombombenprogramm und setzten es zusammen mit Uran aus Colorado und Kanada in den über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben ein. Durch die Rohstoffexporte blühte der Kongo im Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich auf. Die ersten Ansätze einer Industrialisierung verstärkten die Verstädterungstendenzen.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges und der Kolonialzeit in Afrika

Nach dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg erhofften sich viele Afrikaner größere Freiheiten, zumal selbst die belgische Kolonialverwaltung Reformen anstrebte. Ihr Ziel war es, eine loyale schwarze Mittelschicht zu schaffen. In den Städten war der Lebensstandard der Kongolesen in den 1950er Jahren relativ hoch. Nach einem bestandenen Sprach- und Kulturtest konnten Afrikaner zu so genannten »Évolués« (Assimilierten) aufsteigen und wurden Europäern weitgehend gleichgestellt. Höhere Positionen blieben für sie allerdings unerreichbar. Zum

Joseph Conrad, Das Herz der Finsternis

Mit der Erzählung »The Heart of Darkness« gelangte der englische Schriftsteller Joseph Conrad 1902 zu Weltruhm und schuf den wohl bekanntesten literarischen Text, der den Kongo zum Inhalt hat. In »Heart of Darkness« schildert Conrad, geboren am 3. Dezember 1857 als Sohn ukrainischer Eltern im polnischen Berdyczów, eine Flussdampferfahrt des Helden Charlie Marlow ins Kongoinnere. Eine der Hauptfiguren, der in der Kongo-Literatur häufig zitierte Elfenbeinhändler »Mr. Kurtz«, ist der Prototyp eines brutalen Kolonialherren um 1890. Conrad, der selbst als Seemann den Kongofluss befuhr, wurde zu einem angesehenen Kritiker kolonialer Praktiken. Der Titel von »The Heart of Darkness« wird bis heute dazu verwendet, um Unrecht und Verbrechen in Afrika zu umschreiben. Conrad starb am 3. August 1924 nahe Canterbury, England. *(bc)*

Zeitpunkt der Unabhängigkeit des Landes gab es zum Beispiel erst ein Dutzend kongolesische Akademiker. Vielen »Évolués« gingen die Reformen nicht weit genug. Sie setzten sich an die Spitze einer Emanzipationsbewegung, die die Unabhängigkeit des Landes in den Blick nahm.

Als ein belgischer Professor 1955 schrittweise Reformen und für das Jahr 1985 die Entlassung des Landes in die Selbständigkeit vorschlug, rief dies Proteste bis hin zu Aufrufen zum bewaffneten Kampf hervor. Die Mehrheit der Stadtbevölkerung setzte hingegen auf Demonstrationen und Streiks. Trotzdem brachen im Januar 1959 nach dem Verbot einer Parteiveranstaltung mehrtägige Unruhen aus. Unter den Toten und Verletzten waren etliche Europäer. Die belgische Regierung reagierte panikartig und stimmte der Unabhängigkeit bereits am 30. Juni 1960 zu. Die französischen Erfahrungen in Nordafrika vor Augen, wollte man in Brüssel ein »zweites Algerien« vermeiden, das seit 1954 einen Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich führte. Gleichzeitig sollten moderate kongolesische Politiker die belgischen Interessen auch nach der Unabhängigkeit garantieren. Der neokoloniale Weg des Landes war damit vorgezeichnet.

Dieter H. Kollmer

pa/dpa

Die Demokratische Republik Kongo trägt erst seit 1997 wieder den Namen, den sie 1960 erhalten hatte. Zwischen 1971 und 1997 war ihre offizielle Staatsbezeichnung Zaire. Zaire ist von dem Ausdruck »N´Zadi« (= Fluss) abgeleitet. Die ersten Portugiesen im Kongo machten daraus »N´Zaïre« als Namen für den Fluss Kongo.

Die Namensänderung von Kongo in Zaire ist untrennbar mit Joseph Désiré Mobutu verbunden. Mobutu verfolgte seit seiner Machtübernahme 1965 als Präsident des Landes eine Politik der »Afrikanisierung«. Das Manifest von N´Sele schrieb bei der Gründung seiner Staatspartei Mouvement Populaire de la Révolution (MPR) 1967 einen »authentischen Nationalismus« fest, dessen Ziel es war, das Volk zur althergebrachten afrikanischen Lebensweise zurückzuführen und fremde Einflüsse zu verdrängen. Neben der Umbenennung des Landes in Zaire (21. Oktober 1971) symbolisierten eine neue Nationalhymne sowie eine neue Staatsflagge diese Politik. Französische Bezeichnungen wurden aus dem öffentlichen Leben entfernt, die Einwohner mussten ihre christlichen Vornamen »afrikanisieren«. Der Präsident selbst trat nur noch als Mobutu Sese Seko auf. Ausländische Firmen wurden des Landes verwiesen und enteignet.

Mobutu wollte Zaire durch die Rückbesinnung auf vorkoloniale Strukturen einen und die Bevölkerung in der Tradition der klassischen Stammeshäuptlinge auf seine Person einschwören. In den folgenden Jahren übersteigerte sich die Bewegung der »Authentizität« zunehmend zu einer neuen Ideologie, dem »Mobutismus«. Der alleinherrschende Staatschef stellte sich als eine Art von Gott gesandter Messias dar. Das Foto zeigt Mobutu bei der Vereidigungszeremonie für seine dritte Amtsperiode als Präsident am 5. Dezember 1984 in Kinshasa.

Das autoritäre Regime unter General Joseph Désiré Mobutu: Ein Symbol des Kalten Krieges

In den frühen 1960er Jahren verschärfte sich der Kalte Krieg in Afrika mit der Unabhängigkeit der Kolonie Belgisch-Kongo. Der erste Ministerpräsident der jungen Republik, Patrice Émery Lumumba, der die Hilfe der Sowjetunion erbeten hatte, um die Abspaltung der Provinzen zu verhindern, wurde als Kommunist abgestempelt und mit amerikanisch-belgischer Hilfe Anfang 1961 seinen Feinden in Elisabethville (heute Lubumbashi) ausgeliefert, die ihn wenig später ermordeten.

Etwa gleichzeitig mit der Machtübernahme von Joseph Désiré Mobutu im Kongo durch einen Militärputsch am 24. November 1965 begann in Afrika südlich der Sahara eine Reihe politischer Umstürze, die man auch als »demokratischen Sündenfall« bezeichnen könnte. Im Westen schien man das Vertrauen in die Widerstandskraft der bei der Unabhängigkeit etablierten demokratischen Ordnungen gegen den gefürchteten »kommunistischen Bazillus« verloren zu haben. Man förderte nun prowestliche Militärdiktaturen, denen man politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung zutraute. Allein bis 1975 ereigneten sich in Schwarzafrika – zumeist mit westlicher Billigung oder Unterstützung – 18 Militärumstürze. Mobutu befand sich also in »guter« Gesellschaft zahlreicher, vom Westen unterstützter »Entwicklungsdiktaturen«, denen zum Teil erst das Ende des Kalten Krieges 1990 den Garaus machte.

Die staatliche Unabhängigkeit bis zur Machtergreifung Mobutus

Belgien gab 1960 internationalem Druck nach und entließ zum 30. Juni 1960 seine wirtschaftlich blühende Kolonie in die Unabhängigkeit, ohne hierfür notwendige Vorbereitungen getroffen zu haben. Das im Mai 1960 gewählte Parlament einigte sich kurz vor dem Unabhängigkeitstag auf die Wahl von Joseph Kasavu-

Der UN-Einsatz in Kongo-Kinshasa 1960 bis 1964

Im Juli 1960 lief im Kongo ein als ONUC (Opérations des Nations Unies au Congo) bezeichneter UN-Einsatz an, und zwar nur wenige Tage, nachdem das Land die Unabhängigkeit erlangt hatte. Anlass war ein offizielles Hilfsersuchen der neuen Regierung in Kinshasa an die Vereinten Nationen. Nach einer Meuterei kongolesischer Soldaten der von »Force Publique« in »Armée Nationale Congolaise« (ANC) umbenannten Streitkräfte gegen ihre belgischen Offiziere war es ab dem 5. Juli zu erheblichen Unruhen gekommen. Zielscheibe gewaltsamer Proteste waren vor allem die im Land verbliebenen Europäer. Um diese zu schützen, übernahmen noch vor Ort befindliche belgische Truppen die Kontrolle in den größeren Städten. Verstärkt wurde die Krise durch die Abspaltung der Provinz Katanga unter Führung von Moïse Kapenda Tshombé.

Der nigerianische Generalmajor Aguiyu Ironsi, Kommandeur der UN-Operation im Kongo (1964)

In der Resolution 143 des UN-Sicherheitsrates vom 14. Juli 1960 erhielt der UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld die Ermächtigung, alle Mittel zu ergreifen, um die Regierung des Kongo bei der Aufstellung nationaler Sicherheitsorgane und bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen. Bis zum 17. Juli wurden mehr als 3000 Blauhelme in den Kongo verlegt. Es gelang ihnen allerdings nicht, die innere Lage zu stabilisieren.

Verschärft wurde die Situation durch Streitigkeiten innerhalb der kongolesischen Regierung: Während Präsident Joseph Kasavubu zunehmend mit den USA sympathisierte, näherte sich Ministerpräsident Patrice É. Lumumba scheinbar der UdSSR an. Als sich im September 1960 die beiden führenden Politiker gegenseitig absetzten, verlor die Zentralregierung vollkommen an Einfluss.

Diese Konstellation nutzte der damalige Armeestabschef Joseph Désiré Mobutu. Er unterstützte Kasavubu und ließ Lumumba verhaften.

An der Auslieferung Lumumbas an die Separatisten nach Katanga im Januar 1961 waren belgische Offiziere und die CIA beteiligt. Auch die UN-Vertreter im Kongo spielten eine undurchsichtige Rolle, die bis heute nicht abschließend geklärt werden konnte.

Seit Februar 1961 übernahm praktisch die ONUC die Kontrolle des Kongo. Eine kongolesische Zentralmacht war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vorhanden. Angriffe gegen die Blauhelme und eine Ausweitung der Sezession in Katanga führten am 21. Februar 1961 schließlich zur Resolution 161 des UN-Sicherheitsrates (UNSCR 161/später noch ergänzt durch UNSCR 169 im Dezember 1961), in der den UN-Truppen ausdrücklich die Anwendung von Gewalt zur Erreichung der Ziele der Resolutionen genehmigt wurde. Dies waren die Sicherung der staatlichen Integrität des Kongo, die Verhinderung eines Bürgerkrieges und der Abzug alles ausländischen Militär-, Polizei- und Beraterpersonals.

Der UN-Sicherheitsrat ermöglichte ein massives Vorgehen der ONUC gegen die Sezessionsbewegung in Katanga, die bislang unbehelligt geblieben war und maßgebliche Hilfe durch belgische und französische Söldner erhielt. Durch mehrere gezielte Militäraktionen gelang es der ONUC, deren Stärke mittlerweile auf 20 000 Mann angestiegen war, bis Ende 1962 sämtliche ausländischen Söldner und Berater aus Katanga zu vertreiben. Ohne weitere internationale Unterstützung – auch die USA hatten ihre Hilfe mittlerweile eingestellt – gab Tshombé seinen Abspaltungsversuch schließlich auf. Damit waren scheinbar die Ziele der UN-Resolutionen erreicht, und die Blauhelme wurden schrittweise bis Mitte 1964 abgezogen. In den vier Jahren waren bei Kampfhandlungen insgesamt 250 UN-Soldaten und zivile Mitarbeiter ums Leben gekommen.

Die Bewertung des UN-Einsatzes ONUC ist heute sehr umstritten. Während es den Blauhelmen gelang, die humanitäre Situation der Bevölkerung zu verbessern, versagten die Bemühungen, den Kongo (innen)politisch zu stabilisieren. Anstatt die Zentralregierung bei der Aufstellung von Sicherheitsorganen zu unterstützen, übernahm die ONUC selbst Polizeiaufgaben. Schließlich verließ das internationale Militär das Land, ohne die Voraussetzungen für innere Ruhe und Ordnung geschaffen zu haben. Mit dieser anhaltenden Instabilität war der Weg für die Machtübernahme durch Mobutu 1965 und die anschließende, drei Jahrzehnte dauernde Diktatur frei. *(am)*

bu, den Sprecher der wichtigen Bakongo-Bevölkerungsgruppe, zum Staatspräsidenten. Lumumba, der Chef der anti-kolonialen Nationalpartei Mouvement National Congolais (MNC), erhielt das nach der Verfassung wichtigere Amt des Ministerpräsidenten.

Schon die Unabhängigkeitsfeier des Landes wurde allerdings zum Fanal. Der belgische König Baudouin meinte seinen Vorfahren König Leopold II. als Zivilisationsträger und Befreier von arabischen Sklavenhändlern würdigen zu müssen, obwohl jeder wusste, wie brutal Leopold seinen »Kongo-Freistaat« zwischen 1885 und 1908 ausgebeutet hatte (vgl. den Beitrag von Dieter H. Kollmer). Zornerfüllt ergriff Lumumba das Wort und hielt am 30. Juni 1960 eine Rede, die in die Geschichtsbücher einging: »Wenn auch die Unabhängigkeit im Einvernehmen mit Belgien, einem Land mit dem wir von nun an von gleich zu gleich verhandeln werden, proklamiert wird, so sollte kein Kongolese, der dieses Namens würdig ist, vergessen, dass sie durch einen Kampf erreicht wurde [...] Wir haben Ironie, Beleidigungen und Schläge erlebt, die wir morgens, mittags und abends erleiden mussten, nur weil wir Neger waren.« Man konnte den belgischen König danach gerade noch davon abhalten, sofort abzureisen.

Der neue Staat erfreute sich nur kurzer Ruhe. Der Sturm brach am 4. Juli 1960 in den Kasernen von Thysville (Mbanzu-Ngungu) und Leopoldville (Kinshasa) los. Als General Janssens, der noch amtierende Chef der so genannten Force Publique (vgl. den Kasten auf S. 44) erklärte, die Unabhängigkeit habe keine Bedeutung und alles bliebe wie gehabt, meuterten die Soldaten. Janssens musste das Land verlassen und Lumumba berief mit Oberst Joseph Désiré Mobutu einen cleveren jungen Mann zum Chef des Generalstabs einer neuen Kongo-Armee. Mobutu besaß neben hervorragenden Verbindungen im Lande auch beste Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA.

Mobutu, am 14. Oktober 1930 geboren, war mit 19 Jahren Soldat der Force Publique geworden und verließ die Armee 1956 im Range eines Oberstabsfeldwebels. Danach war er Journalist und schloss sich 1958 der Partei MNC an, bevor er 1960 von Lumumba zum Staatssekretär im Ministerpräsidentenamt berufen wurde. Mit seiner Ernennung zum Generalstabschef begann Mobutus unaufhaltsamer Aufstieg, nachdem Staatspräsident

Kongo-Brazzaville (Republik Kongo)

Kongo-Brazzaville, oft verwechselt mit der Demokratischen Republik Kongo, ist die Bezeichnung für den selbständigen Staat Republik Kongo. Zur besseren Unterscheidung der beiden Kongo-Staaten werden die Staatsnamen häufig um die jeweilige Hauptstadt (Brazzaville für die Republik Kongo und Kinshasa für die Demokratische Republik Kongo) ergänzt. Die Republik Kongo grenzt im Westen an die Demokratische Republik Kongo, ist wesentlich kleiner (ca. ein Achtel der Fläche Kongo-Kinshasas) und hat nur etwa drei Millionen Einwohner, die in der Mehrheit der Volksgruppe der Bakongo angehören. Die wirtschaftliche und soziale Situation ist deutlich besser als in der Demokratischen Republik Kongo. Neben einer positiven Außenhandelsbilanz wird dies vor allem in einer mit 85 Prozent relativ hohen Alphabetisierungsrate deutlich.

pa/dpa

Denis Sassou-Nguesso gab am 10. März 2002 in einem Wahllokal in Brazzaville seine Stimme ab. Es waren die ersten Wahlen in dem ölreichen Staat seit zehn Jahren. Sassou-Nguesso musste sich sechs Gegenkandidaten stellen. Er hatte sich 1997 nach einem blutigen Bürgerkrieg gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten der ehemaligen französischen Kolonie, Pascal Lissouba, an die Macht geputscht.

Die Existenz zweier Staaten mit dem Namen Kongo geht auf die Kolonialzeit zurück. Während Kongo-Kinshasa in den 1870er Jahren im Auftrag des belgischen Königs erkundet wurde, konnte zwischen 1876 und 1878 der Franzose Pierre Savorgnan de Brazza (Namensgeber für die Hauptstadt Brazzaville) die Gebiete westlich des Kongoflusses an Frankreich binden. Auf der Kongokonferenz von 1885 wurde die Aufteilung der Gebiete im Kongobecken festgelegt. Während der größere östliche Teil zu Belgien kam (Belgisch-Kongo), blieb der kleinere westliche Teil bei Frankreich (Französisch-Kongo oder Mittlerer Kongo). Der Mittlere Kongo, ab 1891 offiziell französische Kolonie, bildete zwischen 1910 und 1946 zusammen mit Gabun, Tschad und Ubangi-Schari (heute Zentralafrikanische Republik) die Föderation Afrique-Équatoriale Française mit der Hauptstadt Brazzaville. Der Übergang in die Unabhängigkeit 1960 verlief zwar nicht reibungslos, jedoch ruhiger als im Nachbarstaat. Trotz der engen Bindung an die Sowjetunion und China und der Umbenennung in »Volksrepublik Kongo« (1971 bis 1991) blieb der politische und wirtschaftliche Kontakt zum ehemaligen Mutterland Frankreich stets gut, was zu einer gewissen Stabilisierung des Landes beitrug. Obwohl Staatspräsident Denis Sassou-Nguesso 2002 offiziell die Demokratie verkündet hat, lebt das Land auch heute weitgehend unter den Bedingungen einer Diktatur. *(am)*

Kasavubu und Ministerpräsident Lumumba sich gegenseitig abgesetzt hatten. Träger der Regierungsmacht war seit dem 5. September 1960 offiziell ein von Mobutu geschaffenes »Kommissarkollegium« (Collège des Commissaires). Lumumba floh nach Stanleyville (Kisangani), wohin er die Regierung verlagern wollte. Mobututreue Soldaten verhafteten ihn jedoch auf der Flucht. Mobutu veranlasste auf belgisch-amerikanischen Druck die Auslieferung seines früheren Freundes an dessen Erzfeind Moïse Tshombé, der von Elisabethville (Lubumbashi) aus einen unabhängigen Staat Katanga ausgerufen hatte. Lumumba wurde am 17. Januar 1961 in der Nähe von Elisabethville ermordet.

Vermutlich hing die Eile der ausländischen Mobutu-Förderer bei der Eliminierung Lumumbas auch mit der am 20. Januar 1961 bevorstehenden Amtsübernahme des amerikanischen Prä-

sidenten John F. Kennedy zusammen. Man befürchtete nämlich, dass Kennedy mit dem Nationalisten Lumumba zur Bewahrung der territorialen Integrität des Kongo zusammenarbeiten würde. Tatsächlich unterstützte Kennedy später Maßnahmen der UNO zur Beendigung der Sezessionen in Katanga und in der Diamantenprovinz Süd-Kasai, die am 8. August 1960 ebenfalls ihre Unabhängigkeit erklärt hatte. Am 21. Februar 1961 übernahm der UNO-Sicherheitsrat faktisch die Verwaltung des Kongo.

Nach dem Tod von Lumumba löste Mobutu das Kommissarkollegium auf, erkannte eine von Kasavubu ernannte neue Regierung an und zog sich mit der Armee in die Kasernen zurück. Die UNO konnte 1963 schließlich die Katanga- und Kasai-Sezession beenden. Mobutu selbst griff wieder in das Geschehen ein, als er mit seinen Truppen, aber vor allem mit Hilfe einer US-finanzierten, überwiegend aus Südafrikanern bestehenden Söldnerarmee weitere Aufstände im Osten und in der westlichen Kwilu-Provinz im November 1964 endgültig niederschlug. Zuvor hatte am 10. Juli 1964 Staatspräsident Kasavubu im Rahmen einer Politik der nationalen Einheit den früheren Katanga-Regierungschef Tshombé zum Ministerpräsidenten berufen. Nach dem Ende der Aufstände hielt Kasavubu die Zeit für gekommen, sich Tshombés zu entledigen. Als aber der von ihm als Nachfolger nominierte Kandidat Évariste Kimba im Parlament keine Mehrheit fand und wieder ein Machtvakuum entstand, sah sich Mobutu ermuntert, am 24. November 1965 durch einen Militärputsch nun vollständig die Macht zu ergreifen – zunächst für fünf Jahre.

Partner des Westens im Kalten Krieg

Mobutu blieb bis zum Ende des Kalten Krieges der unumschränkte Herrscher in dem von der Natur so reich ausgestatteten Land und beutete es so maßlos aus, wie einst Leopold II. als Souverän des Freistaates Kongo (1885 bis 1908). Mobutu übernahm 1965 ein trotz der geschilderten Wirren wohlhabendes Staatswesen. Die belgischen Kolonialbeamten hatten zwar inzwischen mit ihren Familien das Land verlassen, aber viele Belgier und andere Europäer hielten, mit gut dotierten Privatverträgen ausgestattet, den Lauf von Wirtschaft und Staat aufrecht. Die Kupfer- und

»Rumble in the Jungle«

Am 30. Oktober 1974 fand in Kinshasa einer der denkwürdigsten Kämpfe der Boxgeschichte statt. In der Hauptstadt des damaligen Zaire standen sich im Kampf um die Weltmeisterschaft im Schwergewicht Titelverteidiger George Foreman und sein Herausforderer Muhammad Ali gegenüber. Der Kampf war auf zwölf Runden angesetzt. Er wurde aufgrund der klimatischen Verhältnisse für beide Boxer zur Tortur. Der klare Favorit Foreman verausgabte sich, als er Ali heftig schlagend durch den Ring verfolgte. Herausforderer Ali hingegen prägte einen neuen Kampfstil, indem er sich ausweichend immer wieder in die Ringseile fallen ließ (rope-a-dope). In der achten Runde ging Ali dann zum Gegenangriff über und knockte den mittlerweile erschöpften Foreman aus.

pa/dpa/Mehmet Biber

Muhammad Ali (in der Mitte) während einer Pressekonferenz nach seinem sensationellen K.O.-Sieg gegen den Titelverteidiger George Foreman am 30. Oktober 1974 in Kinshasa. Im Hintergrund ein überdimensionales Porträt des Präsidenten, General Mobutu Sese Seku.

Aber nicht nur der Kampf von Kinshasa ging in die Sportgeschichte ein. Er war die erste große Boxveranstaltung, die der später berühmt gewordene Boxpromoter Don King organisiert hatte. Don King konnte den Kampf nicht in den USA stattfinden lassen, da das amerikanische Boxprofigeschäft damals bereits zwischen anderen Veranstaltern aufgeteilt war. Bei der Suche nach einem geeigneten Ort bot ihm der an positiver Presse interessierte zairische Präsident Mobutu besonders günstige Konditionen an. Don King wollte einen exotischen Ort für den Boxkampf. Er bekam ihn – und darüber hinaus einen sensationellen Kampfverlauf.

Die Stimmung am Ring war geprägt von der drückenden Hitze und der ungewöhnlichen Kampfzeit (05:00 Uhr Ortszeit), geschuldet dem amerikanischen Fernsehpublikum. Muhammad Ali wurde frenetisch vom einheimischen Publikum unterstützt. Der Herausforderer hatte den ganzen Sommer in Zaire verbracht, um sich an die klimatischen Verhältnisse zu gewöhnen. Darüber hinaus hatte er die Zeit auch dazu genutzt, Afrika und die Afrikaner näher kennen zu lernen, da er sich – wie er immer wieder betonte – »als Nachfahre dieser Menschen« fühlte. Dies führte zu einem enormen Popularitätsbonus für Ali, den die Zuschauer in Kinshasa mit dem berühmt gewordenen Anfeuerungsruf »Ali bumaye!« (Ali, töte ihn!) anfeuerten. Im Laufe des Kampfes wurde die Stimmung immer aufgeheizter und drohte sich nach dem Knock-out Foremans wie ein tropisches Gewitter in einem riesigen Chaos zu entladen. Präsident Mobutu ließ seine Leibgarde aufmarschieren, um die Ausschreitungen in den Griff zu bekommen. In Afrika gilt dieser Boxkampf als das mit Abstand bedeutendste Sportereignis des 20. Jahrhunderts. *(dhk)*

Diamantenexporte erlaubten den neuen Machthabern und ihren »weißen Kulis« ein gutes Leben. Dies änderte sich, als Mobutu sich nach einem Besuch in der Volksrepublik China 1973 der sozialistisch geprägten Bewegung zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung anschloss. Mobutu fand 1974 mit einer Rede vor der UNO-Vollversammlung viel Beifall, als er erklärte, der in Zaire umbenannte Kongo werde nun »authentisch« von Kongolesen geführt. Die Wirtschaft werde »zairisiert«, d.h. verstaatlicht, und Ausländer hätten nichts mehr zu sagen. Im Zuge der Politik der »Zairisierung« hatte Mobutu sich schon 1972 in Mobutu Sese Seko umbenannt.

Der Herrscher nahm sich aus den Exporterlösen, was er für seinen aufwändigen Lebenswandel und für die Finanzierung seiner Präsidentengarde sowie der Armee brauchte. Es kam, was nicht ausbleiben konnte: Die Wirtschaft des Landes zerfiel in dramatischer Geschwindigkeit.

1975 vollzog Mobutu zumindest in der Ausländerfrage eine Kehrtwende und rief Experten ins Land, die jedoch noch höhere »Risikogehälter« forderten als ihre Vorgänger vor 1973. Mobutu

bekämpfte politisch alle Widersacher, die sich nicht den neuen Machtverhältnissen unterordnen wollten. Seine Politikwende blieb hinter dem »authentischen« Wortgeklingel etwas zurück, aber dies tolerierten die Regierungen in Brüssel, Washington, London und der Bundesrepublik Deutschland, wo vor allem Franz Josef Strauß bis zu seinem Tod Mobutu die Treue hielt. Für die Regierungen in West-Europa und den USA war entscheidend, dass Mobutu trotz seiner sozialistischen Experimente im Innern auf den Barrikaden des Kalten Krieges fest zum Westen stand und dessen Geheimdienste Einblick in alle wichtigen Vorgänge des Landes erhielten. Seinen persönlichen Schutz überließ Mobutu, der sich mittlerweile selbst zum Marschall ernannt hatte, übrigens in immer stärkerem Maße ausländischen Spezialisten, insbesondere aus Israel.

Mobutus Macht im Land und sein Ansehen als Bündnispartner litten nach Invasionen der »Katanga-Gendarmen« 1977 und 1978. Nur mit Hilfe marokkanischer Soldaten und westlicher Finanzierung konnte Mobutus Armee diese Rebellen im Süden des Landes zurückschlagen, bei denen es sich um die Nachfahren der Katanga-Sezessionisten handelte, die bei der Niederlage Tshombés 1963 in den umliegenden Ländern, vor allem im damals noch portugiesischen Angola, Zuflucht gefunden hatten.

Die Bedeutung Mobutus im Kalten Krieg war in starkem Maße abhängig vom Verlauf des Bürgerkriegs in Angola, wo er mit Jonas Savimbi, dem Verbündeten der USA, gegen die prokommunistische Regierung der Angolanischen Volksbefreiungsbewegung (Movimento Popular da Libertação de Angola, MPLA) zusammenarbeitete, die von kubanischen Soldaten unterstützt wurde. Spätestens als 1988 die Kubaner Angola verließen, wurden auch im Westen die Stimmen immer lauter, man sei nun wirklich nicht mehr auf die Unterstützung des umstrittenen Partners im Kongo angewiesen. Ganz besonders kompromittiert hatte das Mobutu-Regime schon 1978 ein vertrauliches Papier des deutschen Experten des Internationalen Währungsfonds Erwin Blumenthal. Dieser beschrieb schonungslos das Selbstbedienungssystem der Mobutu-Gefolgsleute und bezifferte allein das private Auslandsvermögen des Herrschers auf etwa 152 Millionen US-Dollar.

Zerfall von Staat und Wirtschaft

Alle Versuche, im Kongo die Staatsfinanzen zu sanieren und die Wirtschaft anzukurbeln, scheiterten. Ab 1980 kam der Staat immer weniger seinen sozialen Verpflichtungen nach. Schulen und Krankenhäuser wurden meist nur noch von kirchlichen Institutionen und ihren internationalen Hilfswerken am Leben erhalten. Da selbst die Armee keine regelmäßigen Soldzahlungen mehr erhielt, halfen sich die Soldaten auf ihre Weise. Mobutus System wurde als »Klaugemeinschaft« (Kleptokratie) beschrieben. Dem Volk ging es schlecht, aber eine kleine Gruppe lebte in Saus und Braus. Mobutu zog sich immer mehr in seinen Palast in Gbadolite in der Nähe seines Heimatdorfs im nördlichen Kongo zurück. (Die Landebahn seines Privatflughafens war selbst für das häufig gemietete Flugzeug Concorde geeignet.) Im ganzen Land bildete sich eine autonome demokratische Oppositionsbewegung. 13 Parlamentarier hatten Ende 1979 einen offenen Brief an Mobutu gerichtet und seine Politik als die Ursache allen Übels angeklagt. Diese »Gruppe der 13« gründete unter Führung des Juraprofessors Étienne Tshisekedi wa Mulumba am 15. Januar 1982 die erste demokratische Oppositionspartei, die Union für Demokratie und sozialen Fortschritt (Union pour la Démocratie et le Progrès Social, UDPS). Mobutu ließ die Partei verbieten und Tshisekedi verbrachte die nächsten acht Jahre teils im Gefängnis, teils stand er unter Hausarrest. 1988 sah sich die katholische Kirche gezwungen, das Regime öffentlich zu kritisieren. Und selbst einfache Staatsbeamte, die inzwischen auch nicht mehr regelmäßig bezahlt wurden, forderten 1989 die Auflösung der Staatspartei und die Zulassung eines Mehrparteiensystems.

Übergangsparlament und erneute Stabilisierung der Macht Mobutus

Nach dem Ende des Kalten Krieges legte der amerikanische Außenminister James Baker bei einer Südafrika-Reise zur Begrüßung des südafrikanischen Bürgerrechtlers Nelson Mandela im März 1990 in Kinshasa einen Zwischenstopp ein. Im Bei-

sein seines Afrikastaatssekretärs Herman Cohen erklärte Baker gegenüber Mobutu unumwunden, sein Regime könne hinfort nicht mehr mit amerikanischer Unterstützung rechnen. Mobutu verstand die Botschaft, hob den Hausarrest für Tshisekedi auf und legte am 24. April 1990 den Vorsitz seiner Staatspartei MPR nieder, die neben der Armee seine eigentliche Machtstütze war. Die Amerikaner finanzierten eine nationale Konferenz, die über die demokratische Zukunft des Landes beraten und Entscheidungen treffen sollte. Der französische sozialistische Staatspräsident François Mitterrand legte im Juni 1990 beim franko-afrikanischen Gipfel in der französischen Kurstadt La Baule nach und machte künftige Hilfe Frankreichs von substanziellen Demokratisierungsschritten abhängig. Am 15. August 1992 wählte die Nationale Souveräne Konferenz unter Vorsitz des Erzbischofs von Kisangani, Laurent Monsengwo, den UDPS-Chef Étienne Tshisekedi zum Ministerpräsidenten. Eine zentralistische und föderale Elemente abwägende Verfassung wurde ausgearbeitet. Ein Übergangsparlament, der Haut Conseil de la République, löste die Nationale Souveräne Konferenz ab. Die Ära Mobutu schien ihr Ende gefunden zu haben.

Man hätte nun erwarten können, dass der neu gewählte amerikanische Präsident Bill Clinton nach seinem Amtsantritt am 20. Januar 1993 den von der Nationalen Souveränen Konferenz gewählten Tshisekedi, Chef der größten demokratischen und Gewaltfreiheit propagierenden Partei, unterstützen würde. Diese Unterstützung blieb jedoch aus, und auch die UNO brachte plötzlich den algerischen Diplomaten Lakhdar Brahimi ins Spiel, um zwischen dem alten Mobutu-Parlament und dem Übergangsparlament zu vermitteln. Selbst Erzbischof Monsengwo begann eine mysteriöse Pendeldiplomatie zwischen Paris, Brüssel und Washington, sodass faktisch Mobutu wieder eine Atempause erhielt.

In dieser Lage brach im März 1993 der so genannte Masisi-Krieg aus. Tausende von Menschen kamen bei ethnischen Konflikten zwischen alteingesessenen Gruppen (Hunde, Nande) und zugewanderten Hutu und Tutsi ums Leben. Hintergrund waren unter anderem Landkonflikte sowie der Versuch, die Zuwanderer (Hutu und Tutsi) von der Wahl auszuschließen. Lager mit annähernd 50 000 Schutzsuchenden stellten ein beachtliches

Unruhepotential dar. (Dieses »Ruander-Problem« ist – in Verbindung mit den Hutu-Flüchtlingslagern ab Juli 1994 in beiden Kivu-Provinzen – der Hintergrund des Aufstands der Banyamulenge-Tutsi von 1996, der am Beginn des Krieges zum Sturz von Mobutu im Mai 1997 stand.)

Der Masisi-Konflikt trug maßgeblich dazu bei, dass es im April 1993 zu Verhandlungen über ein neues Übergangsparlament kam, dessen Mitglieder im Januar 1994 anstelle des Linkskatholiken Tshisekedi einen Würdenträger aus der Mobutu-Zeit, Kengo wa Dondo, zum Ministerpräsidenten wählten. Mobutu blieb im Amt und die vorgesehenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurden verschoben.

Veränderung des internationalen Umfelds und Ende der Ära Mobutu

Mittlerweile hatten sich auch die internationalen Rahmenbedingungen verändert. Entscheidend für die weitere Entwicklung in Zaire wurde das Nachbarland Ruanda. Präsident Clinton hatte im Oktober 1993 nach dem gescheiterten Somalia-Einsatz amerikanischer Soldaten im Auftrag der UN (Operation Restore Hope) einen weitreichenden Beschluss gefasst. Clinton dekretierte – und ließ sich dies während des Völkermords in Ruanda am 5. Mai 1994 in der Presidential Decision Directive 25 offiziell bestätigen –, dass künftig nur noch bei höchstem nationalen Interesse der USA Soldaten nach Afrika entsandt werden durften. Im Oktober 1993 verkündete die US-Vertreterin im UN-Sicherheitsrat, Madeleine Albright, die USA zögen die während der Verhandlungen vom August 1993 in Arusha, in denen eine neue Machtverteilung in Ruanda festgeschrieben wurde, gemachten Zusagen zur Entsendung amerikanischer Blauhelm-Soldaten zurück. Die USA rückten vom Prinzip der Machtteilung ab und förderten – unter Bruch der bisher üblichen Absprachen mit Frankreich – den Sieg der ruandischen Rebellenarmee (Armée Patriotique Rwandaise, APR). Sie nahmen das Attentat auf die beiden Hutu-Präsidenten Juvénal Habyarimana (Ruanda) und Cyprien Ntaryamira (Burundi) hin, das am 6. April 1994 in beiden Ländern ein Machtva-

kuum hervorrief, und unterstützten die militärische Eroberung Ruandas durch den Rebellenchef Paul Kagame.

Der Blauhelm-Chef General Roméo A. Dallaire hatte keine Einwände gegen den Sieg der APR, war aber der Ansicht, dieser Sieg sei möglich, ohne die Tutsi-Zivilbevölkerung zu opfern. Als er Anstalten machte, gegen die Völkermörder vorzugehen, reduzierte der UNO-Sicherheitsrat am 21. April 1994 die Zahl der Blauhelme auf eine symbolische Größe von 270 Mann. Hunderttausende Tutsi mussten diese Entscheidung mit dem Leben bezahlen. Mit der Entscheidung, den Sieg der Rebellen abzusichern, war auch klar, dass große Flüchtlingsströme sich nach Westen Richtung Kongo in Bewegung setzen würden. Der wieder die Szene beherrschende Mobutu wurde veranlasst, die Flüchtlinge auf zairisches Territorium zu lassen und die ebenfalls dorthin geflohene ruandische Armee zu entwaffnen.

Mobutu war erneut zum Gesprächspartner der USA geworden, weil anscheinend nur er die Flüchtlingslager überwachen konnte. Als die neuen Machthaber in Ruanda darauf drängten, die nahe an ihren Grenzen angesiedelten Lager aufzulösen, betrat Mobutu im April 1995 zum letzten Mal die internationale Bühne. Er folgte im Mai einer halb privaten, halb staatlichen Einladung nach Bad Kreuznach, wo er u.a. vom ugandischen Staatspräsidenten Yoweri Museveni gedrängt wurde, die Flüchtlinge gewaltsam nach Ruanda zurückzujagen. Nach seiner Rückkehr erteilte Mobutu den Befehl, die Flüchtlinge nach Osten zu vertreiben. Es gab viele Tote, da die Lagerinsassen sich zur Wehr setzten. Der UNO-Sicherheitsrat forderte schließlich die Einstellung der gewaltsamen Aktion. Das Flüchtlingsproblem war damit jedoch nicht gelöst. Die schließlich gewählte »Lösung« des Problems lieferte ein Erzfeind Mobutus.

Mit dem lebenslangen Mobutu-Gegner Laurent-Désiré Kabila an der Spitze (vgl. den Beitrag von Dennis Tull, Das Kriegsgeschehen im Kongo seit 1994) machten sich die Armeen Ruandas und Ugandas um die Jahreswende 1996/97 daran, die Flüchtlingslager zu zerstören und Mobutu gewaltsam zu vertreiben. In der Amtszeit der inzwischen zur Außenministerin avancierten Madeleine Albright kamen nach vorsichtigen Schätzungen etwa 200 000 Hutu-Flüchtlinge ums Leben. Ihr Nachfolger als US-Vertreter im UNO-Sicherheitsrat, Bill Richardson, wurde

Revolution als Exportschlager? »Che« Guevara im Kongo

Ernesto »Che« Guevara, Arzt, Politiker und Berufsrevolutionär, gilt linken Gruppierungen bis heute als Märtyrer. Ab 1955 war er einer der engsten Vertrauten des kubanischen Revolutionsführers Fidel Castro. »Che« verließ 1964 Kuba, um in Afrika und Südamerika kommunistische Revolutionsbewegungen zu etablieren. Unter dem Decknamen »Dr. Tutu« versuchte er die Bürgerkriegsfraktionen des Kongo zu einer geschlossenen, kommunistischen Revolutionsarmee zu einen. »Che« beklagte die fehlende Konsequenz und Radikalität innerhalb der Gruppen um Kabila und Lumumba. Ende 1965 verließ er enttäuscht das Land und bezeichnete später seine Zeit am Kongo als »das Jahr, in dem wir nirgendwo waren«. Eine Hinterlassenschaft »Che« Guevaras im Kongo ist der Name der Jugendbanden »Shegues«, abgeleitet von den Initialen des Guerillaführers. »Che« wurde am 9. Oktober 1967 von der bolivianischen Armee exekutiert. *(am)*

Anfang Mai 1997 zu Mobutu nach Gbadolite entsandt, um ihm gleichsam seine zweite »US-Entlassungsurkunde« in Form eines Schreibens von Präsident Clinton mit ultimativer Rücktrittsforderung zu überreichen.

Am 17. Mai 1997 konnte sich Kabila in Kinshasa zum Präsidenten ausrufen, nachdem der todkranke Mobutu am Tag zuvor von Gbadolite aus den Kongo verlassen hatte. Die Etablierung einer neuen Militärdiktatur mit amerikanischem Segen ist Teil eines zweiten demokratischen Sündenfalls in Zentralafrika. Schon zuvor hatte sich am 25. Juli 1996 in Burundi Pierre Buyoya aus Bonn kommend wieder an die Macht geputscht. Staatschefs wie Museveni in Uganda, Meles Zenawi in Äthiopien und Isayas Afewerki in Eritrea wurden von der Clinton-Administration bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Amt am 20. Januar 2001 vor demokratischem Wind geschützt. Kabila, der sich nicht als so »pflegeleicht« erwies, wie man es von ihm erwartet hatte, starb am 16. Januar 2001 bei einem Attentat. Mobutu war bereits am 7. September 1997 im Alter von fast 67 Jahren im marokkanischen Exil einem Krebsleiden erlegen.

Helmut Strizek

Privatsammlung Dr. Peter Hazdra

In Ruanda begann in der Nacht vom 6. auf den 7. April 1994 einer der größten Völkermorde in der Geschichte der Menschheit. Im Verlauf von nur wenigen Wochen wurden wahrscheinlich 800 000 Menschen getötet. Die Opfer gehörten vor allem zur Volksgruppe der Tutsi, doch starben auch Tausende von Hutu-Zivilisten bei den Pogromen. In deren Verlauf wurden die Opfer oft auf bestialische Weise mit Macheten abgeschlachtet oder erschlagen. Hintergrund für den Genozid waren die Auseinandersetzungen zwischen der damaligen ruandischen Regierung und der Rebellenbewegung Armée Patriotique Rwandaise (APR).

Das Foto zeigt Hutu-Bauern bei der Gemeinschaftsarbeit auf dem Feld. Die soziale Verpflichtung zur Gemeinschaftsarbeit (umuganda) wurde von den Hintermännern des Völkermordes gezielt instrumentalisiert, um die Tutsi als »gut organisierte Verräter« abzustempeln und die Hutu-Bevölkerung zu den Massakern an ihren Nachbarn aufzuhetzen. Für die innere Entwicklung der Demokratischen Republik Kongo waren die Ereignisse von 1994 von ganz wesentlicher Bedeutung. Flüchtlinge aus dem Nachbarland Ruanda leben bis heute vor allem in den Ostprovinzen. Hutu-Rebellen, unter ihnen viele Täter des Völkermords von 1994, tragen von hier aus zur Destabilisierung der Region bei.

Ruanda 1994: Der Hutu-Genozid und seine Auswirkungen auf Äquatorialafrika

Die Bevölkerung Ruandas besteht im Wesentlichen aus zwei Ethnien: den Hutu (85 Prozent) und der Minderheit der Tutsi (15 Prozent). Während die Hutu traditionell Ackerbau betreiben, leben die Tutsi von der Viehzucht. Über Jahrhunderte hinweg war Ruanda geprägt von einem Feudalsystem, an dessen Spitze ein Tutsi-König stand. Das gesamte Land gehörte der Tutsi-Aristokratie, die sich der Hutu als Arbeitskräfte bediente. Die Kolonialmächte, also zunächst die Deutschen und später die Belgier (welche ab 1920 das Land als Mandatsgebiet des Völkerbundes verwalteten), stützten ihre Herrschaft auf die Tutsi-Elite ab und verschärften so die alten Gegensätze zwischen den Volksgruppen.

Im Jahr 1959 entlud sich der aufgestaute Hass der Hutu in einem blutigen Aufstand, der zur Abschaffung der Tutsi-Monarchie führte und zur Flucht Hunderttausender Tutsi in die Nachbarländer, insbesondere nach Uganda. Die ersten Wahlen in Ruanda endeten 1961 mit einem überwältigenden Sieg der Hutu-Partei, welche auch nach der Unabhängigkeit (1962) die Regierung stellte. Nach einem Staatsstreich 1973 wurden die Geschicke des Landes von Präsident Generalmajor Juvénal Habyarimana gelenkt, der anfangs durchaus gemäßigt agierte, jedoch zunehmend in das Fahrwasser extremer Hutu-Ideologen geriet. Am 1. Oktober 1990 eskalierte die Situation: Eine bis dahin relativ unbekannte Rebellenbewegung, die Armée Patriotique Rwandaise (APR), fiel von Uganda aus in Ruanda ein. Die APR rekrutierte sich vorwiegend aus Angehörigen der Volksgruppe der Tutsi, die im Zuge der gewalttätigen Ausschreitungen 1959 aus Ruanda geflohen waren. Führer der APR war Paul Kagame, der auf eine Karriere als hoher Offizier der ugandischen Armee zurückblicken konnte.

Nur mit militärischer Unterstützung Frankreichs und Zaires gelang es den ruandischen Regierungstruppen, die Rebellen nördlich der Stadt Byumba zum Stehen zu bringen. Diese hielten in der Folge einen etwa 2000 Quadratkilometer großen Landstrich nahe der ugandischen Grenze besetzt. Internationaler Druck zwang Präsident Habyarimana, ein Mehrparteiensystem einzuführen und mit neu gegründeten Kleinparteien eine Koalitionsregierung

zu bilden. Die Invasion der APR hatte außerdem zur Folge, dass das Regime Selbstverteidigungskräfte aufstellte, zu denen viele einheimische Männer zwangsverpflichtet wurden. Dadurch verwischten sich in den darauffolgenden Jahren die Grenzen zwischen den Selbstverteidigungskräften und den Milizen der politischen Parteien. Die radikalsten Kräfte sammelten sich in der Präsidentengarde und in der Miliz der Regierungspartei MRND (Mouvement Révolutionnaire National pour la Démocratie et le Développement), der so genannten Interahamwe (»die gemeinsam Angreifenden«). Infolge einer massiven Propagandaoffensive extremer Hutu-Politiker machte sich allgemein das Gefühl einer permanenten Bedrohung durch die Rebellen im Norden und durch die Tutsi-Minderheit im eigenen Land breit.

Internationaler Druck erzwang am 4. August 1993 dennoch die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen Regierung und APR (Friedensabkommen von Arusha). Dieses sah unter anderem die Schaffung einer demilitarisierten Zone zwischen den Kontrahenten und in weiterer Folge die Entwaffnung und weitgehende Demobilisierung der Kombattanten beider Seiten sowie die Einrichtung einer Übergangsregierung und eines Übergangsparlaments bis zur Abhaltung freier Wahlen vor. Das Abkommen sollte durch die Assistenzmission der Vereinten Nationen für Ruanda (UNAMIR) überwacht werden.

Unmittelbare Vorgeschichte des Konflikts

Schon bald geriet der Friedensprozess ins Stocken, weil es nicht gelang, Übergangsregierung und Übergangsparlament zu konstituieren. Grund dafür war, dass die kleinen Parteien sich aufgrund interner Fraktionsbildungen nicht auf die ihnen zustehenden Vertreter in den genannten Institutionen einigen konnten. Im Hintergrund zogen dabei radikale Hutu-Kreise die Fäden. Sie befürchteten den Verlust ihrer Machtpositionen und lehnten daher jeden Kompromiss mit der APR kategorisch ab. Anfang 1994 erhielt UNAMIR vertrauliche Informationen darüber, dass die Interahamwe Todeslisten angelegt und Tausende Männer zum Massenmord an den Tutsi ausgebildet hatte. Zudem sickerte durch, dass in der waffenfreien Zone um die Hauptstadt Kiga-

li heimlich Waffenlager angelegt worden waren. Der Kommandant der UNAMIR, der kanadische General Roméo A. Dallaire, plante daraufhin eine militärische Aktion zur Räumung dieser Waffenlager. Sie wurde ihm allerdings von Beamten des Department of Peace-keeping Operations (DPKO) verboten.

In der Folgezeit verschlechterte sich die Sicherheitslage fast täglich. Gewalttätige Demonstrationen, nächtliche Angriffe mit Handgranaten, politisch und ethnisch motivierte Morde waren an der Tagesordnung. Wie man heute weiß, liefen in dieser Zeit die Vorbereitungen für den späteren Völkermord bereits auf Hochtouren. Seit November hatten viele Bürgermeister Namenslisten politisch missliebiger Personen erstellt und Zehntausende von Macheten an Interahamwe-Aktivisten ausgegeben. Deren Mitglieder wurden überdies in Armeecamps ausgebildet.

Nachdem der ungeduldig gewordene UN-Sicherheitsrat tags zuvor das UNAMIR-Mandat nur mehr unter der Bedingung verlängert hatte, dass innerhalb von sechs Wochen die Übergangsinstitutionen zusammenträten, kam es am 6. April 1994 zu einem regionalen Krisengipfel in Tansania. Auf dem Rückflug von diesem Treffen wurde das Flugzeug, in dem sich Präsident Habyarimana gemeinsam mit seinem burundischen Amtskollegen und einigen seiner engsten Mitarbeiter befand, abgeschossen. Wer für dieses Attentat verantwortlich war, ist bis heute nicht restlos geklärt. Alle Flugzeuginsassen kamen ums Leben. Daraufhin begann die Präsidentengarde innerhalb von Stunden, Angehörige der Tutsi-Minderheit und oppositionelle Hutu-Politiker zu massakrieren. Auch zehn belgische UN-Soldaten, die abkommandiert waren, um die Premierministerin (eine gemäßigte Hutu) in Sicherheit zu bringen, wurden entwaffnet, gefoltert und schließlich ermordet. Dies hatte den Abzug des belgischen Kontingents zur Folge.

Der Völkermord an den Tutsi

Radikale Hutu-Milizen machten systematisch Jagd auf die Tutsi. Sie errichteten im ganzen Land Straßensperren, an denen sie mit Äxten, Knüppeln, Macheten und ähnlichen Waffen unterschiedslos alle Tutsi, einschließlich Frauen und Kinder, ermordeten. Die Opfer waren insofern leicht als Tutsi zu erkennen, als damals die ethni-

sche Zugehörigkeit in den Identitätskarten vermerkt war. Zehntausende Hutu-Zivilisten beteiligten sich an den Massakern. Armee und Gendarmerie sahen dem Treiben tatenlos zu oder waren sogar selbst involviert. Entscheidende publizistische Unterstützung für den Genozid kam vom berüchtigten Radiosender »Mille Collines«, der geschickt die Ängste und Obrigkeitsgläubigkeit der großteils ungebildeten Bevölkerung ausnutzte. Binnen weniger Wochen wurden etwa 800 000 Männer, Frauen und Kinder ermordet.

Zwei Tage nach dem Beginn der Massaker reagierte die APR mit einem militärischen Vorstoß durch die demilitarisierte Zone Richtung Süden und dem Ausbruch des zum Schutz der APR-Politiker in Kigali stationierten APR-Bataillons aus ihrem Lager im Bereich des Parlamentsgebäudes. Die 2500 im Lande stationierten UN-Soldaten hatten weder das Mandat noch die erforderliche Stärke um einzugreifen. Der Kommandant der UN-Truppe, General Dallaire, bemühte sich vergeblich, eine Änderung des auf Kapitel VI der UN-Charta beruhenden Mandates und eine Verstärkung der Truppen zu erreichen. Der UN-Sicherheitsrat lehnte

Genozid – Völkermord

Den Begriff Genozid, gebildet aus Griechisch *génos* (Herkunft, Abstammung, Volk) und Lateinisch *caedere* (hinmetzeln, morden), gebrauchte 1943 erstmals der polnische Anwalt Raphael Lemkin für einen Gesetzesentwurf zur Bestrafung von nationalsozialistischen Verbrechen an den europäischen Juden. Lemkin bezog sich dabei auch auf den Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs. Heute ist Völkermord ein im Völkerstrafrecht sowie in nationalen Rechtsordnungen verankerter Tatbestand. Eine am 12. Januar 1951 in Kraft getretene Konvention der UNO behandelte die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. Sie beschreibt als Genozid solche Handlungen, die nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen ganz oder teilweise zerstören sollen. Dazu zählen die direkte Gewaltanwendung, aber ausdrücklich auch die Auferlegung existenzbedrohlicher Lebensbedingungen, die Verhinderung von Geburten oder die Verschleppung von Kindern. Um den Tatbestand des Völkermords zu erfüllen, ist bereits die nachgewiesene Absicht ausreichend. *(bc)*

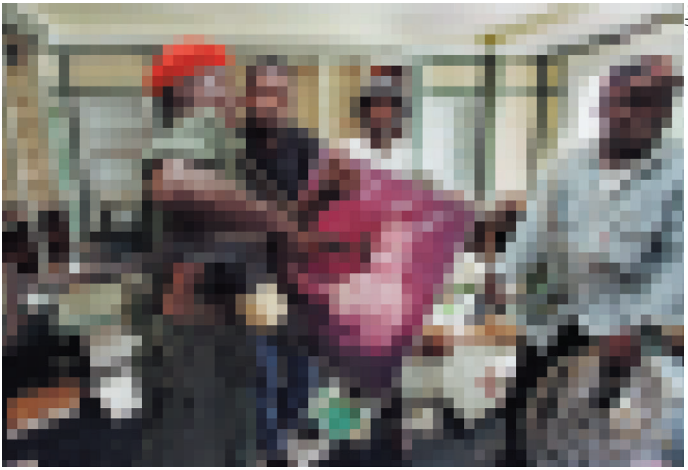
beides ab und beschloss am 17. Mai 1994, UNAMIR bis auf eine symbolische Präsenz von 270 Mann in Kigali abzuziehen. Es fand sich auch kein einziger UN-Mitgliedsstaat, der darüber hinaus Truppen bereitgestellt hätte.

Erst Mitte Juni 1994, als sich die bevorstehende Niederlage des Hutu-Regimes bereits deutlich abzeichnete, erklärte sich überraschend Frankreich bereit, gemeinsam mit einigen frankophonen afrikanischen Staaten militärisch zu intervenieren und eine Schutzzone im Südwesten Ruandas einzurichten (Operation Turquoise). Die vom Sicherheitsrat unter Kapitel VII für zwei Monate autorisierte Intervention stand unter nationalem französischem Kommando. Diese Operation kam zu spät, um noch eine nennenswerte Anzahl von Leben zu retten, ihr Eingreifen ermöglichte jedoch zahlreichen Verantwortlichen für den Völkermord die Flucht nach Ostzaire (heute Demokratische Republik Kongo).

Auswirkungen

Zwischen 8. April und 17. Juni eroberte die APR nach und nach das gesamte Staatsgebiet. Nur im Südosten wurde sie von der französischen Interventionstruppe vorübergehend zum Stehen gebracht. Das Vordringen der APR löste eine Fluchtbewegung von drei Millionen Hutus in die Nachbarländer Tansania und Zaire aus. Zum Teil flohen diese aus Angst vor Repressalien der APR, zum Teil wurden sie von den Milizen unter Gewaltandrohung zum Mitkommen gezwungen. Zehntausende fielen Hunger, Durst und Seuchen zum Opfer. Die Bilder der endlosen Kolonnen ausgemergelter Menschen und des Massensterbens in Goma erschütterten die Weltöffentlichkeit. Nach dem militärischen Sieg der APR errichtete Kagame in Ruanda ein striktes, von Tutsi dominiertes Regime. Aus den Hutu-Flüchtlingen rekrutierten sich radikale Rebellen, die bis heute den Osten der Demokratischen Republik Kongo destabilisieren und der ruandischen Armee immer wieder Anlass zum Eingreifen lieferten. Die Verbrechen des Jahres 1994 werden nicht nur vor ruandischen Gerichten verhandelt, sondern auch von einem von der UNO eingerichteten internationalen Strafgerichtshof (ICTR) mit Sitz in Arusha untersucht.

Peter Hazdra



pad/pad

Ein Soldat der Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL) sticht am 20. Mai 1997 in Mobutu Sese Sekos Residenz in Kinshasa mit seinem Bajonett in ein Bild des gestürzten Präsidenten, während Plünderer die Räume nach brauchbaren Gegenständen durchsuchen. Nach einem blutigen Krieg wurde der AFDL-Chef Laurent-Désiré Kabila neuer Staatspräsident des nun in Demokratische Republik Kongo umbenannten Zaire. Das autoritäre Regime Kabilas konnte das Land aber nicht stabilisieren. Als dessen Allianz 1998 zerfiel, verbündeten sich Ruanda, Uganda und Burundi und unterstützten mit der Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD) eine neue Rebellenorganisation aus enttäuschten Verbündeten Kabilas, die vom Osten des Landes aus die Regierung in Kinshasa bedrohte. In den Folgejahren kamen weitere Rebellengruppen dazu. Kabila rief seinerseits Truppen aus Angola, Namibia, Simbabwe und Tschad zu Hilfe, die seinen Sturz verhinderten. Die entstehende Pattsituation ermöglichte im Juli 1999 den Waffenstillstandsvertrag von Lusaka, der erneut ein Engagement der Vereinten Nationen mit sich brachte. Der Krieg dauerte jedoch bis zum Rückzug der ausländischen Armeen aus dem Kongo 2002 und dem endgültigen Friedensschluss zwischen der Regierung und den Rebellen im Dezember 2002 an.

Das Kriegsgeschehen im Kongo seit 1994

Die Demokratische Republik Kongo (von 1971 bis 1997 Zaire) war in den vergangenen zehn Jahren Schauplatz von zwei Kriegen (1996/97 und 1998 bis 2003), die im Wesentlichen auf zwei politische Entwicklungen zurückgingen. Den Auseinandersetzungen lagen innenpolitische Verfallserscheinungen zugrunde, die den Staat Zaire seit den 1970er Jahren in eine tiefe Krise stürzten. Als Auslöser beider Kriege sind aber die Konflikte in den Nachbarländern Ruanda, Uganda und Burundi zu betrachten, die zu Beginn der 1990er Jahre auf Zaire übergriffen. Von herausragender Bedeutung war insbesondere der bis 1994 andauernde ruandische Bürgerkrieg zwischen dem Regime von Präsident Juvénal Habyarimana und der Rebellion der Armée Patriotique Rwandaise (APR). Bei der APR handelte sich um eine von der Ethnie der Tutsi dominierten Anti-Regime-Bewegung, die vom nördlichen Nachbarland Uganda aus nach Ruanda vorstieß. Die ugandische Regierung unter Präsident Yoweri Museveni, die 1986 selbst durch eine Rebellion an die Macht gelangt war, unterstützte die APR. Der Arusha-Friedensvertrag von 1993, der eine Machtteilung zwischen der Habyarimana-Regierung und unter anderem der APR vorsah, wurde nie umgesetzt.

Als Habyarimana am 6. April 1994 in Kigali unter nach wie vor ungeklärten Umständen ermordet wurde, war dies das Signal für den von Regime-Anhängern sorgfältig organisierten Völkermord in Ruanda. Schätzungsweise 800 000 Tutsi sowie oppositionelle Hutu wurden zwischen April und Juni 1994 getötet (vgl. den Beitrag von Peter Hazdra). Nachdem die APR-Rebellen schließlich immer größere Gebiete des Landes besetzt hatten und auf die Hauptstadt Kigali vorrückten, flohen rund eine Million Menschen nach Westen in den benachbarten Kongo, darunter auch die Völkermörder. Von den grenznahen Flüchtlingslagern aus organisierten die Extremisten anschließend Angriffe auf Ruanda und die neue, von der APR gebildete ruandische Regierung. Zaires Präsident Joseph Désiré Mobutu tolerierte dies – zum Habyarimana-Regime hatte er enge Verbindungen unterhalten (vgl. den Beitrag von Helmut Strizek).

Der erste Kongo-Krieg

Um den sicherheitspolitischen Bedrohungen zu begegnen, entschloß sich die APR-Regierung zur Invasion Ostzaires und zur Zerschlagung der Flüchtlingslager in Goma (Nord-Kivu) und Bukavu (Süd-Kivu). Angola, Burundi und Uganda, die ebenfalls von Rebellen auf zairischem Territorium bedroht wurden, schlossen sich Ruanda an. Um den Eindruck einer ausschließlich externen Intervention zu vermeiden, unterstützten Ruanda und Uganda die Gründung der zairischen Rebellenorganisation Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL). Gemeinsam mit den ausländischen Alliierten rückte

Laurent-Désiré Kabila

pa/dpa/Abdelhak Senna

Kabila, am 27. November 1939 in Moba am Tanganjikasee (Provinz Süd-Katanga) geboren, gehörte in den 1950er Jahren der Jugendorganisation der Partei Balubakat an, die für die Interessen des Volkes der Baluba (Luba) in Katanga eintrat und Patrice Lumumba nahestand. Nach der Unabhängigkeit des Landes war Kabila an mehreren Aufständen im Ostkongo beteiligt und führte in den 1960er Jahren die Süd-Kivu- und Nordost-Katanga-Front. Die 1967 von Kabila gegründete Parti de la Révolution Populaire (PRP) hatte in diesem Gebiet ihren Schwerpunkt und bekämpfte vom Osten aus die Regierung in Kinshasa. Nach militärischen Rückschlägen verließ Kabila das Land. Er setzte sich 1996 an die Spitze der neu gegründeten Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL). Nach mehrmonatigen Kämpfen setzte die AFDL im Mai 1997 dem Regime Mobutus ein Ende. Kabila erklärte sich zum Präsidenten und übernahm die Macht. Er wurde am 16. Januar 2001 in Kinshasa ermordet. *(bc)*

pa/dpa/Desirey Minkoh

Joseph Kabila

Im Präsidentenamt folgte auf Laurent-Désiré Kabila am 26. Januar 2001 sein Sohn Joseph, geboren am 4. Juni 1971. Joseph Kabila kämpfte gemeinsam mit seinem Vater in dessen Rebellenarmee. Seine militärische Ausbildung hatte er in Uganda und Ruanda erhalten. Vor der Ermordung seines Vaters diente er – mit dreißig Jahren bereits Generalmajor – in den kongolesischen Streitkräften und war an zahlreichen Operationen gegen die Guerillas im Osten des Landes beteiligt. Joseph Kabila erreichte im Dezember 2002 ein Friedensabkommen zwischen der Regierung und den Rebellen. Im März 2004 überstand er einen versuchten Staatsstreich durch Anhänger seines Amtsvorgängers Mobutu. Eine Allparteienregierung unter Kabilas Leitung veranlasste die freien Wahlen im Sommer 2006, aus denen Kabila als Sieger hervorging. *(bc)*

die AFDL im Oktober 1996 in Zaire ein und zerstörte die Flüchtlingslager. Die zairische Armee, die sich bereits in einem Zustand fortgeschrittenen Verfalls befand, leistete kaum Widerstand. Schon im Mai erreichte die Rebellenallianz die Hauptstadt Kinshasa. Mobutu floh ins Exil, und AFDL-Führer Laurent-Désiré Kabila wurde neuer Staatspräsident des nun in Demokratische Republik Kongo umbenannten Landes.

Die Euphorie über den Sturz des Diktators Mobutu, der im Kongo seit 1965 regiert hatte, war nur von kurzer Dauer. In vielen Landesteilen wuchsen rasch die Ressentiments gegen die Anwesenheit ausländischer Truppen. Deren Übergriffe und Plünderungen führten dazu, dass die öffentliche Meinung sie nicht länger als Befreier, sondern als Besatzer betrachtete. Trotz seiner

Abhängigkeit von ihnen sah sich Kabila daher gezwungen, die Alliierten zum Abzug aus Kongo aufzufordern.

Der zweite Kongo-Krieg

Nur wenige Monate später, im August 1998, brach der zweite Kongo-Krieg aus. Die Ausgangsbedingungen und die beteiligten Akteure waren im Wesentlichen identisch mit jenen des ersten Krieges. Erneut bildeten Ruanda, Uganda und Burundi eine militärische Allianz, und erneut kam es auf Betreiben dieser Nachbarstaaten zur Entstehung einer kongolesischen Rebellenorganisation – »Rassemblement Congolais pour la Démocratie« (RCD) – die als Legitimation für eine Intervention innerhalb des Kongo dienen sollte. Gemeinsam mit ihren ausländischen Alliierten rückte die RCD im Ostkongo ein und errichtete in Goma ihr Hauptquartier. Kurz nach Kriegsbeginn kam es zur Gründung einer weiteren Rebellenbewegung, des »Mouvement pour la Libération du Congo« (MLC), die mit ugandischer Unterstützung im Norden des Landes vorrückte. Als Ziel wurde der Sturz von Kabilas Diktatur ausgerufen. Sezessionsbestrebungen gab es indessen nicht. Die Nachbarstaaten begründeten den Krieg damit, Kabila unterstütze Rebellen, die vom Kongo aus ihre Herkunftsländer bedrohten. Gefahren gingen dabei insbesondere für Ruanda aus, da die bewaffneten Verbände der Hutu-Extremisten und Völkermörder während des ersten Krieges nicht entscheidend zerschlagen worden waren. Die Zahl ihrer Kämpfer wurde auf etwa 20 000 geschätzt, die weiterhin von ihren Rückzugsbasen im Ostkongo aus Angriffe auf Ruanda unternahmen. Im Unterschied zu 1996 unterstützte Angola in diesem Konflikt jedoch die Regierung in Kinshasa. Gemeinsam mit Namibia und Simbabwe verhinderte Angola den vorzeitigen Sturz Kabilas.

Obwohl die Rebellen und ihre Verbündeten schließlich knapp zwei Drittel des Landes besetzten, gelang ihnen kein entscheidender Durchbruch. Es folgte eine militärische Pattsituation, die im Juli 1999 in den Waffenstillstandsvertrag von Lusaka mündete. Das Abkommen sah den Rückzug der ausländischen Armeen, innerkongolesische Friedensverhandlungen sowie die Entwaffnung der ruandischen Hutu-Rebellen vor, deren von ost-

Kartengrundlagen aus MLU 2006-02 - Vervielfältigung mit Genehmigung des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr (DGID), Lizenz B-6A002

kongolesischen Rückzugsbasen geführter Guerillakrieg Ruanda zu der erneuten Militärintervention veranlasst hatte. In der Folge wurde die UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) etabliert, um den vereinbarten Waffenstillstand zu überwachen, der ab 2001 weitgehend eingehalten wurde. Im Januar 2001 ermordete ein Leibwächter Laurent-Désiré Kabila. Die Nachfolge trat sein dreißigjähriger Sohn Joseph an. Internationaler Druck zwang die Armeen der Nachbarländer im Herbst 2002 dazu, sich aus dem Kongo zurückzuziehen. Im Dezember 2002 fand der »innerkongolesische Dialog« statt, der die innenpolitischen Ursachen des Krieges lösen und zu einer neuen politischen Ordnung im Kongo führen sollte. Nach zwei gescheiterten Versuchen (2001 und 2002) und unter massivem Druck externer Vermittler (Belgien, USA, Südafrika, Vereinte Nationen) brachte eine neuerliche Verhandlungsrunde in Südafrikas Hauptstadt am 17. Dezember 2002 den Erfolg. Das Allparteienforum mündete in das Pretoria-Abkommen, in dem sich Präsident Joseph Kabila, die verschiedenen Rebellenbewegungen sowie Vertreter politischer Parteien und der Zivilgesellschaft auf eine Machtteilung und die Bildung einer Allparteienregierung einigten. Sie trat im Juli 2003 erstmals zusammen. Joseph Kabila blieb Staatsoberhaupt, wurde jedoch fortan von vier Vize-Präsidenten flankiert, unter ihnen die Führer der beiden Rebellenbewegungen RCD und MLC, Azarias Ruberwa und Jean-Pierre Bemba. Im Jahr 2006 wurde der Übergangsprozess durch die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgeschlossen, die Kabilas Parteienbündnis für sich entschied. Aus den von lokalen und internationalen Beobachtern als insgesamt frei und fair bezeichneten Wahlen ging die erste demokratisch gewählte Regierung seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1960 hervor.

Problematische Stabilisierung

Trotz der weitgehenden Einhaltung des Waffenstillstands und der Entsendung einer UN-Mission kam es zwischen 2001 und 2003 nicht zu einer substantiellen Stabilisierung des Landes. Alle Konfliktparteien verhielten sich in den von ihnen besetzten Gebieten wie Besatzungsmächte, die rücksichtslos die großen Roh-

stoffvorkommen des Landes ausbeuteten und sich schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig machten. Vor allem in den östlichen Landesteilen kam es regelmäßig zu Massakern an der Zivilbevölkerung. Öffentliche Dienstleistungen, beispielsweise Sicherheit und Bildung, erbrachte hingegen keine Seite. Insbesondere das ohnehin rückständige Gesundheitswesen war den Herausforderungen des Krieges nicht gewachsen. Untersuchungen zufolge kamen zwischen 1998 und 2004 mehr als vier Millionen Kongolesen aufgrund der direkten wie indirekten Folgen des Krieges ums Leben. Damit ist der zweite Kongo-Krieg der opferreichste Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg.

Im Distrikt Ituri eskalierte die Situation im Jahr 2003 anlässlich von Kämpfen zwischen lokalen ethnischen Milizen, die Massaker an der Zivilbevölkerung verübten. Daraufhin entsandte der UN-Sicherheitsrat eine 2200 Mann starke Interventionstruppe der Europäischen Union mit einem Kurzzeitmandat (»Operation Artemis«). Nach der Stabilisierung durch die von Frankreich geführte Mission übernahm MONUC die Kontrolle in der Distrikthauptstadt Bunia. MONUC, von ursprünglich 5537 Blauhelmen im Jahr 2000 schrittweise auf 8700 (2002), 10 800 (2003) und schließlich 16 700 Soldaten (2004) vergrößert, erwies sich als der einzige Sicherheitsfaktor im Land, ohne indes die Sicherheit in allen Landesteilen gewähren zu können. Insbesondere die Regionen im Osten (Ituri, Nord-Kivu, Süd-Kivu, Katanga) blieben auch nach dem Amtsantritt der Übergangsregierung unsichere Zonen, in denen Milizen, Rebellen, aber auch Regierungssoldaten eine ständige Bedrohung für die Bevölkerung darstellten. Dies war unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten und der Aufbau einer einheitlichen nationalen Armee sehr langsam voranschritten. Nach fast zehn Kriegsjahren steht das Land bis heute vor einer doppelten Herausforderung: den zerbrechlichen Friedensprozess fortzusetzen und zu konsolidieren sowie staatliche Ordnungsstrukturen aufzubauen, die Sicherheit und Wohlfahrtsleistungen erbringen können. Diese Ziele werden auch nach den erfolgreich durchgeführten Wahlen vom Sommer 2006 ohne die langfristige Unterstützung der internationalen Gemeinschaft nicht zu erreichen sein.

Denis Tull

pa/dpa/Joe

Der libysche Revolutionsführer Muammar el Gaddafi spricht im Stadion von Durban/Südafrika anlässlich der Gründungszeremonie der African Union (AU) am 9. Juli 2002. Die afrikanischen Staaten sind dabei, eine eigene, funktionierende Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Auf diesem Weg konnten bereits wichtige Erfolge erzielt werden, wenngleich die Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen des Kontinents nach wie vor erheblich sind. Begleitet von der Europäischen Union, haben die afrikanischen Staaten in der neuen Gemeinschaft auf der Basis wirtschafts- und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit gemeinsame Ziele definiert. Ein weiterer Schritt ist eine eigene Friedenstruppe, die African Standby Force (ASF), deren Aufstellung Respekt und Unterstützung verdient.

Die Afrikanische Sicherheitsarchitektur

Der afrikanische Kontinent sieht sich weiterhin großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüber, die sich auf Europa und damit auch auf Deutschland auswirken. Naturkatastrophen, bewaffnete Konflikte und oft mangelhafte Regierungsführung behindern die wirtschaftliche Entwicklung und führen nach wie vor zu humanitären Katastrophen und der Auflösung staatlicher Strukturen (vgl. die Beiträge von Volker Matthies und Volker Ressler). Hinzu kommt in manchen Regionen eine extrem hohe Infektionsrate mit HIV/Aids. Migrationsdruck, Gefährdungen durch organisierte Kriminalität und terroristische Strukturen schaffen zusätzliche Risiken. Diese Krisen und destabilisierenden Entwicklungen betreffen den euro-atlantischen Sicherheitsraum unmittelbar. Darüber hinaus sind Verletzungen von Menschenrechten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Afrika immer noch an der Tagesordnung. Der wachsende Wille der europäischen Öffentlichkeit, diese nicht tatenlos hinzunehmen, verstärkt die internationale Aufmerksamkeit für den afrikanischen Kontinent. Weiter wird der Druck seit Oktober 2006 erhöht durch die UN-Missionen auf Rekordniveau: Mehr als 80 000 Soldaten und Polizisten sind im Rahmen von UN-Missionen eingesetzt, davon fast zwei Drittel in Afrika! Die UN veranschlagen für 2008 jährliche Kosten von etwa 5 Milliarden US-Dollar alleine für diesen Kontinent.

Der vorliegende Beitrag vermittelt einen Überblick über die Sicherheitsarchitektur in Afrika. Dabei beschränkt sich die Betrachtung auf die African Union (AU) als Gesamtorganisation und auf einige ausgewählte regionale Organisationen.

Politische Einheit für Gesamtafrika?

Bereits 1963 wurde in Afrika die Organization for African Unity (OAU) gegründet. Sie war ein loser Zusammenschluss von Staaten mit dem obersten Ziel, die Souveränität dieser Einzelstaaten zu schützen und zu erhalten. In der praktischen Zusammenarbeit konnte sie jedoch wenig überzeugen. Deshalb wurde seit

September 1999 eine Nachfolgeorganisation entwickelt und am 9. Februar 2002 als African Union (AU) ins Leben gerufen. Von Anfang an bekannte sie sich zu »Good Governance«, also zu einer »guten Regierungsführung«. Zur Durchsetzung dieser Vorgabe will die AU in Zukunft notfalls sogar in Mitgliedstaaten militärisch intervenieren, wenn es die Umstände erfordern (etwa bei Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord).

Die AU hat ihren Hauptsitz in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba und orientiert sich am Vorbild der Europäischen Union (EU). Der Arbeitsschwerpunkt liegt bei der AU ebenso wie bei den meisten afrikanischen Regionalorganisationen im wirtschaftlichen Bereich. Von den 54 afrikanischen Ländern sind bis auf Marokko alle Mitglied der neuen Gemeinschaft. Die Afrikanische Union hat Westsahara als Mitgliedsstaat aufgenommen, den Marokko als Teil seines Staatsgebietes versteht. Daher ist aus marokkanischer Sicht eine eigene Mitgliedschaft ausgeschlossen.

Die erklärten Ziele der AU sind die Förderung von Einheit und Solidarität der afrikanischen Staaten, die Koordinierung der innerafrikanischen und weltweiten Zusammenarbeit, die Selbstverantwortung bei der Bewältigung von Konflikten und Kriegen sowie die Bekämpfung von Hunger und Armut. In naher Zukunft sollen eine gemeinsame Zentralbank, ein kontinentaler Gerichtshof sowie eine gemeinsame Währung entstehen. Die AU hat 2004 eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsstrategie entwickelt, und in Midrand/Südafrika wurde der Sitz eines Afrikanischen Parlaments (Pan African Parliament) eingerichtet. Ein gegenseitiger Nichtangriffspakt befindet sich im Stadium der Ratifizierung. Das aus sicherheitspolitischer Sicht wichtigste Organ, der Friedens- und Sicherheitsrat (Peace and Security Council, PSC) nahm bereits im März 2004 seine Arbeit auf und verfügt über weitreichende Befugnisse. Er kann eine militärische Intervention festlegen, wenn beispielsweise ein Völkermord droht, wie 1994 in Ruanda (vgl. den Beitrag von Peter Hazdra).

Die AU hat zu diesem Zweck die Aufstellung von fünf Heeresbrigaden beschlossen, jeweils in den verschiedenen Regionen Afrikas (Nord-, Ost-, Süd-, West- und Zentralafrika). Der Aufbau der Friedenstruppen soll bis Sommer 2010 abgeschlossen

sein. Die entsprechenden Kontingente werden durch die Staaten der jeweiligen Region aufgestellt, ausgerüstet und ausgebildet und bilden zusammen die African Standby Force (ASF). Jede dieser Brigaden soll ein breites Aufgabenspektrum abdecken. An Kampf- und Kampfunterstützungstruppen sind jeweils ein Brigade-Hauptquartier mit insgesamt bis zu 185 Mann, vier leichte Infanteriebataillone (je 750 Mann), ein Pionierverband (bis zu 505 Mann), eine Fernmeldeeinheit (135 Mann) und eine motorisierte Aufklärungskompanie (150 Mann) geplant. Hinzu kommen pro Brigade eine Hubschrauberstaffel mit 80 Mann und vier Luftfahrzeugen, eine Logistikeinheit (190 Mann), ein Sanitätselement (35 Mann) sowie 120 Militärbeobachter und eine zivile Unterstützungskomponente. Zusätzlich stellt die AU eine Bereitschaftsliste mit bis zu 500 Militärbeobachtern und 240 zivilen Polizeibeamten zur Verfügung. Teile der regionalen Brigaden sind schon vorhanden, je nach Region ist der Aufbau unterschiedlich weit fortgeschritten.

Regionale Strukturen

Die am weitesten entwickelte Regionalorganisation in Afrika bildet die westliche Ländergemeinschaft Economic Community of West African States (ECOWAS). Dieser Organsiation ist die ECOWAS Standby Brigade (ECOBRIG) unterstellt. Sie soll zukünftig über eine Gesamtstärke von 6500 Soldaten verfügen, innerhalb von 90 Tagen verlegen und ebenso lang unabhängig operieren können. Darin enthalten ist eine Task Force in Stärke von 1500 Mann, die innerhalb von 30 Tagen verlegen und bis zu 90 Tage lang unabhängig operieren kann. Der Aufbau der ECOBRIG schreitet kontinuierlich voran. Die Grundlagendokumente sind weitgehend erarbeitet, der Zeitplan wird eingehalten. Das Task Force Headquarter konnte 2006 eingerichtet werden und ist seither eingeschränkt nutzbar. Die zur Unterstellung unter die ECOBRIG vorgesehenen Truppenteile verfügen meist über Peacekeeping-Erfahrungen aus verschiedenen UN-Missionen. So befanden sich mit Stichtag 31. Januar 2008 mehr als 13 000 Soldaten der ECOWAS-Länder in solchen Einsätzen. (Die großen

drei Truppensteller sind Nigeria mit 5571, Ghana mit 3399 und Senegal mit 2560 Soldaten.)

Deutschland unterstützt den Aufbau afrikanischer Friedenstruppen. In der ghanaischen Hauptstadt Accra ist das Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KAIPTC) als Ausbildungszentrum der ECOWAS auf taktischer Ebene entstanden. Dieses Vorhaben wird maßgeblich durch Mittel der deutschen Bundesregierung finanziert. Zudem leisten drei deutsche Soldaten Mithilfe bei Betrieb und Ausbildung.

Problematisch wirkt sich die sehr heterogene Zusammensetzung der ECOWAS-Region aus. Die unterschiedliche Orientierung der frankophonen und anglophonen Mitgliedstaaten nach ihren ehemaligen Kolonialmächten Frankreich beziehungsweise Großbritannien erschwert eine Integration. Innerhalb der Region selbst besteht ein erhebliches innerstaatliches Konfliktpotential, so in Liberia, Elfenbeinküste und Sierra Leone. Das flächenmäßig größte und einwohnerstärkste Land der Region, Nigeria, ist zwar größter Zahler, Truppensteller und Motor der ECOWAS, hat aber ebenfalls ein großes innenpolitisches Krisenpotential (Religion, Ethnien, Öl).

In *Ostafrika* gibt es keine Dachorganisation, die alle Staaten der Region unter sich vereint. Zunächst hatte die AU die Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) mit den Mitgliedstaaten Äthiopien, Djibouti, Eritrea, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda als die für die regionalen Streitkräfte der African Standby Force verantwortliche Organisation festgelegt. Eine weitere Regionalorganisation – die Eastern Africa Community (EAC) mit den Mitgliedstaaten Kenia, Tansania und Uganda – wurde angewiesen, ihre Bemühungen mit der IGAD abzustimmen. Die ostafrikanische Brigade trägt den Namen »Eastern African States Brigade« (EASBRIG). Sie hat bereits ein Krisen-Frühwarnsystem, das Conflict Early Warning and Response (CEWARN), eingerichtet, das in ähnlicher Form in allen Regionen Afrikas erstellt werden soll. Die Konkurrenz zwischen den Organisationen führte in der Zwischenzeit zu Zerstrittenheit und Stillstand. Seit Januar 2007 sollte dieser Zustand mit der Einrichtung eines gemeinsamen »Independent Coordination Secretariat« und dem EASBRICOM, dem für die Aufstellung der EASBRIG zuständigen Gremium, beendet sein. Insgesamt wird die EASBRIG etwa

5500 zivile und militärische Angehörige umfassen. Das Ausbildungszentrum der EASBRIG, das Peace Support Training Center in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, wird ebenfalls durch deutsche Finanzmittel und Personal unterstützt. Obowhl Kenia sich im Nachgang zur Wahl in einer gravierenden innenpolitischen Krise befindet, die gewaltsame Auseinandersetzungen im ganzen Land nach sich zog, konnte es seinen Einfluss stärken.

Weitere regionale Konflikte sowie die großen Krisenherde im Sudan und in Somalia hemmen den Aufbau und Aufwuchs der regionalen AU-Brigade. Die ernsthafte innenpolitische Krise in Äthiopien nach der Wahl 2005 und der immer noch schwelende Konflikt mit Eritrea nach dem letzten großen zwischenstaatlichen Krieg 1998 bis 2000 beeinträchtigen nicht nur den Konsolidierungsprozess, sondern auch die ganze AU.

Das nördliche Afrika zeigt erste Anzeichen, seinen Beitrag zur ASF leisten zu wollen. Die AU benennt als nördliche Regionalorganisation die Arab Maghreb Union (AMU), der die Länder Algerien, Mauretanien, Marokko, Libyen und Tunesien angehören. Libyen und Ägypten (welches aber nicht Mitglied der AMU ist) haben ihre Bereitschaft erklärt, sich zu engagieren. Die interne Zerstrittenheit der arabischen Länder, der Streit um die Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko beanspruchten Westsahara und nicht zuletzt der Israel-Palästina-Konflikt blockieren jedoch bislang stärkere gemeinschaftliche Aktionen.

Deutschland pflegt enge Kontakte zu den südlichen Mittelmeeranrainern mit Ausnahme Libyens. Tunesien kaufte 2006 deutsche Schnellboote, die Besatzungen erhielten ihre Ausbildung in Deutschland. Inzwischen haben Marokko und Algerien Interesse an einer Beteiligung an der Mittelmeeroperation »Active Endeavour« formuliert.

Die Staaten *im südlichen Afrika* haben sich im Rahmen der Southern African Development Community (SADC) zusammengeschlossen. Die Truppengestellung der SADC Standby Force und deren Ausrüstung wurden verbindlich festgelegt. Bereits im Juni 2005 fanden erste gemeinsame Übungen statt. Die zivile Polizeikomponente der SADC befindet sich im Aufbau. Das offizielle Ausbildungszentrum der SADC liegt in der simbabwischen Hauptstadt Harare. Aufgrund der weltweiten Ächtung des dortigen Regimes wird dieses Zentrum nicht durch interna-

tionale Geber unterstützt. Damit fehlt ein Motor zum Aufbau eigener Friedenstruppen.

Ein weiteres Hindernis stellt die im südlichen Afrika bei weitem höchste Aids-Quote der Welt dar (vgl. den Beitrag von Sarah Tietze). Die Ansteckungsquoten in den jeweiligen nationalen Armeen seien besonders hoch, schätzen Experten. Aids ist nicht nur ein medizinisches Problem. Eine Pandemie wie in der Region Südafrika hat unmittelbare Auswirkungen auf das Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitssystem sowie auf das gesellschaftliche Gesamtgefüge und damit auf die Sicherheitsstruktur.

Die deutschen Beziehungen zu Südafrika sind im letzten Jahrzehnt stetig gewachsen und befinden sich derzeit auf einem hohen Niveau. Südafrika ist einer der wenigen, wenn nicht der wichtigste Stabilitätsanker in Afrika. Die Deutsche Marine unterhält als »Parent Navy« eine enge Partnerschaft mit den südafrikanischen Seestreitkräften. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der deutschen und südafrikanischen Luftwaffe entwickelt sich ähnlich positiv.

Die zentralafrikanischen Länder spielten bislang im Bereich der Sicherheitsarchitektur keine aktive Rolle. Die Demokratische Republik Kongo könnte, ähnlich wie Nigeria in Westafrika, aufgrund von Größe und Ressourcenreichtum die führende Position in der Region einnehmen. Die lange Krise im Kongo führte aber dazu, dass das Land eine verantwortliche Funktion nicht nur nicht übernehmen kann, sondern sogar seine Nachbarstaaten destabilisiert. Der Bürgerkrieg und die Beteiligung der umliegenden Länder sowie der signifikante Einsatz von Kindersoldaten haben die Lage verschärft; Kinder aus Angola, Burundi, Kenia, Ruanda oder Uganda kämpften in der Demokratischen Republik Kongo.

Dennoch ist in jüngster Zeit eine positive Entwicklung auszumachen, die allerdings noch in den Anfängen steckt. Die Economic Community of Central African States (ECCAS) hat im Oktober 2003 die Aufstellung ihrer regionalen Brigade in Stärke von etwa 2200 Mann beschlossen. Gleichzeitig wurden gemeinsame Übungen und die Einrichtung eines regionalen Ausbildungszentrums vereinbart. In der gabunischen Hauptstadt Libreville sollen das Hauptquartier, die Logistikbasis und die Planungszelle entstehen.

Ausblick

Bereits die AU-Mission AMIS im Westen des Sudan (Darfur) hat die AU bis zum Äußersten strapaziert, die Mission AMISOM in Somalia überforderte sie völlig. Dennoch muss im Ergebnis festgestellt werden, dass die von der AU entwickelte Sicherheitsarchitektur sowohl zeitlich als auch inhaltlich durchdacht ist, auch wenn sich der Aufbau einer voll einsatzfähigen Afrikanischen Standby Force über das Zieldatum 2010 hinaus verzögern wird. Die Gründe dafür sind vielfältig: Das Projekt an sich ist, bezogen auf den Zeitplan, sehr ambitioniert. Dazu kommt, dass die Finanzierung auch weiterhin überwiegend von externen Gebern abhängig bleiben wird. Dies zieht materielle Unzulänglichkeiten in fast allen Schlüsselbereichen nach sich. Die vorgesehene Hubschrauberkomponente, unerlässlich für effizientes Krisenmanagement, bildet hier noch immer ein Kernproblem. Personelle Lücken treffen den Bereich Ausbildung auf allen Ebenen. Damit verbunden sind organisatorische Probleme, die dadurch noch größer werden, dass der politische Wille zur Umsetzung der in der AU-Charta verankerten Ziele nicht überall gleich stark ausgeprägt ist. Daher werden die Einsatzmöglichkeiten der afrikanischen Friedenstruppen auch über das Jahr 2010 hinaus begrenzt bleiben. Die ursprüngliche Annahme, afrikanische Kontingente würden in Kürze zu einer signifikanten Verringerung von UN-Truppen auf dem afrikanischen Kontinent führen, wird sich nicht bewahrheiten. Vielmehr werden die EU-Battlegroups, die speziell für den Einsatz in Afrika konzipiert wurden, mittelfristig weiterhin zum Einsatz kommen müssen. Der internationalen und damit auch deutschen Unterstützung beim Aufbau einer afrikanischen Sicherheitsarchitektur kommt vor diesem Hintergrund herausragende Bedeutung zu. Wenn es gelingt, die Migration zu beeinflussen und den internationalen Terrorismus einzuhegen, kann dies auch zu mehr Sicherheit in Europa führen. Die im Dezember 2005 vorgestellte EU-Afrikastrategie sowie die seit Oktober 2006 geschlossene EU-Afrika-Partnerschaft sind hoffentlich ein Zeichen dafür, dass Europa insgesamt bereit ist, die Herausforderung Afrika anzunehmen.

Wolf Kinzel

pa/dpa

Ein Verkäufer auf dem so genannten Markt der Diebe in Kinshasa hält ein Bild hoch, das dem bekannten Comic »Tim und Struppi im Kongo« nachempfunden ist und ein europäisches Militärfahrzeug im Kongo zeigt. Mit der von Juli bis Dezember 2006 dauernden Operation EUFOR RD CONGO absolvierte die Europäische Union (EU) bereits ihren zweiten militärischen Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo. Anders als bei der ersten EU-Operation ARTEMIS im Sommer 2003 plante und führte die Union die Operation EUFOR zur Unterstützung der UN-Friedensmission MONUC jedoch erstmals autonom. Die Schutztruppe sollte vor allem dazu beitragen, ein sicheres Umfeld in der Hauptstadt Kinshasa zu schaffen, um die Durchführung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der zweiten Jahreshälfte 2006 zu gewährleisten. Rund 2400 Soldaten aus 21 EU-Mitgliedstaaten, der Türkei und zeitweise der Schweiz beteiligten sich an der EUFOR. Deutschland war mit durchschnittlich 750 Soldaten nach Frankreich der zweitgrößte Truppensteller.

Die unmittelbare Nähe des wirtschaftlich schwächsten und politisch instabilsten Kontinents Afrika ist den Europäern erst Ende des 20. Jahrhunderts durch den stetig wachsenden Migrationsdruck bewusst geworden. Die Mitgliedstaaten der EU versuchen seit 1993, ihre Außen- und Sicherheitspolitik zu koordinieren. Hierzu wurde 2003 ein Konzept vorgestellt, das auf den Erfahrungen und Modellen der Vorgängerorganisationen der EU basiert.

Die Europäische Union und Zentralafrika

Die europäischen Außenbeziehungen sind eine Mischung aus Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und »klassischer« Außen- und Sicherheitspolitik. Rund 50 Jahre europäischer Integration haben ein System auf mehreren Ebenen entstehen lassen, geprägt durch eine Vielzahl von Akteuren. Zudem variieren die Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten von Politikbereich zu Politikbereich. Die Europäische Kommission, die Exekutive im politischen System der Europäischen Union (EU), ist nicht die alleinige Außenvertretung und operiert häufig parallel zu den Mitgliedstaaten. Dabei ist sie in ihren Beziehungen zu Afrika jedoch mehr als nur eine Handelsorganisation und geht auch über die Rolle einer Entwicklungshilfeagentur weit hinaus.

Anfänge europäischer Afrikapolitik

Der Beginn gemeinschaftlicher europäischer Aktivitäten in Afrika datiert zurück bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1958. Europas Beziehungen zu Afrika sind damit ein Ausgangspunkt gemeinschaftlicher europäischer Aktivitäten auf internationaler Bühne. Pläne zur Schaffung einer Zollunion berührten damals vor allem zentrale Interessen der EWG-Gründungsmitglieder und (Noch-)Kolonialmächte Frankreich und Belgien in ihren »überseeischen Gebieten«. Deutschland hatte seine eigene Kolonialgeschichte weitgehend vergessen. Gut zehn Jahre nach Kriegsende bestand jedoch ein nationales deutsches Interesse an der Versöhnung mit den Nachbarn und an der Wiedereingliederung in die Weltgemeinschaft. Bundeskanzler Konrad Adenauer stimmte daher in einem Vier-Augen-Gespräch mit Frankreichs Präsident Charles de Gaulle einem finanziellen Lastenausgleich zu. Diese Einigung führte zum Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), der eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung in den Kolonialgebieten ermöglichen sollte. Außenpolitik war zum damaligen Zeitpunkt – nur sechs Jahre nach dem Scheitern der Pläne für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft

(EVG) – unter europäischer Flagge nicht denkbar. Deshalb blieb die Kooperation in diesem Bereich in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Gemeinschaftlichen Institutionen wurden zudem nur eingeschränkte Rechte zugestanden.

Mit der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten in den 1960er Jahren räumte die Europäische Gemeinschaft (EG) den ehemaligen Kolonien wirtschaftliche Sonderrechte ein, die zum Teil auch schon in kolonialer Zeit bestanden hatten. Ökonomisch waren die neuen Staaten immer noch stark von ihren ehemaligen »Mutterländern« abhängig. Diese hatten die Volkswirtschaften der Kolonien nach ihren eigenen Interessen gestaltet. Afrika exportierte vor allem Rohstoffe nach Europa, die primär von europäischen Unternehmen zu Konsumgütern weiterverarbeitet wurden (vgl. den Beitrag von Rainer Tetzlaff).

Die erste EG-Erweiterung im Jahr 1973 brachte neben Dänemark und Irland auch Großbritannien in die Staatengemeinschaft, wodurch sich die Anzahl der mit der EG verbundenen ehemaligen Kolonialgebiete erheblich vergrößerte. Die Beziehungen zu afrikanischen Staaten sowie zu Inselstaaten in der Karibik und im Pazifik (den so genannten AKP-Staaten) stellte 1975 das Abkommen von Lomé auf eine neue vertragliche Grundlage. Einseitig von Europa eingeräumte Handelserleichterungen sollten den AKP-Staaten – neben den Zahlungen aus dem Entwicklungsfonds – die wirtschaftliche Entwicklung erleichtern. Lange Zeit galt diese Vereinbarung über Handel und Entwicklungszusammenarbeit als ein Kernelement der friedlichen, internationalen Rolle Europas.

Die großen, nachhaltigen Entwicklungserfolge in Afrika blieben jedoch aus, mit Ausnahme von Botswana und Mauritius. Ursprünglich war mit Afrika ausdrücklich eine »unpolitische« europäische Zusammenarbeit vorgesehen – zu frisch waren die kolonialen Erfahrungen in den gerade erst unabhängig gewordenen Staaten. Seit den 1980er Jahren verlangten die europäischen Staaten aber von afrikanischen »Partnern« zunehmend die Beachtung der Menschenrechte, demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze sowie eine verantwortliche Regierungsführung. Dieses Interesse beruht einerseits auf europäischem Selbstverständnis und Wertvorstellungen, die universell gelten und daher universell eingefordert werden müssen, um nicht

EUFOR RD CONGO

Die Vereinten Nationen forderten mit Resolution 1671 (2006) vom 25. April 2006 europäische Kräfte an, um die rund 17 000 im Kongo stationierten Blauhelmsoldaten der MONUC zu unterstützen. In Anbetracht der Größe des Landes sowie der desolaten Infrastruktur stellte das EUFOR-Kontingent eine willkommene Verstärkung in der kritischen Phase des Wahlprozesses dar. Um für die heikle Mission gewappnet zu sein, kam in Afrika eine aus deutschen und niederländischen Luftlandeeinheiten gebildete Task Group zum Einsatz. Als schnelle EUFOR-Eingreiftruppe wurde sie in das 1000 km nördlich von Kinshasa gelegenen Libreville verlegt, Hauptstadt des westafrikanischen Küstenstaates Gabun. Frankreich stationiert dort seit Jahrzehnten ein Überseebataillon und betreibt eigene Ausbildungseinrichtungen, die auch die europäischen Eingreifkräfte nutzen konnten.

Teile der Task Group verlegten wiederholt von Libreville nach Kinshasa, um sich durch tägliche Erkundungsfahrten mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut zu machen. Auftrag der Task Group war es, die Bewegungsfreiheit eigener Kräfte zwischen dem mitten in der Stadt gelegenen Regionalflughafen N`Dolo, wo sich auch das Feldhauptquartier (FHQ) der EUFOR befand, und dem 22 km entfernten internationalen Flughafen N`Djili sicherzustellen sowie zur militärischen Sicherung der beiden Flughäfen beizutragen. Außerdem musste sie sich darauf einstellen, wichtige Persönlichkeiten zu evakuieren.

Die Kongolesen begegneten den schwer bewaffneten Soldaten auf ihren gepanzerten Fahrzeugen überwiegend wohlwollend. Es galt für die EUFOR, durch diszipliniertes und professionelles Auftreten einerseits die Entschlossenheit zu demonstrieren, rasch mit militärischer Gewalt auf potenzielle Störer reagieren zu können, andererseits aber durch freundliches Auftreten das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Dies war besonders deshalb von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Mission, da die »Kinois«, die Einwohner der Hauptstadt, das eigene Militär überwiegend als wenig Vertrauen erweckendes Unternehmen kennengelernt hatten, dessen Angehörige ihren schmalen Sold auf Kosten der Bevölkerung aufbesserten und eher Angst und Schrecken anstatt Sicherheit verbreiteten.

Die Freundlichkeit der Menschen durfte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die oberflächlich friedliche Lage jederzeit umschlagen konnte. Die größte Gefahr für EUFOR ging weniger von der regulären Armee der Demokratischen Republik Kongo aus, sondern vielmehr von den schlecht ausgebildeten, gering besoldeten und demotivierten Milizen der Konfliktparteien, die noch nicht in die offiziellen Streitkräfte integriert waren. Des Weiteren stand jederzeit zu befürchten, dass die Gegner im politischen Machtkampf ihre Anhängerschaft in kurzer Zeit auf die Straße brachten und zu gewaltbereiten Demonstrationen formierten.

Lediglich dreimal waren die EUFOR-Kräfte in Krisen gefordert. Nach der Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses stellten sie sich erstens am 20. August 2006 zwischen die bewaffneten Anhänger der Kontrahenten Joseph Kabila und Jean-Pierre Bemba und brachten die zwischen den beiden Gruppen ausgebrochenen Unruhen unter Kontrolle. Im Zuge der Ereignisse wurden Bundeswehrkräfte aus Gabun zur Erhöhung der militärischen Präsenz nach Kinshasa verlegt. Am 18. September spitzte sich die Lage von Neuem zu, als eine Jean-Pierre Bemba gehörende Fernsehstation in Flammen aufging. Hier wirkte die EUFOR ebenso deeskalierend wie während der Bekanntgabe der Stichwahl-Ergebnisse im November. Das entschlossene Eingreifen der EUFOR verschaffte der EU-Friedenstruppe in der Hauptstadt erheblichen Respekt.

Im Verlauf ihres fast sechsmonatigen Einsatzes waren die EUFOR-Angehörigen vielfältigen Widrigkeiten ausgesetzt. Der Einsatz der europäischen Eingreiftruppe endete wie vorgesehen am 30. November 2006, nachdem ihr Mandat – die Sicherung der Wahlen – erfüllt war.

(Sebastian Grumer)

an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Andererseits geht es darum, Entwicklungserfolge möglich zu machen und damit die eigene Sicherheit mittelbar zu stärken. Denn erst ein Mindestmaß an Funktionsfähigkeit macht einen Staat zu einem internationalen Partner, sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus sicherheitspolitischer Perspektive.

Veränderte Perspektiven seit dem Vertrag von Maastricht 1993

In der Entwicklungszusammenarbeit stellt sich zunehmend die Frage, wie sich über die unmittelbare Verbesserung der Lebensbedingungen hinaus staatliche Strukturen in Partnerländern unterstützen lassen. Dabei hat in den letzten Jahren auch auf europäischer Ebene die Außen- und Sicherheitspolitik an Bedeutung gewonnen. Mit dem Maastrichter Vertrag von 1993 hat die EU eine eigene Rolle in den Außenbeziehungen jenseits der Handelspolitik zugewiesen bekommen. Der Regierungswechsel in Großbritannien führte zu einem europafreundlicheren britischen Kurs, der auch in der gemeinsamen Außenpolitik weitere Initiativen zuließ. Als ein Wegbereiter gilt der anglo-französiche Gipfel in St. Malo 1998. Diese neue Dynamik führte letztlich zur Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik und zur Schaffung der Position des »Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« im Jahr 1999.

Dieser sperrige Titel symbolisiert einerseits die schwache (Macht-)Position des Repräsentanten. Zugleich bekam Europas Außenpolitik jedoch ein »Gesicht« und ist damit auch international mehr in Erscheinung getreten: Der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana übernahm das Amt. Solanas an seine Person gebundenes internationales Ansehen gab der Position des Repräsentanten erhebliches Gewicht. Allerdings konnte auch die optimale Ausnutzung seiner Moderatorenrolle offene Meinungsverschiedenheiten nicht immer verhindern, etwa im Fall des Irakkrieges 2003. Die dort zutage getretene Uneinigkeit galt international als schwerer Rückschlag für eine glaubwürdige europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Europäische Sicherheitsstrategie

In direkter Antwort auf die Irak-Krise hat die EU seit Dezember 2003 unter der Leitung von Javier Solana eine Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) entwickelt. Das Papier ist weniger eine übergeordnete Handlungsanleitung als eine gemeinsame

Problemanalyse. Die ESS zieht eine direkte Verbindung zwischen Sicherheit und Entwicklung und benennt Sicherheit als Vorbedingung für Entwicklung. Die Armut zu bekämpfen wird als globale Herausforderung auch für die EU beschrieben, die zudem ausdrücklich die Bekämpfung der »root causes«, der Wurzeln von Unsicherheit, fordert. Die ESS geht deutlich über eine rein militärische Abwehrstrategie hinaus und greift Elemente »menschlicher Sicherheit« auf. Sie ist damit durchaus mit dem erweiterten deutschen Sicherheitsbegriff kompatibel.

Die ESS nennt drei strategische Ziele europäischer Sicherheitspolitik: effektive internationale Zusammenarbeit (Multilateralismus), die Schaffung einer sicheren Nachbarschaft und die Abwehr von Bedrohungen. In der Bedrohungsanalyse scheinen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, aber auch Staatsversagen und organisierte Kriminalität auf. Geopolitik und Eigeninteressen der EU werden mit der Strategie nicht aufgehoben, sondern gegen Bedrohungen der »menschlichen Sicherheit« abgewogen. Dies schließt »robuste Einsätze« ein – bis hin zum Einsatz von Waffengewalt zur Durchsetzung operativer Ziele.

Die »Operation Artemis« lieferte einen ersten Testfall für europäische Interventionen mit dem Ziel »menschlicher Sicherheit«. Mit einem zeitlich und geographisch eng begrenzten Mandat gelang es einer EU-Eingreiftruppe unter französischer Führung, durch entschlossenes Auftreten eine weitere Ausdehnung gewaltsamer ethnischer Konflikte in der Stadt Bunia (Provinz Ituri) zu verhindern.

Seit Aufstellung der EU-Battlegroups befinden sich die Handlungsoptionen der Union auf einem neuen Niveau. Aufgrund eines bereits vor der Festlegung der Sicherheitsstrategie getroffenen Beschlusses der EU entstehen seit 2005 auch »zivile Krisenreaktionseinheiten«. Sie setzen sich aus Experten aus den Bereichen Polizei, Rechtsstaatlichkeit, zivile Verwaltung und Zivilschutz zusammen. Im Moment handelt es sich bei diesen von den Mitgliedstaaten zugesagten »Einheiten« allerdings meist nicht um zusätzliche Kräfte, sondern um Personen, die zum Teil bereits für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Vereinten Nationen arbeiten.

Den Kernpunkt der europäischen Strategie bildet die Schaffung eines effektiven Multilateralismus, d.h. eine Stärkung der Vereinten Nationen, aber auch der Regionalorganisationen wie der OSZE und der African Union (AU). Die »African Peace Facility« beispielsweise folgt der Logik der europäischen Sicherheitspolitik: Bereits zum zweiten Mal stellte der Europäische Entwicklungsfonds Mittel zur Finanzierung afrikanischer Friedenstruppen bereit, und zwar 300 Millionen Euro für die Jahre 2008 bis 2010. Diese Summen sind gering im Vergleich zu den Aufgaben und auch zum EU-Haushalt von rund 100 Milliarden Euro, von denen freilich bisher jährlich auch nur 50 Millionen in die Außen- und Sicherheitspolitik fließen. Die entsprechende Summe soll bis 2013 auf maximal 80 Millionen Euro steigen. Sollte die EU international an Gewicht gewinnen und als Bündnis zwischen Demokratien auch zu deren Sicherheit beitragen wollen, müssen die Mitgliedstaaten verstärkt eigene Mittel zur gemeinsamen Finanzierung von Außenpolitik zusammenfassen, wie dies etwa auch bei Militäreinsätzen geschieht. Ausdruck des entsprechenden europäischen Engagements sind beispielsweise die EU-geführte EUFOR in Bosnien-Herzegowina oder – seit der Ausrufung der Unabhängigkeit im Februar 2008 – die Mission EULEX im Kosovo. Auch im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik interveniert die Union im Rahmen eines bis Ende 2008 erteilten Mandats, und während des EU-Afrika-Gipfels in Lissabon beschlossen Europäer und Vertreter der Afrikanischen Union eine strategische Partnerschaft sowie einen Aktionsplan, der die Zusammenarbeit auf eine neue Basis stellen soll.

Afrika ist keinesfalls nur ein Kontinent der Krisen. Allerdings finden die meisten UN-Friedensmissionen gegenwärtig in Afrika statt. Europas Nachbarkontinent sieht sich enormen Herausforderungen gegenüber, sowohl in wirtschaftlicher, sozialer wie auch in (sicherheits-)politischer Hinsicht. Afrika ist ein zentraler Testfall für die Fähigkeit europäischer Politik, Worten – wie der europäischen Sicherheitsstrategie und der EU-Afrikastrategie – auch Taten folgen zu lassen.

Sven Grimm

Fransesco Zizola/Focus

In der Demokratischen Republik Kongo ist die Lage trotz des internationalen Engagements weiter instabil. Erhebliche Unterschiede bestehen zwischen dem oberflächlich ruhigen Westen des Landes und dem rohstoffreichen Osten, wo Milizen die Bevölkerung drangsalieren und mit allen Mitteln um Einflussgebiete und Ressourcen kämpfen. Kriminelle Akteure aus dem afrikanischen Ausland verschärfen die komplizierte Konfliktlage. Sie wollen sich, wie die Milizen, den Zugriff auf natürliche Ressourcen im Osten des Landes sichern und haben kein Interesse an einer funktionierenden Zentralregierung in Kinshasa. Es bleibt zu hoffen, dass die 2006 gewählte Regierung mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft den Teufelskreis aus unzureichenden staatlichen Strukturen, Korruption, Gewalt und Armut durchbrechen kann, der nach wie vor insbesondere die Kinder einer positiven Lebensperspektive beraubt.

Zur Konfliktlage in der Demokratischen Republik Kongo im Frühjahr 2008

In der Demokratischen Republik Kongo sehen sich die Vertreter internationaler Organisationen einem äußerst vielschichtigen, schwer zu durchschauendem Konflikt gegenüber. Das Land leidet weiter unter den Folgen des jahrelangen Bürgerkrieges, der allein seit 1998 schätzungsweise zwischen drei und vier Millionen Todesopfer gefordert hat. Mit den Wahlen im Jahr 2006 und der Regierungsbildung unter dem jetzigen Staatspräsidenten Joseph Kabila konnte der Konflikt um die politische Macht in Kinshasa zwar an der Oberfläche beigelegt werden, allerdings bestehen die alten Gräben weiter. Die gegenwärtige Führung des Landes, zu der auch Mitglieder der ehemaligen politischen und militärischen Opposition zählen, zeichnet sich bisher eher durch interne Machtkämpfe als durch sachdienliche Kooperation aus. Trotz erheblicher Hilfestellungen der internationalen Gemeinschaft ist die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit allenfalls in Ansätzen gelungen.

Das Gewaltmonopol des Staates besteht in weiten Landesteilen nur auf dem Papier. Vor allem die zahlreichen Konflikte im Ostkongo, die nur teilweise mit den politischen Machtkämpfen in Kinshasa zusammenhängen, entziehen sich weiterhin jeder Kontrolle. Negativ auf die angespannte Lage in dem rohstoffreichen Land, das nur unwesentlich kleiner als Westeuropa ist, wirken sich auch die Interessen einflussreicher Gruppen aus Ruanda und Uganda aus. Zwar sind erste Fortschritte erkennbar: Vielfach haben seit 2006 beispielsweise die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher, lokal organisierter Gruppen zugenommen. Eine allgemeine Bewertung der Konfliktlage in der Demokratischen Republik Kongo bleibt aber insgesamt schwierig.

Die Situation nach den Wahlen von 2006

Der Widersacher Joseph Kabilas in den Präsidentenwahlen, Jean-Pierre Bemba, floh im März 2007 ins Exil nach Portugal, nachdem seine Milizen in Kinshasa nach tagelangen blutigen

Straßenkämpfen von Regierungstruppen zerschlagen worden waren. Ungeachtet dessen ist das politische System in hohem Maße instabil. Abgesehen von wenigen positiven Ausnahmen verfolgen die maßgeblichen Akteure – Politiker, Militärs, Milizenchefs – machtpolitisch und finanziell motivierte individuelle Interessen. Dem Anfang 2007 ins Amt gewählten greisen Regierungschef Antoine Gizenga gelang es bisher nicht, eine effiziente Regierungsarbeit in Gang zu bringen; politische Programme zur Lösung auch nur der wichtigsten sozialen Probleme existieren allenfalls in Grundzügen. Eine Regierungsumbildung Ende November 2007 änderte daran kaum etwas, führte aber immerhin zu einer deutlichen Reduzierung der aufgeblähten Ministerialbürokratie.

Alle Landesteile kennzeichnet eine desolate wirtschaftliche und soziale Lage, eine weitgehend zusammengebrochene staatliche Verwaltung, beträchtliche Korruption und Kriminalität sowie Bandenaktivitäten zumeist jugendlicher Akteure. Dies gilt auch für die Streit- und Sicherheitskräfte: Trotz einzelner Erfolge bei der Ausbildung von Polizei- und Streitkräfteeinheiten kommt es immer wieder zu erheblichen Disziplinlosigkeiten, und auch hier ist die Korruption weit verbreitet. Intakte staatliche Strukturen fehlen seit Jahrzehnten, kriminelle Handlungen werden aufgrund mangelnder Gerichtsbarkeit nur selten geahndet – und wenn, dann oft willkürlich. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen konnten zwar in der letzten Zeit auf lokaler Ebene vielfach an Einfluss gewinnen, sie leisten aber bislang noch keinen grundlegenden Beitrag zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage. Belastend wirkt sich zudem die fehlende parlamentarische Erfahrung der Abgeordneten aus: Vier von fünf Angehörigen der Nationalversammlung waren 2006 Neulinge. Keiner der mit der Demokratie unerfahrenen gesellschaftlichen, politischen und militärischen Akteure hat jemals einen funktionierenden, nicht hochgradig korrupten und nicht willkürlich agierenden (kongolesischen) Staat erlebt. Das politische System ist auch nach den Wahlen von 2006 keinesfalls gefestigt.

Der Westen und die Hauptstadt Kinshasa

Betrachtet man die Konfliktlage nach geographischen Kriterien, so lässt sich eine klare West-Ost-Teilung des Landes erkennen. Große Gebiete des Westens sind im kongolesischen Vergleich verhältnismäßig ruhig. Die Lage wird hier vor allem durch die unzuverlässige staatliche Ordnung sowie die desolate sozioökonomische Lage der Bevölkerung bestimmt. Wie überall im Kongo prägen Gesetzlosigkeit, Korruption sowie soziales Elend das Leben. Im südwestlichen Bas-Congo macht sich der Einfluss des Nachbarlandes Angola bemerkbar, welches auch grenzüberschreitend eigene Interessen durchsetzt. Zudem kommt es dort

Hinweise für ausländische Besucher in der Hauptstadt Kinshasa

- Offizielle Landeswährung ist der Franc Congolais (FC). Dieser darf seit 2001 frei gehandelt werden, zuvor waren der Erwerb und Besitz von Devisen unter Strafe gestellt. Offizielle Wechselkurse zum Euro existieren nicht. Banknoten gibt es als 200-, 100-, 50-, 20- und 10-Franc-Scheine. Münzen sind nicht im Umlauf. Vorsicht beim Geldwechseln außerhalb von Hotels oder Wechselstuben: Hier sind häufig Betrüger am Werk!
- Lediglich die wenigen größeren Hotels in Kinshasa akzeptieren Kreditkarten. Geldautomaten fehlen. US-Dollar und Euro als Zahlungsmittel sind in manchen Restaurants möglich. Obwohl die einheimischen Banknoten meist bereits in sehr abgenutztem Zustand sind, werden ausländische Geldscheine weder in eingerissenem noch sonstwie beschädigten Zustand akzeptiert.
- In Kinshasa erwarten Dienstleister wie Portiers oder Parkplatzwächter auf jeden Fall ein Trinkgeld und fordern dieses Recht notfalls mit Nachdruck ein.
- Mobiltelefone aus Deutschland funktionieren in der Hauptstadt in der Regel problemlos, da es Roaming-Abkommen mit einheimischen Netzbetreibern gibt. Telefonkarten sind an jeder Ecke erhältlich.
- Die Trinkwasserversorgung Kinshasas leidet unter einer größtenteils völlig veralteten Infrastruktur. Vermeiden Sie möglichst, Wasser aus den öffentlichen Leitungen zu trinken. *(bc)*

punktuell immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen der kongolesischen Sicherheitskräfte mit der politisch-religiösen Separatistenbewegung »Bundu Dia Kongo« oder lokalen Gruppierungen.

Die Situation in der im Westen gelegenen Hauptstadt unterliegt eigenen Gesetzmäßigkeiten. In der Metropole Kinshasa, die offiziell sechs, wahrscheinlich aber bis zu acht Millionen Einwohner zählt, treffen viele der maßgeblichen kongolesischen Akteure direkt aufeinander. Die Präsenz von MONUC sowie die massive internationale Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe tragen jedoch dazu bei, dass sich die Lage stabilisiert. Die militärische Zerschlagung der in der Hauptstadt präsenten Milizen des Kabila-Kontrahenten Bemba durch Regierungstruppen im März 2007 hat die Machtposition des Präsidenten in Kinshasa gestärkt, da von dieser Seite nun keine offenen Kampfhandlungen in der Stadt mehr zu erwarten sind. Sollte sich die politische Lage allerdings wieder zuspitzen, können die größeren politischen Parteien allerdings in einzelnen Stadtteilen bei Bedarf kurzfristig Tausende ihrer Anhänger auf die Straße bringen. Über ein erhebliches Gewaltpotential verfügen auch die zahlreichen Jugendbanden, die so genannten *shegues*. Die *shegues* sind überall im Land ein Sicherheitsproblem, und die Millionenstadt Kinshasa ist davon besonders stark betroffen. Die gut organisierten kriminellen Banden zählen jeweils über bis zu tausend Mitglieder. Sie kontrollieren einzelne Stadtviertel und widersetzen sich bisher erfolgreich den Versuchen, staatliche Autorität zu etablieren. Die unterbezahlten und korruptionsanfälligen Sicherheitskräfte haben sich häufig mit den Banden arrangiert.

Die Konfliktregion Ostkongo

Anders als der Westen ist der Osten des Landes weiterhin Schauplatz von Kampfhandlungen größeren Ausmaßes. Vor allem in den Provinzen Ituri, Nord- und Süd-Kivu sowie in der südöstlich gelegenen Bergbauregion Katanga kommt es immer wieder zu Zusammenstößen bewaffneter Gruppierungen – häufig mit katastrophalen Folgen für die lokale Bevölkerung. Die verschiedenen regionalen und lokalen Milizen, die sich oft entlang eth-

Kartengrundlagen aus MLU 2006-02 - Vervielfältigung mit Genehmigung des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr (DGID), Lizenz B-6A002

nischer Grenzen organisieren und Kindersoldaten einsetzen, können in diesen Gebieten ihre kriminellen Interessen weitgehend ungestört durchsetzen. Die Einmischung externer Akteure verschärft die Konflikte zusätzlich.

Viele einflussreiche Personen aus Kinshasa verfolgen eigene wirtschaftliche Ziele im rohstoffreichen Ostkongo und versuchen diese mitunter unter Rückgriff auf lokale Milizen durchzusetzen. Dies gilt auch für Wirtschaftsunternehmen aus den Nachbarstaaten Uganda und Ruanda, die über Kontakte bis in höchste Regierungskreise ihrer Staaten verfügen. Sie haben allzu häufig kein Interesse an der Stärkung der kongolesischen Zentralgewalt und unterstützen die Milizen finanziell oder mit Waffen. Verschärfend kommt hinzu, dass sich in den Kivu-Provinzen mit den Forces Démocratiques de la Libération du Rwanda (FDLR) eine ruandische Exil-Rebellenbewegung aufhält, der die ruandische Regierung die Mittäterschaft an dem Genozid von 1994 im eigenen Land vorwirft. Die FDLR hat sich bislang erfolgreich jedem Versuch der Zerschlagung – sei es durch ruandische oder Regierungstruppen, sei es durch MONUC-Truppen – widersetzt und stellt einen permanenten Destabilisierungsfaktor im Ostkongo dar.

General Nkunda, ein ehemaliger Offizier der Regierungsstreitkräfte, hat sich parallel dazu zum Beschützer der Ruanda-stämmigen Bevölkerungsmehrheit in Nord-Kivu erklärt. Der von den Vereinten Nationen als Kriegsverbrecher gesuchte Milizenführer kontrolliert inzwischen weite Teile des Gebiets und hat dort eigene Verwaltungsstrukturen aufgebaut. Eine von MONUC unterstützte militärische Großoffensive Kabilas gegen Nkunda im Herbst 2007 scheiterte kläglich und hatte gravierende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung in Nord-Kivu. Die Vereinten Nationen gingen im September 2007 von etwa 650 000 Binnenvertriebenen in dem Gebiet aus.

Im Januar 2008 schloss die Regierung ein Waffenstillstandabkommen mit Nkunda. Das brüchige, so genannte Abkommen von Goma vertagte allerdings Regelungen zur Demobilisierung der Nkunda-Kämpfer bzw. deren Integration in die Regierungstruppen. Es ist damit zu rechnen, dass General Nkunda seine De-facto-Herrschaft in weiten Teilen des Nord-Kivu fortsetzen wird. Der Nord-Kivu wird auch in Zukunft eine unruhige

Provinz bleiben, und eine erneute umfassende Eskalation der schwelenden Konflikte ist keinesfalls ausgeschlossen.

Bis heute ist es trotz gezielter Demobilisierungsmaßnahmen der UN-Truppen nur in Ansätzen gelungen, die anhaltende Terrorisierung der hilflosen ostkongolesischen Bevölkerung durch die einzelnen Milizen und Banden effektiv zu unterbinden. Die zur Stabilisierung entsandten Regierungsstreitkräfte machten sich vielmehr selbst immer wieder massiver Menschenrechtsverletzungen schuldig – unter anderem auch im Falle des Vorgehens gegen General Nkunda im Herbst 2007.

Ausblick

Die Demokratische Republik Kongo befindet sich trotz ihres enormen Reichtums an Rohstoffen in einem desolaten Zustand. Die geschilderten Bedrohungen nehmen von Westen nach Osten hin kontinuierlich zu. Zwar ist es – nicht zuletzt aufgrund des massiven internationalen Engagements – mit den Wahlen im Jahr 2006 gelungen, einen ersten wichtigen Schritt in Richtung einer dauerhaften stabilen politischen Ordnung zu gehen. Für einen Großteil der Bevölkerung hat sich damit allerdings nur wenig verbessert. Vor dem Hintergrund der Weiträumigkeit des Landes, der fehlenden administrativen und infrastrukturellen Voraussetzungen, der vielschichtigen Interessen der handelnden Parteien sowie vor allem der besonders im Osten andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen bleibt die Lage bis auf Weiteres instabil. Der Weg in eine funktionierende Zivilgesellschaft mit anerkannten, demokratisch legitimierten und effizient arbeitenden Institutionen sowie überparteilichen Streit- und Sicherheitskräften ist noch weit. Die internationale Gemeinschaft tut gut daran, die örtlichen Akteure immer wieder auf ihre Verantwortung aufmerksam zu machen und sie zugleich in diesem Prozess zu unterstützen. Zumindest mittel- bis langfristig darf die Bevölkerung größere Stabilität und endlich auch die lange ersehnten Reformen erwarten.

Volker Ressler

pa/dpa/Goujon

Rebellen posieren am 12. August 1998 in Goma, einer Stadt im Osten der Demokratischen Republik Kongo an der Grenze zu Ruanda. Kurze Zeit später rückten bewaffnete Milizen auf Kinshasa vor. Präsident Laurent-Désiré Kabila hatte zu diesem Zeitpunkt bereits die Hauptstadt verlassen. Auf einer Massenveranstaltung am 15. August in Bukavu kündigte Sylvain Mbuki, einer der Rebellenkommandeure, öffentlich an, Kabila solle zurücktreten – oder man werde ihn »lebendig ergreifen«.

In Afrika und in anderen Teilen der Welt erlebt die gewaltsame Lösung von Konflikten eine Renaissance. Seit dem Ende des Kalten Krieges sind rechtsfreie Räume entstanden, in denen der Kampf um die Macht mit militärischen Mitteln geführt wird. Während in manchen Gebieten archaische Formen der Auseinandersetzung vorherrschen, wächst die internationale Gemeinschaft zu einer »Weltgesellschaft« zusammen, die sich kommunikationstechnisch, politisch und wirtschaftlich immer enger vernetzt. Regionale Konflikte werden mehr denn je in ihren globalen Auswirkungen wahrgenommen; sie zu lösen, bedarf es zunehmend internationaler Mechanismen. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass eine dauerhafte Stabilisierung nicht allein auf ausländischem Engagement basieren kann.

Regionale Anarchie als internationales Problem

Der anfänglichen Euphorie über eine »neue Weltordnung« nach Ende des Kalten Krieges folgte schon bald die Ernüchterung und die Rede von der Herausbildung einer »neuen Weltunordnung«. Angesichts zahlreicher Kriege in der Dritten Welt, aber auch in Teilen Europas und der ehemaligen Sowjetunion sowie unter dem Eindruck zerfallener und zerfallender Staaten, »ethnischer Säuberungen«, humanitärer Katastrophen und Völkermord, wachsenden Migrationsdrucks und zunehmender Umweltzerstörung wurden nunmehr eine »neue Unübersichtlichkeit« sowie Elemente von Anarchie und Chaos wahrgenommen. Im Weltmaßstab stellte man eine regional ungleiche Verteilung von Krieg und Frieden fest, ungleichmäßige soziale, ökonomische und politische Entwicklungen sowie unterschiedliche Grade der »Zivilisierung« von Gesellschaften.

Gibt es einen Trend zu regionaler Anarchie?

Die politischen, sozialen und ökonomischen Phänomene, die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts oftmals als »Anarchie« (wörtlich: Herrschaftslosigkeit, Mangel an Ordnung) wahrgenommen und beschrieben worden sind, setzen sich in der Regel aus verschiedenen Elementen zusammen: Erstens sind dies Unterentwicklung und Armut als Folge schwieriger oder gescheiterter Modernisierungs- und Transformationsprozesse. Hierzu gehören Massenverelendung, Verstädterung mit Tendenzen zur Verslumung, die Brutalisierung und Kriminalisierung des Alltagslebens, Terror-Regime, Menschenrechtsverletzungen und politische Verfolgung. Zweitens zählen dazu der »Zerfall« von Staaten, die es nicht oder schwerlich schaffen, ihr Gewaltmonopol durchzusetzen und elementare Staatsfunktionen zu erfüllen. Drittens sind »Kriegsherrentum« und »staatsfreie Räume« in zerfallenen Staaten und zerbrochenen Gesellschaften zu erwähnen. Aus dem Zerfall des Gewaltmonopols resultiert in der Regel eine »kriminelle Anarchie«, basierend auf der Willkürherrschaft

lokaler Kriegsherren (»Warlords«) und ihrer Milizen sowie auf kriminalisierten Schattenwirtschaften in Gestalt von Schmuggel, Waffenhandel, Raub, Erpressung und Ressourcenplünderung. Dies führt viertens zu langjährigen regionalen und internationalen Bürgerkriegen mit zerstörerischen Folgen für die Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt ganzer Länder. Solche Kriege rufen umfassende Sozialkatastrophen wie Massenhunger und Massenflucht, Seuchen, »ethnische Säuberungen« und Völkermord hervor, nicht selten verbunden mit akuten oder schleichenden Natur- und Öko-Katastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und Waldzerstörung.

Von der lokalen Krise zum internationalen Problem

Vielerlei Faktoren wirken offenbar zusammen: Eine lokale Krise oder Katastrophe wird zu einem globalen Problem, was dann die internationale Gemeinschaft zum Handeln bewegt. Die Interessen von Nachbarstaaten, Regionalorganisationen und raumfernen Mächten scheinen ebenso eine Rolle zu spielen wie ein problemlösungsorientierter »Aktionismus« internationaler Organisationen, namentlich der Vereinten Nationen (UNO), von Regierungen und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen. Schließlich ist auf die wichtige Rolle der Medien bei der Wahrnehmung von Krisen und Katastrophen sowie bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Politik hinzuweisen.

Seit den 1990er Jahren haben die UNO und ihr Sicherheitsrat eine deutlich aktivere Rolle bei der internationalen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung übernommen: Sie entsenden Friedensmissionen, führen humanitäre Interventionen durch und vermitteln auf diplomatischer Ebene. Diese global ausgelegte Verantwortung für die Krisenregionen der Erde lässt sich für die großen Industrienationen durchaus auch interessenpolitisch begründen. In der heutigen »Weltrisikogesellschaft« mit ihren vielfältigen gegenseitigen Abhängigkeiten können sie eine Chaotisierung in Teilbereichen des internationalen Systems nicht hinnehmen, selbst wenn sich diese räumlich eingrenzen ließe. Denn

eine Abschottung gegenüber Folgewirkungen regionaler Krisen und Katastrophen (z.B. in Gestalt von Migration, Umweltzerstörung, Terrorismus) ist, wie die letzten Jahre gezeigt haben, nicht möglich.

An die Stelle langfristiger Entwicklungs- und Strukturpolitik ist zusehends ein kurzfristiges Krisen- und Katastrophenmanagement sowie die humanitäre Nothilfe getreten. Allerdings wird diese Hilfe keineswegs allen Krisenregionen und Hilfsbedürftigen gleichermaßen zuteil: Vielmehr verfährt sie sehr wählerisch und setzt Prioritäten nach nicht immer nachvollziehbaren Kriterien. Beschlüsse der Großmächte im UN-Sicherheitsrat, UN-Blauhelmoperationen und die Einflussnahme von Interessengruppen in den Industrieländern dürften dabei ebenso von Bedeutung sein wie die Medienberichterstattung, der Zugang zu den Krisengebieten und die Sicherheitslage vor Ort. So wurde beispielsweise in den letzten Jahren der Kongo trotz seiner verheerenden humanitären Situation gegenüber anderen Krisenregionen von der Weltgemeinschaft vernachlässigt.

Sub-Sahara Afrika als Region der »Anarchie«?

Immer neue Nachrichten über Unfrieden und Unsicherheit prägen das von den Medien gepflegte »katastrophische Afrikabild«: Armut, Hunger, Krieg, Flüchtlingselend und Aidsseuche machen den Kontinent zu einem Paradebeispiel für Sozialkatastrophen und wirtschaftliche Unterentwicklung. Dieses Bild vom »Chaos Afrika« unterstellt, dass die Region südlich der Sahara eine »wabernde« Konfliktmasse sei, aus der heraus sich immer neue Konflikte entzünden. Afrika ist jedoch kein monolithisches Gebilde, sondern ein Kontinent, der sich aus unterschiedlichsten Welten zusammensetzt, die weiter auseinander liegen als Sizilien und die Shetlands – nicht nur geographisch. Auch wurzeln die Ursachen afrikanischer Kriege nicht einfach in blutrünstigen, urzeitlichen Stammesfehden, sondern lassen sich ebenso politisch begründen und präzise auseinanderhalten wie jene europäischer Kriege. So sind etwa die schrecklichen Ereignisse in Ruanda 1994 keineswegs als ein chaotisches Gemetzel zu erklären, sondern als ein gut geplanter und organisierter Völkermord

Neue Kriege und Staatszerfall

Weltweit sind Konflikte seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert durch das Verschwimmen der herkömmlich bekannten Grenzen zwischen »Krieg« und »Frieden« geprägt, so etwa die Kriege auf dem Balkan der 1990er Jahre, die Konflikte im Kaukasus und in Afghanistan sowie in Nahost einschließlich des Irakkrieges (nach Beendigung der »regulären« Operationen). Man kann sie wie der Politologe Herfried Münkler mit dem Modebegriff »Neue Kriege« bezeichnen. Ein bestimmtes Muster dieser »Neuen Kriege« scheint bei den Staatszerfallkriegen in Afrika gegeben, und hier besonders in und um den Kongo. Ab 1990 entstand ein Konflikt, der von Uganda und Ruanda ausgehend auf Burundi und den Ostkongo übergriff und sich 1994 zum grauenhaften Genozid in Ruanda ausweitete.

Die »Neuen Kriege« sind von der Vielzahl der Akteure gekennzeichnet. Neben regulären Armeen der Konfliktparteien und ausländischen Interventionstruppen sind ethnisch geprägte Milizen, kriminelle Banden, paramilitärische Verbände sowie Söldner und Sicherheitsunternehmen involviert. Allerdings sind die Übergänge von regulären Armeen zu Rebellenorganisationen oft fließend. So wird häufig von einer Mischform, den so genannten Sobels (halb Soldat, halb Rebell), gesprochen.

Die mit den »Neuen Kriegen« eng verbundenen Kampfhandlungen werden auch als asymmetrische Kriegführung bezeichnet. Hier stoßen Armeen im klassischen Sinn auf irreguläre Gegner. Da »klassischen Operationen« und »Schlachten« meist ausgewichen wird, wird auch vom »Krieg geringer Intensität« (Low Intensity Conflict, LIC) gesprochen. Angesichts der hohen Opferzahlen vor allem bei der beteiligten Bevölkerung (»Kollateralschäden«) ist dieser Terminus allerdings ebenso undeutlich wie der Ausdruck »asymmetrische Kriegführung«.

Was die »Neuen Kriege« ausmacht, ist die enge Verzahnung von Krieg, Bürgerkrieg, Guerillaoperationen, Terrorismus, organisiertem Verbrechen sowie geplanten Menschenrechtsverletzungen der Konfliktparteien, etwa durch grausame Verstümmelung von Gegnern und Bevölkerung, der Rekrutierung von Kindersoldaten sowie der Anwendung von massiver sexueller Gewalt als Kriegsmaßnahme.

Häufig kommt es dabei vor, dass die Angehörigen ein- und derselben Gruppierung in verschiedenen Konfliktphasen nacheinander Rebellentruppe, Regierungsverband, Soldateska eines Warlords oder selbst Flüchtlinge sind, so in und um Ruanda im Jahr 1994.

In Konflikten dieser Art entstehen aufgrund anhaltender und sich geographisch ausbreitender Feindseligkeiten abseits und quer zu den staatlich kontrollierten Gebieten Warlord-Zonen, die politisch, militärisch und wirtschaftlich autonom sind. In solchen parastaatlichen Zonen spielt neben der Erhebung von Abgaben und Steuern von der örtlichen Bevölkerung die Ausbeutung von Bodenschätzen sowie der Missbrauch humanitärer Hilfe eine Rolle. Dazu kommt die Möglichkeit einer Finanzierung durch internationales Kapital, das im Netzwerk zwischen beteiligten Regierungen, Personen und Unternehmen global verschoben werden kann. Dasselbe gilt für die Belieferung mit Rüstungsgütern. Somit geht die Privatisierung der Gewalt einher mit einer veränderten Kriegswirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung. Da die staatlichen Systeme ausgehöhlt sind, können Verantwortungsträger der jeweiligen Gewaltorganisation schwerlich nach den Maßstäben öffentlich-rechtlicher Besoldung entlohnt werden. Entsprechend greifen in »schwachen Staaten« anderweitige Vergütungssysteme in Form von Korruption. Hier öffnet sich ein weites Spektrum: Neben Entlohnung durch Geld spielen Naturalien eine wichtige Rolle, etwa Schürfrechte an Bodenschätzen. An der Spitze dieses Spektrums stand wohl die rücksichtslose Selbstbereicherung eines Joseph Désiré Mobutu. *(mr)*

pa/dpa/Abdelhak Senna

Mit seinem Maschinengewehr posiert dieser Kindersoldat am 2. September 1998 in Kalemie für den Fotografen.

an Tutsi und Hutu-Oppositionellen, an dem die herrschenden Eliten aus machtpolitischen und ökonomischen Gründen ein Interesse gehabt haben (vgl. den Beitrag von Peter Hazdra). Im Lichte der jugoslawischen Tragödie in Europa ist durchaus zu würdigen, dass es manchen afrikanischen Ländern gelungen ist, ethnisch-kulturell unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unter schwierigsten Bedingungen über Jahrzehnte hinweg ohne größere Konflikte zusammenzuhalten. Doch werden Fortschritte und Leistungen im Bereich der friedlichen Konfliktbearbeitung, der Demokratisierung und der Wirtschaftsreform von der internationalen Medien-Öffentlichkeit leider weit weniger beachtet als Kriege und Katastrophen.

Eine differenzierende zeitgeschichtliche Kriegsbilanz macht deutlich, dass es in Afrika anti-koloniale und anti-rassistische Befreiungskämpfe gegeben hat, nachfolgend auch Grenzkonflikte, Ressourcenkonflikte sowie vielfältige und langjährige Bürgerkriege in Gestalt von Separations- und Anti-Regimekriegen. Während des Ost-West-Konflikts nahmen manche dieser Auseinandersetzungen Züge von Stellvertreterkriegen an. Seit den 1980er Jahren verband sich das Bild vom kriegerischen »Chaos Afrika« mit einer wirtschaftlichen und politischen Entwicklungskrise. Die Mehrzahl der ärmsten Staaten der Erde befindet sich hier. Mit dem Wegfall externer Unterstützung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verschärften sich in vielen Ländern Afrikas gesellschaftliche Widersprüche und Verteilungskämpfe. Durch weitverbreitete Familien- und Klientelwirtschaft diente der Staat immer weniger dem Allgemeinwohl, vielmehr wurde er gleichsam privatisiert, und Einzelpersonen machten ihre Interessen geltend. Es kam vermehrt zu kriegerischem Staatszerfall, sozialen Auflösungsprozessen sowie zur Ausbildung von auf Ressourcenplünderung basierenden Gewaltmärkten und Kriegsökonomien. In diesen Machtkämpfen wurden ethnische Unterschiede und Clanbindungen von den jeweiligen Führungseliten häufig bewusst politisiert, manipuliert und instrumentalisiert.

Die internationale Gemeinschaft befasste sich auf sehr unterschiedliche Weise mit den Kriegen und humanitären Katastrophen in Afrika. Ein erster großer UN-Blauhelmeinsatz fand in der ersten Hälfte der 1960er Jahre im gerade unabhängig gewordenen Kongo statt, in dem es zu Wirren, Machtkämpfen und Abspal-

tungstendenzen gekommen war. Auch bei der friedlichen Beilegung ehemaliger Stellvertreterkriege im südlichen Afrika spielten die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre kam es zu ihrem spektakulären und gescheiterten Einsatz in Somalia. In Westafrika (Liberia, Sierra Leone, Elfenbeinküste) billigte und legitimierte die UNO zunächst das Eingreifen der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS, bevor sie dann nachfolgend eine aktivere Rolle in den dortigen Friedensprozessen übernahm. Der Völkermord in Ruanda fand im Jahre 1994 unter den Augen der dortigen UN-Blauhelm-Mission statt. In den langjährigen Konflikten im Sudan (Südsudan, Darfur) engagiert sich die UNO erst seit kurzem. Der derzeit größte UN-Einsatz weltweit und in Afrika findet derzeit in Gestalt der MONUC wiederum im Kongo statt (vgl. den Beitrag von Thomas Breitwieser).

Afrika ist ebenso wenig wie andere Krisenregionen auf der Welt ein internationaler »Sozialfall«, doch muss die Krisenbewältigung von innen kommen und soziokulturell wie sozioökonomisch und politisch vor Ort verwurzelt sein. Solche Eigenanstrengungen müssen massiv durch internationale Solidarität und Hilfestellung abgestützt werden. Die Chance chronisch instabiler und katastrophenanfälliger Gesellschaften liegt neben der Förderung von effektiver Staatlichkeit vor allem darin, lokale Selbsthilfebestrebungen, soziale Bewegungen und Demokratisierungsprozesse zu stärken (vgl. den Beitrag von Christiane Kayser). Aus humanitären Gründen ebenso wie im Sinne langfristiger Eigeninteressen können die einflussreicheren Mitglieder der internationalen Gemeinschaft die aufgezeigten Entwicklungen einer größeren Zahl von Gesellschaften und Subregionen nicht hinnehmen, auch wenn sich diese mehrheitlich außerhalb des Kernbereichs der Weltpolitik und Weltwirtschaft befinden. Andernfalls würden regionale Turbulenzen und Katastrophen auch auf die Machtzentren und Prosperitätszonen der Erde negativ ausstrahlen, beispielsweise in Gestalt wachsenden Migrationsdrucks, ökologischer Rückwirkungen oder terroristischer Übergriffe.

Volker Matthies

pa/dpa/Db Kollermann

Ein Soldat der kongolesischen Armee registriert Gewehre, die in einem Entwaffnungslager der UN-Mission MONUC gesammelt wurden (25. April 2005 in Bunia). Einem auch auf dem Balkan und in Afghanistan bekannten Muster folgend, gaben die Milizen allerdings zu einem erheblichen Teil nicht mehr benötigte oder unbrauchbare Waffen ab, während die wesentlichen Bestände unangetastet blieben.

Die Vereinten Nationen sehen sich in der Demokratischen Republik Kongo einer Situation gegenüber, die eine dauerhafte Konfliktlösung erschwert. Nach vielen Jahren Krieg und Bürgerkrieg sind alle Konfliktparteien in den Wiederaufbau zu integrieren, um die Eskalation der Gewalt in den Griff zu bekommen. Bleiben Angebote für die Wiedereingliederung der Kämpfer in die zivile Gesellschaft vonseiten der Regierung und der internationalen Gemeinschaft aus, besteht die Gefahr, dass erneut bewaffnete Konflikte ausbrechen. Die Demokratische Republik Kongo ist ein Beispiel für die Schwierigkeit, von außen einen tragfähigen Friedensprozess in Gang zu setzen, abzusichern und zu moderieren.

Aktuelle Konfliktlösung in der Demokratischen Republik Kongo

Die Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft in der Demokratischen Republik Kongo im Allgemeinen und der UN-Mission MONUC im Besonderen folgen den anspruchsvollen Interventionsstrategien, die die internationale Gemeinschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelt hat.

Ihre Umsetzung stellt die Akteure vor zahlreiche Herausforderungen. Dazu zählt unter anderem die hohe Zahl der Konfliktparteien. Im zweiten Kongo-Krieg waren es phasenweise Armeen von sieben Staaten, was die Friedensverhandlungen erschwerte. Auf kongolesischer Seite sind drei große Rebellengruppen (RCD, MLC, RCD-ML) sowie eine Vielzahl kleinerer bewaffneter Gruppierungen und Milizen beteiligt gewesen, die im Jahr 2001 ungefähr 90 000 nicht-staatliche Kombattanten umfassten. Insbesondere die RCD durchlief einen Prozess der Zersplitterung, aus dem wiederum neue Rebellengruppen hervorgingen, die an den Friedensverhandlungen ebenfalls beteiligt werden wollten. Zusätzlich erschwert wurde eine Verhandlungslösung durch die unklaren politischen Zielsetzungen der Kontrahenten, die sich während des Krieges zunehmend mit wirtschaftlichen Interessen überlappten. Nahezu alle Konfliktparteien engagierten sich in den von ihnen kontrollierten Gebieten in der Ausbeutung der großen Rohstoffvorkommen. Die materiellen Anreize der Kriegswirtschaft waren ein Grund dafür, dass das Waffenstillstandsabkommen von 1999 – zunächst – nicht zur Einleitung eines Friedensprozesses führte.

Das Konfliktmanagement der internationalen Gemeinschaft konzentrierte sich in der Folgezeit auf die Vermittlung eines Machtteilungsabkommens zwischen der Regierung und ihren bewaffneten Herausforderern, das politische und wirtschaftliche Anreize schaffen sollte, die Waffen niederzulegen und sich am Friedensprozess zu beteiligen. Diese mittlerweile in fast allen Konfliktländern praktizierte Form der Konfliktbearbeitung hatte schließlich den gewünschten Erfolg: Im Juni 2003 trat eine Übergangsregierung an, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt waren. Sie führte die Demokratische Republik Kongo, bis die aus

Die Aufarbeitung von Verbrechen in der Demokratischen Republik Kongo vor dem Internationalen Strafgerichtshof

Am 6. Februar 2008 wurde in Kinshasa Mathieu Ngudjolo verhaftet, der dritte ehemalige Milizenführer aus der Zeit des Ituri-Konfliktes von Anfang 2003. Der im Oktober 2007 zum Oberst der Regierungsarmee FARDC (Forces Armées de la République Démocratique du Congo) ernannte Ngudjolo wurde unverzüglich vor den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag verbracht. Die Anklage lautete auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen: Von Januar bis März 2003 soll Ngudjolo als Chef der Lendu-Miliz FNI (Front Nationaliste et Intégrationniste) im Ituri-Distrikt Morde, systematische Plünderungen und Vergewaltigungen sowie den Einsatz zwangsrekrutierter Kindersoldaten gegen Angehörige der Ethnie der Hema befohlen haben. Grausamer Höhepunkt war ein von Ngudjolo organisierter Angriff auf das Hema-Dorf Bogoro am 24. Februar 2003, der mindestens 200 zivile Todesopfer forderte.

In Ituri tobte noch nach Unterzeichnung eines Friedensvertrages Anfang 2003 ein blutiger Konflikt zwischen Hema und Lendu, in dem über 50 000 Menschen getötet und 500 000 vertrieben wurden. Die Kampfhandlungen galten seinerzeit als Gefahr für den gesamten Friedensprozess im Kongo. Eine EU-Eingreiftruppe verhinderte mit der »Operation Artemis« die weitere Ausdehnung des örtlichen Konfliktes.

Ngudjolo, der im Juni 2005 die Miliz MRC (Mouvement Révolutionnaire Congolais) mit gegründet hatte, schloss im Juli 2006 als deren Anführer einen Vertrag mit der kongolesischen Regierung. Die Übereinkunft legte die Entwaffnung seiner Milizen und deren Integration in die Regierungsarmee fest. Im Gegenzug wurden Ngudjolo Amnestie und ein Offizierdienstgrad in der FARDC zugesichert.

Im März 2005 waren Germain Katanga und Thomas Lubanga verhaftet worden. Lubanga, führender Kopf der Hema-Miliz UPC (l`Union des Patriotes Congolais) und Hauptwidersacher Ngudjolos im Ituri-Konflikt, soll 2002/03 Kindersoldaten zwangsrekrutiert und eingesetzt haben. Lubanga wurde im März 2006 nach Den Haag überstellt, Katanga folgte im Oktober 2007. Katanga, Anführer der Lendu-Miliz FRPI (Forces de Résistance Patriotiques en Ituri), muss sich unter an-

derem wegen der Teilnahme am Angriff auf Bogoro vor dem IStGH verantworten.

Der IStGH wurde durch einen völkerrechtlichen Vertrag, das sogenannte Römische Statut, am 17. Juli 1998 ins Leben gerufen und nahm am 1. Juli 2002 seine Arbeit auf. Im Gegensatz zum ebenfalls in Den Haag ansässigen und für zwischenstaatliche Streitigkeiten zuständigen Internationalen Gerichtshof (IGH) zählt der IStGH *nicht* zu den Organen der Vereinten Nationen. Der IStGH ist zuständig für Verfahren wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, wenn der vorrangig zur Ermittlung und Strafverfolgung aufgerufene Staat nicht willens oder aber nicht in der Lage ist, seine Verantwortung selbst wahrzunehmen. Zudem muss der Staat, in dem eine Tat begangen wurde oder aus dem der Täter kommt, den IStGH allgemein anerkannt haben oder seine Gerichtsbarkeit im Einzelfall akzeptieren. Die Übergangsregierung der Demokratischen Republik Kongo hat als Vertragspartei des Römischen Statuts im April 2004 juristische Zuständigkeiten an den IStGH abgegeben. Der Anklagevertreter des IStGH kündigte am 23. Juni 2004 den Beginn der Untersuchungen im Kongo an. Heute sind selbst hochrangige FARDC-Angehörige nicht vor internationaler Ermittlung und Strafverfolgung sicher.

Die kongolesische Regierung sicherte dem IStGH Anfang 2008 ihre weitere Unterstützung zu. Neben dem Ituri-Konflikt ist nun auch die juristische Aufarbeitung der bewaffneten Konflikte in den beiden Kivu-Provinzen denkbar. Ehemalige Milizenführer könnten sich schon bald Strafverfahren durch den IStGH ausgesetzt sehen, selbst wenn sie mittlerweile, wie Ex-Rebellengeneral Nkunda oder die ehemaligen prominenten Warlords und jetzigen FARDC-Obristen Cobra Matata und Peter Karim, in die FARDC übernommen worden sind. *(mp)*

den Wahlen im Jahr 2006 hervorgegangene neue Regierung im Frühjahr 2007 ihre Arbeit aufnahm.

Die politische Einbindung von Gewaltakteuren bei der Herstellung des Friedens ist allerdings nicht frei von Problemen. Ein Dilemma ist moralischer Art: Alle kongolesischen Konfliktparteien haben sich während des Krieges schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht. Über sie ist die internationale Gemeinschaft hinwegegangen, um eine Befriedung des Landes

zu erreichen. Die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und anderem Unrecht gilt jedoch heute als wichtiger Bestandteil einer langfristigen Konsolidierung von Frieden. Es bleibt unklar, ob es zu einer systematischen rechtlichen Aufarbeitung im Kongo kommen wird und wie sie aussehen könnte. Immerhin wurden bislang die allesamt aus Ituri stammenden Milizenführer Thomas Lubanga, Mathieu Ngudjolo Chui und Germain Katanga an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag überstellt. Ob sich hochrangige Mitglieder der kongolesischen Regierung zu verantworten haben werden, bleibt ebenso abzuwarten wie die Frage, ob es auch innerhalb des Landes zu Initiativen der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen kommen wird. Zwar existiert eine Wahrheits- und Versöhnungskommission, wie sie in anderen Nachkriegsländern geschaffen wurde, nur hat sie ihre Arbeit noch nicht aufgenommen.

Ein weiteres Problem des Machtteilungsabkommens ist politischer Natur. Die Konfliktparteien, die sich über Jahre bekämpft hatten, fanden sich in einer Allparteienregierung wieder, in der sie zusammen arbeiten sollten, um den Friedensprozess voranzubringen. Wechselseitiges Misstrauen und entgegengesetzte Interessen setzten der Funktionsfähigkeit und Effizienz der Regierung enge Grenzen. Daher war es nicht verwunderlich, dass die Phase der Übergangsregierung (2003–2006) keine wesentlichen politischen Fortschritte erbrachte. Dies traf vor allem auf die Reform, genauer den Aufbau des Sicherheitssektors zu, der zwei Elemente umfasst: erstens die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten (auch »DDR-Prozess« genannt; »DDR« steht für Disarmament, Demobilisation und Reintegration), und zweitens den Aufbau nationaler Armee- und Polizeieinheiten. Beide Prozesse stellen eine notwendige Bedingung für die Errichtung eines staatlichen Gewaltmonopols und damit für eine dauerhafte Befriedung des Landes dar.

Die Übergangsregierung legte erst im Mai 2005 ihren Plan zum Aufbau einheitlicher nationaler Streitkräfte vor. Dank der Unterstützung diverser Geberländer konnten bis Ende 2005 immerhin sechs der geplanten zwölf integrierten Brigaden formiert werden. Deren Durchsetzungskraft erwies sich allerdings als äußerst begrenzt. Die Gründe hierfür waren niedrige und unregelmäßige Soldzahlungen, unzulängliche Ausrüstung sowie

die Abhängigkeit von der aktiven Unterstützung der UN-Mission im Kongo. Die Hauptursache für diese Defizite war die Korruption innerhalb von Armeeführung und Regierung. Nur unwesentlich effizienter gestalteten sich Reform und Aufbau der nationalen Polizeieinheiten. Neben der Regierung sind die mäßigen Fortschritte auch den internationalen Gebern zu verdanken. Belgien, Südafrika, Angola und die EU führten einzelne Projekte im Bereich der Sicherheitssektorreform durch. Die mangelnde Koordinierung dieser bilateralen Maßnahmen verhinderte aber greifbare und breitenwirksame Resultate.

Auch der »DDR-Prozess« stand vor großen Problemen, insbesondere im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Reintegration der rund 100 000 ehemaligen Kombattanten, die nicht in die Armee integriert werden wollten oder konnten. Zwar sollte jedem ehemaligen Kombattanten eine Demobilisierungsprämie in Höhe von 410 US-Dollar zustehen, doch nur wenige erhielten diese »Friedensdividende«, die eine Rückkehr in das zivile Leben erleichtert hätte. Ähnlich wie in anderen Postkonfliktländern war die Gefahr daher groß, dass das Ausbleiben versprochener Hilfsmaßnahmen die Kombattanten dazu veranlassen könnte, sich erneut bewaffneten Gruppen anzuschließen. Dies verdeutlicht, inwieweit der Umgang mit Gewalt und die Bearbeitung von Kriegsfolgen nicht nur militärische, politische und rechtliche Herausforderungen sind. Mittel- und langfristig ist die Herstellung einer tragfähigen Friedensordnung zudem eine entwicklungspolitische Aufgabe.

Auch nach den erfolgreichen und insgesamt weitgehend friedlich verlaufenen Wahlen im Jahr 2006 und dem Amtsantritt der neuen Regierung bleibt die Demokratische Republik Kongo mit gewaltigen Problemen konfrontiert. Sie gehen nicht nur auf fast ein Jahrzehnt bewaffneter Konflikte zurück, sondern ebenso auf die vorangegangenen Jahrzehnte, die geprägt waren von Diktatur und Misswirtschaft unter Staatspräsident Mobutu. Die Festigung des Friedens und der Aufbau effektiver staatlicher Strukturen in der Demokratischen Republik Kongo werden noch viele Jahre in Anspruch nehmen.

Denis Tull

Reuters / Finbarr O'Reilly

»Peacekeeping is not a job for soldiers, but only soldiers can do it«, sagte einmal Dag Hammarskjöld, der von 1953 bis 1961 amtierende populäre UN-Generalsekretär aus Schweden. Unter seiner Führung begann 1961 die »Opération des Nations Unies au Congo« (ONUC), mit der die Vereinten Nationen danach trachteten, Stabilität in die unabhängig gewordene belgische Kolonie zu bringen. ONUC steht am Beginn einer Reihe von Einsätzen der UN am Kongo. Die Operation symbolisiert den langen Weg, den die Vereinten Nationen seither bei dem Versuch zurückgelegt haben, neue Formen der Konfliktlösung für Afrika zu entwickeln. Das Foto zeigt einen Hubschrauber auf Patrouillenflug über Kinshasa.

Friedensbemühungen der UNO

In der Nacht vom 13. auf den 14. Juli 1960 schlugen Sicherheitsrat und Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN) ein neues Kapitel in der Geschichte der Weltorganisation auf. Auf dringliches Bitten des Premierministers der Demokratischen Republik Kongo (= Kongo-Kinshasa) um Unterstützung und auf Vorschlag des Generalsekretärs beschloss der Sicherheitsrat in einer Dringlichkeitssitzung die Resolution 143. Einerseits sollte Belgien sämtliche Truppen aus dem Land abziehen und andererseits der Generalsekretär der UN alle notwendigen Schritte unternehmen, um die kongolesische Regierung in dem von ihr für notwendig erachteten Maße dabei zu unterstützen, dass die nationalen Sicherheitskräfte ihre Aufgaben erfüllen könnten. Mit der Resolution 143 begann das System militärischer Friedenssicherung der Vereinten Nationen. Zwar hatte es seit Juni 1948 Einsätze von Soldaten unter ihrem Mandat gegeben, die der Friedenswahrung dienten. Doch die erste große, gleichzeitig militärische und zivile Operation, die – mit heutigen Worten – Maßnahmen des »Peacekeeping«, des »Peace Enforcement« und des »Post Conflict Peace Building« umfasste, war die »Opération des Nations Unies au Congo« (ONUC). Weil sie bereits 1961 ein friedensschaffendes Mandat bekam, ragt sie unter allen friedenswahrenden Maßnahmen der UN heraus und schlägt einen Bogen vom klassischen »Peacekeeping« zu den »Peace Support Operations« seit 1990 (vgl. den Kasten ONUC auf S. 52)

Die Rechtsgrundlage für diese Entscheidungen war dürftig. Denn militärische, friedenswahrende Maßnahmen sind weder nach Kapitel VI (friedliche Beilegung von Streitigkeiten) noch nach Kapitel VII (Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen) der UN-Charta vorgesehen. Sie waren seinerzeit auch völkergewohnheitsrechtlich noch nicht verfestigt. Dag Hammarskjöld, der zweite UN-Generalsekretär, soll das Wort von den »Maßnahmen nach Kapitel VIa der Charta« für derartige Einsätze geprägt haben.

Sechs Tage nach Beschluss der Resolution 143 vom 14. Juli 1960 standen 20 afrikanische und zwei europäische Infanteriebataillone sowie eine Reihe von Spezialeinheiten für den Einsatz

Dag Hammarskjöld

Dag Hjalmar Agne Carl Hammarskjöld wurde am 29. Juli 1905 als vierter Sohn des nachmaligen schwedischen Premierministers Hjalmar Hammarskjöld in Jonköping geboren. An der Universität Uppsala studierte er zunächst Literatur- und Sprachwissenschaften sowie Geschichte, danach Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. 1933 wurde er in Wirtschaftswissenschaften promoviert und hatte in der Folge verschiedene Funktionen in der schwedischen Nationalbank, im Finanz- und im Außenministerium inne. Er vertrat sein Land bei der OEEC und in den UN-Vollversammlungen zwischen 1951 und 1953. Am 7. April 1953 wählte die Generalversammlung der Vereinten Nationen Hammarskjöld zum Generalsekretär. Ursprünglich von den Mitgliedern des Sicherheitsrates als Kompromisskandidat vorgeschlagen, war er so erfolgreich, dass seine Wiederwahl bereits im September 1957 erfolgte – mehr als sechs Monate vor Ablauf der ersten Amtsperiode. In seine Amtszeit fallen so bedeutsame Ereignisse wie die Schlichtung der Suezkrise 1957, die Wiener Konferenzen zur friedlichen Nutzung der Atomenergie 1955 und 1958 sowie die Überwachung und Absicherung des Friedensprozesses im Nahen Osten seit 1956. Am 18. September 1961 kam Dag Hammarskjöld auf dem Weg von Elisabethville nach Ndola in Sambia ums Leben. Während seiner vierten Vermittlungsreise im Konflikt zwischen der kongolesischen Zentralregierung und der Führung der abtrünnigen Provinz Katanga stürzte sein Flugzeug unter mysteriösen Umständen ab.

im Kongo bereit. Bis Ende Juli 1961 wuchs das Kontingent auf knapp 20 000 Blauhelm-Soldaten an. Es war die bis dahin größte Operation der Vereinten Nationen. Um das nur vage festgelegte Mandat der Operation näher zu bestimmen, schlossen die UN mit der Regierung von Kongo-Kinshasa ein »basic agreement« genanntes Abkommen, das am 27. Juli 1960 in Kraft trat. Die überaus rasche Stationierung der ONUC konnte allerdings den Ausbruch der »Kongo-Wirren«, nicht verhindern (vgl. den Beitrag von Helmut Strizek). Der nur zögerliche Abzug der belgischen Invasionstruppen und die Weigerung der selbsternannten Führung der Provinz Katanga, den Blauhelmen Zutritt zu ge-

statten, führte zu Spannungen im Sicherheitsrat. Die einstimmig verabschiedete Resolution 145 forderte Belgien am 22. Juli 1960 zum sofortigen Abzug aller Truppen und die Staatengemeinschaft zum Unterlassen sämtlicher Maßnahmen auf, die die Wiederherstellung von Recht und Ordnung sowie die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit von Kongo-Kinshasa beeinträchtigten. Diese Formulierung richtete sich sowohl gegen den kongolesischen Premierminister als auch gegen die Sowjetunion. Denn Patrice E. Lumumba, der überall Unterstützung erbat, hatte sowjetische Hilfe erhalten. So drang auf einmal die Weltpolitik in den kongolesischen Bürgerkrieg ein. Das westliche Lager befürchtete, die UdSSR könnte sich im Herzen Afrikas festsetzen, wie sie sich, zumindest nach Überzeugung der USA, auch auf Kuba festzusetzen drohte.

Wenige Wochen später kam es wieder zum Streit, diesmal zwischen den UN und der Regierung von Kongo-Kinshasa: Während die UN die strikte Neutralität (im Sinne von Unparteilichkeit) der ONUC betonten, verstand die kongolesische Regierung die bis dahin erlassenen Resolutionen so, dass die Blauhelme zu ihrer Unterstützung im Lande seien und die Katanga-Sezession gewaltsam beenden sollten. Der Sicherheitsrat stellte daraufhin mit Resolution 146 am 9. August 1960 unmissverständlich klar, dass die ONUC auch in der abtrünnigen Provinz Katanga stationiert werden müsse, bekräftigte jedoch andererseits, die ONUC sei weder Konfliktpartei noch Interventionsstreitmacht. Dem Generalsekretär gelang es in direkten Verhandlungen mit der Führung der Provinz Katanga, am 12. August zwei Kompanien des schwedischen Bataillons in Elisabethville zu stationieren, was den Abzug der verbliebenen belgischen Truppen beschleunigte.

Die strikte Unparteilichkeit der ONUC leistete weiteren Sezessionsabsichten im Süden und Osten des Landes Vorschub. Die Operation sah sich daher harscher Kritik sowohl der Bürgerkriegsparteien als auch von Mitgliedern der Vereinten Nationen ausgesetzt. Am 17. September 1960 beantragte der Sicherheitsrat eine Krisensitzung der UN-Generalversammlung, obwohl solche Zusammenkünfte in der Charta nicht vorgesehen sind. Die Vollversammlung hatte sich diese Möglichkeit mit Resolution 377 A (V) vom 3. November 1950 jedoch selbst geschaffen. In Resolution 1474 (ES-IV) vom 20. September 1960 bestätigte die

Kolwezi 1978

Shaba/Katanga war in den 1960er und 1970er Jahren der größte Unruheherd im Kongo/Zaire. Angeführt vom ehemaligen Armeeoffizier Nathaniel Mbumba, stieg die Front de Libération Nationale du Congo (FLNC) zum wichtigsten Akteur im Kampf um die Abspaltung der Provinz auf. Mit der FLNC sympathisierten die Angehörigen der Volksgruppe der Lunda auf der angolanischen wie auf der kongolesischen Seite der Grenze. Die Organisation kooperierte auch mit den Machthabern in Angola. Nachdem kommunistische Rebellen in Angola mit Hilfe sowjetischer Waffen und kubanischer Soldaten die Macht in Luanda übernommen hatten, spielte die FLNC im Ost-West-Konflikt mit. Die angolanischen Regierungen unterstützten die FLNC, um den Einfluss des Kongo auf die Region so gering wie möglich zu halten.

Der Konflikt eskalierte, als im März 1977 Kämpfer der FLNC massiv von Angola aus nach Katanga eindrangen. Mobutu bat verschiedene afrikanische Staaten um Hilfe; Marokko entsandte Truppen. Mit deren Hilfe konnten die FLNC-Rebellen nach Angola zurückgeschlagen werden. Beim Eindringen in die zurückgewonnenen Gebiete verübten die Truppen der zairischen Armee (Forces Armées Zaïroises, FAZ) Massaker an jenen Einwohnern, die sich gegenüber der FLNC freundlich gezeigt hatten. Ab dem 13. Mai 1978 schlug die FLNC zurück: Ihre Kämpfer überschritten die Grenze bei Sambia in Richtung der Stadt Kolwezi und verdrängten die zairischen Truppen. Die Mehrzahl der Bewohner Kolwezis feierten den Einmarsch der FLNC-Rebellen. Noch am selben Tag kam es zu Ausschreitungen gegen die »weiße« Stadtbevölkerung, insbesondere gegen Franzosen und Belgier. Am 14. Mai schickte Mobutu ein Hilfeersuchen an seinen französischen Amtskollegen, der umgehend reagierte: Nur drei Tage später wurde das Fallschirmjägerregimt der Fremdenlegion (2. REP) in Calvi auf Korsika alarmiert und zunächst nach Kinshasa verlegt, französische Fremdenlegionäre sprangen über Kolwezi ab. Unmittelbar danach folgten eintausend belgische Fallschirmjäger (Para-Commandos) und ermöglichten die erfolgreiche Evakuierung von 2700 vornehmlich belgischen und französischen Staatsbürgern. Zwischen Juni 1978 und September 1979 konnte die FLNC mit militärischer Hilfe westlicher Staaten nachhaltig aus

Katanga vertrieben werden. Dieser klassische »Stellvertreter-Konflikt« des Kalten Krieges zwischen den FLNC-Rebellen und der zairischen Zentralregierung endete endgültig erst mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtblocks Anfang der 1990er Jahre. *(mr)*

Generalversammlung die bisher beschlossenen Maßnahmen des Sicherheitsrates und des Generalsekretärs. Auch die XV. Vollversammlung der Vereinten Nationen nahm sich in Resolution 1498 (XV) vom 22. November 1960 und 1592 (XV) vom 20. Dezember 1960 der Kongo-Frage an, ohne indes zu substantiellen Ergebnissen zu kommen. Ohnehin sind Resolutionen der Generalversammlung nach Kapitel IV der Charta lediglich Empfehlungen ohne Rechtsverbindlichkeit.

In der Folgezeit wurde das bisher überwiegend friedenswahrende Mandat der ONUC in zwei Schritten zu einem friedensschaffenden erweitert. Mit der Resolution 161 erhielt die ONUC im Februar 1961 den Auftrag, als allerletztes Mittel auch Gewalt anzuwenden, um den Bürgerkrieg und Unruhen abzuwenden. Der neue kongolesische Machthaber, Joseph Désiré Mobutu, wurde indirekt aufgefordert, das Parlament wieder einzusetzen sowie die Streitkräfte und bewaffneten Banden zu reorganisieren und dem Primat der Politik unterzuordnen. Die Eskalation der Gewalt im Land, die sich zunehmend auch gegen Einrichtungen und Personal der ONUC richtete, ließ den Sicherheitsrat nicht untätig bleiben. Am 24. November 1961 beschloss er unter anderem die Ermächtigung des Generalsekretärs zur Anwendung der erforderlichen Gewalt, um alle Bewaffneten und Berater, die weder kongolesischer Nationalität waren noch der ONUC angehörten, aus dem Land zu vertreiben und ihr Wiedereindringen zu verhindern (Resolution 169). Auf dieser Grundlage besetzte die ONUC die Provinz Katanga und beendete die Sezession.

Als Mobutu 1963 eine neue Zentralregierung in Kongo-Kinshasa etablieren konnte, zog sich die ONUC auf ihren friedenswahrenden Auftrag zurück und reduzierte ihr Personal auf ein knappes Drittel der bisherigen Stärke. Im Juni 1964 endete schließlich der Einsatz der Vereinten Nation in Kongo-Kinshasa, obwohl keine der Resolutionen des Sicherheitsrates ein Ende

der Operation festgelegt hatte. Die XVIII. Generalversammlung stellte jedoch mit Resolution 1885 (XVIII) vom 18. Oktober 1963 letztmalig bis 30. Juni 1964 Finanzmittel für diesen Einsatz zur Verfügung.

MONUC und die Entwicklung bis in die Gegenwart

Kongo-Kinshasa kam nicht zur Ruhe. Daher sah sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 35 Jahre später erneut zum Handeln gezwungen. Er rief am 9. April 1999 zum Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens auf (Resolution 1234), das am 10. Juli 1999 in der sambischen Hauptstadt Lusaka geschlossen wurde. Doch die Konfliktparteien setzten es nur in dem Maße um, in dem es ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht beeinträchtigte. Die UN wurden darin gebeten, Kräfte bereitzustellen, um den Friedensprozess zu sichern und durchzusetzen (ausdrücklich als »Peacekeeping« und »Peace Enforcement« bezeichnet). Anders als 1960 verhielten sich die UN und ihre Mitglieder 1999 sehr zögerlich. Im August entsandte der Sicherheitsrat 90 Personen Verbindungspersonal (Resolution 1258). Bereits im November musste er diese Zahl aufstocken (Resolution 1273), ehe er sich schließlich am 30. November 1999 dazu durchrang, die »Mission de l'Organisation des Nations Unies à la République Democratique du Congo« (MONUC) ins Leben zu rufen (Resolution 1279).

Die MONUC blieb zunächst eine friedenswahrende, überwiegend zivile Mission mit einem geringen Anteil an militärischem Personal im Beobachterstatus. Erstmals gemäß Kapitel VII der UN-Charta handelte der Sicherheitsrat dann im Februar 2000 mit Resolution 1291. Nachdem es zu Übergriffen gegen Angehörige der Mission gekommen war, wurde das Personal auf 5537 Soldaten aufgestockt. Die MONUC erhielt im Zuge einer Mandatserweiterung das Recht zu Zwangsmaßnahmen, um sich selbst sowie die im Lusaka-Abkommen vereinbarte Gemeinsame Militärkommission (der Konfliktparteien) zu schützen. Darüber hinaus bekamen die UN-Soldaten Befugnisse, die eigene

Bewegungsfreiheit im Land gewaltsam zu erzwingen und die Zivilbevölkerung zu schützen, wenn sie sich in konkreter Gefahr für Leib und Leben befand. In der Folgezeit vergrößerte der Sicherheitsrat den militärischen Anteil der MONUC und passte das Mandat den veränderten Bedingungen an, so dass im Januar 2006 insgesamt 16 700 Soldaten und 475 Polizisten in der Demokratischen Republik Kongo stationiert waren.

In Lusaka war ein »Innerkongolesischer Dialog« vereinbart worden, eine Versammlung der friedenswilligen militärischen und politischen Gruppierungen. Diese trafen sich erstmals am 15. Oktober 2001 in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, vertagten die Versammlung aber nach nur zwei Tagen ergebnislos. Auf Einladung des südafrikanischen Staatspräsidenten Thabo Mbeki wurden die Gespräche am 25. Februar 2002 in Sun City wieder aufgenommen und mit einem Abkommen am 19. April 2002 beendet. Das Übereinkommen legte die bis 2006 gültigen Verhältnisse fest: Staatspräsident Joseph Kabila und die Mitglieder der Übergangsregierung hatten ihre Positionen lediglich übergangsweise inne, bis neue Parlamente in den Provinzen und auf Staatsebene aus allgemeinen, freien, gleichen und

»Accord Global et Inclusif«, Pretoria 2002

Grundlegender als der »Innerkongolesische Dialog« von Sun City im Frühjahr 2002 war ein Abkommen, das die Konfliktparteien der Demokratischen Republik Kongo im gleichen Jahr in Pretoria unterzeichneten. Am 17. Dezember einigten sich die Kriegsgegner, die politische Opposition und zivilgesellschaftliche Gruppen unter Druck der internationalen Gemeinschaft auf ein Rahmenabkommen, den »Accord Global et Inclusif«. Dieser schrieb für den Wiederaufbau des Landes fünf Hauptziele fest. Zu ihnen zählten die Beendigung der Kämpfe und die Durchsetzung der staatlichen Autorität im gesamten Land, außerdem die nationale Versöhnung und der Aufbau nationaler Streitkräfte. Vor allem enthielt der Accord das Bekenntnis zur Vorbereitung freier und geheimer Wahlen sowie die Verpflichtung zu deren Durchführung. *(bc)*

geheimen Wahlen hervorgegangen sind und neue Regierungen gewählt wurden. Militär und Polizei werden seitdem umstrukturiert, dabei sollen ehemalige Rebellen integriert werden. Die Verfassung, das »Loi Fondamentale« (Grundgesetz) vom 18. Februar 2006, regelt die Beteiligung der friedenswilligen Konfliktparteien an der Regierung und schreibt Gewaltenteilung fest. Nach den erfolgreich abgehaltenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stehen für die zweite Jahreshälfte 2008 Kommunalwahlen an. Mit Resolution 1797 ermächtigte der Sicherheitsrat am 30. Januar 2008 MONUC, die kongolesischen Behörden bei deren Organisation, Vorbereitung und Durchführung zu unterstützen.

Eine neue Etappe in der Entwicklung von Militäreinsätzen unter dem Mandat der UN stellt Resolution 1484 vom 30. Mai 2003 dar. Mit Resolution 1484 beschloss der Sicherheitsrat den Einsatz einer »Interim Emergency Multinational Force« (IEMF) in Bunia und Umgebung in der Ituri-Region bis 1. September 2003 (zu den Hintergründen vgl. den Beitrag von Denis Tull, S. 79). Diese Truppe hatte den Auftrag, die Sicherheitsbedingungen zu stabilisieren, die humanitäre Lage zu verbessern, den Flughafen und die Flüchtlingslager zu sichern sowie je nach Lage zur Sicherheit der Zivilbevölkerung, des MONUC-Personals und der humanitären Helfer in der Stadt beizutragen. Die IEMF war der erste Militäreinsatz der Europäischen Union (EU) in Afrika und wurde unter französischem Oberkommando als »Operation Artemis« durchgeführt. Gemäß Resolution 1794 vom 21. Dezember 2007 endet das Mandat der MONUC derzeit am 31. Dezember 2008. Erstmals enthält diese Resolution einen Hinweis auf die stufenweise Verringerung der Personalstärke. Der Generalsekretär wird aufgefordert, seinen diesbezüglichen Vorschlag entsprechend der Entwicklung im Land fortzuschreiben.

In Zentralafrika vernetzte der Sicherheitsrat erstmals zwei benachbarte Einsätze. Mit Resolution 1565 vom 1. Oktober 2004 für MONUC und Resolution 1650 vom 21. Dezember 2005 für ONUB (Operation des Nations Unies au Burundi) ermöglichte der Sicherheitsrat es dem Generalsekretär grundsätzlich, Teile des einen Einsatzkontingents dem jeweils anderen zuzuordnen, behielt sich allerdings die Entscheidung im Einzelfall vor. Darauf basiert die bislang jüngste Resolution 1736 vom 22. Dezember 2006 zur MONUC, mit der der Generalsekretär ermächtigt

wurde, Teile der ONUB der MONUC bis zu deren damaligem Mandatsende zum 28. Februar 2007 beizustellen.

Europäisches Engagement

Der IEMF-Einsatz der EU war und ist nicht deren einzige Aktivität auf dem afrikanischen Kontinent und in Kongo-Kinshasa. Die Europäische Sicherheitsstrategie »Ein sicheres Europa in einer besseren Welt« (ESS) vom 20. Juni 2003 erwähnt unter den Aufgaben der EU und ihrer Mitglieder »Kongo« ausdrücklich als »jüngstes Beispiel« der Hilfe für gescheiterte Staaten (vgl. den Beitrag von Sven Grimm). Auf Grundlage der ESS beschloss der Europäische Rat mehrere Maßnahmen zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kongo-Kinshasa. Am Anfang stand am 9. Dezember 2004 mit Joint Action 2004/874/CFSP die Europäische Polizeimission EUPOL »Kinshasa«. Sie wurde von der mit Joint Action 2007/405/CFSP vom 12. Juni 2007 gegründeten EUPOL RD CONGO abgelöst, die nun für ein Jahr die Reform der Polizei landesweit unterstützt. Am 2. Mai 2005 hatte der Rat der EU mit Joint Action 2005/355/CFSP die Mission zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors EUSEC DR CONGO für die Dauer von zwölf Monaten auf den Weg gebracht. Ihr Mandat ist seither zweimal verlängert worden, zuletzt um zwölf Monate mit Joint Action 2007/406/CFSP vom 12. Juni 2007. Unter dem Titel: »Die EU und Afrika auf dem Weg zu einer Strategischen Partnerschaft« hat der Europäische Rat schließlich im Dezember 2006 eine Ergänzung zur ESS verabschiedet. Die Strategie umfasst die Jahre 2006 bis 2015 und soll dazu beitragen, den afrikanischen Kontinent im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, in Sicherheitsbelangen und in verantwortungsvoller Staatsführung zu unterstützen und zu fördern. Darin findet sich auch die politische Grundlage für den Einsatz der EUFOR RD CONGO zur Absicherung der ersten freien Wahlen. Er begann gemäß Joint Action 2006/319/CFSP vom 27. April und der Council Decision 2006/412/CFSP am 12. Juni 2006 und endete wie vorgesehen am 30. November 2006.

Thomas Breitwieser

pa/dpa/Issouf Sanogo

Mit einem Plakat gegen »Amerikaner, Franzosen und Tutsis« gingen Demonstranten am 15. August 1998 in Kinshasa für ihren Präsidenten Laurent-Désiré Kabila auf die Straße. Unterdessen rollte der Vormarsch der Rebellen auf Kinshasa.

Politische Auseinandersetzungen in der Demokratischen Republik Kongo haben fast immer auch eine ethnische Dimension. Die Entstehung von Feindbildern und die Suche nach »Gegnern« verlaufen häufig entlang ethnischer Linien. Entsprechende Zuordnungen sind in der Bevölkerung allerdings nicht einfach zu treffen. Bei ethnischen Gruppen handelt es sich um Gemeinschaften, die sich aus Angehörigen verschiedener Stämme, Sprach- und Staatsgebiete zusammensetzen. Sie können sich bilden und wieder zerfallen. Oft verfolgen mehrere ethnische Gruppen die gleichen Ziele oder sind gemeinsamen Herausforderungen und Bedrohungen ausgesetzt.

»Stammesstrukturen«? Die Frage der ethnischen Zuordnung

Seit Mitte der 1990er Jahre sorgen ethnische Konflikte für regelmäßige Schlagzeilen in westlichen Medien sowie für angeregte Debatten in politischen und akademischen Kreisen. Die »ethnischen Säuberungen« auf dem Balkan zeigten, dass solche Konflikte selbst in Europa keinesfalls einer fernen Vergangenheit angehören. Der Völkermord in Ruanda und die Zunahme ethnischer Auseinandersetzungen in Afrika südlich der Sahara schienen alte Vorurteile zu bestätigen. Der afrikanische Kontinent galt schon seit jeher in den Augen einiger als Hort »primitiver« Stammesloyalitäten, deren Konfliktpotential sich in regelmäßigen Abständen in blutigen Auseinandersetzungen entlud.

Aber sind ethnische Loyalitäten tatsächlich Überbleibsel eines vergangenen Zeitalters, verwurzelt in bereits vergessen geglaubten Bräuchen und Traditionen? Oder handelt es sich hierbei vielmehr um ein neues Phänomen, um eine Antwort auf die vielfältigen Probleme der modernen Welt? Um die Antwort gleich vorwegzunehmen: beides ist der Fall. Sowohl traditionelle Strukturen als auch moderne Einflüsse und Herausforderungen spielen eine wichtige Rolle.

Ethnische Vielfalt im Kongo

Wer sich einen Überblick über die traditionellen Gemeinwesen des Kongo verschaffen möchte und sich dabei auf Aufzeichnungen aus der Kolonialzeit stützt, für den ergibt sich ein verwirrendes Bild. Ethnologen zählen ca. 250 verschiedene ethnische Gruppen und fast genauso viele Sprachen. Überregionale Bedeutung haben neben dem Französischen insbesondere die vier offiziellen Landessprachen Lingala im Norden und Westen, Koongo im äußersten Westen, Luba-Kasai (oder Tshiluba) in den beiden Kasaiprovinzen sowie die kongolesische Variante des Swahili in Katanga und im Osten des Landes. Swahili dient ähnlich dem Französischen vor allem als Verkehrssprache und wird so gut wie gar nicht als Muttersprache erworben. Hinter

Die zehn meistverbreiteten Sprachen in der Demokratischen Republik Kongo

Sprache	Regionaler Schwerpunkt (Provinz)	Zahl der Sprecher	Anteil an der Gesamtbevölkerung
Luba-Kasai (Tshiluba)	Kasai-Occidental, Kasai-Oriental	6,3 Mio.	11,7 %
Kituba	Bas-Congo, südl. Bandundu	4,2 Mio.	7,8 %
Lingala	Équateur, Kasai-Occidental, Bandundu	2,0 Mio.	3,7 %
Luba-Katanga	Katanga (v.a. Haut-Lomani-Distrikt)	1,5 Mio.	2,8 %
Ngbaka	Équateur	1,1 Mio.	2,0 %
Songe	Kasai-Occidental, westl. Katanga	1,0 Mio.	1,9 %
Koongo	Bas-Congo	1,0 Mio.	1,9 %
Nande	Nord-Kivu	900 000	1,7 %
Lugbara	Kasai-Occidental	840 000	1,5 %
Lendu	Kasai-Occidental	750 000	1,4 %

Nicht aufgenommen sind die Verkehrssprachen Französisch und Swahili (Stand: April 2006). Insgesamt werden in der Demokratischen Republik Kongo 214 verschiedene Sprachen und Dialekte gesprochen. Die Mehrzahl der Bevölkerung verteilt sich also auf kleine und kleinste Sprachgruppen.

(Quelle: Ethnologue. Languages of the World, http://www.ethnologue.com)

der geschilderten Vielfalt verbergen sich jedoch bemerkenswerte kulturelle Gemeinsamkeiten: Außer im äußersten Norden und Nordosten gehören alle Sprachen zur Gruppe der Bantusprachen, die sehr eng miteinander verwandt sind. Auch in anderen Bereichen ähneln sich die Kulturen des Kongo stark, eine Unterteilung des Landes nach kulturellen Kriterien ist deshalb nur schwer möglich. Lediglich die natürliche Umwelt kann als Grundlage einer Vierteilung dienen: die nördliche Savanne und diejenige im Süden, dazwischen das zentrale Kongobecken, das

vom tropischen Regenwald bedeckt ist, und schließlich der gebirgige Osten, der in einigen Bereichen bereits von ostafrikanischen Kulturen beeinflusst ist.

In vorkolonialer Zeit existierten am südlichen Rand des Regenwaldes ausgedehnte Reiche wie die der Lunda, der Luba oder das Reich der Kongo, dessen Zentrum sich im heutigen Angola befand (vgl. den Beitrag von Bernhard Chiari zum Königreich Kongo). Der Großteil der Gesellschaften des Kongo definierte die Zugehörigkeit zu einer »politischen« Gemeinschaft (Staat) jedoch nicht über Territorialherrschaft, wie dies etwa in Europa seit Beginn der Frühen Neuzeit ab ca. 1500 geschah, sondern über Verwandtschaft, die meist nur über eine Linie – die väterliche Linie im Norden und Zentrum, die der Mutter im Süden – bestimmt wird. Die Verwandtschaftsgruppen sind die Grundlage des traditionellen politischen Systems, an dessen Spitze sich fast überall das Amt des Häuptlings findet. Die Größe dieser Gruppen konnte stark variieren, in der Regel regierte ein Häuptling aber lediglich über eine Handvoll Dörfer. Größere politische Gemeinwesen bildeten sich nur schwer heraus, da sich in den dünn besiedelten Wäldern Zentralafrikas Untertanen dem Zugriff der Häuptlinge leicht durch Abwanderung entziehen konnten. In weiten Teilen des Kongo und besonders in der südlichen Savannenregion war das Häuptlingsamt mit einem ausgefeilten Zeremoniell verbunden, das dem Herrscher eine heilige Aura verlieh und somit seine Autorität zu stärken vermochte.

Als die belgischen Kolonialherren das Land nach europäischen Vorstellungen zu organisieren begannen (vgl. den Beitrag von Dieter H. Kollmer), bildeten die traditionellen Strukturen die Basis für die lokalen Verwaltungseinheiten. Die Belgier integrierten die örtlichen Führer in das koloniale System. Kleinere Gruppen unterstellten sie häufig der zentralen Autorität eines Herrschers, während größere Einheiten aus machtpolitischen Gründen in mehrere Untereinheiten aufgeteilt wurden. Das Resultat war ein System, das sich zwar theoretisch auf traditionelle Herrschaft stützte, in Wirklichkeit aber eine neue Realität erschuf. Es beschnitt den Einfluss von allzu mächtigen Anführern und erweiterte deren Machtbefugnisse dort (oder legte sie sogar neu fest), wo dies zur Kontrolle der lokalen Bevölkerung erforderlich schien.

Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit heute

Auf dem Lande spielen diese traditionellen Anführer auch heute noch eine wichtige Rolle im Gemeinschaftsleben. In den Städten, die sich seit der Kolonialzeit stark ausgebreitet haben, befanden sich die Menschen jedoch außerhalb des Einflussbereichs der ländlichen Autoritäten. Frühere Beobachter nahmen deshalb zunächst an, dass ethnische Zugehörigkeiten hier an Bedeutung verlieren würden, doch das Gegenteil war der Fall. In den Städten mussten sich die Arbeitsmigranten in einem neuen Umfeld orientieren. Solidarität innerhalb einer ethnischen Gruppe bot hier eine Möglichkeit, die damit verbundenen Herausforderungen zu meistern. Je mehr Mitglieder eine Gruppe umfasste, umso leichter waren ihre Interessen durchzusetzen. Gleichzeitig wurden Einwanderer von anderen Stadtbewohnern oft pauschal nach ihrer Heimatregion kategorisiert.

Deshalb bildeten sich in den Städten größere soziale Einheiten, in denen Angehörige verschiedener »Ethnien« aus einer Region und mit ähnlicher Sprache zusammenfanden. In Kinshasa standen sich in den 1950er Jahren Einwanderer aus dem Umland und solche aus dem Norden gegenüber. Letztere verband einzig der Gebrauch der gemeinsamen Sprache Lingala; sie schufen für sich die Gruppenbezeichnung Bangala. Angesichts der Ausbreitung des Lingala gründeten Kikongo sprechende Stadtbewohner einen Verband, der die politische und sprachliche Einigung ihrer Gruppe propagierte und sich für die Unabhängigkeit von den Belgiern einsetzte. Auch in anderen Städten kam es zu solchen Polarisierungen, so etwa in Lubumbashi, wo sich gleich drei ethnische Verbände bildeten: die der Luba-Kasai aus dem Westen, der Luba-Katanga (oder kurz Lubakat) aus dem Norden der Provinz und ein Verbund von Lunda und Yeke aus dem städtischen Umland.

Diese ethnischen Interessenverbände bildeten die Grundlage für eine Vielzahl politischer Parteien, die im Zuge der Erlangung der Unabhängigkeit entstanden. Im Vorfeld der Wahlen von 1960 ließen sich leicht Wählerstimmen gewinnen, indem die Angst vor der Übermacht anderer Gruppen geschürt wurde. Nicht Klassenzugehörigkeit oder politische Ideologien, sondern ethnische Zugehörigkeit war für die Stimmabgabe entscheidend.

Kartengrundlagen aus MLU 2006-02 - Vervielfältigung mit Genehmigung des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr (DGID), Lizenz B-6A002

Hieraus ergab sich eine zersplitterte Parteienlandschaft, die zusammen mit den aufgeheizten ethnischen Rivalitäten den Zusammenbruch der Staatsautorität während der folgenden Jahre beschleunigte. Die großen ethnischen Gruppierungen, die auch heutigen politischen Führern als Machtbasis dienen, gehen vor allem auf diese Zeit der Umwälzungen zurück. Im städtischen Umfeld hatten sich ethnische Allianzen gebildet, die sich in der Folge wiederum in den ländlichen Regionen durchsetzten.

Als General Mobutu im Jahre 1965 die Macht ergriff, untersagte er politische Aktivitäten außerhalb seiner Regierungspartei, womit auch der ethnischen Zersplitterung Einhalt geboten werden sollte. Stattdessen versuchte Mobutu, eine nationale Ideologie unter dem Schlagwort »Authentizität« – später schlicht »Mobutismus« genannt – zu fördern (vgl. den Beitrag von Helmut Strizek). Unter der Oberfläche bestanden ethnische Loyalitäten jedoch weiter. Wer im politischen System aufsteigen wollte, musste der Ethnie des Präsidenten angehören oder einer der wenigen anderen Gruppen, die Mobutu als ungefährlich für den eigenen Machterhalt einstufte.

Als das Regime Mobutus Anfang der 1990er Jahre langsam an Einfluss verlor und sich schließlich zu demokratischen Zugeständnissen gezwungen sah, nahmen politische Forderungen vielerorts wiederum ethnische Züge an. Besonders deutlich wurde dies im Osten des Landes, wo die Provinzen Nord- und Süd-Kivu an Ruanda grenzen. Unter der belgischen Kolonialherrschaft waren Bauern aus Ruanda angesiedelt worden; nach der Unabhängigkeit Ruandas und dem Sturz der Tutsi-Monarchie hatten sich hier zudem zahlreiche Flüchtlinge (vor allem Tutsi) niedergelassen. Während in Ruanda die Gegensätze zwischen Hutu und Tutsi betont wurden, begriffen sich diese im Kongo zunächst als ein und dieselbe Ethnie unter der gemeinsamen Bezeichnung Banyarwanda. Im Zuge der Rivalitäten um politischen Einfluss und Zugang zu knappen Landressourcen sprach man den Banyarwanda als »Ausländern« das Recht auf Wahlbeteiligung oder Landbesitz ab. Als schließlich 1996 die Rebellenbewegung um Laurent-Désiré Kabila mit Unterstützung der neuen Tutsi-Machthaber in Ruanda zum Sturm auf Kinshasa ansetzte, erfasste eine Tutsi-feindliche Stimmung das Land. Füh-

rende Politiker riefen in der Hauptstadt zu regelrechten Hetzjagden auf ruandischstämmige Bewohner auf.

Zur aktuellen Lage

Wie aus dieser kurzen Übersicht hervorgeht, ziehen ethnische Loyalitäten vor allem dann die Aufmerksamkeit der Medien auf sich, wenn sie zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen führen. Es sollte jedoch betont werden, dass ethnische Gruppen in erster Linie Solidaritätsnetzwerke darstellen, die insbesondere dann aktiv werden, wenn eine schwache Staatsmacht nicht mehr für die Bedürfnisse der Bürger sorgen kann (vgl. den Beitrag von Christiane Kayser) oder wenn Konkurrenz um Landbesitz und politischen Einfluss eine Spaltung entlang ethnischer Linien begünstigt.

Auch in Nord-Kivu haben die Wahlen vom Sommer 2006 die Aufteilung der Parteienlandschaft nach ethnischen Kriterien bestätigt und dem Versuch, die Solidarität zwischen Hutu und Tutsi wiederherzustellen, ein Ende bereitet. Kämpfe zwischen den Truppen des abtrünnigen Armeegenerals Laurent Nkunda, einem Tutsi, und den Hutu-Kämpfern der FDLR (Forces Démocratiques de la Libération du Rwanda) haben zur erneuten Aufrüstung ethnischer Milizen geführt. Ein im Januar 2008 unterzeichnetes Friedensabkommen lässt auf eine Beruhigung der Lage und eine Verminderung der ethnischen Gegensätze hoffen.

Eric Muller

pa/dpa

In den Krisengebieten Ostkongos starben in den späten 1990er Jahren unzählige Menschen, darunter viele Kinder. Bis heute ist die Lage in den rohstoffreichen Ostprovinzen gekennzeichnet von Gewalt und brutalen Verteilungskämpfen. Diese finden in der Demokratischen Republik Kongo überall in unterschiedlicher Intensität statt. Parallel zu einer nationalen, kongolesischen Identität der Einwohner wird die Situation bestimmt durch ein Auseinanderdriften der ökonomisch, ethnisch und kulturell höchst unterschiedlichen Regionen. Deren Führer versuchen, entweder ihre Herrschaftsgebiete gegenüber der Zentralmacht in Kinshasa zu stärken, oder wirtschaften als Teil des hauptstädtischen Establishments häufig in die eigene Tasche. In der Hauptstadt Kinshasa werden die reichen Rohstoffeinnahmen verteilt, während manche Gebiete des Kongo kaum erreichbar sind und der Staat nicht einmal in seiner Metropole die Grundbedürfnisse seiner Bürger abdecken kann.

Vom Schicksal geeint? Nationale Identität und regionale Vielfalt

»Die Demokratische Republik Kongo ist kein Staat, sondern eine Fläche.« Dieses geflügelte Wort stammt aus den 1980er Jahren, als das Land noch Zaire hieß und unter der Diktatur Joseph-Désiré Mobutus scheinbar stabil war. Neben dem Prozess des Staatszerfalls beschreibt es eine weitere kongolesische Besonderheit: Das riesige Land im Herzen Afrikas bildet keine geographische, ökonomische oder infrastrukturelle Einheit. Und doch hält es zusammen und hat seine nationale Identität bewahrt – selbst in den Kriegen der vergangenen Jahre, als der Staat tatsächlich in mehrere Teile gespalten war. Um den Kongo zu verstehen, muss man dieses kongolesische Paradox begreifen lernen.

Ein »grünes Loch« in der Mitte

Als Belgiens König Leopold II. auf der Berliner Kongokonferenz 1884/85 das damals noch unerforschte Becken des Kongoflusses zur internationalen Freihandelszone erklären ließ, wussten weder er noch sein Gastgeber Otto von Bismarck, was sie damit anrichteten (vgl. den Beitrag von Dieter H. Kollmer). Das riesige Kongobecken ist bis heute kaum besiedelt und schlecht erschlossen, auf den Hochebenen an seinen Rändern gibt es hingegen Bevölkerungskonzentrationen mit jeweils eigener Vergangenheit, geprägt von alten Königreichen und reichen Traditionen. Die Grenzen des Territoriums, das erst Kongo-Freistaat, später Belgisch-Kongo, dann Republik Kongo, dann Republik Zaire und schließlich Demokratische Republik Kongo genannt wurde, orientierten sich sehr grob an den Grenzen des Flusseinzugsgebiets. Nur im Westen und Nordwesten dehnte Frankreich, der Konkurrent Belgiens um kolonialen Einfluss, seine zentralafrikanischen Besitztümer bis an den Kongo selbst aus.

Im Süden, Südwesten, Osten und Nordosten verlaufen die Grenzen mitten durch die Hochlandregionen, die die Wasserscheide des Kongo zu anderen Flüssen wie Nil oder Sambesi bilden. So teilten sie historisch gewachsene Zusammenhänge. Das

natürliche Ergebnis war, dass die meisten Bewohner des Kongo sich an den äußersten Rändern des Landes sammeln, während in der Mitte ein undurchdringliches »grünes Loch« aus Regenwald und Sumpf die verschiedenen Siedlungszonen voneinander trennt.

Kongos Hauptstadt Kinshasa, mit bis zu acht Millionen Einwohnern die drittgrößte Stadt Afrikas, liegt direkt an der Grenze zur benachbarten Republik Kongo (vgl. Infokasten auf S. 55). Dessen viel kleinere Hauptstadt Brazzaville ist direkt gegenüber an einer schmalen Stelle des Kongoflusses zu sehen. Wenn in Kinshasa oder Brazzaville gekämpft wird, kann man das von den Hochhäusern der jeweils anderen Stadt beobachten.

Zwei weitere Regionen mit hoher Bevölkerungskonzentration sind der Süden der Südprovinz Katanga an der Grenze zu Sambia – um die Hauptstadt Lubumbashi und die Bergbauregionen von Likasi und Kolwezi herum – sowie die Grenzgebiete der östlichen Kivu-Provinzen des Kongo an der Grenze zu Ruanda, Uganda und Burundi. Ein weiteres Gebiet mit etwas dichterer Besiedelung ist die zentrale Diamantenregion Kasai um Mbuji-Mayi und Kananga, in Richtung Angola.

Jede dieser Regionen hat eine ausgeprägte Eigenidentität und eine andere Sicht auf die Welt. Das schwül-heiße Kinshasa sieht sich als Teil des frankophonen Westafrika. Die Hauptstadt orientiert sich am Atlantik und liegt näher am nigerianischen Lagos als zur Ostgrenze des Kongo. Der Süden Katangas ist eine typische Hochlandregion mit kühlen Wintern und einer an Großfarmen und Privatkonzessionen orientierten Bewirtschaftung. Von hier aus blickt man eher nach Südafrika als nach Kinshasa. Kivu im Osten wiederum ist ein Teil des ostafrikanischen Gesellschafts- und Wirtschaftsraums, mit engen Verbindungen zu den Nachbarländern Ruanda, Uganda und Burundi und alten Handelsbeziehungen zum Indischen Ozean. Hinzu kommen heute Kontakte nach Dubai und Fernost.

Die kongolesische Politik, Privatangelegenheit einer Oberschicht, spielt sich im Spannungsfeld zwischen den Interessen der genannten Regionen ab. In der Praxis handelt es sich um eine Rivalität zwischen den Eliten von Kinshasa, Lubumbashi und Goma, den einzigen Städten des Kongo mit ausgedehnten Villenvierteln und einer Fülle teurer Hotels und Restaurants. Die Re-

gionen sind nur auf dem Luftweg erreichbar, und damit sind die direkten Kontakte zwischen ihnen auf die wenigen Begüterten des Landes beschränkt. Aus Kinshasa führt zwar eine Überlandstraße an die Atlantikhäfen Matadi und Boma, aber funktionierende Verkehrsverbindungen tief ins Landesinnere fehlen. Nur der Fährverkehr des Kongoflusses und eben der Flugverkehr gewähren Zugang in die Provinzen. Und der allergrößte Teil des Kongo liegt nicht in der Nähe einer Flugpiste oder eines Flughafens, sondern ist nur zu Fuß oder per Fahrrad beziehungsweise Motorrad zu erreichen und damit praktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Händler, die Tage oder gar Wochen durch den »Busch« reisen, sind in vielen Gegenden der einzige Kontakt zur Außenwelt.

Dennoch haben sich die Kongolesen immer als Angehörige einer einzigen Nation verstanden. Dadurch wurde verhindert, dass das Land in den Kriegen der letzten zehn Jahre komplett auseinanderfiel. Die nationale Identität des Kongo gründet auf der gemeinsamen Erfahrung kollektiven Leidens, erst unter der Kolonialzeit und dann unter dem postkolonialen Niedergang. »Steht auf, Kongolesen, vom Schicksal geeint« – die erste Zeile der Nationalhymne drückt dies prägnanter aus als jede Analyse. So unterschiedlich Kongolesen auch sein mögen – sie neigen dazu, sich leicht zu erkennen und zu verstehen, denn sie haben alle ganz bestimmte Formen des Umgangs mit politischen Problemen und ökonomischen Krisen lernen müssen.

Voneinander abgewandt: Katanga, Kivu, Kasai, Kinshasa

Die Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte können trotzdem unterschiedlicher kaum sein und sie streben eher auseinander als zusammen. Aus den Kupfer- und Kobaltminen Katangas kommen die Exportreichtümer des Kongo, die dem Land seinen Platz in der Weltwirtschaft sichern, seine strategische Bedeutung und seine Deviseneinnahmen. Der Versuch katangischer Politiker, nach Kongos Unabhängigkeit die Provinz abzuspalten und in den Wirtschaftsraum des südlichen Afrika zu integrie-

ren, wurde militärisch niedergeschlagen. Trotzdem ist bis heute in der Provinzhauptstadt Lubumbashi die Sicht weit verbreitet, man sei etwas Besseres als der rückständige tropische Rest des Landes. Seit 1997 regieren zwar mit Laurent-Désiré Kabila beziehungsweise seinem Sohn Joseph katangische Politiker (vgl. die Infokästen auf S. 74 und 75), aber beide kommen aus anderen, ländlichen Teilen der Provinz. Dies verschärft einerseits innerkatangische Spannungen, während andererseits im Rest des Kongo der Vormachtanspruch der Katanger verstärkt in die Kritik gerät.

Kivu ist die landwirtschaftlich fruchtbarste Region des Kongo mit der dichtesten bäuerlichen Besiedelung und dem ausgeprägtesten Selbstbestimmungsdrang. Seine Wirtschaft ist komplett vom Rest des Kongo abgewandt und mit Ostafrika verwoben. Von hier gingen alle Kongokriege der jüngeren Zeit aus, und ohne eine Befriedung Kivus gilt auch Frieden im Kongo insgesamt als unerreichbar. Die politischen Rivalen im Ostkongo versuchten sich immer durch die Gewinnung von Macht auf nationaler Ebene gegeneinander zu behaupten. Die Präsenz einer starken ruandischsprachigen Minderheit, teils durch die koloniale Grenzziehung dem Kongo zugeschlagen und teils zu Kolonialzeiten aus Ruanda eingewandert, hat regelmäßig zu massiven und blutigen Streitereien um regionale Macht und Landeigentum geführt. In diesem Rahmen fanden auch »ethnische Säuberungen« gegen die als »Fremde« und »Besatzer« verunglimpften »Ruander« statt (vgl. den Beitrag von Eric Muller). Die schwierige Beziehung des Kongo zu seinen östlichen Nachbarn überschattet die Landespolitik bis heute.

Kasai, die Diamantenregion, wurde bereits zu Kolonialzeiten zum privaten Sperrgebiet erklärt. Sie sieht sich bis heute als etwas Eigenes, das sich dem Rhythmus der gesamtkongolesischen Politik nicht unbedingt unterwerfen muss: Von hier kommt Kongos größte zivile Oppositionspartei Union pour la Démocratie et le Progrès Social (UDPS), die bereits zu Mobutu-Zeiten die Region faktisch in die Autonomie mit eigener Währung führte und sich außerhalb des Friedens- und Übergangsprozesses stellte. Kasai ist wegen des Aufschwungs der kongolesischen Diamantenförderung aber auch die Region, die am meisten Devisen für den Kongo erwirtschaftet. In dieser Entwicklung – politisch am Rand

stehen, ökonomisch eine zentrale Rolle spielen – steckt ein enormes Konfliktpotential.

Kinshasa wiederum ist Kongos Tor zur Welt (vgl. den zweiten Beitrag von Dominic Johnson). Es ist Sitz der zentralstaatlichen Macht im Kongo, aber dort sitzen zumeist nicht »Kinois«, wie die Einwohner der Hauptstadt genannt werden, in der ersten Reihe. Politische Macht im Kongo gründet auf der Kontrolle über Waren- und Ressourcenflüsse zwischen Provinzen und Hauptstadt. Wer es schafft, die Reichtümer von Katanga, Kasai und Kivu nach Kinshasa zu lenken und Teile davon von hier aus mit eigenen Patronagenetzwerken wieder über die Elite des ganzen Landes auszuschütten, der hat im Kongo die Macht sicher. In der Praxis beschränkt sich die Verteilung zumeist auf Kinshasa, in dem 80 Prozent der kongolesischen Geldmenge zirkulieren und 85 Prozent des Staatshaushalts verbraucht werden, obwohl die Hauptstadt ziemlich unproduktiv ist und vor allem von der beträchtlichen Präsenz der internationalen Gemeinschaft und der staatlichen Behörden lebt.

Die Politik des Kongo gründet immer auf einer komplizierten Interessenbalance. Politiker, die einfach nur ihre Heimatprovinz vertreten, können nicht glaubwürdig die nationalen Netzwerke kontrollieren. Politiker, die ausschließlich »kongolesisch-national« denken, haben hingegen keine gesellschaftliche Basis, die sie gewinnbringend verwerten könnten. Den Mittelweg – oder auch nur eine Struktur für ein produktives Nebeneinander dieser unterschiedlichen Ebenen – hat der Kongo bis heute nicht gefunden, und das untergräbt alle Versuche zu seiner Stabilisierung.

Nach Jahren des Krieges und der zunehmenden Isolierung der verschiedenen Landesteile voneinander droht unter diesem Problem sogar die vielgerühmte kongolesische nationale Identität Schaden zu nehmen. Dadurch sind auch Regionalismus und »Stammesegoismus« (Tribalismus) auf dem Vormarsch. Heute treffen sich Bewohner verschiedener Provinzen immer seltener, und eine neue Generation wächst heran, für die der Kongo insgesamt nur noch eine Abstraktion darstellt: wichtig für das Selbstverständnis in Bezug auf die Welt, aber bedeutungslos für die Meisterung des eigenen Alltags.

Dominic Johnson

pa/dpa/Stephen Morrison

Nach vielen Jahren Krieg und Bürgerkrieg in der Demokratischen Republik Kongo liegt der Aufbau funktionsfähiger staatlicher Strukturen noch in weiter Ferne. Private Initiativen versuchen, dieses Defizit aufzufangen. Sie bilden die Grundlage dafür, dass in einigen Bereichen des öffentlichen Lebens zumindest eine Grundversorgung der Bevölkerung gewährleistet ist. Dies gilt insbesondere für das Schul- und Gesundheitswesen, die ohne das Engagement der Kirchen, privater Gruppen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nicht funktionieren könnten. Das Foto zeigt kongolesische Frauen auf dem Marsch nach Bunia, wo sie anlässlich des Weltfrauentages am 8. März 2005 bei den örtlichen Regierungsbehörden auf die desolate Situation in diesem Teil des Landes hinwiesen. Nach Angaben der Organisation Human Rights Watch werden in Bunia täglich zehn Frauen von Angehörigen der dortigen Milizen vergewaltigt. UNO-Soldaten kaufen für ein Taschengeld Sex von jungen Mädchen. Proteste wie die von Bunia stehen für Anfänge einer Zivilgesellschaft im Land. Sie machen Hoffnung auf eine Stabilisierung im Kongo, die auf Dauer auch ohne das Engagement der internationalen Gemeinschaft Bestand haben muss.

Pfeiler des Alltagslebens: Lokale Initiativen und zivilgesellschaftliche Gruppen

In der Demokratischen Republik Kongo herrscht seit Beginn der 1990er Jahre eine Krisen- und Kriegssituation. Offene militärische Auseinandersetzungen wechseln sich mit Massakern an vereinzelten Orten, kurzen Phasen der Beruhigung und erneut aufflammender Hoffnung auf Frieden ab. Konstanten bilden einzig die Destabilisierung, Fragmentierung und Zerrüttung der offiziellen staatlichen Institutionen. So gibt es seit vielen Jahren keine funktionierenden Sozial- und Basisdienste. Beamte, Lehrer, Zöllner, Ärzte und Krankenpfleger – sie alle finanzieren sich direkt aus den Taschen der Bürger, von den Militärs und Polizisten ganz zu schweigen. Diese Situation hatte sich auch unter der Übergangsregierung, die Wahlen und den Übergang zur Demokratie vorbereiten sollte, nicht wesentlich geändert.

Trotzdem funktioniert in diesem Riesenland vieles, das eigentlich gar nicht funktionieren dürfte: Schulunterricht findet statt, wenn auch unter schwierigen Bedingungen und längst nicht für alle Kinder. Es brachen immer wieder Epidemien aus, aber an einigen Orten arbeiten Gesundheitszentren und Krankenhäuser erstaunlich gut. Es wird gespart, und Kredite werden ausgegeben, obwohl es in großen Teilen des Landes schon lange keine funktionierenden Banken mehr gibt.

Der Kongo überlebt wie viele andere Regionen, die unter lang andauernden Krisen leiden, auf der Grundlage eines breiten und vielfältigen Spektrums von lokal verwurzelten informellen und traditionellen Organisationen. Sie nicht zu beachten und anzuerkennen, ihre Stärken nicht zu fördern und ihre Schwächen nicht zu analysieren, käme einem aktiven Boykott jeder Hoffnung für den Wiederaufbau des Landes gleich. Das Spektrum dieser Organisationen reicht von den Kirchen, die landesweit gut organisiert sind, über traditionelle Gremien und informelle Initiativen wie Frauenvereinigungen und Sparvereine bis hin zu den vom Ausland inspirierten, modernen nichtstaatlichen Organisationen (NGOs).

Stark verankerte und tief zersplitterte Kirchen

Die Kirchen spielen im Land seit langem eine herausragende Rolle (vgl. den Beitrag von Marco Moerschbacher). Ohne sie wären sowohl das Bildungs- als auch das Gesundheitswesen so gut wie nicht vorhanden. Sie sind in der Bevölkerung fest verankert und haben regen Zulauf. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist christlich. Islamische Gruppen bilden lediglich eine kleine Minderheit. Die traditionellen Religionen, die es hier wie in allen Regionen Afrikas gab, wurden von den christlichen Missionaren im letzten Jahrhundert mit mehr Erfolg als in anderen Teilen des Kontinents beseitigt oder zumindest durch christliche Werte überlagert. Sie sind weitaus weniger sichtbar und spürbar als zum Beispiel in Westafrika.

Die Kirchen spiegeln die Probleme der Gesellschaft wider: Sie sind zutiefst zersplittert und nach ethnischen und regionalen Kriterien gespalten. In jüngster Zeit haben insbesondere charismatische Sekten, die nicht alle ernsthafte und akzeptable Ziele verfolgen, großen Zulauf. Die Versuche, die Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften zu fördern, sind daher besonders wichtig. Der Aufbau eines funktionierenden Gemeinwesens kann keinesfalls ohne die Kirchen erfolgen. Leider werden deren große Stärken von manchen selbstherrlichen Kirchenoberen untergraben, was die Spaltung noch fördert. Ausländische Gönner, seien es Missionare oder Geldgeber, spielen dieses Spiel in vielen Fällen mit oder bilden gar den Ausgangspunkt dafür. Die Aufgabe muss sein, die Kirchen mit ihren Stärken und Schwächen beim Wort zu nehmen, ihnen zu helfen, aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zu lernen und die Überwindung von »Stammesegoismus« (Tribalismus) und Ausgrenzung voranzutreiben.

Die Rolle der traditionellen »Chefs«

Die traditionellen »Chefs« (Häuptlinge) wurden bereits während der belgischen Kolonialherrschaft als Handlanger des Staates missbraucht. Wer nicht den Vorgaben der Kolonialregierung folgte, wurde abgesetzt. So wurden zum Beispiel neue Chefs eingesetzt, wenn die alten nicht genug Arbeitskräfte aus ihrem

Gebiet entsandten oder sich der »Transplantation« von Bevölkerungsgruppen in die Bergwerks- und Plantagengebiete verweigerten. Joseph Désiré Mobutu führte dieses Regiment weiter und machte die Chefs zu Verwaltungsbeamten, sodass sie seither formal der Autorität des Staates unterstehen. Diese »Tradition« lebt also auch nach Mobutus Sturz und Tod fort.

Die Chefs werden von der Bevölkerung weiterhin als legitime Repräsentanten der traditionellen Macht angesehen. Allerdings gibt es viele Streitfälle, welche Dynastien und Clans diese zu Recht ausüben und welche nicht. Am abträglichsten wirkt sich eine Doppelrolle von Chefs als Vertreter des nicht legitimierten Staates einerseits und der traditionell legitimierten örtlichen Macht andererseits aus. Eine solche Konstellation erschwert dauerhaft das Vertrauen in eine zentrale Staatsmacht und stellt deren Legitimität in Frage.

Der Übergang zu den Wahlen unterhöhlt den erfolgreichen Ältestenrat

Im Jahr 1997 entwickelte sich während des Kriegs gegen Mobutu, als Nord-Kivu bereits in der Hand der Rebellion war, eine bemerkenswerte Initiative. Angesichts der Tatsache, dass es bereits seit mindestens 1993 bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Volksgruppen Nord-Kivus gegeben hatte, schien eine interethnische Initiative dringend notwendig. Die acht Ethnien Nord-Kivus ernannten daher für die Region um Goma ihre jeweiligen Vertreter, die sich zu einem interethnischen Ältestenrat, dem »Barza Intercommunautaire«, zusammenfanden. Dieser Rat hat einen entscheidenden Schritt zur Annäherung der verschiedenen Gruppen getan und die Interessen der Bevölkerung vorgetragen. Der Rat hatte eine selbst von den modernen Gerichten anerkannte Rechtsprechungsfunktion und förderte interkulturelle Aktivitäten.

Leider wurde der »Barza Intercommunautaire« gewissermaßen zum Opfer seines Erfolgs und vor allem des Übergangsprozesses im Lande. Mittlerweile sind viele seiner Mitglieder nach Kinshasa abgewandert und haben politische Posten angenom-

men, ohne die Rechenschaftspflicht ihren Gemeinschaften gegenüber zu wahren. Die vor Ort verbliebenen Repräsentanten des Rates sind untereinander zerstritten und versuchen, sich im Wahlkampf politisch zu profilieren. Im Fall der »Barza Intercommunautaire« hat ein im Westen entwickeltes Demokratisierungs- und Befriedungsmodell einer in der Praxis bewährten Instanz zur Konfliktlösung den Boden entzogen.

Geld- und Wirtschaftskreisläufe

Seit Anfang der 1990er Jahre funktionieren in vielen Teilen des Kongo die Banken nicht mehr. Darum haben informelle Sparvereine und die Kreditkooperativen einen ganz besonderen Platz eingenommen. Handwerker, Marktfrauen und Händler bewegen sich in einem Wirtschaftskreislauf, der sich auf informelle Netzwerke und Vertrauensverhältnisse stützt. Parallel dazu und teilweise damit verwoben, florieren der Schwarzmarkt und die Kriegswirtschaft. Die Plünderung der Ressourcen des Landes geschieht im Zusammenspiel von in- und ausländischen Profiteuren (vgl. den Beitrag von Rainer Tetzlaff). Unter der Übergangsregierung und trotz eines neuen Minengesetzes hat sich diese Plünderung laut den Erhebungen eines kongolesischen Parlamentsausschusses und internationaler Beobachter weiterhin verschärft.

Der wirtschaftliche Aufbau des Landes kann sich nur auf die örtlichen Initiativen und Kreisläufe stützen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass ein gesetzlicher Rahmen geschaffen wird und durchgesetzt werden kann, der die lokale Wirtschaft fördert und lokale, soziale und wirtschaftliche Initiativen privilegiert. Dazu gehören auch die Ausweitung und Stärkung der Netzwerke der traditionellen Geldwirtschaft in ländlichen Gebieten.

Nichtstaatliche Organisationen

Seit den 1980er Jahren entstanden in der Demokratischen Republik Kongo zahllose NGOs. In den 1990er Jahren waren sie die wichtigsten Empfänger von Entwicklungshilfegeldern und hatten oft den unausgesprochenen Anspruch, den Staat zu ersetzen.

Non-Gouvernmental-Organization (NGO)

Der Begriff »Non-Governmental-Organization« (dt. Nichtregierungsorganisation, nichtstaatliche Organisation) bezeichnet alle Arten von zivilen Gruppen, die sich auf freiwilliger Basis in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen engagieren, ohne dass sie von staatlichen Stellen abhängig sind oder organisiert werden. Die Betätigungsfelder der NGOs sind zumeist soziale, gesundheitliche und humanitäre. Besonders wichtig ist dies in Ländern, in denen ein funktionierender Zentralstaat fehlt. Im Kongo nehmen die NGOs staatliche Aufgaben wie etwa die Verteilung von Nahrungsmitteln oder die Organisation des Bildungs- und Gesundheitswesens wahr. Auch die Vorbereitung von Wahlen und die dafür nötige Sensibilisierung der Bevölkerung übernehmen größtenteils NGOs. Finanziert werden diese Vorhaben durch Spendengelder und Entwicklungshilfe. So unterstützte Deutschland NGOs in der Demokratischen Republik Kongo 2003 mit rund 13 Millionen Euro.

Immer wieder kommt es aufgrund der großen Zahl der NGOs zu Konflikten bei der Verteilung vorhandener Geldmittel. Momentan sind allein im Kongo mehrere hundert verschiedene nationale und internationale Organisationen tätig. Diese müssen regelmäßig neue, zum Teil private Geldgeber suchen, die ihrerseits ein finanzielles Engagement an Forderungen bezüglich der thematischen oder regionalen Verwendung der verausgabten Mittel knüpfen. Folglich sind die NGOs nicht immer unabhängig und neutral. Die auffällige Konzentration von NGOs in solchen Krisengebieten, die gerade im Blickpunkt der Medien stehen, ist vor diesem Hintergrund besser zu verstehen.

Die Hilfe der NGOs kann von zweifelhaftem Wert sein: Durch fehlende Koordination wurden mitunter humanitäre und politische Krisen eher verschlimmert als gelöst. Einige Organisationen verloren angesichts der enormen Finanzvolumina in der Entwicklungshilfe ihren Status als Non-Profit Organizations aus den Augen. Kriminelle Handlungen kamen vor allem dort vor, wo Hilfsgelder ohne eine ausreichende Kontrolle vergeben wurden. Trotz aller Schwierigkeiten und Missstände sind es jedoch an vielen Orten der Welt alleine die NGOs, die der notleidenden Bevölkerung sinnvoll helfen können.

(am)

Die meisten von ihnen nahmen für sich in Anspruch, Vertreter der Bevölkerung, der »Basis«, zu sein. In Wahrheit aber orientierten sie sich oft an den Wünschen und Richtlinien der Geber aus den Industrieländern. Zu jedem förderungswürdigen Projektbereich der internationalen Helfer und Entwickler entstehen in Windeseile Dutzende von Initiativen vor Ort. Oft ist es sehr schwer, unter diesen Projekten die Spreu vom Weizen zu trennen. So gründeten sich in den letzten Jahren viele Menschenrechtsorganisationen, von denen nur ein Teil, wie zum Beispiel die »Voix des Sans Voix« (Stimme der Stimmlosen) eine ernsthafte – und auch mutige, gefährliche – Arbeit verrichten, in diesem Fall die (rechtliche) Vertretung insbesondere von Bürgerrechtsaktivisten, die in der Demokratischen Republik Kongo ansonsten schutzlos staatlicher Willkür und kaum funktionierenden Gerichten ausgeliefert wären.

Angesichts der zunehmenden sexuellen Gewalttaten gegen Frauen fanden sich sehr unterschiedliche Gruppen zusammen: Kirchengruppen, Rechtsanwältinnen, Frauenkooperativen, Gesundheitsdienste, traditionelle und moderne Initiativen. Sie arbeiten vor allem in drei Bereichen: gesundheitliche Versorgung der Opfer (darunter auch AIDS-Diagnose), Beratung der Vergewaltigungsopfer, Lobbyarbeit und juristische Unterstützung. Gemeinsam sind ihnen grundlegende Prinzipien wie die Wahrung der Würde der Frau. Es wird für die Zukunft eine besondere Herausforderung sein, solche sinnvollen und nutzbringenden Initiativen frühzeitig zu erkennen und zu fördern.

Grundlage für einen funktionierenden Staat?

Die Stärkung der »zivilen Kräfte« ist die Grundlage für das Entstehen von Gemeinschaftsdiensten, die zu einem funktionierenden Staatswesen werden können. Eine solche Entwicklung wäre dann keine künstlich von oben verordnete Struktur, sondern Ergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses. Dieser muss lokal verankert sein, um nachhaltig zu wirken. So gesehen gibt es in der Demokratischen Republik Kongo zahlreiche Ausgangspunkte für den Staatsaufbau, die miteinander verknüpft werden müssen.

Wesentlich scheint dabei die Frage der Legitimität und der Rechenschaftspflicht gegenüber denjenigen zu sein, deren Interessen vertreten werden. Bürger mit gewachsenem Selbstbewusstsein sind eine unerlässliche Grundlage für jeden Rechtsstaat. Der Weg dahin ist noch weit. Die Einschüchterung und Manipulation der Bürger im Vorfeld der Wahlen, die weiterhin angespannte Lage, die wachsende Verelendung der Menschen in einem rohstoffreichen Land: All das wirkt trotz der Wahlen, der Amtseinführung Joseph Kabilas und der in hohem Tempo verabschiedeten Verfassung nicht wie eine erfolgreiche Demokratisierung. Aber in den langen Jahren von Krise und Krieg haben sich zumindest ansatzweise Strukturen entwickelt, die wachsen und eines Tages die Grundlage für einen funktionierenden Staat bilden können.

Christiane Kayser

pa/dpa/Maurizio Gambarini

Gläubige empfangen in der katholischen Kirche von Nyakasanza in Bunia die Kommunion. Etwa 90 Prozent der Menschen in der Demokratischen Republik Kongo sind Christen, jeder zweite Einwohner ist Katholik. Seit der Kolonialzeit kommt insbesondere der katholischen Kirche eine zentrale Bedeutung im Land zu. Auf ihren Schultern ruhen – neben religiösen und seelsorgerischen Aufgaben – auch zentrale Funktionen im Bereich der Bildung und des Gesundheitswesens. Im Kongo musste die Kirche stets aufs Neue ihre Stellung zur Staatsmacht bestimmen. Kirchliche Organisationen waren in der Kolonialzeit neben ihrem segensreichen Wirken für die Bevölkerung auch eingebunden in den kolonialen Ausbeutungsapparat. Nach Erlangung der Unabhängigkeit arrangierten sich manche Kirchenoberen mit autoritären Staatsführungen, die das Land rücksichtslos ausbluteten. Dem stand die unverzichtbare Arbeit an der Basis der Gesellschaft gegenüber, an der immer auch Laien starken Anteil hatten. Wurden die Kirchen zur Zeit des Kolonialismus zunächst von Ausländern geleitet, entwickelten sie sich im 20. Jahrhundert mehr und mehr zu echten Ortskirchen. Im Jahr 2003 arbeiteten in der Demokratischen Republik Kongo etwa 2900 Diözesanpriester, 1600 Ordenspriester, 7900 Ordensschwestern, 100 Laienmissionare und fast 64 000 Katechisten, die vor allem in den ländlichen Gebieten die christlichen Gemeinschaften betreuen.

Zur Situation der katholischen Kirche in der Gesellschaft

In der Demokratischen Republik Kongo gehört die katholische Kirche zu den wenigen Institutionen, die flächendeckend relativ gut funktionieren. Mit 30 Millionen Anhängern (gut 55 Prozent der Bevölkerung) ist sie in dem riesigen Land überall vertreten. Die Stärken und Schwächen der großen Kirchen im Kongo hängen eng zusammen mit der Geschichte des Landes sowie mit der Missionsgeschichte Afrikas.

Die erste Missionierung im Kongo

Im Jahr 1482 entdeckte der portugiesische Seefahrer Diogo Cão die Kongomündung. Tief beeindruckt vom reichem Hofstaat des amtierenden Manikongo, berichtete Cão davon seinem Auftraggeber König João II. (vgl. den Beitrag von Martin Rink). Eine portugiesische Delegation mit Kaufleuten, Handwerkern und Missionaren erreichte die Hauptstadt Mbanza im Jahr 1491. König Nzinga a Nkuwu und sein Hofstaat ließen sich taufen. Unter seinem Sohn Mbemba a Nzinga, der sich als Christ König Afonso I. (1506–1543) nannte, erreichte das Königreich Kongo, das ungefähr ein Viertel der heutigen Fläche des Landes im Westen und Teile des heutigen Angola bedeckte, eine kurze Blüte mit diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Europa, besonders zu Lissabon und Rom. Aufgrund des florierenden transatlantischen Sklavenhandels sah Portugal im Kongo aber bald weniger ein verbrüdertes christliches Königreich als einen Haupthandelsplatz für Sklaven. Kriege zwischen den europäischen Seefahrernationen sowie Thronfolgestreitigkeiten im Kongo führten allmählich zum Niedergang des alten Königreiches Kongo.

Die Kongo-Mission der Neuzeit

Für das Europa des 19. Jahrhunderts war die zentralafrikanische Region zwischen dem Sambesi und dem Sudan ein riesiger weißer Fleck auf der Landkarte. In seiner berühmten 999-Tage-Expedition (1874–1877) durchquerte Henry Morton Stanley als erster Europäer Afrika von Ost nach West. Die schillernden Berichte Stanleys weckten das Interesse des belgischen Königs Leopold II., der durch geschicktes Taktieren auf der Berliner Konferenz (1884/85) erreichte, dass ihm ein Gebiet, das mehr als sechsmal so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland, als »Unabhängiger Staat Kongo« unterstellt wurde (vgl. den Beitrag von Dieter H. Kollmer). Im Jahr 1878 erreichten protestantische Missionare der britischen »Livingston Inland Mission« den Kongo und errichteten in Matadi, der heutigen Hafenstadt, einen ersten Posten. Die früheste katholische Mission entstand 1880 in Boma. Dieses Datum gilt als Beginn der »zweiten Evangelisierung« des Kongo.

Der belgische König versuchte, in sein Programm der »Zivilisierung« des Kongo, bei dem es in Wahrheit vor allem um wirtschaft-

Christliche Mission

Der Begriff Mission leitet sich vom lateinischen *missio* ab und bedeutet ursprünglich »Sendung«. Im Christentum wird Mission als die Verbreitung des christlichen Glaubens verstanden, als die Bekehrung von Menschen, die außerhalb des Christentums stehen. Mission war zunächst eng verbunden mit dem Kolonialismus. Die christliche Mission in vielen Regionen Afrikas war einerseits dessen Wegbereiter oder zumindest abhängig von den Kolonialmächten und ging einher mit Unterwerfung, Unterdrückung und Zerstörung fremder Kulturen. Mission formierte sich andererseits aber auch als Opposition zur kolonialen Herrschaft, und die Kirche wurde so zum Anlaufpunkt ausgebeuteter Menschen. Im Lauf der Zeit wurden die christlichen Missionare von Gründern und Pionieren zu Mitarbeitern in Massenbewegungen. Diese übernehmen heute neben religiösen Aufgaben in vielen Staaten Afrikas auch wichtige gesellschaftliche Funktionen, vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit. *(bc)*

liche Ausbeutung ging, auch katholische belgische Missionare einzubeziehen. Dies erwies sich allerdings angesichts der mangelnden Begeisterung der belgischen Bevölkerung für die Afrikamission zunächst als schwierig. Unterstützung fand Leopold II. bei der Kongregation von der Unbefleckten Empfängnis (Congregatio Immaculati Cordis Mariae, CICM), nach ihrem Gründungsort Scheutveld bei Brüssel auch Scheutisten genannt. Diese übernahmen das 1886 gegründete »Apostolische Vikariat Belgisch-Kongo« und errichteten ihre ersten Missionsstationen in Kwamouth (1888) und in Leopoldville (1899), dem späteren Kinshasa.

König Leopold bot den Missionaren großzügig kostenlosen Landbesitz auf unbestimmte Zeit an – nicht zuletzt, um mit Hilfe der Missionen in seinem Heimatland die Unterstützung für sein Kongo-Unternehmen zu stärken. Die Landvergabe verhalf den Missionaren zudem zu finanzieller Eigenständigkeit. 1892 gründeten die Jesuiten in Kwango ihre erste Missionsstation. Andere Orden wie Trappisten, Prämonstratenser, Redemptoristen und verschiedene belgische Schwesternkongregationen folgten. 1897 wurde die großzügige Landpolitik aufgegeben, vor allem als Gegenreaktion auf die kritischen Stimmen protestantischer Missionare, die die unmenschliche Kolonisierung und Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung anprangerten. Die so genannten nationalen Missionen, d.h. die katholischen belgischen Missionen, erhielten jedoch weiterhin Ausgleichzahlungen für ihren Schulunterricht. 1906 sicherte eine Übereinkunft zwischen dem Vatikan und Leopold II., der seine »humanistische« Gesinnung beweisen musste, den »nationalen Missionen« je 100 bis 200 Hektar unbefristeten Landbesitz unter der Bedingung zu, dass jede Missionsstation eine Schule unter staatlicher Aufsicht zur landwirtschaftlichen und handwerklichen Ausbildung der kongolesischen Bevölkerung unterhielt.

Kirchliche Mission in der belgischen Kolonie

Nach dem Ersten Weltkrieg – König Leopold II. hatte auf internationalen Druck hin seinen persönlichen Besitz Kongo an Belgien abtreten müssen – wuchs dort das Interesse an der Kolonie sprunghaft an, was wohl hauptsächlich auf ihre wirtschaftliche

Bedeutung (vor allem Elfenbein und Kautschuk) zurückzuführen ist. Die Erschließung des Kongo wurde zur nationalen Aufgabe, bei der die Zivilisierung, d.h. die wirtschaftliche, soziale und medizinische Entwicklung nach europäischen Vorstellungen, und die Verbreitung des Christentums Hand in Hand gingen. 22 Missionsgesellschaften betrieben von Belgien aus die »Kongo-Mission«; praktisch jede Familie stellte eine Ordensschwester oder einen Missionar.

Eckpfeiler der katholischen Missionsarbeit war das Schulsystem. 1926 wurden alle staatlichen Schulen im Kongo den katholischen Missionen anvertraut, wobei die Kolonialregierung beträchtliche Summen für den Betrieb der Lehreinrichtungen zur Verfügung stellte. Damit befanden sich 90 Prozent der Schulen in katholischer Hand. Nur etwa zehn Prozent der Privatschulen verblieben in zumeist protestantischer Trägerschaft. Nicht-katholische Schulen waren zwar theoretisch gleichberechtigt, erhielten aber erst ab dem Jahr 1946 staatliche Unterstützung.

Die Voraussetzung für den Schulbesuch der Kinder war die Taufe. 1930 gab es im Kongo 640 000 Katholiken (zehn Prozent der Gesamtbevölkerung); 1959, ein Jahr vor der Unabhängigkeit, waren es 5,5 Millionen (40 Prozent). Die katholische Kirche arbeitete eng mit der Kolonialregierung zusammen und wuchs zu einer mächtigen Kraft in der kongolesischen Gesellschaft heran. Mit dem System der Missionsstationen, die Kirche, Schule und Krankenhaus unter katholischer Führung an einem Ort zusammenführten, konnte die katholische Kirche im ganzen Land eine starke Infrastruktur ausbilden, die sich bis heute erhalten hat. Die kongolesische katholische Kirche, deren Wurzeln bis ins 15. und 16. Jahrhundert zurückreichen, war nicht nur die älteste, sondern entwickelte sich auch zur größten Ortskirche der neueren Zeit auf dem afrikanischen Kontinent.

Das Verhältnis von Kirche und Staat blieb bis zur Unabhängigkeit von verschiedenen Tendenzen geprägt. Die ersten Missionare standen dem Unternehmen König Leopolds II. häufig kritisch gegenüber. Auch wenn sie durchaus von den belgischen Strukturen profitierten, erkannten sie durch ihre Nähe zur einheimischen Bevölkerung schnell den Unterschied zwischen dem kolonialen System wirtschaftlicher Ausbeutung und einer Entwicklung gemäß christlich-sozialen Vorstellungen. In der spä-

teren belgischen Kolonie wurden zumindest die übelsten Missstände im Kongo überwunden.

Die großen Missionsstationen nach dem Ersten Weltkrieg banden die Missionare dann enger in das koloniale System ein. Ihre Distanz zur einheimischen Bevölkerung wuchs. Auf Seiten der Missionare wurden kritische Stimmen gegenüber der Kolonialverwaltung seltener. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann sich das Bewusstsein im Sinne der Aufwertung der traditionellen afrikanischen Kultur, der »Négritude«, zu verändern. Das Ende der Kolonialzeit führte von Seiten der kongolesischen Katholiken zu immer stärkeren Forderungen nach einer »Afrikanisierung« der Kirche, der viele europäische Geistliche ablehnend gegenüber standen. Besonders das erstarkende Selbstbewusstsein der einheimischen Bevölkerung führte zur Unabhängigkeitsbewegung, der führende Kirchenvertreter zunächst zögerlich, dann deutlicher ihre Zustimmung aussprachen.

Die Kirche seit der Unabhängigkeit

In der Diktatur unter Joseph Désiré Mobutu (1965−1997) fanden nur sechs religiöse Gemeinschaften im Kongo staatliche Anerkennung: die katholische Kirche, die »Kimbanguisten« (eine afrikanische Kirche, 1921 aus ursprünglich baptistischen Kreisen von Simon Kimbangu gegründet), die protestantische »Église du Christ au Zaïre« (der Zusammenschluss der verschiedenen protestantischen Kirchen zu einer Landeskirche), die muslimische Gemeinschaft, die orthodoxe Kirche und die jüdische Gemeinschaft. Dies mag mit eine Erklärung dafür sein, dass Sekten und Kleinstkirchen im Kongo ein relativ neues, wenn auch keineswegs harmloses Phänomen darstellen.

Zu Beginn der 1970er Jahre stellte sich Mobutu mit seiner Kampagne der »Authentizität«, die alle europäischen Einflüsse zurückzudrängen suchte, auch gegen das Christentum und die katholische Kirche (vgl. den Beitrag von Helmut Strizek). Christliche Vornamen wurden verboten, die Jugendorganisation seiner Partei in allen kirchlichen Seminaren zwangsweise eingeführt, die katholischen Schulen und die katholische Universität verstaatlicht. Der damalige Kardinal von Kinshasa, Joseph Albert

Malula, widersetzte sich den Anweisungen des Regimes und musste 1972 für einige Monate ins Exil nach Rom gehen. Als er zurückkehrte, erhielt die Kirche schließlich wieder die Schulen zurück, da sich der staatliche Apparat von deren Verwaltung und Führung überfordert zeigte. Die katholische Kirche galt von diesem Zeitpunkt an in weiten Kreisen der Bevölkerung als die Institution, die sich nicht von der Macht des Regimes hatte korrumpieren lassen.

Die 1970er Jahre waren auch die Zeit, in der die noch sehr von belgischen Missionaren und europäischem Geist geprägte Kirche im Kongo begann, »afrikanisch« zu werden. Es entstanden einheimische Schwesternkongregationen, immer mehr Schwarze wurden zu Priestern geweiht, die Führungspositionen in der Kirche mit Afrikanern besetzt. Rom erkannte einen eigens entworfenen kongolesischen Messritus offiziell an. Ein besonderes Phänomen waren vor allem in Kinshasa die »Kleinen Christlichen Gemeinschaften«, die sich unter der Leitung von Laien der Probleme in den Wohnvierteln annahmen und denen in der politischen Bewusstseinsbildung der kongolesischen Bevölkerung bis heute eine wichtige Rolle zukommt.

Die katholische Kirche spielte in der Phase beginnender Demokratisierung zu Beginn der neunziger Jahre eine federführende Rolle. Zum Präsidenten der Nationalkonferenz (Conférence Nationale Souveraine), die den Übergang von einem Einparteien- zu einem Mehrparteiensystem gestalten sollte, wurde der damalige Erzbischof von Kisangani, Laurent Monsengwo Pasinya, gewählt. Allerdings gelang es Mobutu immer wieder, in einer Art Katz- und Mausspiel den Demokratisierungsprozess zu unterlaufen. Als er im Januar 1992 die Nationalkonferenz auflöste, protestierten am 16. Februar 1992 weite Teile der Bevölkerung mit dem berühmten »Marsch der Christen«, der zum großen Teil als Werk der christlichen Basisgemeinschaften gelten kann. Auch nach dem Sturz des Mobutu-Regimes und den anschließenden Kriegen in der Region der Großen Seen, die Millionen Menschen das Leben kosteten und mehrere Millionen Menschen innerhalb des Landes zu Flüchtlingen machten, riefen die Führer der religiösen Gemeinschaften unermüdlich einzeln und gemeinsam zum Frieden auf und forderten Demokratisierungsprozesse ein.

Zur aktuellen Situation

Seit dem 5. April 2003, dem offiziellen Ende des Krieges, versucht die katholische Kirche verstärkt, sich in Prozesse gesellschaftlicher Bewusstseinsbildung einzubringen. Die Bischofskonferenz hat ein ständiges Büro eingerichtet, das den Demokratisierungsprozess unterstützt und begleitet, etwa durch Programme zur Heranbildung von Staatsbürgern (éducation civique). Der Vorsitzende der kongolesischen Bischofskonferenz, der jüngst zum Erzbischof von Kinshasa ernannte Laurent Monsengwo Pasinya, gründete ein Internationales Afrikanisches Institut in Kisangani, das Studien- und Forschungsprogramme in politischer Ethik und katholischer Soziallehre anbietet.

Kirchliche Radiosender wie »Elikya« in Kinshasa beteiligen sich an Kampagnen zur politisch-gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung. Kirchliche Printmedien wie die alle zwei Wochen erscheinende Zeitschrift »Renaître« sind mit Hintergrundinformationen und Kommentaren zum politischen Geschehen in den Demokratisierungsprozess eingebunden. Christliche Menschenrechtsgruppen, so die »Groupe Amos« oder das Netzwerk »Réseau des organisations des droits de l'homme d'inspiration chrétienne«, werten die breite Wahlbeteiligung und Zustimmung beim Verfassungsreferendum vom Dezember 2005 als zaghaften Erfolg verstärkten kirchlichen Engagements. Auch bei der Durchführung der Wahlen im Sommer 2006 hat die katholische Kirche geholfen, etwa in den Wahlkommissionen oder durch Bewusstseinsarbeit in den kirchlichen Basisgemeinschaften.

Die katholische Kirche im Kongo verfügt aufgrund ihrer Geschichte und ihrer internationalen Verbindungen über eine relative Unabhängigkeit gegenüber innerkongolesischen Auseinandersetzungen. Auch im Konflikt zwischen afrikanischen Staaten kann sie, so auf der Ebene der gemeinsamen Bischofskonferenz von Burundi, Ruanda und Kongo, für Dialog und Versöhnung tätig werden. Andererseits ist die Kirche im Kongo finanziell und teilweise noch immer personell vom Ausland abhängig, was ihren Handlungsspielraum einschränkt und bei knapper werdenden Finanzmitteln, auch der europäischen Kirchen, unleugbare Risiken birgt.

Marco Moerschbacher

AIDS (auch: Aids) ist die international gebräuchliche Abkürzung für Acquired Immune Deficiency Syndrome (erworbenes Immundefektsyndrom). Grund für die Immunschwächekrankheit ist die Infektion mit dem HI-Virus (HIV), das das menschliche Immunsystem schrittweise zerstört. Um der besseren Lesbarkeit willen werden im Text die Immunschwäche und das HI-Virus vereinfachend als »AIDS« bezeichnet. Als Folge von AIDS treten Infektionen und Tumore auf, die trotz Behandlung früher oder später zum Tod der erkrankten Person führen. Eine häufige Todesursache ist das Leberversagen infolge von Gelbsucht-Infektionen (Hepatitis) und aufgrund der Nebenwirkungen von Medikamenten. Fortschritte in der Medizin ermöglichen es heute – zumindest in den reichen Industrieländern –, das Virus zu unterdrücken sowie durch die Behandlung der Sekundärinfektionen den Ausbruch der Krankheit und den Tod von AIDS-Patienten viele Jahre hinauszuzögern. Demgegenüber bleiben in den armen Ländern zahlreiche AIDS-Kranke praktisch ohne jede medizinische Hilfe. Im Mama-Yemo-Hospital in Kinshasa (siehe Foto) werden 1500 Patienten unter katastrophalen hygienischen Bedigungen medizinisch betreut, darunter auch an AIDS erkrankte Personen.

Die Immunschwäche AIDS als umfassende Bedrohung

Der afrikanische Kontinent trägt die Hauptlast der weltweiten AIDS-Epidemie. In Afrika leben zehn Prozent der Weltbevölkerung, aber mehr als 60 Prozent aller HIV-Infizierten. Zudem hat sich die Seuche in den unterentwickelten Staaten Sub-Sahara Afrikas sehr schnell ausgebreitet. Während die Zahl der Infizierten 1989 noch bei fünf Millionen lag, leben südlich der Sahara im Jahre 2007 über 22 Millionen Menschen mit dem tödlichen Virus. Die weltweit am schwersten betroffenen Staaten mit Infektionsraten zwischen 20 und fast 40 Prozent befinden sich alle im südlichen Afrika. Die Erkenntnis, dass die Seuche Auswirkungen auf die nationale und internationale Sicherheitslage haben kann, ist nicht neu. Bereits im Jahre 2000 erklärte der UN-Sicherheitsrat die AIDS-Epidemie in einer Resolution zur Gefahr für die internationale Sicherheit und Stabilität. Diese Annahme soll im Folgenden anhand der Zusammenhänge zwischen der Epidemie und kriegerischen Konflikten einerseits und dem Phänomen des Staatszerfalls andererseits untersucht werden.

AIDS und Krieg

Die Wechselwirkungen zwischen AIDS und Krieg wurden in der Fachwelt in den letzten Jahren heftig diskutiert. Während lange Zeit ein starker Konnex zwischen Krieg und der Ausbreitung von AIDS angenommen wurde, plädieren Experten heute vermehrt für eine differenziertere Sichtweise. Aus historischer Sicht spricht einiges für einen Zusammenhang zwischen kriegerischen Konflikten und der Ausbreitung von AIDS. Bereits das erstmalige Auftauchen des Virus in den 1970er Jahren in der Region der Großen Seen wird mit den Kriegen zwischen Uganda und Tansania und den damit einhergehenden Truppenbewegungen, Flüchtlingsströmen und Vergewaltigungen in Verbindung gebracht. Mehrere Studien aus den 1990er Jahren belegten zudem alarmierend hohe Infektionsraten für afrikanische Armeen. Dieser Umstand wird darauf zurückgeführt, dass die überwiegende

Mehrzahl der Rekruten junge Männer sind, die verhältnismäßig gut verdienen und oft weit entfernt von ihrer Familie stationiert sind. Daher nehmen sie die Dienste von Prostituierten besonders häufig in Anspruch. Viele afrikanische Armeen haben allerdings schnell und effizient auf die Herausforderungen durch AIDS reagiert und waren dabei manchmal ihren eigenen Regierungen voraus, so zum Beispiel im Fall Südafrikas. In vielen Ländern werden Rekruten mittlerweile einem AIDS-Test unterzogen und die Aufklärungsmaßnahmen unter Soldaten wurden erheblich verstärkt.

Große Sorge bereiteten auch die Migrationsbewegungen, die durch Kriege ausgelöst werden. Mit kämpfenden Truppen und fliehenden Zivilisten gerät auch das HI-Virus in Bewegung. Man ging davon aus, dass Flüchtlinge das Virus weiterverbreiten. Anlass zu diesen Überlegungen gaben vor allem die sozialen Verhältnisse in Flüchtlingslagern. Frauen und Mädchen, gerade wenn sie während der Flucht von ihren Familien getrennt wurden, sind besonders anfällig für sexuelle Ausbeutung. Traurige Berühmtheit erlangten in diesem Zusammenhang Flüchtlingslager in Westafrika und der Demokratischen Republik Kongo. Dort hatten UN-Mitarbeiter Frauen und Mädchen missbraucht, auch indem sie Hilfsgüter gegen Sex tauschten. Untersuchungen zur Situation in mehreren afrikanischen Lagern lassen mittlerweile aber eher einen umgekehrten Zusammenhang plausibel erscheinen. Es stellte sich heraus, dass die Flüchtlingspopulationen oft eine niedrigere Infektionsrate haben als die Bevölkerung um die Lager herum. Ein Grund dafür könnte sein, dass Flüchtlinge eher aus ländlichen Regionen stammen, und nicht aus den Städten, wo in der Regel die höchsten Infektionsraten zu finden sind. Es besteht also eher die Gefahr, dass die Flüchtlinge sich dem Infektionsniveau ihrer neuen Umgebung angleichen und bei einer Rückkehr in ihre Heimat AIDS mitbringen.

Welche Rolle Vergewaltigungen, die im Umfeld kriegerischer Konflikte gehäuft auftreten, bei der Ausbreitung von AIDS spielen, ist umstritten. Im Norden Ugandas, wo seit Jahren ein grausamer Bürgerkrieg tobt, sind die Infektionsraten unter Frauen signifikant höher als im Rest des Landes. Für den Kongo ließen sich solche Zusammenhänge aber noch nicht zweifelsfrei nachweisen. Es sollte in diesem Kontext bedacht werden, wie schwer

die Datenerhebung zu diesem Phänomen ist. AIDS und Vergewaltigung sind beides Themen, die mit einem starken Stigma belegt sind. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Gewinnung von Daten in Kriegsgebieten mit vielen Schwierigkeiten behaftet ist und daher die Zuverlässigkeit von empirischen Studien zu AIDS und Krieg nicht immer gewährleistet ist.

Gesellschaftliche und politische Auswirkungen

Die Krankheit befällt den leistungsfähigsten Teil der Bevölkerung, die jungen Erwachsenen. Da überwiegend Kinder und alte Menschen zurückbleiben, werden soziale Strukturen nachhaltig zerstört. Alleine in Afrika schätzte man im Jahr 2007 rund 11,4 Millionen AIDS-Waisen. Das traditionelle soziale Netz Afrikas, basierend auf der Großfamilie, ist mit einer Katastrophe dieses Ausmaßes restlos überfordert. Viele Minderjährige können nicht mehr von Verwandten aufgenommen werden und leben in so genannten Kinderhaushalten ohne Fürsorge eines Erwachsenen. Diese schutzlosen Kinder, denen eine ausreichende familiäre und soziale Anbindung fehlt, bilden ein dankbares Reservoir für kriminelle Banden und die Armeen der Warlords in den von Bürgerkriegen heimgesuchten Staaten.

Obwohl das Militär mittlerweile auf die Bedrohung durch AIDS reagiert, befürchten Experten, dass die Seuche die Verteidigungsbereitschaft afrikanischer Armeen schwächen wird. Das Augenmerk gilt hierbei weniger den Infektionsraten unter den Soldaten insgesamt, sondern den betroffenen Spezialisten. Anders als einfache Soldaten sind Flugzeugtechniker oder Informatiker schwer zu ersetzen, da in den meisten afrikanischen Staaten Fachkräfte generell Mangelware sind. Der Ausfall von Piloten, in deren Ausbildung viel Zeit und Geld investiert wurde, ist ebenfalls schwer zu kompensieren. Ebenso beunruhigend sind Berichte über hohe Infektionsraten unter Offizieren, da dies zur Folge hat, dass Truppenverbände führerlos werden oder unerfahrene Kommandeure erhalten. Es erweist sich hier als verhängnisvoll, dass die am stärksten von AIDS betroffene Altersgruppe

bei Männern die 30- bis 35-Jährigen sind. Obwohl AIDS-Tests für Rekruten heute auch in Afrika vielerorts zum Standard gehören, kommt diese Neuerung für das aktuelle Führungs- und Spezialistenpersonal zu spät.

Angesichts der unruhigen politischen Verhältnisse in vielen afrikanischen Staaten geht von Truppenteilen, die außer Kontrolle geraten, ebenso eine Gefahr aus, wie von einem Machtvakuum, das aufgrund einer Schwächung des Militärs entstehen könnte. Einige Studien spekulieren, dass gewaltbereite Gruppen diese Verhältnisse ausnutzen könnten. Neben Soldaten sind zudem auch Polizisten massiv betroffen. In Kenia ist die Seuche für 75 Prozent der Todesfälle unter Polizisten verantwortlich. Befürchtungen, dass AIDS die innere Sicherheit afrikanischer Staaten untergraben könnte, sind durchaus gerechtfertigt.

Die Seuche belastet auch internationale Peacekeeping-Einsätze. UN-Truppen werden maßgeblich für die Ausbreitung von AIDS in Liberia und Sierra Leone verantwortlich gemacht. Studien belegen, dass Blauhelme in Afrika AIDS in ihren Einsatzgebieten verbreiten und die Krankheit in ihre Heimatländer einschleppen, wenn sie aus Ländern mit hohen Infektionsraten zurückkehren. Diese Erkenntnisse senken die Bereitschaft von Staaten, Peacekeeping-Truppen zu entsenden bzw. auf ihrem Territorium zu dulden. Strategien, die darauf abzielen, afrikanische Soldaten vermehrt zur Friedenserhaltung auf dem eigenen Kontinent einzusetzen, werden dadurch in Frage gestellt. Auch die Streitkräfte der beiden afrikanischen Großmächte, Nigeria und Südafrika, haben mit hohen Infektionsraten zu kämpfen. Dies kann die regionale Stabilität in Sub-Sahara Afrika ebenso gefährden wie zukünftige Peacekeeping-Operationen, die unter afrikanischem Kommando und mit mehrheitlich afrikanischer Beteiligung durchgeführt werden sollen.

AIDS und Staatsversagen

Neben Kriegen ist Staatsversagen, das in extremen Fällen bis zum völligen Zerfall staatlicher Strukturen führt, eines der größten politischen Probleme südlich der Sahara. Auch hier geht man mittlerweile nicht mehr von einem automatischen Zusam-

menhang zwischen diesem Phänomen und der Verbreitung von AIDS aus. Paradoxerweise können gewaltsame Konflikte, die mit Staatszerfall einhergehen (wie im südlichen Sudan oder in Somalia), ein Eindringen der Seuche auch verhindern, da das betroffene Gebiet so von der Außenwelt abgeschnitten wird. Anders sieht dies bei Staatsverfall aus, der weniger dramatischen Variante des Staatsversagens, bei dem es nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt. Die mangelnde Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen, etwa von Krankenhäusern, Bildungseinrichtungen und Behörden, hat ein frühzeitiges und effizientes Vorgehen gegen die Seuche in vielen Ländern verhindert. Gleichzeitig verstärken die ökonomischen und sozialen Folgen von AIDS die Tendenz zum Staatsversagen. Überdurchschnittlich häufig sind Angehörige der Eliten, Lehrer, Juristen und Ärzte, mit AIDS infiziert. Für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik und die Bekämpfung von AIDS werden aber genau diese gesellschaftlichen Gruppen gebraucht. Zudem stellen sie einen Großteil des dünnen Mittelstandes und der kleinen Basis an Steuerzahlern in Afrika. In Malawi verdoppelten sich beispielsweise die Todesfälle unter den Angestellten des Ministeriums für Landwirtschaft und Bewässerung zwischen 1996 und 1998 aufgrund der Immunschwächekrankheit. In Botswana sind Schätzungen zufolge 35 bis 40 Prozent aller Lehrer infiziert. Die Seuche verstärkt das politische Krisenpotential in schwachen Staaten, indem sie staatliche Institutionen aushöhlt, die Armut ansteigen lässt und die Abhängigkeit von internationaler Hilfe erhöht.

Bisland sind die Zusammenhänge zwischen AIDS, Krieg und Staatszerfall noch nicht ausreichend erforscht. Aufgrund der Komplexität des Themas stehen auch in Zukunft keine einfachen Erklärungen zu erwarten. Schlimmstenfalls besteht zwischen diesen Phänomenen eine Wechselwirkung, die zu einem Teufelskreis werden kann. Auf jeden Fall ist AIDS ein Faktor, der bei der Analyse der politischen und militärischen Lage in Afrika nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Sarah Tietze

pa/dpa/Marco Longari

Zwei Arbeiter mit Schutzmasken verladen im August 2002 Säcke mit Chininpulver in der pharmazeutischen Fabrik von Pharmakina in Bukavu. Pharmakina ist der führende Hersteller von Chinin, das vor allem in Malaria-Medikamenten und zur Fiebersenkung verwendet wird. Seit einigen Jahren engagiert sich die Firma zudem verstärkt auf dem Gebiet der AIDS-Medikation und hat 2005 einen neuen, preisgünstigen Wirkstoff auf den afrikanischen Markt gebracht, der die Behandlung der Krankheit wesentlich vereinfacht. Das Pharmaunternehmen könnte aufgrund seiner wirtschaftlichen und humanitären Anstrengungen für seine Beschäftigten sowie die Bewohner der Region Süd-Kivu beispielgebend für andere westliche Investoren sein. Leider folgten dem Beispiel von Pharmakina, das vielfach als »kleines Wirtschaftswunder« in den Medien beschrieben wird, bisher kaum weitere innovative Geldgeber.

Die Demokratische Republik Kongo gehört zu den rohstoffreichsten Ländern der Erde, der einheimischen Bevölkerung kommt dies jedoch kaum zugute. Die Gewinne aus der Ausbeutung von Gold, Coltan, Zinn und Diamanten streichen Warlords, korrupte Staatsbeamte, Spekulanten und internationale Großkonzerne ein. Die kongolesische Landwirtschaft ist nicht in der Lage, die eigene Bevölkerung zu ernähren, und mehr als 50 Prozent des Staatshaushaltes sind durch internationale Kredite finanziert.

Der Fluch des Rohstoffreichtums: Wirtschaft und Bodenschätze

Der Kongo ist eines der an natürlichen Bodenschätzen reichsten Gebiete der Erde. Trotzdem war er bereits 1960, im Jahr der Unabhängigkeit, nach 80 Jahren Kolonialherrschaft zu einer weltmarktabhängigen Rohstoffökonomie geworden. Die Mehrheit der Bevölkerung lebte als Subsistenzbauern, das heißt, sie produzierten ausschließlich für den eigenen Konsum. Bis heute sind die Menschen in dieser rohstoffreichen Region bitterarm. Man nennt diesen Widerspruch »paradox of plenty« (Widerspruch der Fülle).

Das durchschnittliche Jahres-Pro-Kopf-Einkommen der kongolesischen Bevölkerung liegt heute bei 90 US-Dollar. Nach Schätzungen der Weltbank verdienen 80 Prozent der Bevölkerung täglich weniger als einen halben US-Dollar. Mehr als drei Viertel der Menschen leben unterhalb der Grenze absoluter Armut. Die Lebenserwartung ist auf 45 Jahre gesunken: ein Ergebnis von wirtschaftlicher Dauermisere, Diktatur und Krieg.

Das reale Wirtschaftswachstum des Landes, gemessen am Zuwachs des Brutto-Inlandsprodukts, betrug 2004 rund sieben Prozent, das waren zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg hat jedoch nichts mit einer gesunden ökonomischen Entwicklung zu tun. Ursache für den Zuwachs waren vor allem die vermehrten Verkäufe von Rohstoffen, hauptsächlich Diamanten, Erdöl, Kupfer und Zinn. Selbst die offiziellen Handelsübersichten sind alles andere als zuverlässig. Die meisten Rohstoffe (vor allem Diamanten, Gold, Coltan und Zinn) werden über die Grenzen geschmuggelt und erscheinen somit nicht in der kongolesischen Statistik.

Natürliche Rohstoffe

In der Provinz Katanga werden vorwiegend Kupfererze und Kobalt gefördert. Reichhaltige Lager von Coltan und Cassiterite (Zinnerz) befinden sich in den beiden im Osten gelegenen Kivu-Provinzen, den Grenzgebieten zu Uganda und Ruanda. Beide

Ernährungslage

Aufgrund der klimatischen und vegetativen Voraussetzungen können in der Demokratischen Republik Kongo nur etwa vier Prozent der Gesamtfläche als Ackerland und für die Anlage von Dauerkulturen genutzt werden. Trotzdem arbeiten fast zwei Drittel der Bevölkerung in diesem Wirtschaftszweig. Zum größten Teil handelt es sich dabei um kleinstbäuerliche Höfe, die gerade genug zur Deckung des familiären Bedarfs abwerfen. Die Ernährung der Gesamtbevölkerung durch die kongolesische Landwirtschaft ist nicht möglich. Diese Situation wird durch die anhaltende Instabilität von Politik und Gesellschaft verschärft. Vorhandene Anbauflächen werden durch Kämpfe und Vertreibungen vernichtet oder sie liegen brach; die praktizierten Anbautechniken sind ineffektiv und die notwendige Infrastruktur zum Transport von Lebensmitteln fehlt. Im Osten des Landes in den Kivu-Provinzen findet eine organisierte Bewirtschaftung der Böden seit Jahren überhaupt nicht mehr statt.

Insgesamt sind etwa 16 Millionen Menschen (fast ein Drittel der Bevölkerung) auf Lebensmittellieferungen aus dem Ausland angewiesen. Besonders in den großen Krisengebieten an der Grenze zu Ruanda kann die regelmäßige Verpflegung kaum sichergestellt werden. Die Hauptlast hierbei tragen internationale Hilfsorganisationen (NGOs), die in ihrer Arbeit durch die anhaltenden Kämpfe behindert werden. Zeitweise ziehen sich die Hilfsorganisationen zum Schutz ihrer Mitarbeiter sogar ganz aus dem Konfliktgebiet zurück. Die notleidenden Menschen bleiben dann auf sich alleine gestellt, da der kongolesische Staat nicht in der Lage ist, adäquate Hilfe zu leisten.

(am)

Rohstoffe sind weltweit relativ selten. Während Coltan für die Produktion von Mobiltelefonen benötigt wird, ist die Nachfrage nach Cassiterite durch internationale Umweltschutzbestimmungen gestiegen, weil Zinn das giftige Blei ersetzen soll.

Kriegsbedingt erfolgt die Förderung der beiden Produkte heute hauptsächlich durch private Handwerker und Gelegenheitsarbeiter, die unter primitiven Bedingungen nach den Erzen schürfen. Für die Vermarktung der Rohstoffe sind sie auf eine

Vielzahl von Zwischenhändlern und auf die Kooperation der Zöllner angewiesen. Regierungssoldaten, Gefolgsleute der Warlords, zivile oder militärische Mitglieder der Provinz- und Stadtverwaltungen sowie die örtlichen Milizen sind in den Kampf um Ressourcen eingebunden. Sie alle verlangen von den Metallsuchern und Schürfern Abgaben, Steuern und Schutzgelder.

Es wird angenommen, dass 64 Prozent der bekannten Weltreserven an Coltan in der Demokratischen Republik Kongo liegen. Australien ist der größte Verarbeiter dieses Metalls; die USA sind der größte Abnehmer. Im Jahr 2000 – auf dem Höhepunkt des »Coltan-Booms« – erbrachte ein Kilo Coltan 164 US-Dollar. Der begehrte Rohstoff wurde hauptsächlich illegal nach Ruanda und von dort auf den Weltmarkt gebracht. Die ruandische Armee soll auf diese Weise im Jahr 2000 ca. 240 Millionen US-Dollar eingenommen haben. Dies war nur möglich, weil die ruandischen Besatzungstruppen gemeinsam mit ihren Verbündeten, der RCD-Rebellion, eine systematische Produktion und Vermarktung des Erzes organisierten.

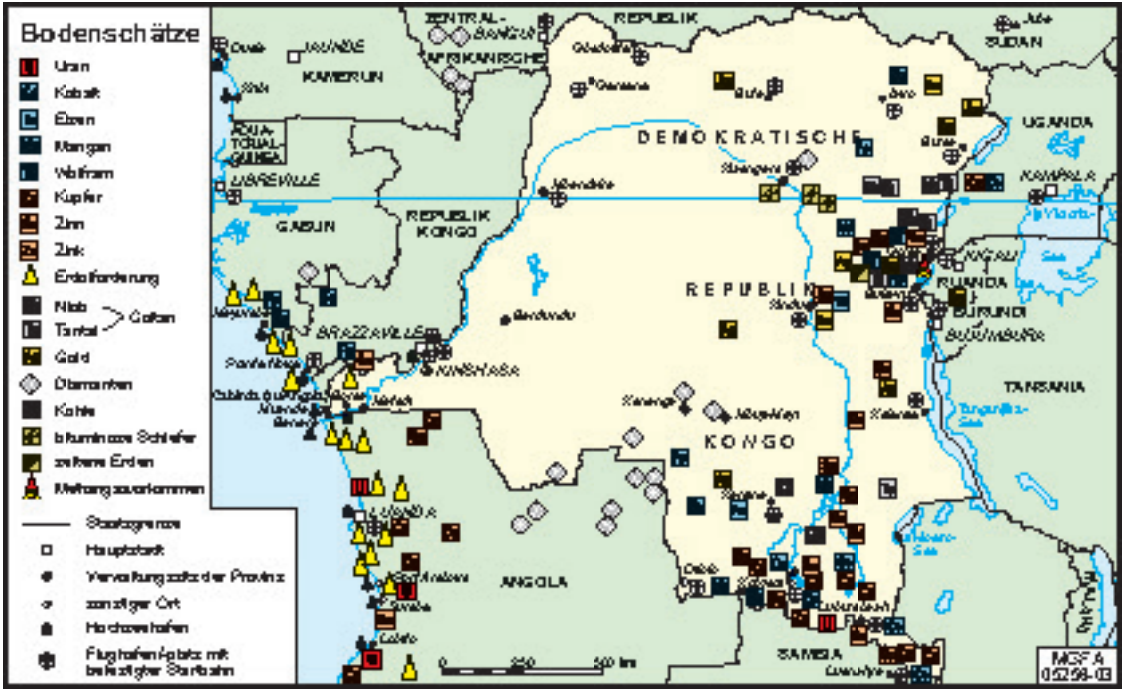
Ende 2001 ging die Nachfrage drastisch zurück, und an die Stelle von Coltan trat das Edelmetall Cassiterite (Zinnerz). Dessen Preis verdreifachte sich zwischen August 2002 und Mai 2004 auf 9600 US-Dollar pro Tonne und löste in den beiden Kivu-Provinzen einen neuen Rohstoffboom aus. In Bisie/Nord-Kivu, westlich von Goma, befindet sich die größte Cassiterite-Mine. Ein anderes Förderungsgebiet liegt bei Kalima in der Maniema-Provinz. Im Jahr 2004 exportierte der Kongo offiziell nur ca. 8300 Tonnen Cassiterite im Wert von 46 Millionen US-Dollar. Ruanda hingegen führte – ohne eine eigene Förderung zu haben – ein Vielfaches dessen aus. Als Herkunftsort wurden ebenfalls die Rebellengebiete im kongolesischen Osten ermittelt.

Auch die Goldproduktion im Nordosten und im Süden des Landes könnte die kongolesische Volkswirtschaft stützen, wenn die Einnahmen aus dem Verkauf gerechter verteilt würden. Bislang gibt es nicht einmal offizielle Exporte aus der Demokratischen Republik Kongo. Vielmehr wandert das Gold meist illegal nach Uganda und wird von dort ins westliche Ausland gebracht. Dabei sind im Kongo zur Zeit elf Goldminengesellschaften aktiv, darunter der internationale Konzern Anglo Gold Ashanti, der auch in Ghana Gold fördert. In Bunia im Ostkongo verfügt die

Gesellschaft OKIMO (L'Office des Mines d'Or de Kilo-Moto) über eine Konzession zur Förderung von Gold in der Größenordnung von 83 000 Quadratkilometern, was etwa der dreifachen Größe Belgiens entspricht; Anglo Gold Ashanti ist als Joint-Venture-Partner daran beteiligt.

Viele Kongolesen bezeichnen die Goldproduktion als einen Fluch. Der Streit um die Ausplünderung der Goldadern von Mongbwalu sowie des Goldfeldes von Durba im Haut Uélé-Distrikt hat zu Konflikten mit zahlreichen Toten geführt. Am bekanntesten geworden sind die Kämpfe zwischen Hema und Lendu im Osten des Landes. Dies könnte als ein »ethnischer Stammeskonflikt« angesehen werden, ist aber in Wirklichkeit ein mit allen Mitteln ausgetragener »Wettbewerb« um den Zugriff auf Goldminen und die dazugehörige Infrastruktur. Dabei handeln lokale Gruppen im Einvernehmen mit Komplizen jenseits der Staatsgrenzen in Uganda und Ruanda. Unter dieser Form der Kooperation hat vor allem die einheimische Zivilbevölkerung zu leiden: Hunderttausende ohnehin verarmter Kongolesen wurden aus ihrer Heimat vertrieben.

Ein weiteres Beispiel für die Probleme, die aus dem Rohstoffreichtum erwachsen, sind die Folgen der Kupferförderung. Diese hatte schon 1960 eine volkswirtschaftlich herausragende Bedeutung. Mit 34 Prozent der Exporterlöse stellte es die nächstwichtigsten Devisenbringer Kaffee (acht Prozent), Palmöl (acht Prozent), Diamanten (sechs bis sieben Prozent), Baumwolle (sechs Prozent) und Kobalt (fünf Prozent) weit in den Schatten. Der Anteil des Kupfers am Gesamtexport des Landes stieg bis 1970 sogar auf 66 Prozent. Damit war das Land in einem hohen Maße von einer Monokultur abhängig geworden. Schon geringfügige Preisschwankungen auf den Weltmärkten und an der Londoner Rohstoffbörse führten zu empfindlichen Turbulenzen auf der Einnahmeseite des Staatsbudgets und zu starken Einbußen bei den Deviseneinnahmen. In den 1970er Jahren sanken die Deviseneinnahmen des Staates deshalb zeitweise um mehr als ein Drittel. Dies hätte für die Regierung von Joseph Désiré Mobutu eigentlich zu schmerzhaften Einschränkungen führen müssen. Mobutu nutzte jedoch den gefährlichen Ausweg der Auslandsverschuldung mittels Krediten, was exorbitante Inflationsraten zur Folge hatte. Zwischen 1970 und 1990 ging der Anteil von Kup-



Kartengrundlagen aus MLU 2006-02 - Vervielfältigung mit Genehmigung des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr (DGID), Lizenz B-6A002

fer am Außenhandelswert ständig zurück und lag 1979 nur noch bei 27 Prozent. Stattdessen nahmen mit 34 Prozent Exportanteil bald die Diamanten den ersten Platz unter den Devisenbringern ein. Dieser weltweit begehrte Rohstoff hat den »Vorteil«, in kleinen Mengen von Einzelnen gefördert und geschmuggelt werden zu können, etwa von marodierenden Soldaten. Vielen wurden die Diamanten zum Verhängnis, und auch die Volkswirtschaft des Kongo profitierte kaum davon. Zum einen gingen dem Staat durch den Schmuggel jährlich Einnahmen in der Höhe von zig Millionen verloren. Zum anderen weckte der Rohstoffreichtum in einem schwachen Staat, der seine Produktionsstätten, Straßen und Grenzen nicht schützen kann, die Rohstoff- und Devisengier der Nachbarstaaten Ruanda und Uganda.

Insgesamt verfiel die kongolesische Wirtschaft trotz des Reichtums an Rohstoffen mehr und mehr. Die Verschuldung des Landes stieg von 557 Millionen im Jahr 1972 auf 3,7 Milliarden US-Dollar zehn Jahre später. Der Internationale Währungsfonds (IWF) – besorgt um die schwindende Fähigkeit der Regierung, ihre Rückzahlungsverpflichtungen zu erfüllen – schickte den deutschen Bankier Erwin Blumenthal nach Kinshasa, um die Staatsfinanzen zu ordnen. Immerhin hatte die Regierung bis 1985 allein vom IWF Kredite in Höhe von 656 Millionen US-Dollar erhalten. Aber die Sanierungskur fruchtete nicht, Blumenberg zog unverrichteter Dinge wieder ab. Unter der Präsidentschaft von Mobutu musste das Staatsdefizit mehrfach umgeschuldet werden, bis am Ende seiner Amtszeit der offizielle Schuldenstand bei 15 Milliarden US-Dollar angelangt war. Als Mobutu und seine Familie dann 1997 ins Ausland flohen, stand das Land vor dem Bankrott. Der Diktator soll illegal Deviseneinnahmen in Milliardenhöhe ins Ausland geschafft haben.

Mobutu hinterließ zudem eine vollkommen zerrüttete Volkswirtschaft. Die Inflation lag bei 73 Prozent. Exportiert wurde offiziell nur noch im Werte von 1,3 Milliarden US-Dollar, wobei der Diamantenexport den Löwenanteil ausmachte (38 Prozent), gefolgt von Kaffee (29 Prozent). Das Jahres-Pro-Kopf-Einkommen war um über 500 Prozent gesunken. Gleichzeitig hatte das Land mit der Ausbreitung von Krankheiten zu kämpfen: AIDS und Malaria hatten sich rapide ausgebreitet (vgl. den Beitrag von Sarah Tietze).

Internationaler Währungsfonds

Der Internationale Währungsfonds (IWF; engl. International Monetary Fund, IMF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Der IWF begann im Mai 1946 mit seiner Tätigkeit. Grundlage für seine Entstehung waren die Beschlüsse der Konferenz von Bretton Woods. In dieser Kleinstadt im US-Bundesstaat New Hampshire verhandelten im Juli 1944 internationale Vertreter über den Wiederaufbau der Weltwirtschaft nach dem absehbaren Ende des Zweiten Weltkriegs. Zusammen mit der Weltbank-Gruppe bildet der IWF die so genannte Bretton-Woods Institution. Beide fördern den Welthandel, arbeiten auf eine Stabilierung von Wechselkursen hin und unterstützen die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik. IWF und Weltbank überwachen die internationale Geldpolitik und gewähren technische Hilfe. Unter bestimmten Auflagen vergibt der IWF Kredite an Staaten mit wirtschaftlichen Problemen, in der Vergangenheit beispielsweise an Brasilien, die Türkei oder Argentinien. Der IWF unterstützt afrikanische Staaten bei der Erarbeitung von Wohlstands- und Entwicklungskonzepten, sofern sich diese zu den Prinzipien der Good Governance bekennen. Voraussetzung für die Hilfe ist außerdem die Erfüllung konkreter Auflagen, etwa die Liberalisierung staatlicher Kontroll- und Regelungsmechanismen, die Privatisierung staatlicher Einrichtungen, die Kürzung von Staatsausgaben, die Steigerung von Exporten oder aktive Maßnahmen gegen die Inflation. 184 Mitgliedstaaten beeinflussen die Entscheidungen des IWF. Ihr Stimmrecht richtet sich nach dem jeweiligen Kapitalanteil. Die EU-Mitgliedstaaten verfügen insgesamt über 31,89 Prozent der Stimmen, der Anteil der Euro-Länder liegt bei 22,91 Prozent. Die einflussreichsten Mitgliedstaaten sind die USA mit 17,08 Prozent der Stimmen, gefolgt von Japan (6,13 Prozent), Deutschland (5,99 Prozent), Frankreich (4,95 Prozent) und Großbritannien (4,95 Prozent). Der derzeitige Bundespräsident Horst Köhler war von 2000 bis 2004 der erste deutsche und insgesamt achte Geschäftsführende Direktor des IWF seit 1946. Heute hat der IWF etwa 2 680 Mitarbeiter aus 184 Ländern und seinen Hauptsitz in Washington, DC. *(bc)*

Aktuelle Situation

Auch die Koalitionsregierung unter Präsident Joseph Kabila hat es nicht vermocht, die illegalen und teils kriminellen Aktivitäten in der kongolesischen Wirtschaft zu unterbinden. Von 2002 bis 2004 hat das Land zur Bekämpfung der Armut ca. 700 Millionen US-Dollar Auslandshilfe erhalten. Die Auslandsschulden des Kongo beliefen sich im Jahr 2003 auf mehr als zehn Milliarden US-Dollar – was einen jährlichen Schuldendienst von einigen hundert Millionen ausmacht. Im November 2004 gab der IWF grünes Licht für eine abermalige Teilentschuldung des Staates. In diesem Jahr konnte so der aktuelle Schuldendienst um zwei Drittel gesenkt werden.

Am 24. April 2004 setzte die Nationalversammlung gegen den Willen Joseph Kabilas und seiner Anhänger einen Untersuchungsausschuss ein, der alle seit 1996 mit Auslandsfirmen abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen dahingehend überprüfen sollte, ob sie dem Wohl des Landes dienten. Der Abschlussbericht dieses Ausschusses, der im Juni 2005 dem Parlament vorgelegt wurde, belastete führende Politiker aller Parteien der Übergangsregierung im Kongo schwer. Er ist daher bis heute nicht vom Parlament behandelt oder offiziell veröffentlicht worden. Als wichtigste Drahtzieher der vielen unlauteren Geschäfte werden neben den Beteiligten der kongolesischen Übergangsregierung nach wie vor in den drei Präsidialdiktaturen Ruanda, Uganda und Simbabwe ansässige Akteure vermutet. Seit langem wird gemutmaßt, dass dort höhere Offiziere in enger Kooperation mit kongolesischen Eliten und mit guten Verbindungen zum jeweiligen Staatspräsidenten die Rohstoffe des Kongo auf eigene Rechnung ausplündern und den Grenzschmuggel unterstützen.

Auch andere Aspekte verhindern die ökonomische Gesundung. Korruption bildet weiterhin ein gravierendes Hindernis für die Erholung des Landes. Eine interne Überprüfung 53 parastaatlicher Unternehmen (also von solchen, die als halbselbstständige öffentliche Dienstleistungseinrichtungen unter einem von der Regierung ernannten Direktor arbeiten) kam kürzlich zu dem Ergebnis, dass die untersuchten Firmen nahezu alle Gesetze ignorierten, und dass irreguläre Geldtransfers, außerbudgetäre

– sprich: illegale – Ausgaben sowie Unterschlagungen an der Tagesordnung sind.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffe dem Land mehr Fluch als Segen bringt, solange es keine Zentralregierung gibt, die ein Gewaltmonopol etabliert und gleichzeitig den Willen hat, das Land zu einer funktionierenden Volkswirtschaft aufzubauen. An Förderung, Transport und Verkauf von Rohstoffen sind bislang weit reichende Netzwerke beteiligt. Sie bestehen aus inländischen Ministerien und Politikern in Kinshasa, nationalen halbstaatlichen Unternehmen, ausländischen Bergbaufirmen wie Anglo Gold Ashanti oder de Beers und vielen kleinen Geschäftsleuten, Bergarbeitern, Soldaten, Zwischenhändlern, Schmugglern und Zöllnern, die auf eigene Faust operieren und vom illegalen Handel mit Rohstoffen profitieren. Dem muss die internationale Gemeinschaft entgegenwirken, damit die natürlichen Reichtümer des Landes auch der einheimischen Bevölkerung zugute kommen. Erst dann wird die Demokratische Republik Kongo das werden, was sie aufgrund ihres außergewöhnlichen Rohstoffreichtums sein könnte: der Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs in Zentral- und Äquatorialafrika.

Rainer Tetzlaff

pa/dpa/Yoav Lemmer

Am 22. Januar 2001, einen Tag vor der Beerdigung des ermordeten Präsidenten Laurent-Désiré Kabila in Kinshasa, spielte ein Blasorchester ununterbrochen Trauermusik.

Hinter dem farbenfrohen Bild verbirgt sich eine reiche, in Deutschland kaum bekannte kulturelle Tradition im Kongo. Sie stützt sich im Bereich der Literatur hauptsächlich auf mündlich weitergegebene Stoffe. Überlieferung und öffentlicher Vortrag sind jedoch weit mehr als Unterhaltung und Bildung im europäischen Sinne. Als fester Bestandteil des Lebens beeinflussen sie bis heute das Verständnis von Zeit, Geschichte und »historischer Wahrheit«.

Die Verschriftlichung von Literatur verdankt der Kongo den Kolonialmächten. Die ersten Bücher in den Landessprachen waren religiöse Schriften. Autoren aus dem Kongo, die ihre Ausbildung in den Schulen der Kolonialzeit erhalten haben, bedienen sich aber seit dem 20. Jahrhundert in erster Linie der französischen Sprache. Zur »frankophonen« Literatur haben kongolesische Autoren wichtige Beiträge geleistet.

Die kongolesische Literatur zwischen mündlicher Tradition und französischen Einflüssen

In französischsprachigen Ländern, vor allem bei den ehemaligen Kolonialmächten Frankreich und Belgien, verfolgt die Öffentlichkeit seit langem die Entwicklung afrikanischer Literatur und Musik. In Deutschland hingegen hat Kultur aus Afrika meist mit Unkenntnis und Vorurteilen zu kämpfen. Diese stammen zum Teil noch aus der Zeit des Kaiserreichs, als die deutsche Bevölkerung sich an so genannten Afrikaschauen ergötzte. In großen Städten waren, vergleichbar einem Wanderzirkus, afrikanische Wildtiere sowie »afrikanischer Gesang und Tanz« zu sehen. Szenen aus dem »afrikanischen Dorfleben« vermittelten die Vorstellung von Wilden, die auf dem »schwarzen Kontinent« unter teils schauerlichen Umständen lebten und darauf warteten, dass ihnen die europäischen Kolonialmächte Ordnung und »Kultur« brächten. Die Besucher einer »Afrikaschau« konnten dort exotische Produkte wie Kaffee oder Kaurimuscheln kaufen.

Europäische Einflüsse haben den Kongo sprachlich und kulturell geprägt. Die Spuren der Kolonialzeit springen vor allem in den großen Städten überall ins Auge. Daneben gibt es jedoch einen beeindruckenden Reichtum an afrikanischen Traditionen. Nicht nur Letztere geben der kongolesischen Kultur ihr besonderes Gesicht. Es ist das Wechselspiel zwischen lokalen Traditionen und westlichen Einflüssen, das den besonderen Reiz für den Besucher ausmacht.

Spricht man über »Kultur im Kongo«, muss man sich der regionalen Vielfalt des Landes bewusst sein, der eine einführende Beschreibung nicht gerecht werden kann (vgl. den Beitrag von Eric Muller). Stattdessen soll am Beispiel der Literatur gezeigt werden, aus welchen Quellen die örtliche Kultur schöpft.

Literatur aus dem Kongo in französischer Sprache und in den Landessprachen

Die Verschriftlichung nationalsprachlicher Literatur verdankt der Kongo den Portugiesen. 1556 erschien der erste Katechismus in der Landessprache Kikongo. Am Ende des 19. Jahrhunderts gab es in Kikongo bereits mehrere Gesangbücher und Evangelien, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bildete sich eine Tradition landessprachlicher Erbauungs- und allegorischer Schriften heraus. 1928 veröffentlichte der Lehrer Timoteo Vingadio eine Bearbeitung von Daniel Defoes Roman »Robinson Crusoe«.

Literatur aus dem Kongo war seit Beginn des 20. Jahrhunderts jedoch überwiegend eine in französischer Sprache. Ihre Entstehung verband sich von Anfang an mit der Frage nach der Zukunft der belgischen Kolonie. Drei Faktoren begünstigten die Herausbildung eines eigenständigen literarischen Selbstbewusstseins. Erstens wurde in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in Europa eine Fülle populärer Romane über die Kolonien veröffentlicht, die in hohen Auflagen erschienen. Hatten entsprechende Schriften aus dem 19. Jahrhundert Schwarzafrika hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des Exotischen beschrieben, nahm die neue Kolonialliteratur für sich in Anspruch, das Leben auf diesem Kontinent »authentisch« und »wahr« zu schildern. Dies wiederum rief den Widerspruch von Afrikanern hervor, die sich zu Wort meldeten und das in Europa gezeichnete Bild korrigierten. Dabei brachten afrikanische Autoren – beispielsweise Beamte im Dienst der Kolonialverwaltungen – mehr und mehr die Perspektive der einheimischen Bevölkerung mit ein. Der zweite Grund war eng mit dem Ersten Weltkrieg verbunden. In der Zwischenkriegszeit setzten sich die Betroffenen (und auch europäische Autoren) mit der Rolle auseinander, die beispielsweise die *tirailleurs sénégalais* – Kolonialsoldaten in französischen Diensten – in den Weltkriegsarmeen gespielt hatten. Zigtausende Schwarzafrikaner, die für die Kolonialmächte gefallen waren, waren eine eindringliche Mahnung, nun auch über neue Freiheiten für die Kolonien nachzudenken. Drittens löste die Auseinandersetzung mit der deutschen Besatzung in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg eine Debatte darüber aus, ob man nach

der eigenen Erfahrung mit dem Nationalsozialismus auch die französische Kolonialherrschaft in Afrika neu bewerten müsse.

Insbesondere in Frankreich setzten sich die Intellektuellen in den 1930er Jahren mit der Frage auseinander, ob es einen eigenständigen afrikanischen »Stil« in der Literatur gebe (Négritude-Bewegung). Schriftsteller, die ihre Ausbildung in den Schulen der Kolonialzeit erhalten hatten, veröffentlichten vor allem in französischsprachigen Zeitschriften und Verlagen in Frankreich oder Belgien. Der Jesuit Jean Coméliau gründete 1943 den Verlag »Bibliothèque de l'Étoile« (Stern-Bibliothek). In seinem Programm erschienen die beiden ersten kongolesischen Romane, »Victoire de l'amour« (Sieg der Liebe) von Dieudonné Mutombo (1954) und »Le Mystère de l'enfant disparu« (Das Geheimnis des verschwundenen Kindes) von Thimothée Malembe im Jahr der Unabhängigkeit 1960.

Mehrere Zeitschriften wie die Journale »Brousse« und »La Voix du Congolais« förderten die entstehende Literaturszene

Popularmusik aus dem Kongo

Anders als auf dem Gebiet der Literatur nimmt die Demokratische Republik Kongo für die afrikanische Popularmusik eine Vorreiterrolle ein. »Popularmusik« (ursprünglich engl. *popular music*) meinte zunächst die Massenkultur in den Städten und grenzte diese von der ländlichen Volksmusik einerseits und der Kunstmusik der Konzertsäle und Opernhäuser andererseits ab. Europäische Seeleute, Soldaten, Händler und Kolonialbeamte brachten im Zuge der Kolonialisierung frühe Formen der Popularmusik – beispielsweise Ragtime, Tango, Walzer und Polka – in den Kongo, ebenso westliche Instrumente wie Harmonika, Gitarre und Banjo. Einheimische Musiker griffen diese Einflüsse auf und verschmolzen sie mit afrikanischen Musiktraditionen. Hieraus entstanden eigenständige musikalische Ausdrucksformen, die sich von den Küstenstädten aus ins Landesinnere ausbreiteten. Interpreten wie Papa Wemba, Wendo, Kabasele, Luambo Makiadi alias Franco, Tabu Ley alias Rocherau, Pepe Kalle, Mbilia Bel und viele andere sind in Deutschland kaum bekannt, werden aber in ganz Afrika von einer riesigen Fangemeinde gehört (vgl. die Musiktipps im Anhang).

Literatur vom Kongo

Der Schriftsteller Tchicaya U Tam'si (eigentlich Gérald Félix Tchicaya) wurde am 25. August 1931 in Mpili geboren. Sein Pseudonym bedeutet »Kleines Blatt, das für sein Land spricht«. Tchicaya ist ein Beispiel für die Entstehung einer kongolesischen Nationalliteratur, die eng mit dem französischen Sprachraum verbunden ist. Tchicaya, Bürger der Republik Kongo (vgl. Kasten auf S. 55), lebte und arbeitete lange Jahre in Paris. Erst 1960 kehrte er in seine Heimat zurück und wurde zum bekannten Romancier und Lyriker. Zentrale Themen bei Tchicaya sind die Erwartungen und Hoffnungen auf eine neue afrikanische Gesellschaft. Sein wichtigstes Werk ist die auf Französisch erschienene Romantrilogie »Les cancrelats« (Die Küchenschaben, 1980), »Les méduses ou Les orties de la mer« (Das Geheimnis der Medusen, 1982, unter diesem Titel 1986 als einziger Roman auch in deutscher Sprache erschienen) und »Les phalènes« (Die Nachtfalter, 1984). Die drei Romane schildern anhand einer Vielzahl persönlicher Schicksale die Geschichte und Lebenswirklichkeit des Kongo von der Kolonialzeit bis in die Gegenwart. Tchicaya starb 56-jährig am 22. April 1988 in Paris.

Aus der Demokratischen Repbulik Kongo stammt der Literaturwissenschaftler, Schriftsteller und Publizist Valentine Y. Mudimbe. Mudimbe, 1941 in Likasi geboren, studierte Wirtschaftswissenschaften in Kinshasa sowie Linguistik und Soziologie in Paris. Gastprofessuren führten ihn um die ganze Welt – 1999 auch nach Berlin. Mudimbe gilt als einer der bedeutendsten Vertreter der Literatur und Philosophie Afrikas. Sein Roman »Shaba deux« (1978) behandelt die grausamen Ereignisse während der Mobutu-Diktatur. »Le Bel immonde« (1976) erschien 1982 auf deutsch unter dem Titel »Auch wir sind schmutzige Flüsse«.

1944 in Tshofa geboren ist Clémentine Madiya Faik-Nzuji. Sie promovierte in Paris, lehrte in den 1970er Jahren an der Nationalen Universität Zaire und unterrichtet seit 1981 mündliche Literaturen und Kulturen Afrikas an der Université Catholique de Louvain, Belgien. Für ihr literarisches Werk, vor allem Lyrik und Kurzprosa, erhielt Faik-Nzuji mehrere internationale Auszeichnungen. Ihr Roman »Tu le leur diras« erschien 2005 in Brüssel und beschreibt die Geschichte der Familie Faik-Nzujis zwischen 1890 und 2000.

im Kongo durch Wettbewerbe und die Veröffentlichung einheimischer Autoren. Viele junge Afrikaner verdanken ihre Entdeckung auch dem französischen Rundfunk und hier der Gattung Hörspiel. Anfänge der Bühnendichtung reichen bis in die 1950er Jahre zurück. Diese standen zunächst in der Tradition des belehrenden Schultheaters und hatten oft historische Inhalte. Theaterfestivals wie das »Festival de la Francophonie«, das seit 1983 jährlich im französischen Limoges stattfindet, bieten afrikanischen Dramatikern eine internationale Bühne. Mikanza Mobyem war einer der ersten kongolesischen Autoren, der 1975 mit dem Stück »Procès à Makala« auch außerhalb seiner Heimat bekannt wurde. Das Drama beschreibt am Beispiel eines Gerichtsprozesses in Kinshasa die kongolesische Gesellschaft und im Kongo verübte Verbrechen.

Auch nach dem Ende der Kolonialherrschaft besteht für den Literaturbetrieb ein umfangreiches Netzwerk »frankophoner« Organisationen weiter. Damit ist ein Grundproblem afrikanischer Literatur umrissen: Die afrikanische Realität wird häufig noch immer in einer Sprache verarbeitet, die nur eine gebildete Elite der jeweiligen Gesellschaft spricht und im Alltag verwendet. Frankophone Literatur und die afrikanischen Literaturtraditionen bilden in der Praxis mittlerweile jedoch ein enges Beziehungsgeflecht und beeinflussen sich gegenseitig. In jüngster Vergangenheit ist eine zunehmende »Afrikanisierung« der französischsprachigen afrikanischen Literatur festzustellen. Die Autoren greifen verstärkt auf traditionelle Elemente der afrikanischen Kulturen zurück. Dies führt in literarischen Texten mitunter zu einer »Kreuzung« des Französischen mit afrikanischen Sprachen.

Literarische Tradition schriftloser Gesellschaften

In der lange Zeit schriftlosen Gesellschaft des Kongo kommt der mündlichen Weitergabe von Geschichte und Geschichten eine erhebliche Bedeutung zu. In den Sprachen des Kongo (vgl. den Beitrag von Eric Muller) sind in mehreren Jahrhunderten unzählige Werke verschiedener Gattungen entstanden. Märchen

und Epen (erzählende Heldengedichte, Versdichtungen) kreisen meist um Themen wie Jagd, Krieg und Magie. In manchen Gegenden übernehmen Sänger, Gelegenheitsdichter, Erzähler oder Lobredner den Vortrag.

Ein Beispiel für ein Heldenepos ist die Lianja-Sage der Mongo-Nkundo-Stämme im Nordteil des Kongo. Es handelt sich um eine Volksdichtung, die niemals schriftlich überliefert wurde. Festgelegt ist nicht ein präziser Text, sondern der durch typische Gesänge unterbrochene Handlungsablauf mit bestimmten wichtigen Stationen. Lianja ist ein Volksheld der Mongo-Nkundo, dem man außergewöhnliche Taten nachsagt. Einige Elemente der Erzählung sind mythischen Charakters (Lianja wird aus dem Bein seiner Mutter geboren), die Rahmenhandlung jedoch ist historisch und schildert die Wanderung und Aufsplitterung der Mongo-Nkundo-Stämme.

Neben Märchen und Epen zählen zur mündlichen Literatur Legenden, Mythen und Fabeln, aber auch Sprüche, Rätsel, Redensarten und Lieder. Ihr gemeinsames Kennzeichen ist, dass der Verfasser unbekannt bleibt. Die verschiedenen Gattungen weisen mehr oder weniger feste Gestaltungsregeln auf. Der Erzähler verfügt über zahlreiche Möglichkeiten, seine Texte individuell zu strukturieren, so beispielsweise durch Rhythmus und Wiederholung. Der mündliche Vortrag ist ein hochkomplexer Vorgang, bei dem die stummen Gesten ebenso wichtig sind wie das gesprochene Wort. Auch die für einen bestimmten Inhalt richtige Tageszeit oder Schlag- und Toninstrumente zur Begleitung fließen in die Präsentation mit ein. Die Volksgruppe der Luba beispielsweise darf Tiergeschichten ausschließlich tagsüber erzählen, während über Menschen und Zauberer nur am Abend (bei Dunkelheit) berichtet wird. Die bereits erwähnte Sage von Lianja bei den Mongo-Nkundo rezitiert ein Barde nachts am Feuer. Gesicht und Körper bemalt er mit asymmetrischen Figuren. Teil der Inszenierung sind Federhut und Speer. Ein Chor aus Männern oder Frauen stimmt die charakteristischen Gesänge an, die jeden neuen Abschnitt der Sage begleiten.

Die Vielfalt der vorhandenen Zeugnisse ist in den meisten Sprachen des Kongo bis heute nicht einmal annähernd erfasst. Die Erforschung der mündlichen Literatur wurde erst seit den 1970er Jahren für europäische Missionare und Ethnologen zu

einem beliebten Thema, das in jüngerer Zeit zunehmend auch einheimische Wissenschaftler aufgreifen. Einzelne Sammlungen afrikanischer mündlicher Literatur wie »Das schwarze Dekameron« (Leo Frobenius, 1910), die »Anthologie nègre« (Blaise Cendrars, 1921) oder »Afrikanische Legenden« (Carl Einstein, 1925) waren aber zum Teil schon vor dem Ersten Weltkrieg bekannt und erfolgreich.

Tradition und mündliche Kultur im Kongo sind keineswegs nur ein Gegenstand für die historische oder ethnologische Forschung. Sie beeinflussen – vergleichbar den Stammesgesellschaften Afghanistans – nach wie vor alle Lebensbereiche und bestimmen das Verständnis von Zeit, historischer »Wahrheit« und von Geschichte insgesamt.

Traditionell vorgetragene Geschichten mit der modernen europäischen Vorstellung von Unterhaltung oder Belehrung verstehen zu wollen, greift zu kurz. Auf Familienfesten oder bei Begräbnissen bringen mündliche Erzählungen die Verbindung zur lebendigen Vergangenheit und zu den eigenen Vorfahren zum Ausdruck. Geschichten sind ein fester Bestandteil des eigenen Lebens und gelten schon deshalb als wahr – unabhängig davon, ob sich die Ereignisse tatsächlich in der erzählten Art und Weise abgespielt haben. Als überliefertes Wertesystem wird das mündlich weitergegebene Erbe bei der Lösung persönlicher oder gesellschaftlicher Probleme zugrunde gelegt. Dieser Schatz, den es zu bewahren gilt, spiegelt sich in der Literatur und im modernen kongolesischen Film wider, selbst wenn es sich dabei um Zeugnisse in nichtafrikanischen Sprachen handelt.

Besuchern aus dem deutschen Sprachraum führt die mündliche Literatur des Kongo vor Augen, dass auch die europäischen Kulturen auf einem durch Erzählen überlieferten Schatz an Sagen, Mythen und Legenden beruhen. Noch im 19. Jahrhundert sammelten und verschriftlichten die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm deutsche Volksmärchen, die bis dahin ausschließlich in mündlicher Form von Generation zu Generation weitergegeben worden waren.

Bernhard Chiari

picture-alliance/dpa

Kinshasa ist Tor zu Welt, Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, Wohnort der reichen Eliten des Landes und gigantisches Armenhaus zugleich. Am Kongo gelegen, bildet die Millionenstadt heute eine eigene Gesellschaft, in der sich jenseits ethnischer Zugehörigkeiten ein hauptstädtisches Bewusstsein ausgebildet hat. Auf die Landbevölkerung übt Kinshasa seit langem eine unwiderstehliche Anziehung aus. Verstärkt durch Krieg und Gewalt kommt jährlich ein von niemandem gezähltes Heer von Menschen an den Kongo, um hier ihr Glück zu suchen. Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten sind rar, die meisten der zwischen sechs und acht Millionen Einwohner leben von der Hand in den Mund, wie die im Bild gezeigten Frauen in einem der ständig weiterwuchernden Slums der Stadt. Dennoch ist Kinshasa ein pulsierender Schmelztiegel der Kulturen, der mit europäischen Maßstäben allein nicht zu verstehen ist.

Kinshasa: Porträt einer Stadt

Kinshasa ist ein Moloch. Mit bis zu acht Millionen Einwohnern ist die Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo die drittgrößte Stadt Afrikas, hinter Lagos (Nigeria) und Kairo (Ägypten), und von allen afrikanischen Megastädten die Ärmste. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in absoluter Armut, mit weniger als einem US-Dollar Einkommen pro Tag. Sie schätzt sich glücklich, wenn es eine tägliche Mahlzeit gibt. Bezahlte Arbeit ist selten. Das Überleben in einer sich über 30 Kilometer erstreckenden Megalopole ohne funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist aufreibend. Und doch ist Kinshasa eine Stadt voller Vitalität und Lebenskunst, mit wachem Bürgerstolz und einem weltoffenen Selbstverständnis.

Kinshasa liegt an der Peripherie des kongolesischen Staatsgebiets, aber an einem strategisch zentralen Punkt des Landes: dort, wo das riesige Kongobecken endet und die Verkehrswege an den Atlantik beginnen, der den Weg zur Welt öffnet. Der Kongo staut sich nach mehreren tausend Kilometern durch den Kontinent in einem bis zu 15 Kilometer breiten See. Dessen Abflüsse sind von Felsen und Gebirgen blockiert; durch eine Reihe von Schluchten und Schnellen bahnt sich dann der Fluss als relativ schmaler Strom seinen Weg zum Meer. Schiffbar ist er ab dieser Stelle nicht mehr. Der Verkehr läuft stattdessen über Straßen und Eisenbahntrassen. In umgekehrter Richtung kommen hier Waren vom Atlantik auf den Fluss, um von dort aus nach wochenlangen Reisen im ganzen Land verteilt zu werden. Kinshasa ist ein Umschlagplatz mit zwei Gesichtern: Tor zur Welt und Tor zum inneren Kongo.

Der Ursprung der Stadt liegt in der kolonialen Eroberung. Im Dezember 1881 kaufte Henry Morton Stanley dem Häuptling Ngaliema einen Hügel oberhalb des Dorfes Kintambo ab, der einen guten Blick über Fluss und See bot. Er errichtete den Kern dessen, was später das belgische Leopoldville werden sollte. Die koloniale Hauptstadt Belgisch-Kongos erstreckte sich von Kintambo nach Osten bis zum Fischerdorf Kinshasa entlang einer sumpfigen und feuchten Ebene. Dort entstand eine für Weiße

pa/dpa

Modegeschäft in Kinshasa

reservierte Siedlung, später umgeben von afrikanischen Wohnquartieren.

Noch heute ist Kintambo einer der ältesten und charaktervollsten Stadtteile Kinshasas. Er liegt im Westen der Metropole, oberhalb des vom Präsidentenpalast und von Militärbasen charakterisierten Viertels Ngaliema. An dieses schließt sich östlich das pulsierende Stadtzentrum unter dem Namen Gombe an, das einstige europäische Viertel mit seinen Hochhäusern und Dauerstaus, durch das der Boulevard des 30. Juni eine gigantische Schneise schlägt, bis zum Bahnhof und Hafen im Ostteil der Stadt. Aus Leopoldville wurde 1966 Kinshasa, als Diktator Mobutu Sese Seko die Afrikanisierung aller europäischen Namen anordnete.

Belgiens Kolonialpolitik prägte das spätere Kinshasa in einer Weise, die seinen Charakter bis heute mitbestimmt. Anders als die Briten im südlichen Afrika förderten die Belgier den Zuzug von Migranten aus ländlichen Gebieten, um eine stabile und loyale städtische Mittelklasse zu schaffen. Anders als die Franzosen – beispielsweise in Brazzaville am gegenüberliegenden Ufer des Kongo-Flusses – betrieben sie aktiv die Vermischung der Ethnien, um das »Stammesbewusstsein« (Tribalismus) im Keim zu ersticken. Die Hauptstadtbewohner sollten christlich und monogam leben und traditionelle Loyalitäten, die eine Gesellschaft nach europäischen Vorstellungen gefährdeten, hinter sich lassen.

So gibt es in Kinshasa anders als in den meisten Megastädten Afrikas bis heute keine mono-ethnischen Stadtviertel – ein Glück in Zeiten des Bürgerkrieges. Dass die Mehrheit der Be-

völkerung zu Kolonialzeiten dem westkongolesischen Volk der Bakongo angehörte, war selten identitätsstiftend (vgl. den Beitrag von Eric Muller). Die ethnischen Gruppen in Kinshasa wurden schon unter der belgischen Herrschaft gezielt durchmischt, zum Beispiel durch Zuzug alleinstehender Frauen aus der Bergbauregion Kasai, deren Männer in den Minen arbeiteten. Sogar in einzelnen Parzellen lebten Familien unterschiedlicher Volksgruppen neben- und miteinander. Das Fehlen einer gemeinsamen Herkunft verringerte den Zwang, sich Traditionen verpflichtet zu fühlen, und förderte den individuellen Aufstieg.

Durch diese Stadtgeschichte stand und steht Kinshasa bis heute für den Bruch mit dem »alten Kongo«. Wer dorthin geht, befreit sich von lästigen dörflichen und ländlichen Bindungen. Er – vor allem aber: sie – kann sich neu erfinden, Unabhängigkeit an den Tag legen, ein selbstbestimmtes Leben führen, zur Moderne aufschließen und sich zumindest gedanklich der großen weiten Welt zugehörig fühlen. Kinshasa bedeutet, verglichen mit der Provinz, Freiheit und Abenteuer. Die schlechte Infrastruktur im riesigen Kongo macht es so gut wie unmöglich, aus der Hauptstadt in den Rest des Landes zu reisen. Kinshasa ist eine Welt für sich.

»Kinois«, wie sich die Bewohner Kinshasas nennen, haben dadurch im Selbstverständnis etwas gemeinsam, was sie von anderen Kongolesen unterscheidet. Sogar Kinshasas einheimische Sprache Lingala kommt nicht aus der Region, sondern aus dem Siedlungsgebiet der Bangala im äußersten Norden Kongos. Von dort aus verbreiteten sie die Belgier und später Mobutu als gemeinsame Sprache von Armee und Militär, sozusagen als einheimisches Gegenstück zur Verwaltungssprache Französisch.

Die Entwicklung und das Wachstum Kinshasas haben die spezifische Kin-Identität in den letzten Jahrzehnten nicht erschüttern können, aber sie haben die Stadt teils bis zur Unkenntlichkeit verändert. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1960 hatte das damalige Leopoldville 400 000 Einwohner – drei Jahre später war es schon eine Million. Anfang der 1990er Jahre schätzte man vier bis fünf Millionen Einwohner, heute sind es sechs bis acht Millionen. Die Stadt ist längst über die Ebene am Fluss hinausgewachsen. Sie hat die Hügel im Umland erobert und sich vom Fluss entfernt. Es sind riesige Viertel ohne Verkehrsanbindung

entstanden, von denen aus das Stadtzentrum einen Tagesmarsch entfernt ist. Hier gelten – unterhalb des Existenzminimums – eigene Gesetze des Überlebens. Das Lebensgefühl, für das Kinshasa steht, ist hier nur noch am Horizont sichtbar. Es spiegelt sich in den Hochhäusern von Gombe, als immer präsenter und nie erreichbarer Traum. Hier können Verzweiflung und Elend leicht in Wut und Hass umschlagen, wenn die reiche Elite das Volk wieder einmal von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen fernhalten will.

Das Bevölkerungswachstum der Hauptstadt war in Krisenzeiten des Kongo besonders stark, denn Verzweifelte aus dem Umland und aus entfernten Landesteilen strömten in die Metropole. Die Kongokriege seit 1996 sollen groben Schätzungen zufolge zwei Millionen Menschen zur Wanderung nach Kinshasa bewogen haben. Sie leben nicht als sichtbare Flüchtlinge oder Vertriebene, sondern kommen bei Freunden und Verwandten unter. Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat somit stark zugenommen und soll heute bei rund acht Personen liegen. Vor den Kriegen waren es immerhin nur fünf Personen pro Haushalt.

Diese Belastung wäre schon unter normalen Umständen schwierig, aber sie geht zusätzlich einher mit dem weitgehenden Zusammenbruch der produktiven Wirtschaft. Die staatliche Ausbeutung der Ökonomie unter Mobutu und die von oben genehmigten Plünderfeldzüge von Präsidentengarde und Armee in Kinshasa zwischen 1991 und 1993 stürzten fast die gesamte Stadtbevölkerung ins Elend. 1997 marschierten die siegreichen Rebellen von Laurent-Désiré Kabila an der Spitze einer von Ruanda geführten Eingreiftruppe in der Hauptstadt ein, erschöpft nach einem siebenmonatigen Gewaltmarsch quer durch das riesige Land, aber von den Slumbewohnern Kinshasas mit Jubel begrüßt. Zu diesem Zeitpunkt war die Staatsgewalt bereits so gut wie verschwunden. Die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation (vgl. den Beitrag von Christiane Kayser) hatte demgegenüber immer mehr Ordnungsfunktionen übernommen. Dies sorgte 1997 sowie beim Ausbruch des zweiten Kongokrieges 1998 dafür, dass Kinshasa nicht zum Schlachtfeld wurde.

Die gesellschaftliche Selbstorganisation verhinderte aber nicht, dass Kinshasa während des Krieges weiter ins Elend stürzte. Kinshasa ist heute eine Stadt der permanenten Impro-

visation, die ihre politischen Koordinaten weitgehend verloren hat. Eine sichtbare, organisierte Protestkultur ist daraus noch nicht entstanden. Vorrangig ist das nackte Überleben. Der Tagesrhythmus der meisten »Kinois« wird bestimmt von der Suche nach der nächsten Mahlzeit oder den finanziellen Mitteln, um sich diese zu leisten. Da in Kinshasa so gut wie nichts produziert wird, sondern die Stadt vom Handel und von der staatlichen Verwaltung lebt, geht dies nur durch das Erfinden von Arbeit. Es ist der simpelste Service-Trick der Welt: das künstliche Erschweren der einfachsten Vorgänge und das gleichzeitige Angebot, diese Komplikation aus der Welt zu schaffen. Das sieht zum Beispiel folgendermaßen aus:

Man stellt sich dem per Schiff ankommenden Händler oder dem am Flughafen ankommenden Besucher in den Weg, um ihm den lästigen Gang durch den Zoll zu erleichtern oder sogar zu ersparen. Man schaufelt auf der Straße Sand aus Schlaglöchern und wieder hinein und hält die Hand auf, wenn ein Auto kommt. Man sichert einen Platz in der Schlange vor der Wasserpumpe oder findet im überfüllten Minibus einen freien Platz, natürlich gegen Geld. Man verdingt sich als Träger, als Wegweiser, als Helfer. Man verkauft alles, was irgendwie Geld bringen könnte, und das geht sogar ohne Ware: Man stellt einfach den Kontakt zu jemandem her, der die gewünschte Ware haben könnte oder jemanden kennt, der weiß, wo man sie eventuell findet.

Irgendwie ist am Ende des Tages vielleicht genug Geld für eine Mahlzeit zusammen gekommen. Zumindest muss das Geld für die Rückfahrt nach Hause reichen: wenn man Glück hat, in einem der selten fahrenden Busse, ansonsten auf dem Dach der ständig überfüllten Vorortzüge oder in einem der improvisierten Sammeltaxis, meist einfach Privatautos mit freien Plätzen. Trauben von Menschen pilgern frühmorgens und spätabends zu Fuß die endlosen Hauptstraßen entlang, in der vagen Hoffnung einer Mitfahrgelegenheit. Sie füllen damit sicherlich die Hälfte ihres wachen Tages und sind so ein Symbol dessen, was aus Kinshasa geworden ist – eine Megalopole, die noch immer nach den Regeln des Dorfes funktioniert und deren Bewohner das nur ertragen, weil sie meinen, ihrem Ursprungsdorf entronnen zu sein. Das ist das Paradox von Kinshasa.

Dominic Johnson

Vorkolonialzeit bis 19. Jahrhundert

Afrika

um 3000 v. Chr.: Vereinigung von Ober- und Unterägypten

ab 1000 v. Chr.: Nubier im südlichen Ägypten gründen Königsstaat Kusch

Kongo – politische Ereignisse

Kongo – Kultur, Religion, Gesellschaft

622–800: Wirken Mohammeds und seiner Nachfolger in Nord- und Nordostafrika: islamisch-arabisch geprägter Norden, Subsahara-Gebiet mit christlichen und traditionell afrikanischen Religionen (»Schwarzafrika«)

um 1200: Beginn der zweiten großen Bantuwanderung

um 1420: Gründung des Königreichs der Luba

um 1350: Entstehung des Königreichs Kongo unter König Nimi a Nzima

1498: Umschiffung des Kaps der Guten Hoffnung (Kap der Stürme) durch Bartolomeo Diaz

1499/1500: erste Fahrten nach Brasilien durch Amerigo Vespucci und Pedro Alvares Cabral

ab 1500: Christianisierung im Kongo

1518: Dom Henrique, der Sohn des Kongo-Herrschers Mbemba a Nzinga (Afonso I.), der sich seit 1508 in Europa befindet, wird zum Bischof geweiht

ab ca. 800-500 v. Chr.: Wanderung der Bantuvölker nach Zentral- und Ostafrika; steinzeitliche Nomaden der Khoisan-Kulturen, der San (auch »Buschmänner«, »Buschleute«) und Khoi (früher »Hottentotten«) im südlichen Afrika

146 v. Chr.: Vorherrschaft der Römer in der nordafrikanischen Provinz »Africa proconsularis« nach dem Fall Karthagos

30 v. Chr.: Ägypten wird römische Provinz

500-1000 n. Chr.: Bantuvölker breiten sich über die heutigen Provinzen Kasai, Kivu und Katanga aus

1480–1550: Blütezeit des Reiches Kongo (auch Bakongo)

1482: Diogo Cão erreicht Kongomündung; diplomatische Beziehungen des Königs mit Portugal

ab 1480: Katholische Mission im Reich Kongo

1491: König Nzinga a Nkuwu lässt sich taufen (João I.)

1492: der Nürnberger Martin Behaim erstellt den ältesten noch erhaltenen Globus

1499–1502: erste Reise um Afrika herum nach Indien durch Vasco da Gama

1506–1546: Mbemba a Nzinga wird als Afonso I. getauft und erringt mit portugiesischer Hilfe die Macht über die Bakongo

1568: Zerstörung der Kongo-Hauptstadt São Salvador durch das Volk der Jaga

1575: Gründung von São Paolo de Luanda (heute Luanda); Entwicklung der Stadt zum wichtigsten Sklavenmarkt an der südlichen Westküste Afrikas

	Vorkolonialzeit bis 19. Jahrhundert
Afrika	Ende 16. bis Mitte 19. Jahrhundert: Dreieckshandel mit Sklaven nach Brasilien, Zucker nach Europa, Gewerbeerzeugnisse, Waffen, Schnaps nach Afrika
Kongo – politische Ereignisse	
Kongo – Kultur, Religion, Gesellschaft	

		1865: Abschaffung der Sklaverei in den Südstaaten der USA
1816: britische Entdeckungsreise von James Tuckey zur Kongomündung	1833: Abschaffung des Sklavenhandels im britischen Empire	1854: schottischer Missionar und Entdecker David Livingstone in Katanga

		1888: Abschaffung der Sklaverei in Brasilien
1878–1887: Expedition Stanleys im Auftrag Leopold II. von Belgien	1881: Gründung der Stadt Leopoldville (heute Kinshasa)	

1652: Holländer gründen die Kap-Kolonie

1653: Großteile des Reiches Kongo, besonders der Küstenstreifen, kommen unter portugiesische Herrschaft

18./19. Jahrhundert: autonome Häuptlingstümer

1800: afro-arabischer Handel in Ost-Kongo

1682–1706: Wirken der Prophetin Doña Beatrice (»Schwarze Johanna von Orléans«)

1874–1877: der britisch-amerikanische Journalist und Abenteurer Stanley erforscht das Kongobecken

1871: Treffen Livingstone und Henry Morton Stanley in Ujiji (10.11.)

1876: Gründung des »Studienkomitees für den Oberkongo« in Belgien, Ende der 1880er Jahre abgelöst durch die »Association internationale du Congo«

ab 1870: zweite christliche Missionierungswelle in Zentral-Kongo

Kolonialzeit 1885–1960

1884/85: Berliner Kongo-Konferenz, Aufteilung Afrikas in Einflusssphären zw. den europäischen Großmächten

1889–1898: Der englisch-südafrikanische Politiker Cecil Rhodes erwirbt weite Teile des heutigen Simbabwe, »Süd-Rhodesien« wird ab 1891 britisches Protektorat, später englische Kronkolonie

1885: König Leopold II. von Belgien erklärt sich zum Eigentümer des Kongo, fortan »Kongo-Freistaat«

	Kolonialzeit 1885–1960 →
Afrika	1896: Niederlage der Italiener in der Schlacht von Adua gegen die Äthiopier (1.3.)
Kongo – politische Ereignisse	1890–1894: belgisch-arabischer Krieg im »Kongo-Freistaat«
Kongo – Kultur, Religion, Gesellschaft	1891: Verordnung von Zwangsarbeit für die Kongolesen (21.10.)

	1919: Völkerbundsmandate für deutsche Kolonien; erster Panafrikanischer Kongress in Paris
	1911: Beginn des Kupferbergbaus in der Provinz Katanga 1914: Aneignung von Belgisch-Kongo ist Hauptziel des Deutschen Reichs in Afrika während des Ersten Weltkriegs
1910: Abschaffung der Zwangsarbeit auf internationalen Druck	um 1920: Aufkommen prophetisch-religiöser Bewegungen (u.a. »Kimbanguismus«)

	1939–1945: Zweiter Weltkrieg (hauptsächlich Nordafrika betroffen) 1946–1956: Dekolonisierung Nordafrikas 1948–1990: Apartheidregierung in Südafrika
	1941–1944: Aufstände in der Armee
	1942: Lieferung von Uran an die USA, aus dem die Sprengköpfe für die über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben hergestellt werden 1950: Gründung der Kulturvereinigung »Association National du Congo«

1898: britisch-französische Faschodakrise um den Sudan

1899–1902: Unterwerfung der südafrikanischen Burenstaaten durch die Briten

1904: internationale Kampagnen gegen die »Kongogräuel«

1908: Abtretung »Kongo-Freistaat« an Belgien, fortan Belgisch-Kongo

bis 1908: als Folge der Kolonialherrschaft sterben ca. 10 Mio. Einheimische

1898: Fertigstellung der ersten Eisenbahnverbindung von Matadi nach Leopoldville

Nationalflagge des Kongo-Freistaats und Belgisch Kongos ab 1908

1925: die Mandate für Ruanda und Burundi fallen an Belgien

ab 1929: wachsendes Elend in den afrikanischen Kolonien durch verstärkte Ausbeutung infolge der Weltwirtschaftskrise

1926: Hauptstadt wird statt Boma nun Leopoldville (später Kinshasa)

1928: Gründung der »Société Générale de Belgique« zur konzentrierten Ausbeutung der Rohstoffvorkommen von Belgisch-Kongo

ab 1933: zwangsweises Anlegen von Afrikanersiedlungen (»paysonnats indigènes«)

1952–1956: Mau-Mau Aufstand in Kenia; 1954–1962: Algerien-Krieg (1 Mio. tote Algerier), anschließend Unabhängigkeit von Frankreich

1957: Befreiung der englisch kolonisierten Goldküste und Gründung Ghanas: Startzeichen für die Befreiung »Schwarzafrikas« von den Kolonialmächten.

1957: erste Kommunalwahlen in Belgisch-Kongo; 1958: Gründung gesamtkongolesische Partei Mouvement National Congolais, MNC

1959: Entschluss Belgiens zur raschen Dekolonisierung (13.01.)

1959: Hutu-Aufstand gegen Tutsis in Ruanda; Aussiedlung der Luba aus der Kongo-Provinz Kasai (ca. 100 000 Menschen)

Die Erste Republik (1960–1965)

Afrika

1960: »Jahr Afrikas« – Unabhängigkeit der meisten französischen Kolonien

Kongo – politische Ereignisse

1960: Unabhängigkeit Belgisch-Kongos unter Staatspräsident Joseph Kasavubu und Ministerpräsident Patrice Lumumba (30.6.); Soldatenaufstand gegen belgische Offiziere; Beginn von Unruhen (4.7.); Sezession der Kupferprovinz Katanga unter Moïse Tshombé bis 1963 (11.7.)

Kongo – Kultur, Religion, Gesellschaft

1961: Beginn des Eritreischen Unabhängigkeitskampfes (bis 1991)
1963: Gründung der Organization for African Unity (OAU)

1963: Ende der Katanga-Sezession
1964: »Simba-Rebellion« in Kwilu und im Osten (Januar); Abzug UN-Truppen (30.6.); Zentralregierung unter Moïse Tshombé (Juli); erste föderalistische Verfassung, Mehrparteiensystem (1.8.)

1963: Massaker an Tutsis in Ruanda

1975: Konvention von Lomé zw. EG und AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)

1970: Einparteiensystem der Mouvement Populaire de la Révolution (23.12)
1971: Umbenennung in Republik Zaire (27.10.); Beginn Authentizitätskampagne

Nationalflagge Zaires (1971–1997)

ab 1972: Afrikanisierung der christlichen Namen und Vornamen; Konflikt zw. dem Staat und der katholischen Kirche (15.2.)

Nationalflagge der Republik Kongo (1960–1963)

1961–1975: Befreiungskriege in den portugiesischen Kolonien Angola, Guinea und Mosambik

1960–1964: Blauhelm-Operation der UN im Kongo (ONUC, ab 15.7.)
1960: Entmachtung des als »Kommunist« diskreditierten Lumumba durch den von den USA unterstützten Joseph-Désiré Mobutu, prowestliche Zivilregierung (14.9.); 1960–1965: Bürgerkrieg im Kongo
1961: Ermordung des Ministerpräsidenten Patrice Lumumba in Katanga (17.1.)

ab 1960: massenweise Auswanderung von Europäern (Juli)

Die Zweite Republik/Zaire (1965–1997) ⟶

1967–1970: Bürgerkrieg in Nigeria (Biafrakrieg)

1965: Militärputsch, Machtübernahme unter Joseph Désiré Mobutu, später afrikanisiert: Mobutu Sese Seko (24.11.)
1967: Manifest von N'Sele
1969: Studenten der Uni Lovanium gehen gegen Regime Mobutu auf die Straße (Mai)

Nationalflagge Demokratische Republik Kongo (1963–1971)

1966: öffentliche Hinrichtung der Führer der »Pfingst-Verschwörung«

1975: Verstaatlichungswelle, Kollaps der Wirtschaft
1975/76: Intervention zairischer Truppen in Angola (gegen die Regierung des Movimento Popular de Libertação de Angola, MPLA); kubanische Intervention in Angola
1977/78: »80-Tage-Krieg«; Interventionen der Front pour la Libération Nationale du Congo (FLNC) in der Provinz Shaba (Katanga) mit der Absicht Mobutu zu stürzen; Eingriff französischer und belgischer Truppen zum Schutz Mobutus

1976: erstmaliger Ausbruch des Ebola-Virus in Zaire

	Die Zweite Republik/Zaire (1965–1997)
Afrika	
Kongo – politische Ereignisse	1979: Brief der Gruppe der »13 Parlamentarier« gegen das autoritäre Regime Mobutu (1.11.)
Kongo – Kultur, Religion, Gesellschaft	

1990: Stürmung der Universität von Lubumbashi (30 bis 100 tote Studenten); Aufkündung nicht-humanitärer Unterstützung durch EG, USA und Kanada (11.5.); Mobutu erklärt Übergang zur »Dritten Republik« (24.11.)

1994: gewaltfreie Aufhebung der Apartheid in Südafrika

1995: erneuter schwerer Ausbruch des Ebola-Virus: 244 Opfer (März)

1996: Afrika in der »Schuldenfalle«: der Kontinent zahlt mehr Schulden zurück als er an »Entwicklungshilfe« erhält

1994: Ruanda-Genozid: etwa 800 000 Tutsi und oppositionelle Hutu werden im östlichen Nachbarland ermordet (April bis Juli); Zustrom von über 1,2 Mio. Hutu-Flüchtlingen aus Ruanda nach der Machtübernahme der Tutsi (Juli)

ab 1985: Beginn der Demokratisierungsbewegung in zahlreichen Staaten Afrikas

1982: Gründung der Oppositionspartei Union Pour la Démocratie et le Progrès Social (UDPS) unter Étienne Tshisekedi (Februar)

1983: Generalamnestie für politische Dissidenten (21.5.)

1992–1996: Boutros-Boutros Ghali erster afrikanischer Generalsekretär

1992: Étienne Tshisekedi wird Ministerpräsident (15.8.)

1992: Protestmarsch der Christen auf den Straßen Kinshasas (16.2.); Welle »ethnischer Säuberungen« unter den Luba: 100 000 Vertriebene (August)

1993: Friedensvertrag von Arusha soll Ruanda stabilisieren (4.8.)

1993: Tausende Tote bei Konflikten zw. Hunde und Nande sowie eingewanderten Hutu und Tutsi in Nord-Kivu

1996: Gründung der Oppositionspartei Alliance des Forces Démocratique pour la Libération du Congo (AFDL) unter Führung Laurent-Désiré Kabilas (18.10.)

1996/97:
Bürgerkrieg in Zaire (erster »Kongo-Krieg«); Krieg der Allianz Kabilas (AFDL) gegen das Mobutu-Regime

1996: Rebellion von Banyamulenge-Tutsis in Süd-Kivu gegen die beabsichtigte Vertreibung

Die Demokratische Republik Kongo

Afrika

1998–2002: »Erster Afrikanischer Weltkrieg«

Kongo – politische Ereignisse

1997: Sieg der AFDL, Machtübernahme durch Kabila, Flucht Mobutus nach Marokko (17.5., dort am 7.9. verstorben); Umbenennung Zaires in Demokratische Republik Kongo

Kongo – Kultur, Religion, Gesellschaft

ab 1997: weitere gewaltsame Konflikte zw. Hutu und Tutsi im Osten

2000: am Ende des Jahrzehnts sind im südlichen Afrika rund 12 Mio. Menschen an AIDS gestorben, Infektionsrate von 25 Prozent; erster EU-Afrika-Gipfel in Kairo (3.4.)

1999: Friedensabkommen von Lusaka – der Krieg tobt dennoch weiter (11.7.); UN-Sicherheitsrat beschließt die Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo (MONUC, 30.11. bis heute andauernd)

Nationalflagge der Demokratischen Republik Kongo (1997–2006)

2002: Abkommen mit Ruanda zur Beendigung des Krieges, am 6.9. auch mit Uganda; Abzug der Truppen Ruandas, Ugandas, Burundis, Angolas, Simbabwes und Namibias (30.7.); Unterzeichnung eines Abkommens in Pretoria (Südafrika) zur Beendigung des Krieges (17.12.)

2002: Vulkanausbruch in Goma, mind. 100 000 Menschen obdachlos (17.1.)

2003: Grippeepidemie im Norden mit bis zu 2000 Toten (Februar); verschärfte ethnisch motivierte Kämpfe zw. Volksgruppen der Lendu und Hema im Distrikt Ituri

(seit 1997) →

1998–2003: zweiter »Kongo-Krieg«

1998: Ausbruch einer offenen Rebellion von Militäreinheiten gegen Kabila im Osten Kongos (3.8.); nach Zerwürfnis mit Kabila attackieren Tutsi-Kämpfer des Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD) Kinshasa, unterstützt durch Ruanda und Uganda; dank Intervention von Militär aus Angola, Simbabwe und Namibia wird der Angriff zurückgeschlagen (3.8.); Kriegseintritt des von Jean-Pierre Bemba geführten Mouvement pour la Libération du Congo (MLC) im Norden des Landes, zunächst in Allianz mit RCD, ab 1999 in Gegnerschaft (November)

2001: OAU wandelt sich zur Afrikanischen Union (AU) (9.7.)

2000: »vollständiger« Waffenstillstand tritt in Kraft und wird fortan häufig gebrochen (14.4.)

2001: Kämpfe zw. Angehörigen der Hema und Lendu in Ost-Kongo (Konflikte seit August 1999); tödliches Attentat auf Laurent-Désiré Kabila, Nachfolger wird sein Sohn Joseph (16.1.)

2001: belgischer Untersuchungsausschuss: Brüsseler Regierung trug moralische Verantwortung für Ermordung von Patrice Lumumba (17.1.1961) (16.11.)

2003: Inkrafttreten einer Übergangsverfassung (4.4.); Friedensabkommen von Sun City (Südafrika, 2.4.), Inkrafttreten einer Übergangsverfassung (4.4.), Übergangsregierung unter Joseph Kabila; Soll-Stärke MONUC auf 10 800 Mann erhöht (28.7.) – ab 2004 16 700 Mann; UN-Sicherheitsrat beschließt am 30.5. Entsendung einer EU-geführten Interim Emergency Multinational Force (1500 Mann) in das Gebiet von Bunia zur Verhinderung von Massakern (befristet bis 1.9.); französisch geführte UNO-Mission IEMF (Operation Artemis)

	Die Demokratische Republik Kongo
Afrika	2004: afrikanischer »Friedens- und Sicherheitsrat« (PSC) nimmt Arbeit auf (März); erstmals landesweite Verteilung von aidshemmenden Medikamenten in Südafrika; Friedensnobelpreis an Öko- und Frauenrechtsaktivistin Wangari Maathai
Kongo – politische Ereignisse	
Kongo – Kultur, Religion, Gesellschaft	

2006: UN-Sicherheitsrat autorisiert die EU-Friedenstruppe EUFOR RD Congo (2400 Mann, mit deutscher Beteiligung) zur Unterstützung der MONUC (25.4.); erste Mehrparteienwahlen nach der Unabhängigkeit: Mehrheit für politische Kräfte um Joseph Kabila (30.7.); Sieg von Joseph Kabila in der Stichwahl (58 % der Stimmen) gegen den früheren Milizenchef Jean-Pierre Bemba (29.10.); Ende des EUFOR-Einsatzes (30.11.)

2006: Milizenchef Thomas Lubanga als erster kongolesischer Warlord vom IStGH in Den Haag angeklagt (28.8.)

2008: Waffenstillstand zwischen Regierungstruppen und Tutsi-Milizen für Nord- und Süd-Kivu (21.1.)

2008: Nach Angaben des International Rescue Committee (IRC) sterben in der DRK pro Monat schätzungsweise 45 000 Menschen an den Folgen des »Ersten Afrikanischen Weltkriegs« (Januar); Weltgebetspostulat Benedikts XVI. für den Frieden in Afrika und das Werk der Versöhnung (Januar)

2004: Regierung und Internationaler Strafgerichtshof (IStGH, Den Haag) vereinbaren Untersuchung der Kriegsverbrechen im Land (26.–30.7.)

2005: Verlängerung der Übergangsregierung (17.6.)

2005: Protestdemonstration am 30.6. gegen Verschiebung der Wahlen (mind. zwölf Todesopfer); Unruhen in der Provinz Katanga, Flucht von 60 000 Menschen nach Kämpfen zw. Armee und Maj-Maj-Milizen (August)

2007: blutige Proteste der mit Bemba verbündeten politisch-religiösen Bewegung Bundu dia Kongo in Bas-Congo (über 100 Todesopfer, 31.1.); neue Kämpfe in Kivu-Provinzen, die weiterhin von Milizen kontrolliert werden; 200 000 Menschen auf der Flucht (seit Februar); DRK und Uganda vereinbaren Beilegung von Grenzstreitigkeiten; Waffenruhe zwischen Regierungstruppen und Tutsi-Milizen in Nord-Kivu (6.9.)

2007: Kämpfe zwischen bewaffneten Kräften Kabilas und Bembas in Kinshasa (ca. 300 Todesopfer, 22./23.3.); Ausreise von Bemba nach Portugal (11.4.)

Nationalflagge der Demokratischen Republik Kongo
seit 16. Februar 2006

Kalender

Erinnerungstage, Festtage, Feiertage

Angaben in eckigen Klammern bezeichnen die Daten von Festen im Kirchenjahr für die Jahre 2009 und 2010.

1.1.	Jour de l´An – Neujahr
4.1.	Journée Nationale des Martyrs de l'Indépendance – Tag der Opfer der Unabhängigkeit
6.1.	Jour des Rois Mages – Heilige Drei Könige
8.1.	Flugzeugabsturz in Kinshasa, 350 Tote (1996)
16./17.1.	Journées des Héros Nationaux et de leurs compagnons d'infortune – Tag der nationalen Helden und ihrer Leidensgenossen
17.1.	Vulkanausbruch zerstört Goma, 100 000 Menschen obdachlos (2002)
16.2.	Tag der Opfer der Demokratie
20.2.	Meuterei der Garnison Luluabourg (1944)
8.3.	Beginn der Angriffe der »Katanga-Gendarmen« auf das Regime Mobutu (1977)
21.3.	Vendredi Saint – Karfreitag [10.4./2.4.]
23.3.	Dimanche de Pâques – Ostersonntag [12.4./4.4.]
4.4.	Konstituierung der Übergangsregierung (2003)
6.4.	Abschuss der ruandischen Präsidentenmaschine, Tod des ruandischen und des burundischen Präsidenten, im Anschluss Völkermord an Tutsis und gemäßigten Hutus in Ruanda (1994)
23.4.	König Leopold II. von Belgien erklärt sich zum Eigentümer des Kongo (1885)
24.4.	Mobutu verkündet Übergang zur »Dritten Republik« (1990)
1.5.	Journée internationale du Travail – Internationaler Tag der Arbeit
1.5.	Jour de l´Ascension – Christi Himmelfahrt [21.5./13.5]
11./12.5.	Pentecôte – Pfingsten [31.5., 1.6./23.5., 24.5.]
17.5.	Date anniversaire de la Libération du Peuple de la tyrannie – Jahrestag der Befreiung des Volkes von der Tyrannei
22.5.	Fête-Dieu – Fronleichnam [11.6./3.6.]

4.6.	Geburtstag des Präsidenten Joseph Kabila
30.6.	Date anniversaire de l´Indépendance – Unabhängigkeitstag (1960)
1.7.	Beginn der UN-Mission ONUC (»Opération des Nations Unies au Congo«; 1960)
9.7.	Gründung der Afrikanischen Union (AU), Nachfolgerin der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU; 2002)
11.7.	Beginn der Kongowirren (1960–1965)
30.7.	Joseph Kabila und Paul Kagame (Präsident Ruandas) unterzeichnen in Pretoria (Südafrika) ein Abkommen zur Beendigung des Kongokrieges (2002)
1.8.	Jour des Parents - Elterntag
2.8.	Tutsi-Milizen und reguläre Armeeeinheiten aus Ruanda und Uganda beginnen den Kampf gegen Laurent-Désiré Kabila (1998)
15.8.	Assomption de la Vierge – Mariä Himmelfahrt
24.8.	Kasika-Massaker mit mehr als 1000 Toten (1998)
24.9.	Geburtstag des Propheten Simon Kimbangu (1889)
14.10.	Geburtstag von Mobutu Sese Seko (ehemals Jour de l´Adolescence – Jugendtag)
18.10.	Aufstand der Banyamulenge-Tutsis in Ostzaire (1996)
27.10.	Umbenennung des Landes in Zaire (1971)
30.10.	Weltmeisterschafts-Boxkampf zwischen George Foreman und Muhammad Ali in Kinshasa (1974)
1.11.	Toussaint – Allerheiligen
15.11.	Verkauf des Kongo-Freistaats an den belgischen Staat, fortan Belgisch-Kongo (1908)
17.11.	Jour de l´Armée – Tag der Armee
24.11.	Militärputsch General Mobutus (1965)
30.11.	Beginn der UN-Mission MONUC (Mission de l´Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo; 1999)
25.12.	Noël – Weihnachten

Erinnerungsorte

Im Folgenden werden 18 Städte der Demokratischen Republik Kongo vorgestellt. In der Klappkarte »Erinnerungsorte« am Ende des Buches ist jede dieser Städte mit der entsprechenden Zahl gekennzeichnet.

1 Banana: Die Stadt an der Mündung des Kongo besitzt einen bedeutenden Marinestützpunkt. Im 19. Jahrhundert diente der Hafen größtenteils dem Sklavenhandel. Henry Morton Stanley erreichte im Jahr 1879 Banana, um im Auftrag des belgischen Königs Leopold II. das Kongobecken zu erforschen. In einer feierlichen Zeremonie verkündete Leopold hier am 1. Juli 1885 die Gründung des Kongo-Freistaats. Im Bürgerkrieg Ende der 1990er Jahre war Banana Schauplatz des Kampfes zwischen Kabila-Anhängern und ruandischen Rebellen.

2 Boma: Der Seehafen am rechten Ufer des Kongoflusses nahe der Mündung war zwischen 1887 und 1926 die Hauptstadt des Kongo-Freistaats bzw. seit 1908 die Hauptstadt Belgisch-Kongos.

3 Bukavu: Bukavu liegt im Osten des Landes am Südende des Kivu-Sees. Es wurde 1901 als »Costermansville« von der belgischen Kolonialmacht gegründet. Ursprünglich lebten hier prominente europäische Siedler. Die Stadt entwickelte sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem bedeutenden Transport- und Verwaltungszentrum. Infolge der Kongowirren 1960 bis 1965, weiterer Aufstände 1991 und des stetigen Wachstums der benachbarten Stadt Goma verlor Bukavu an Bedeutung. Traurige Berühmtheit erlangte es vor allem im ersten und zweiten Kongo-Krieg. Die ethnisch und politisch motivierten Auseinandersetzungen zwischen Hutu und Tutsi nach dem Ruanda-Genozid im Jahr 1994 führten zu wiederholten grausamen Massakern auf beiden Seiten. Bukavu ist Erzbistum der katholischen Kirche.

4 Bunia: Bunia ist die Hauptstadt des Ituri-Distrikts in der Provinz Orientale. Die Stadt liegt zwischen den Flüssen Ituri und Shari direkt an der Grenze zu Uganda. Bunia ist das Zentrum des »Ituri-Konfliktes« zwischen den Lendu und Hema. In dieser vordergründig ethnischen Auseinandersetzung gibt es seit den 1970er Jahren Streitigkeiten um Landbesitz. Die Situation eskalierte im Rahmen der Invasion ugandischer Truppen im Jahr 1998. Die Invasoren verbündeten sich mit den Hema; es kam zu massiven Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgruppen mit mehr als 50 000 Toten. Die UNO stationierte daraufhin eine größere MONUC-Einheit in Bunia, um die Konfliktparteien kontrollieren zu können. Als Reaktion auf diesen Schritt ermordeten vermutlich Lendu-Rebellen im Februar 2005 neun Militärbeobachter der MONUC. Die Blauhelme führten einen Gegenschlag gegen ein Rebellenlager und töteten rund 50 Kämpfer. Der Konflikt konnte im Juli 2005 durch die Ent-

waffnung von 15 000 Milizionären deeskaliert werden. In Bunia befindet sich das Hauptquartier des MONUC-Sektors 6.

5 Gbadolite: Gbadolite im Norden des Landes, an der Grenze zur Zentralafrikanischen Republik, ist von Regenwald umgeben und kann praktisch nur per Flugzeug erreicht werden. Gbadolite war die Residenz des ehemaligen Präsidenten von Zaire, Mobutu Sese Seko. Dieser baute die Stadt seit den 1970er Jahren aus und errichtete drei Paläste, die Gbadolite den Spitznamen »Versailles des Urwalds« gaben. Die Palastanlagen beherbergten unter anderem eine Kirche, ein Amphitheater, zwei Schwimmbäder mit Aussicht auf den Fluss Ubangi sowie prächtige Gartenanlagen mit Springbrunnen. Mobutu verwandelte Gbadolite in einen zweiten Regierungssitz, wo für alle Ministerien Gebäude geschaffen wurden. Nach der Vertreibung Mobutus 1997 wurde Gbadolite von Rebellen eingenommen und dabei komplett geplündert. Bis zu den Wahlen 2006 war die Stadt Sitz der von Jean-Pierre Bemba geführten Partei MLC (Mouvement pour la Libération du Congo).

6 Goma: Im äußersten Osten der Demokratischen Republik Kongo an der Grenze zu Ruanda liegt Goma, Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu. Die Stadt befindet sich zwischen dem Vulkan Nyiragongo im Norden und den Ufern des Kivu-Sees im Süden. Während des Bürgerkrieges in Ruanda 1994 war Goma eines der Hauptziele von Flüchtlingsströmen. Nachdem über eine Million Menschen in die Stadt gekommen waren, brach in den Lagern eine Cholera-Epidemie aus, die mehrere tausend Opfer forderte. In den Jahren nach 1997/98, als der Bürgerkrieg im früheren Zaire nach dem Sturz Mobutus eskalierte, eroberten ruandische Regierungstruppen Goma. Im Zuge der Verfolgung von Hutus, die dort Zuflucht gesucht hatten, wurden Hunderte Zivilisten ermordet. Im Jahre 2002 zerstörte ein Lavastrom, der vom Nyiragongo stammte, die Stadt zu großen Teilen. Viele Gebäude vor allem im Stadtzentrum sowie der Flughafen waren betroffen. Die rund 250 000 Einwohner mussten flüchten, viele von ihnen blieben obdachlos. Im Jahr 2005 traten im Gebiet erneut vulkanische Aktivitäten auf.

7 Kananga: Kananga ist die Hauptstadt der Provinz West-Kasai, die hauptsächlich vom Baumwollanbau und der Goldförderung lebt. Die Siedlung wurde 1884 von dem deutschen Entdecker Hermann von Wissmann (1853–1905) gegründet. Ihren ursprünglichen Namen »Luluabourg« behielt die Stadt bis 1966. 1895 lag Kananga im Zentrum des Batetela-Aufstandes gegen die belgischen Machthaber, nachdem Kolonialsoldaten den Häuptling dieses Stammes erschossen hatten. Mit dem Bau einer Eisenbahnverbindung von Ilebo über Luluabourg bis nach Lubumbashi zu Beginn des 20. Jahrhunderts nahm der wirtschaftliche Aufschwung seinen Anfang. Die andauernden ethnischen Konflikte zwischen den Völkern der Luba und Bena Lulua förderten nach der Unabhängigkeit Belgisch-Kongos Bestrebungen zur Sezession Süd-Kasais.

Kananga ist heute Erzbistum der katholischen Kirche. In der Stadt leben schätzungsweise bis zu eine Million Menschen.

8 Kikwit: Im März 1995 rückte Kikwit in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit, als dort ein Ausbruch des Ebola-Virus mit einer achtzigprozentigen Letalität verzeichnet wurde. Der Erreger kostete 244 Menschen das Leben und drohte auf die Millionenmetropole Kinshasa überzugreifen.

9 Kinshasa: Die Stadt am Kongofluss befindet sich ca. 350 km von der Küste entfernt am Malebo-Pool (Stanley-Pool). Henry Morton Stanley gründete sie 1881 als Handelsstützpunkt und nannte sie zu Ehren des damaligen belgischen Königs Leopoldville. Im Jahr 1898 wurde die Eisenbahn zur Küstenstadt Matadi fertig gestellt. Nach der Verlegung der Hauptstadt Belgisch-Kongos von Boma nach Leopoldville im Jahr 1926 erlebte die Stadt ein rasches Wachstum. Sie hatte Mitte der 1930er Jahre etwa 40 000 Einwohner, davon ungefähr 2500 Europäer. Anfang der 1950er Jahre entstand eine Hochschule (Universität Lovanium). Vor der Unabhängigkeit bestand Leopoldville aus einer Europäerstadt und einer Afrikanerstadt (»Quartier Indigène«), wobei die Bewohner des einen Teils den anderen nach 21 Uhr abends nicht ohne Sonderausweis betreten durften. Um 1950 erhielt Leopoldville das mit 70 000 Plätzen größte Stadion Kongos (hier fand 1974 der legendäre Boxkampf zwischen Muhammad Ali und Foreman statt). 1960 war Lepoldville mit etwa 400 000 Einwohnern die größte Stadt Zentralafrikas. Mit der Unabhängigkeit wurde es Hauptstadt der unabhängigen Demokratischen Republik Kongo. Nach der Machtergreifung Mobutus 1965 benannte dieser Leopoldville 1966 in Kinshasa um, das ist der Name des früheren Ortskerns. Ein 1967 auf Befehl des damaligen Präsidenten Mobutu Sese Seko demontiertes sechs Meter hohes Reiterstandbild Leopolds II. wurde im Februar 2005 am »Boulevard du 30 juin« (Unabhängigkeitstag) wieder aufgestellt. In der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo leben bis zu acht Millionen Menschen (offiziell sechs); im Großraum Kinshasa/Brazzaville (Hauptstadt der Republik Kongo) sind es ca. 9 Mio. (vgl. das Städteporträt von Dominic Johnson).

10 Kindu: Die Hauptstadt der Provinz Maniema befindet sich am oberen Lauf des Kongoflusses im zentralen Osten der Republik. Während des 19. Jahrhunderts war Kindu ein wichtiges Handelszentrum für Elfenbein, Gold und Sklaven. Um 1860 siedelten hier swahilisch sprechende Araber, die den Sklavenhandel nach Sansibar organisierten. Bis heute sind Überreste der swahilischen und islamischen Kultur in der Stadt erkennbar.

11 Kisangani: Die Stadt liegt am Mittellauf des Kongos unterhalb der Tshunga-Fälle. Hier gründete Henry Morton Stanley im Dezember 1883 die »Stanley Falls Station« – daher ihr früherer Name »Stanleyville«. Der schottische Techniker Binnie blieb dort als Repräsentant des Kongo-

Freistaates und Betreiber der Handelsstation. In der Folge eskalierte ein Konflikt mit arabischen Sklavenhändlern, die Station musste zwischenzeitlich aufgegeben werden. Ab 1887 wurde Stanleyville Sitz des Sklavenhändlers Tippu Tip (1837–1905), dem Gouverneur unter der Oberhoheit Leopolds II. Im Jahr 1964 war die Stadt während der Kongo-Wirren Schauplatz eines Massakers der »Simba«-Rebellen an weißen Zivilisten und der darauf folgenden »Operation Dragon Rouge«. In einem gemeinsamen Militäreinsatz evakuierten belgische und amerikanische Truppen 1500 weiße Geiseln. Während der Kriege in den 1990er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts war Kisangani Schauplatz mehrerer schwerer Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Konfliktparteien. Kisangani ist Erzbistum der katholischen Kirche.

12 Kolwezi: Kolwezi liegt im Süden des Landes, etwa 100 km ostwärts des Dreiländerecks zu Sambia und Angola. Im März 1977 und im Mai 1978 drangen aus Angola die als »Katanga-Gendarmen« bekannt gewordenen Rebellen der Bewegung FNLC (Front Libération Nationale du Congo) in die Provinz Shaba (früher und gegenwärtig »Katanga«) vor. Sie versuchten, die rohstoffreiche Provinz von Zaire loszulösen und den Sturz Mobutus einzuleiten. Den von Kuba und der Sowjetunion unterstützten Angreifern aus Angola gelang es am 13. Mai 1978, Kolwezi zu besetzen. Nachdem Berichte von Massakern an Zivilpersonen – darunter Europäer – nach Kinshasa vorgedrungen waren, intervenierte die Regierung mit 1700 belgischen, 700 französischen und Tausenden zairischen Fallschirmjägern. Nach zwei Wochen erbitterter Kämpfe mit 1000 zairischen und 200 ausländischen toten Soldaten wurden die Kämpfer der FNLC im Mai 1978 endgültig aus dem Land gedrängt.

13 Likasi: Die Stadt im Süden des Landes wurde in der Kolonialzeit nach dem belgischen Ingenieur Jean Jadot »Jadotville« genannt. Likasi wurde während der Kongowirren 1961 unter der Schlagzeile »Die Belagerung von Jadotville« bekannt, als irische UN-Truppen sich den Soldaten des Premierministers von Katanga, Moïse Tshombé, geschlagen geben mussten. Während der Phase einer »ethnischen Säuberung« in der ehemaligen Provinz Shaba (Katanga) fanden hier Anfang der 1990er Jahre Gewaltexzesse gegen die Luba statt. Likasi ist Geburtsort des früheren Staatspräsidenten Laurent-Désiré Kabila.

14 Lisala: Lisala liegt am Mittellauf des Kongoflusses in der Provinz Mongala. Hier wurde am 14. Oktober 1930 der spätere kongolesische Diktator Mobutu Sese Seko Kuku Ngbendu wa Zabanga (»der allmächtige Krieger, der, aufgrund seiner Ausdauer und seines Siegeswillens, flammenden Schrittes von Sieg zu Sieg schreitet«) geboren. Lisala – in der Kolonialzeit ein strategischer Knotenpunkt – hieß bis 1926 »Nouvelle Anvers«.

15 Lubumbashi: Die heutige Millionenstadt an der Grenze zu Sambia wurde als »Elisabethville« (flämisch Elisabethstad) im Jahr 1910 gegrün-

det. Elisabethville entwickelte sich zum Zentrum der Kupfergewinnung im Kongo. Auch andere Mineralien wurden und werden abgebaut, so z.B. Kobalt und Zink. 1955 gründeten die Belgier eine Universität (heute Universität von Lubumbashi). Bei den Kommunalwahlen im Dezember 1957 verzeichnete die nationalistische Partei »Alliance des Bakongo«, die für eine sofortige Unabhängigkeit Kongos von Belgien angetreten war, in der Region ihre höchsten Stimmenanteile. In der Sezessionszeit (1960–1965) war Elisabethville die Hauptstadt des kurzlebigen »Staates« Katanga. 1966 bekam die Stadt im Rahmen der von Mobutu ins Werk gesetzten »Afrikanisierung« den Namen Lubumbashi. Im Mai 1990 stürmten Regierungstruppen den Campus der »Université du Zaïre«. Dabei kamen vermutlich bis zu 100 Studenten ums Leben. Am 17. Mai 1997 erklärte sich in Lubumbashi der Führer der Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL), Laurent-Désiré Kabila, zum Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo.

16 Matadi: Die Stadt liegt am linken Ufer des Kongoflusses, etwa auf halber Strecke zwischen dem Atlantik und der Hauptstadt Kinshasa. Seit 1898 sind die beiden Städte mit einer 366 km langen Eisenbahnstrecke und der Straßenverbindung »Route de Matadi« verbunden. Seit 1983 überspannt eine 722 m lange Straßen- und Eisenbahnbrücke den Fluss. Ursprünglich »Pont Maréchal« genannt, heißt sie heute »Pont Matadi« und führt von Matadi in die Stadt Boma. Matadi ist der wichtigste Hochseehafen der Demokratischen Republik Kongo.

17 Mbandaka: Mbandaka ist die Hauptstadt der Provinz Équateur und liegt am östlichen Ufer des Kongoflusses in der Nähe der Mündung des Tshuapa. Sie ist ein wichtiger Hafen im nördlichen Flusssystem des Landes. Henry Morton Stanley gründete 1883 die Stadt unter dem Namen »Équateurville«. Unter belgischer Herrschaft fand eine Umbenennung in »Coquilhatville« statt. Seit 1965 trägt Mbandaka seinen heutigen, unter Präsident Mobutu verliehenen Namen. 1997 beraubte eine Hochwasserkatastrophe rund 6000 Menschen ihrer Wohnungen. Mabandaka ist Erzbistum der katholischen Kirche.

18 Mbuji-Mayi: Europäer gründeten die Stadt im Süden des Landes 1910 als Diamantenförderstation. Sie hieß bis 1966 Bakwanga. Nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1960 wuchs die Stadt durch Zuwanderungen der Luba rasch an. Während der Kongo-Wirren (1960–1965) diente Mbuji-Mayi bis 1962 als Hauptstadt der abgespaltenen Provinz »Süd-Kasai«. Die jüngste Vergangenheit ist von Gewalt und Elend geprägt. Seit 1993 gibt es zunehmende Versorgungsprobleme wegen der zahlreichen Shaba-Flüchtlinge. Die Region um Mbuji-Mayi gilt als weltweit bedeutendes Diamantenfördergebiet.

Literatur und neue Medien

Die genannten Werke sind zum Teil im Buchhandel vergriffen. Bitte wenden Sie sich an Bibliotheken oder suchen Sie nach antiquarischen Ausgaben (z.B. www.zvab.com).

Wissenschaftliche Literatur

Ansprenger, Franz, Geschichte Afrikas, München 2002 [Gesamtdarstellung auf 130 S., gut als erste Orientierung]

Bitterli, Urs, Die »Wilden« und die »Zivilisierten«. Grundzüge einer Geistes- und Kulturgeschichte der europäisch-überseeischen Begegnung, München 1991 [Klassiker zum Verhältnis von europäischen und außereuropäischen Kulturen]

Bobb, Scott F., Historical Dictionary of Democratic Republic of the Congo (Zaire), Lanham, Maryland, London 1999 (= African Historical Dictionaries, 76)

Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Afrika I, Bonn 2001 (= Informationen zur Politischen Bildung, 264) [gute Einführung]

Bunnenberg, Christian, Der »Kongo-Müller«: Eine deutsche Söldnerkarriere, Münster 2006 [Abhandlung über eine Biographie der 1960er Jahre]

Büttner, Annette, Wenn Chaos regiert. Staatszerfall in Entwicklungsländern – Ursachen, Folgen und Regulierungsmöglichkeiten, Berlin 2004 [Fallstudie zu Kongo/Kinshasa 1979–2004]

De Vos, Luc, u.a., Les secrets de l'affaire Lumumba, Brüssel 2005 [fasst aktuelle Erkenntnisse einer belgischen Historikerkommission zu den Hintergründen der Ermordung Patrice Lumumbas zusammen]

Debiel, Thomas, UN-Friedensoperationen in Afrika. Weltinnenpolitik und die Realität von Bürgerkriegen, Bielefeld 2003 [aktuelle und vergangene Missionen]

Edgerton, Robert, The Troubled Heart of Africa: A History of the Congo, New York 2002 [Darstellung des Ersten Kongo-Krieges 1996 bis 1998]

Grimm, Sven, Die Europäische Afrikapolitik – Europas Rolle in einer randständigen Region, Hamburg, 2003 [zur Rolle der EU]

Grimm, Sven, und Nina Kielwein, Die Afrika-Strategie der Europäischen Union – Kohärenz gegenüber einem vielschichtigen Kontinent im Wandel?, Bonn 2005 [http://www.die-gdi.de]

Harding, Leonhard (Hrsg.), Ruanda – der Weg zum Völkermord. Vorgeschichte – Verlauf – Deutung, Münster 1998 [Analyse beginnend mit der Kolonialzeit]

Harding, Leonhard, Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999

Hilton, A., The Kingdom of Kongo, Oxford 1985 [Standardwerk zur Geschichte des Königreichs Kongo im 15./16. Jahrhundert]

Hofmeier, Rolf, und Mathias Schönborn (Hrsg.), Politisches Lexikon Afrika, München 1998 [detaillierte Betrachtung einzelner Staaten Afrikas]

Iliffe, John, Geschichte Afrikas, München 2003 [vielleicht die kenntnisreichste und am besten lesbare Gesamtdarstellung in deutscher Sprache]

Jansen, A., und C. Roeske, Brennpunkt DR Kongo. Krieg und Kriegsökonomie in Zentralafrika, Hamburg 2003 [Kurzbibliographie]

Johnson, Dominic, Kongo: Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens, Frankfurt a.M. 2008 [erklärt Gründe und Verlauf von Konflikten und Kriegen]

Johnson, Dominic, Von der Gewalt- zur Friedensökonomie. Deutsche Unternehmen in der Demokratischen Republik Kongo, Berlin 2007

Kinet, Ruth, »Licht in die Finsternis«. Kolonisation und Mission im Kongo, 1876–1908. Kolonialer Staat und nationale Mission zwischen Kooperation und Konfrontation, Münster 2005

Ludermann, Bernd (Hrsg.), Kongo – Geschichte eines geschundenen Landes, Hamburg 2004 (= Weltmission heute, 55 – Länderheft)

Mabe, Jacob E. (Hrsg.), Das Afrika-Lexikon. Ein Kontinent in 1000 Stichwörtern, Wuppertal, Weimar 2004 [hervorragendes, einbändiges Nachschlagewerk zu allen Bereichen afrikanischer Gegenwart und Vergangenheit]

Marx, Christoph, Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn 2004 [problemorientierte Darstellung, Nachschlagewerk]
Mehler, Andreas, Henning Melber and Klaas van Walraven, Africa Yearbook 2005. Politics, Economy and Society South of the Sahara, Leiden 2006 [Standardwerk zur Region Sub-Sahara mit präzisen Länderstudien]
Mollin, Gerhard Th., Die USA und der Kolonialismus. Amerika als Partner und Nachfolger der belgischen Macht in Afrika, Berlin 1996 [zur Rolle der USA bei der Dekolonialisierung des Kongo]
Muller, Eric, Ethnische Identitäten im Ostkongo. Eine Geschichte der Kivuregion, Berlin 2005
Obembo, Jean Pascal, The International Criminal Court. A Work in Progress in the Democratic Republic of Congo. In: Humanitäres Völkerrecht, 18 (2005), S. 11–23 [Aufsatz zur internationalen Strafgerichtsbarkeit]
Pabst, Martin, Der Kongo – Eine Konfliktanalyse. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, (2003), 4, S. 465–475 [Einstieg in die Kongo-Problematik]
Petter, Wolfgang, Der Kampf um die Kolonien. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, S. 392–412
Reiter, Erich, Der Kongoeinsatz der EU, Wien 2003 [strategische Analyse zur EUFOR-Operation ARTEMIS]
Schicho, Walter, Handbuch Afrika. In drei Bänden, Bd 1: Zentralafrika, Südliches Afrika und die Staaten im Indischen Ozean, Frankfurt a.M. 2001
Schreiber, Wolfgang, Kongo-Kinshasa (Kivu, Ituri). Bewaffnete Konflikte, Hamburg 2003
Seiler-Dietrich, Almut, Wörter sind Totems. Literatur in Afrika, Schriesheim 1995
Strizek, Helmut, Geschenkte Kolonien. Ruanda und Burundi unter deutscher Herrschaft. Mit einem Essay über die Entwicklung bis zur Gegenwart, Berlin 2006 (= Schlaglichter der Kolonialgeschichte, 4)
Tetzlaff, Rainer, und Cord Jacobeit, Das nachkoloniale Afrika. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wiesbaden 2005 (= Grundwissen Politik, 35) [Lehrbuch]
Tull, Denis, Die Demokratische Republik Kongo vor den Wahlen, Berlin 2006 [Analyse hinsichtlich der Chancen und Risiken für den Friedensprozess]
Tull, Denis, Die Hintergründe des Kongo-Konflikts: Genese und Verlauf eines kontinentalen Krieges. In: Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003, Hamburg 2003, S. 783–797 [der Kongo-Konflikt als afrikanischer Krieg]

Belletristik und Erinnerungsliteratur, journalistische Darstellungen

Achebe, Chinua, Okonkwo oder Das Alte stürzt, Frankfurt a.M. 1983 [schildert mit traditionellen Erzählmitteln den Untergang afrikanischer Gesellschaften]
Büttner, Richard, Reisen im Kongogebiet. Ausgeführt im Auftrag der Afrikanischen Gesellschaft in Deutschland 1884–1886, Lenningen 2008 [historischer Reisebericht]
Conrad, Joseph, Herz der Finsternis, München 2005 [vgl. Kasten S. 49]
De Witte, Ludo, Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo Krise, Leipzig 2001
Forbath, Peter, Der König des Kongo, München 1996 [engl. Lord of the Kongo, New York 1996; siehe Infokasten auf S. 18]
Gide, André, Kongo und Tschad, Stuttgart u.a. 1930 [Auseinandersetzung mit Praktiken der Kolonialherren; Literaturnobelpreis 1947]
Guevara, Ernesto Che, Der afrikanische Traum. Das wiederaufgefundene Tagebuch vom revolutionären Kampf im Kongo, Köln 2000
Heise, Albrecht, Der alltägliche Ausnahmezustand – Kongo im Chaos, Wien 2006 [Reportagen]
Hergé [i.e. Georges Remi], Tintin au Congo [Tim im Kongo, Hamburg 1997], Brüssel 1930 [Abenteuer von Tim und Struppi im Kongo der 1920er Jahre]
Hoare, Mike, Mercenary, London 1968 [Bericht des kommandoführenden Söldneroffiziers während der Kongo-Krise 1964/65]
Hochschild, Adam, Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechens, Stuttgart 2000 [romanhafte Darstellung des kolonialen Terrors und der Menschenrechtsbewegung Edmund Morels]

Joris, Lieve, Das schwarze Herz Afrikas. Meine erste Reise in den Kongo, München 2004 [Meisterwerk der Beobachtung und mitreißenden Erzählens]
Mailer, Norman, Der Kampf, München 1976 [Berichtet über den legendären Boxkampf zwischen George Foreman und Muhammad Ali 1974]
Mankell, Henning, Das Auge des Leoparden, München 2006 [Erlebnisse eines jungen Mannes, der seit 1956 intensive Erfahrungen an der sambisch-kongolesischen Grenze sammelt]
Mankell, Henning, Der Chronist der Winde, München 2002 [Schicksalsgeschichte eines afrikanischen Straßenjungen]
Monteiro, John J., Angola and the River Congo, 2 Bde, London 1875 [Reisebericht]
Ruzibiza, Abdul Joshua, Rwanda. L'histoire secrète, Paris 2005 [Darstellung der persönlichen Sicht eines Offiziers im Bürgerkrieg mit z.T. neuen Sichtweisen; allerdings mit Vorsicht zu bewerten]
Stanley, Henry M., Der Kongo und die Gründung des Kongostaates, 2 Bde, Leipzig 1885 [im Stil einer Reisebeschreibung, Klassiker aus der Kolonialzeit]
Stanley, Henry M., Die Entdeckung des Kongo. Hrsg. von Heinrich Pleticha, Gütersloh 1979 [Beschreibung der Expeditionen der 1880er Jahre]
Stanley, Henry M., Wie ich Livingstone fand. Bearb. von Wolfgang Seidel, Stuttgart 2003 [Reisebericht]
Der weiße Fleck: Die Entdeckung des Kongo 1875–1907. Hrsg. von Thomas Ehrsam u.a., Zürick 2006 [historische Reisebeschreibungen]
Widmer, Urs, Im Kongo, Zürich 1998 [Roman mit märchenhaften Zügen: Der schweizerische Held findet im Kongo sein Glück und zu sich selbst zurück]
Wissmann, Hermann von, Im Inneren Afrika's. Die Erforschung des Kassai, 1883–85, Leipzig 1888
Wissmann, Hermann von, Unter deutscher Flagge quer durch Afrika von West nach Ost, 1880–83, Berlin 1890
Wissmann, Hermann von, Meine zweite Durchquerung Aequatorial-Afrikas vom Congo zum Zambesi, 1886–87, Frankfurt a.M. 1891, Berlin 1907
Wrong, Michela, Auf den Spuren von Mr. Kurtz. Mobutus Aufstieg und Kongos Ende, Berlin 2002 [Vorgeschichte zur Herrschaft Mobutus]

Filme

African Queen, USA 1951, Regie: John Huston [Erster Weltkrieg: Sittenstrenge Missionarin (Kathrine Hepburn) versucht einen Flussschiffer (Humphrey Bogart) zu überzeugen, einen deutschen Flusskreuzer anzugreifen]
Ali, USA 2002, Regie: Michael Mann [Will Smith in der Hauptrolle als Muhammad Ali]
Blood Diamond, USA 2006, Regie: Edward Zwick [Thriller über Diamantenhandel im südlichen Afrika vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Sierra Leone]
Heart of Darkness. Return to the Scene of the Genocide in Rwanda, USA 2001 [Reportage der ABC-News über den Völkermord an den Tutsi 1994]
Hotel Ruanda, Südafrika/Großbritannien/Kanada 2004, Regie: Terry George [packendes Drama um einen Hotelmanager, der während des Ruanda-Genozids Zivilcourage beweist]
Katanga, Großbritannien 1968, Regie: Jack Cardiff [Bürgerkrieg im Kongo 1960–1965. Söldnergruppe erhält den Auftrag, eine Siedlung Weißer sowie einen Vorrat von Diamanten gegen Rebellen zu verteidigen]
Dem Löwen in die Augen schauen. Der schwierige Frieden im Kongo, Deutschland 2006, Regie: Uwe Agnes, Michael Kranefeld [Dokumentarfilm der Deutschen Welthungerhilfe]
Lost Children, Deutschland 2003–2005, Regie: Ali Samadi Ahadi, Oliver Hang Stoltz [dokumentarisches Porträt über vier Kindersoldaten]
Der Preis für den Frieden, Frankreich 2004, Regie: Paul Cowan [preisgekrönter Dokumentarfilm über die UNO-Mission MONUC]
Voyage au Congo, Frankreich 1926, Regie: Marc Allégret [Auseinandersetzung mit kolonialen Praktiken im Kongo der 1920er Jahre]
Weißer König, Roter Kautschuk, Schwarzer Tod, Belgien 2004, Regie: Peter Bate [internationaler Dokumentarfilm zur belgischen Kolonialherrschaft]

When We Were Kings, USA 1996, Regie: Leon Gast [Boxkampf Foreman gegen Muhammad Ali; 1997 Oscar für den besten Dokumentarfilm]
Die Wildgänse kommen, USA 1978, Regie: Robert McLaglen [Richard Burton und Roger Moore sollen als Anführer einer Söldnertruppe einen afrikanischen Oppositionspolitiker aus einem Gefangenenlager befreien]

Musik

Franco: The Very Best of the Rumba Giant of Zaire, Manteca 2000; *Johnny Wakelin:* In Zaire, PYE Records 1976; *Kanda Bongo Man:* Zing Zong, Hannibal 2002; *Loketo:* Soukous Trouble, Shanachie 1994; *Papa Wemba:* Molokai, Real World 1998;
Pepe Kalle: Larger than Life, Stern´s 1994; *Sam Mangwana:* Sam Mangwana Sings Dinu Vangu, Stern's Africa 2000; *Tshala Muana*, Mutuashi, Stern's Africa 2003

Internettipps

Bitte nutzen Sie für die Internetrecherche die ständig aktualisierten Webtipps des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes: <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/>. Neben den Aufsätzen der Reihe »Wegweiser zur Geschichte« finden Sie auf diesen Seiten auch Karten und Diagramme im PDF-Format sowie zusätzliche Beiträge und Schlüsseldokumente.

Bitte beachten Sie: Wir haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der verlinkten Seiten. Trotz sorgfältiger Auswahl können wir nicht in allen Fällen für die Ausgewogenheit der angebotenen Beiträge garantieren. Für entsprechende Hinweise sowie für alle Anregungen, Korrekturen und Ergänzungsvorschläge an *MGFAPresseEingang@bundeswehr.org* sind wir dankbar.

Register

Nicht aufgenommen: Belgien, Demokratische Republik Kongo, Frankreich, Kongo

AIDS/HIV 79, 84, 105, 146, 156–162, 168, 196, 198
Accord Global et Inclusif **123**
Accra 82
Addis Abeba 80, 123
Adenauer, Konrad 87
Adua 190
Ägypten 13, 83, 181, 186 f.
Äthiopien 13, 24, 63, 82 f., 123, 190
Afewerki, Isaias 63
Afghanistan 106, 110, 179
Afonso I. siehe Mbemba a Nzinga
Africa Proconsularis 187
African Peace Facility 93
African Standby Force (ASF) 78, 81–83, 85
African Union (AU) 78–83, 85, 93, 196
African Uniun Mission in Sudan (AMIS) 85
African Union Mission to Somalia (AMISOM) 85
Afrikanisches Parlament (Pan African Parliament) 80
Afrikanisierung 45, 48, 153, 177, 192, 206
Afrique-Équatoriale Française 54
AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) 88, 192
Albert I. von Belgien 38
Albertville (heute Kalemi) 35
Albright, Madeleine 61 f.
Algerien 47, 60, 83, 191
Alldeutscher Verband 33
Alliance des Bakongo 206
Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL) 70, 72 f., 195 f., 206
Allparteienregierung 73, 76, 114
Angola 14 f., 21–24, 26 f., 58, 70, 72, 74, 84, 97, 115, 120, 129, 136, 149, 193, 196 f. 205
Arab Maghreb Union (AMU) 83
Argentinien 169
Armée Nationale Congolaise (ANC) 42, 46, 50, 52, 55, 57–60, 73
Armée Patriotique Rwandaise (APR) 61 f., 64–66, 68 f., 71 f.
Arusha, Friedensverhandlungen von 61, 66, 69, 71, 195
Askari 37
Association International du Congo 45, 189 f.
asymmetrische Kriegführung 106
Australien 165
Authentizität 48, 57 f., 132, 153, 192
Azurara 23
Bad Kreuznach 62
Baker, James 59 f.

Bakongo 14 f., 21, 23, 25, 27, 52 f., 183, 187
Bakwanga siehe Mbuji-Mayi
Balkan 106, 110, 127
Balubakat 72
Banana 202
Bandundu 128
Bangala 130, 183
Bantu 14, 39, 41, 128, 186 f.
Banyarwanda (Banyamulenge) 61, 132, 195
Barza Intercommunautaire (Ältestenrat) 143 f.
Bas-Congo 97, 128, 199
Behaim, Martin 24 f., 187
Belgisch-Kongo 14, 35, 39, 41, 46 f., 51, 56, 135, 181, 190–192, 202 f.
Bemba, Jean-Pierre 78, 95, 98, **115**, 197–199, 203
Bena Lulua 203
Benedikt XVI. 198
Benguela 21
Benin 24
Berliner Konferenz siehe Kongo-Konferenz
Bismarck, Otto von 29 f., 32 f., 135
Blauhelme (UN-Soldaten) 50 f., 61 f., 67 f., 77, 81, 89, 101, 104 f., 108, 118 f., 122, 140, 160, 192 f., 202, 205
Blumenthal, Erwin 58, 168
Böhm, Richard 29
Boende 36
Bogoro 112 f.
Boka, Petelo 14
Boksburg 36
Boma 45, 137, 150, 191, 202, 204, 206
Bonn 63
Botswana 88, 161
Baudouin I. von Belgien 52
Bouhler, Phillip 37
Boulanger, Georges 32
Boutros-Ghali, Boutros 195
Brahimi, Lakhdar 60
Brasilien 26 f., 169, 186, 188
de Brazza, Pierre Savorgnon 54
Brazzaville 53 f., 136, 182, 204
Bretton Woods, Konferenz von 169
Brüssel 47, 58, 60, 151, 197
Buchner, Max 29
Bürgerkrieg 34, 51, 53, 58, 63, 71, 95, 104, 106, 110, 119, 121, 140, 158 f., 182, 193, 195, 202 f.
Büttner, Richard 30
Bukavu (früher Costermansville) 72, 102, 162, 202
Bunia 77, 92, 110, 124, 140, 148, 165, 197, 202
Bundu dia Kongo 98, 199
Buren 191
Burundi 61, 63, 67, 70–72, 74, 84, 106, 136, 155, 191, 196
Buyoya, Pierre 63
Byumba 65
Cabinda 22
Cabral, Pedro Alvares 186
Calvi 120
Cão, Diogo 24, 149, 187
Castro, Fidel 63
Cendrars, Blaise 179
Central Intelligence Agency (CIA) 51 f.
Ceuta 22
Chefs/Häuptlinge 129, 142 f.
China 22, 54, 57
Cholera 203
Christentum 15, 24, 142, 148 f., 152 f., 182, 195
Clinton, Bill 60 f., 63
Cohen, Herman 60
Colorado 46
Comélian, Jean 175
Conflict Early Warning and Response (CEWARN) 82
Coquilhatville (heute Mbandaka) 36
Conrad, Joseph **47**
Costermansville (heute Bukavu) 202
Cuvelier, Jean 14
Dänemark 88
Dafoe, Daniel 174
Dallaire, Romeo A. 62, 67 f.
Darfur 85, 109
DDR (Staat) 36
DDR-Prozess 100 f., 114 f.
Den Haag 112–114, 198
Department of Peacekeeping Operations (DPKO) 67
deutsch-französischer Krieg 29
Deutsche Afrikanische Gesellschaft (DAG) 28–30
Deutsche Marine 84
Deutsches Reich 28 f., 44
Deutschland 13, 30–33, 36 f., 58, 65, 79, 82 f., 86 f., 145, 150, 169, 172–175, 190, 198
Deutsch-Mittelafrika 33, 37
Deutsch-Ostafrika 28, 30 f., 36 f., 42, 44
Deutsch-Südwestafrika 30 f.
de Dhanis, Francis 31
Diaz, Bartolomeo 186
Djibouti 82
Dom Henrique 25, 186
Doña Beatrice 189
Dubai 136
Dunlop, John 43
Durba 166
Durban 78
Eanes, Gil 16, 22
Eastern African Community (EAC) 82
Eastern African Standby Brigade Coordination Mechanism (EASBRICOM) 82
Eastern African States Brigade (EASBRIG) 82 f.
Ebolavirus 193 f., 204
Economic Community of Central African States (ECCAS) 84
Economic Community of West African States (ECOWAS) 81 f., 109
ECOWAS Standby Brigade (ECOBRIG) 81
Einstein, Carl 179
Elfenbeinküste 24, 82, 109
Elisabeth, Königin von Belgien 38
Elisabethville/-stad (heute Lumbumbashi) 49, 54, 118 f., 204, 206
Équateur 128, 206
Équateurville (heute Mbandaka) 206
Eritrea 42, 46, 63, 82 f., 192
Ernährungslage **164**
Erster Weltkrieg 28, 33, 36 f., 42, 44, 68, 151, 153, 174, 179, 190

Ethnien 65, 71, 82, 92, 98, 103 f., 106, 126 f., 130, 132, 134, 138, 142 f., 166, 182, 196, 202, 204
ethnische Säuberungen 103 f., 127, 138, 195, 205
EU-Afrika-Gipfel 196
EUFOR RD Congo (European Force) 37, 86, **89**, 90, 93, 125, 198
EUPOL RD Congo 125
Europäische Gemeinschaft (EG) 192, 194
Europäische Kommission 87
Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) 91–93, 125
Europäische Union (EU) 77 f., 80, 85–93, 115, 124 f., 169
Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 87 f.
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 87, 118
Europäischer Entwicklungsfonds (EEF) 87 f., 93
Europäischer Rat 125
European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX) 93
EUSEC RD Congo (EU Security Sector Reform Mission in the Democratic Republic of the Congo) 125
Évolués (Assimilierte) 46 f.
Faik-Nzuji, Clémentine Madiya **176**
Faschodakrise 191
Fernando Póo 23
Ferry, Jules 29
Flüchtlingslager 61 f., 71–73, 124, 132, 158, 164
Forbath, Peter **16**
Force Publique 36, 38, 41, **42**, 43, 50, 52
Forces Armées de la République Démocratique du Congo (FARDC) 89 f., 96, 98, 100 f., 110, 112 f., 114 f.
Forces Armées Zaïroises (FAZ) 120
Forces de Résistance Patriotiques en Ituri (FRPI) 112
Forces Démocratiques de la Libération du Rwanda (FDLR) 100, 133
Foreman, George 56 f.
Franc Congolais (FC) 97
Franziskaner 37
Französisch-Kongo 54
Freistaat Kongo siehe Kongo-Freistaat
Fremdenlegion 120
Friedensprozess 68, 79, 110, 111 f., 114, 122, 125, 138
Friedens- und Sicherheitsrat (Peace and Security Council PSC) 80, 198
Frobenius, Leo 179
Front de Libération Nationale du Congo (FLNC) 120 f., 193, 205
Front Nationaliste et Intégrationniste (FNI) 112
Gabun 54, 89 f.
Gaddafi, Muammar al 78
de Gaulles, Charles 87
Gbadolite 59, 63, 203
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 91–93
Genozid 61 f., 64 f., 67, **68**, 69, 71, 74, 76, 80, 100, 127, 158, 194, 202
Ghana 24, 82, 165, 191
Gizenga, Antoine 96
Globalisierung 21, 26, 102, 107
Goldküste (heute Ghana) 24
Golf von Guinea 22 f.
Goma 69, 72, 74, 100, 102, 136, 143, 165, 196, 202 f.
Gombe 182, 184
Grimm, Jacob und Wilhelm 179
Großbritannien 27, 29, 33 f., 43, 46, 82, 88, 91, 169, 182, 188 f., 191
Großfriedrichsburg 27
Gruppe der 13 59, 194
Guevara, Ernesto »Che« (»Dr. Tutu«) **63**
Guinea 193
Habyarimana, Juvénal 61, 65, 67, 71
Häuptlinge siehe Chefs
Hammarskjöld, Dag 50, 116 f., **118**
Hammarskjöld, Hjalmar 118
Harare 83
Haut Conseil de la République 60
Haut Uélé-Distrikt 166
Heinrich der Seefahrer 23
Hema 165, 196 f., 202
Hepatitis 156
Hereros 31
Hiroshima 46, 190
Hitler, Adolf 37
HIV siehe AIDS
Holland 187
Hondius, Jodocus (auch Josse de Hondt) 20
Human Rights Watch 140
Hunde 60
Hutu 60–62, 64–69, 71, 74, 108, 132 f., 191, 194, 196, 202 f.
Ilebo 203
Indien 25 f., 187
Indonesien 27
Ingende 36
Innerkongolesischer Dialog 76, 115, 123
Interahamwe siehe Mouvement Révolutionnaire National pour la Démocratie et le Développement
Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) 82
Interim Emergency Multinational Force (IEMF) 124 f.
International Rescue Committe (IRC) 198
Internationale Afrikanische Gesellschaft 29
Internationaler Gerichtshof (IGH) 113
Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) 69, **112**, 113 f., 199
Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda (International Criminal Tribunal for Ruanda, ICTR) 69
Internationaler Währungsfonds (IWF) 168, **169**, 170

Irak 91, 106
Irland 88
Ironsi, Aquiyu 50
Israel 58, 83
Ituri-Provinz 77, 92, 98, 112–114, 124, 196, 202
Jadot, Jean 205
Jadotville (heute Likasi) 205
Jaga 187
Janssens 52
Japan 169
Jesuiten 151, 175
João I. siehe Nzinga a Nkuwu
João II. 150
Jonköpingh 118
Jugoslawien 108
Kabasele 175
Kabila, Joseph **73**, 76, 90, 95, 98, 100, 115, 123, 137, 147, 170, 197–199
Kabila, Laurent-Désiré 62 f., 70, **72**, 73 f., 76, 102, 115, 126, 132, 137, 172, 184, 195 f., 197, 202, 205 f.
Kagame, Paul 62, 65, 69
Kairo 181, 196
Kalemi (früher Albertville) 107
Kalima 165
Kalter Krieg 49, 55, 58 f., 102 f., 108, 120 f.
Kamerun 30, 33
Kamina 35 f.
Kanada 194
Kananga (früher Luluabourg/Malandji) 46, 203
Kanarische Inseln 22 f.
Kap Bojador 22
Kap der Guten Hoffnung 186
Kap Kolonie 187
Kap Verde 23
Kapverdische Inseln 25
Karthago 187
Karim, Peter 113
Kasai-Provinz 30, 55, 127 f., 136, 139, 158, 183, 187, 191, 203, 206
Kasavubu, Joseph 49 f., 52, 54 f.
Katanga-Gendarmen 58, 205
Katanga, Germain 112, 114
Katanga-Provinz 35, 41, 46, 50 f., 54 f., 58, 72, 77, 98, 118, 121, 127 f., 136, 139, 158, 163, 187 f., 190, 192 f., 199, 205 f.
katholische Kirche 59, 148, **150**, 151, 155, 192, 202 f., 205 f.
Kaukasus 106
Kenia 82–84, 160, 191
Kennedy, John F. 55
Kengo wa Dondo 61
Khoi 187
Kigali 68 f., 71
Kikongo 130, 174
Kikwit 204
Kimba, Evariste 55
Kimbanguismus 44, 153, 190
Kimbangu, Simon 153
Kindersoldaten 84, 100, 106 f., 112
Kindu 204
King, Don 56
Kinois 139, 183, 185
Kintambo 181 f.
Kirchen 37, 140–142
Kisangani (früher Stanleyville) 34, 54, 60, 154 f., 204
Kituba 128
Kivu-Provinzen 61, 72, 77, 98, 100, 113, 128, 132 f., 134 f., 137–139, 143, 158, 162–165, 187, 195, 198–203
Kleptokratie 59
Königreich Kongo 13–19, 20 f., 26, 129, 149, 186
Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KAIPTC) 82
Kolwezi **120**, 136, 205
Kombattanten 37, 77, 111, 114 f.
Kommando 52 34, 36
Kommissarskollegium (Collège du Commissaires) 54 f.
Kommunismus 36, 49, 58, 63, 120 f.
Kongoakte 30
Kongo-Brazzaville siehe Republik Kongo
Kongo-Freihandelszone 30, 135
Kongo-Freistaat (État Indépendant du Congo) 29 f., 32 f., 39, 41–45, 52, 55, 135, 150, 189, 190 f., 199 f.
Kongo-Gräuel 33, 42, **43**, 44, 191
Kongo-Kinshasa 50, 53 f., 117–119, 121 f., 125
Kongo-Konferenz 29–31, 38, 40 f., 54, 135, 150, 189, 202
Kongo-Krieg 72, 74, 77, 111, 115, 138, 184, 195, 197, 202
Kongo-Müller **34**, 36
Kongo-Reform-Association 33, 43
Kongo-Wirren 118, 202, 205 f.
Koongo 127 f.
Korruption 94, 96–98, 107, 115, 162, 170
Korsika 120
Kriegsverbrechen 80, 112–114
Kronkapitalismus 27
Kuba 58, 63, 119 f., 193, 205
Kund, Richard 30
Kurfürstentum Brandenburg 7
Kusch 186
Kwamouth 151
Kwango 151
Kwilu-Provinz 55, 192
La Baule 60
Labour Service Unit (LSU) 34
Lagos 136, 181
Landwirtschaft 65, 132, 138, 162–164
Lemkin, Raphael 68
Lendu 128, 166, 196 f., 202
Lenz, Oskar 29
Leonor 16
Leopold II. von Belgien 29–33, 38–45, 52, 55, 135, 150–152, 188 f., 202, 205
Leopoldville (heute Kinshasa) 38, 40, 45 f., 52, 151, 181–183, 188, 190, 204
Les Affreux (Die Schrecklichen) 36
Lettow-Vorbeck, Paul v. 36 f.
Lianja 178
Liberia 24, 82, 160

Libreville 84, 89
Libyen 83
Likasi (früher Jadotville) 136, 205
Limoges 177
Lingala 127 f., 130, 183
Lisala (früher Nouvelle Anvers) 205
Lissabon 25, 93, 149
Lissouba, Pascal 53
Livingstone, David **40**, 150, 188 f.
Lomé, Konvention von 88, 192
London 33, 39, 58
Low Intensity Conflict (LIC) 106
Luambo Makiadi (Franco) 175
Luanda (früher São Paolo de Luanda) 22, 26, 120, 187
Luba 72, 129, 178, 186, 191, 195, 203, 206
Luba-Kasai 127 f., 130
Luba-Katanga 128, 130
Lubanga, Thomas 112, 114, 198
Ludovic, G. 12
Lugbara 128
Luluabourg (heute Kananga) 30, 46, 203
Lubumbashi (früher Elisabethville) 49, 54, 130, 136, 138, 194, 203, 205
Lumumba, Patrice Émery 49–52, 54 f., 63, 72, 119, 192 f., 197
Lunda 120, 129 f.
Lusaka, Waffenstillstand von 70, 74, 122 f., 196
Maastricht, Vertrag von 91
Maathai, Wangori 198
Madeira 22, 24
Maj-Maj-Milizen 1999
Malaria 162, 168
Malawi 161
Malembe, Thimothée 175
Malula, Joseph Albert 153 f.
Mandela, Nelson 59
Maniema-Provinz 165, 204
Manikongo 15–18, 20, 24, 149
Matata, Cobra 113
Marokko 22, 58, 63, 80, 83, 120, 195 f.
Marokko-Kongo-Vertrag 33
Marsch der Christen 154, 195
Masisi-Krieg 60
Massaker 64, 68, 77, 120, 141, 192, 197, 202, 205
Matadi 137, 150, 191, 204, 206
Mau Mau 191
Mauren 22
Mauretanien 23, 83
Mauritius 88
Mbandaka (früher Coquilhatville/Équateurville) 36, 206
Mbanza Kongo (São Salvador) 15–17, 20, 149
Mbanzu-Ngungu siehe Thysville
Mbeki, Thabo 123
Mbemba a Nzinga (Afonso I.) 16, 25, 149, 186 f.
Mbilia Bel 175
Mbuji-Mayi (früher Bakwanga) 136, 206
Mbuki, Sylvain 102
Mbumba, Nathaniel 120
Mechow, Alexander von 29
Midrand/Südafrika 80
Milizen 66 f., 69, 77, 90, 94–96, 100 f., 106, 111–114, 133, 140, 165, 198 f.
Mission des Nations Unies en République Démocratique du Congo (MONUC) 76 f., 86, 89, 98, 100, 109–111, 115, 122–125, 196–198, 202
Missionierung 20, 24, 41, 142, **150**, 151–154, 187–189
Mitterrand, François 60
Moba 72
Mobutismus 48, 132
Mobutu, Joseph Désiré (ab 1972 Sese Seko) 34, 42, 45, 48–52, 54–63, 70–73, 107, 115, 120 f., 132, 135, 138, 143, 153 f., 166, 168, 182–184, 193–196, 203–206
Mobyem, Norbert Mikanza 177
Mohammed 186
Mongbwalu 165
Mongo-Nkundo 178
Mosambik 193
Monsengwo Pasinya, Laurent 60, 154 f.
Mouvement National Congolais (MNC) 52, 191
Mouvement Populaire de la Révolution (MPR) 48, 60, 132, 192
Mouvement pour la Libération du Congo (MLC) 74, 76, 111, 197, 203
Mouvement Révolutionnaire Congolais (MRC) 112
Mouvement Révolutionnaire National pour la Démocratie et le Développement (MRND) 66
Movimento Popular da Libertação de Angola (MPLA) 58
Mpili 176
Mudimbe, Valentine Y. **176**
Müller, Siegfried siehe Kongo-Müller
München 16
Muhammad Ali **56**, 57
Museveni, Yoweri 62 f., 71
Mutombo, Dieudonné 175
Nagasaki 46, 190
Naher Osten 106, 118
Nairobi 83
Namibia 70, 74, 197
Nande 60, 128
Nationalkonferenz (Conférence Nationale Souveraine) 154
Nationalsozialismus 175
Nationalversammlung 170
Ndola 118
N`Djili 89
N`Dolo 89
Ne Mbanda 16
Négritude 153, 175
Neue Kriege **106**
New Hampshire 169
New York 16
Ngaliema 181 f.
Ngbaka 128

Ngudjolo, Mathieu 112, 114
Niederlande 89
Nigeria 24, 82, 84, 160, 181, 193
Nil 135
Nimi a Nzima 14, 186
Nimi a Nzinga 16
Nkunda, Laurent 100 f., 113, 133
Non-Governmental Organizations (NGOs) 37, 104, 140 f., 144, **145**, 158, 164
Non-Profit-Organization 145
Nouvelle Anvers (heute Lisala) 205
N'Sele 48, 193
Nuvbien 186
Ntaryamira, Cyprien 61
Nürnberg 25, 187
Nviragongo 203
Nzinga a Nkuwu (João I.) 15, 24, 149, 187
Operation Active Endeavour 83
Operation Artemis 77, 86, 112, 124, 197
Opération des Nations Unies au Burundi (ONUB) 124 f.
Opération des Nations Unies au Congo (ONUC) **50**, 51, 116–119, 121, 193
Operation Dragon Rouge 205
Operation Restore Hope 61
Operation Turquoise 69
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 92 f.
Organization for African Unity (OAU) 79, 192, 197
Osmanisches Reich 22, 29, 68
Otto von Freising 24
Palästina 83
Papa Wemba 175
Papst 23
Paris 60, 176, 190
Parti de la Révolution Populaire (PRP) 72
paysonnats indigeńes (Afrikaner-Siedlungen) 191
Peace Enforcement 117, 122
Peace Support Operations 117
Peacekeeping 81 f., 116 f., 122, 160
Pechuel-Lösche, Eduard 29
Peking 36
Pepe Kalle 175
Peter der Große 18
Pfefferküste (heute Liberia) 24
Pfingst-Verschwörung 193
Pharmakina 162
Pogge, Paul 29 f.
Polen 34
Pombeiros 26
Popularmusik **175**
Portugal 12–18, 20–27, 29, 48, 58, 95, 149, 187, 189, 193, 199
Prämonstratenser 151
Presidential Decision Directive 25 61
Pretoria, Abkommen von 76, 123, 196
Priesterkönig Johannes 20, 23, **24**
Provinz Équatorial 36
Quartier Indigène 204
Reconquista 22 f.
Redemptoristen 151
Reichard, Paul 29, 204
Republik Kongo **53**, 136, 180, 204
Ressemblement Congolais pour la Démocratie (RCD) 70, 74, 76, 111, 165, 197
Ressemblement Congolais pour la Démocratie – Mouvement Libération (RCD-ML) 111
Rhodes, Cecil 189
Rhodesien (heute Simbabwe) 34
Richardson, Bill 62
Römisches Reich 13
Römisches Statut 113
Rom 149, 154, 187
Rostock 31
Ruanda 44, 61 f., 64–66, 69–74, 76, 80, 84, 95, 100, 102, 105–107, 109, 127, 132, 136, 138, 155, 158, 163–166, 168, 170, 191 f., 194–197, 202 f.
Ruanda-Urundi (heute Ruanda und Burundi) 37, 44
Ruberg, Bernhard 37
Ruberwa, Azarias 76
Rumble in the Jungle **56**
Russland 18, 33, 37
Sambesi 135, 150
Sambia 40, 118, 120, 122, 136, 205
San 187
Sansibar 204
São Jorge da Mina 23
São Salvador siehe Mbanza Kongo
Sao Tomé 23 f., 26
Sassu-Nguesso, Denis 53 f.
Savimbi, Jonas 58
Scheutveld 151
Schütt, Otto 29
Schweden 116, 118 f.
Schweiz 86
Senegal 82
Sese Seko siehe Mobutu
Shaba siehe Katanga-Provinz
Shegues (Jugendbanden) 63, 98, 133
Shetlands 105
Sierra Leone 82, 109, 158, 160
Simbabwe 70, 74, 83, 158, 170, 189, 196 f.
Simba 34, 192, 205
Sizilien 105
Sklaven/Sklaverei 17, 20 f., 24–27, 39, 41, 149, 187 f.
Sklavenhandel 20 f., 23, 25 f., 28, 31, 52, 149, 188, 202, 204
Sobel 106
Société Générale de Belgique (SGB) 38, 44, **45**, 191
Söldner 34–36, 42, 51, 55, 106
Solana, Javier 91
Somalia 61, 82 f., 85, 109, 161
Songe 128
Southern African Development Community (SADC) 83

Sowjetunion 49, 54, 103, 119 f., 205
Sprachen **128**
St. Malo 91
Staatszerfall, -verfall 59, 103, **106**, 108, 135, 137, 141, 157, 160 f., 184
Stanley, Henry Morton 29, 38 f., **40**, 150, 181, 188 f., 204, 206
Stanleyville (heute Kisangani) 54, 204 f.
Straße von Malakka 22
Strauß, Franz Joseph 58
Studienkomitee für den Oberkongo 45, 189
Sub-Sahara Afrika 105, 127, 157, 160, 186
Südafrika 34 f., 36 f., 55, 59, 76, 78, 80, 84, 115, 123, 136, 158, 160, 190 f., 194, 196–198
Sudan 82 f., 85, 109, 150, 161, 190 f.
Suezkrise 118
Sun City, Abkommen von 123, 197
Swahili 127 f., 204
Tabu Ley (Rocherau) 175
Tanganjikasee 31, 72
Tansania 67, 69, 82, 157
Tappenbeck, Hans 30
Tchicaya U Tam'si **176**
Terrorismus 79, 85, 92, 105 f.
Thysville (heute Mbanzu-Ngungu) 52
tirailleurs sénégalais 174
Tim und Struppi 86
Togo 24
Trappisten 151
Tribalismus 139, 142, 182
Trotha, Lothar von 31
Tschad 54, 70
Tshisekedi wa Mulumba, Etienne 59–61, 195
Tshombé, Moïse Kapenda 34, 50 f., 54 f., 58, 192, 205
Tuckey, James 188
Türkei 86, 169
Tunesien 83
Tutsi 60–62, 64–67, 69, 71, 108, 126, 132 f., 191 f., 194–199, 202
Ubangi-Schari (heute: Zentralafrikanische Republik) 54
Ujiji 40, 189
UdSSR siehe Sowjetunion
Übergangsregierung/-parlament 59–61, 66, 111, 114, 123, 141, 144, 197, 199
Übergangsverfassung (Loi Fondamental) 124, 197
Uganda 62 f., 67, 70–74, 82, 84, 95, 100, 106, 136, 157 f., 163, 165 f., 168, 170, 196 f., 199 f.
UN-Charta 68, 117, 119, 121 f.
UN-Generalsekretär 50, 116–119, 121, 124
l`Union des patriotes congolais (UPC) 112
Union pour la Démocratie et le Progrès Social (UDPS) 59 f., 138, 195
United Nations Assistance Mission in Rwanda (UNAMIR) 66 f., 69
United Nations Organization (UNO) 50, 55, 60, 67–69, 76, 89, 92 f., 104 f., 108–111, 113, 116 f., 119, 121 f., 125, 158, 169, 202
UN-Resolutionen 50, 51, 89, 117, 119, 121 f., 124, 157
UN-Sicherheitsrat 50 f., 55, 61 f., 67–69, 77, 104 f., 117–119, 121–124, 157, 196–198
UN-Vollversammlung 57, 118 f., 121 f.
Uppsala 118
USA 33, 43, 46, 50 f., 56, 58, 61 f., 76, 119, 126, 165, 169, 188, 190, 193 f., 205
Vasco da Gama 25, 187
Vatikan 151
Versailler Vertrag 37, 44
Vespucci, Amerigo 186
Vietnam 36
Vingadio, Timoteo 174
Völkerbund 65, 190
Völkermord siehe Genozid
Voix des Sans Voix 146
Volksrepublik China siehe China
Volksrepublik Kongo 54
Wahrheits- und Versöhnungskommission 114
Warlords 103 f., 107, 159, 162, 165
Washington 36, 58, 60
Weltbank 163, 169
Wendo 175
Westsahara 80, 83
Wiener Konferenzen 118
wirtschaftliche Ausbeutung 12, 20, 38, 41, 44, 55, 107, 111, 149–152, 162, 171, 184, 191
Wissmann, Herrmann von 28, 30, **31**
Wolf, Ludwig 31
Yeke 130
Zaire 48, 56 f., 61 f., 65, 69, 70–73, 120 f., 135, 192–196, 199, 203, 206
Zairisierung siehe Authentizität
Zanawi, Meles 63
Zentralafrika 13, 23, 29 f., 63, 84, 80, 87, 118, 124, 129, 135, 150, 171, 187, 204
Zentralafrikanische Republik 54, 93
Zweiter Weltkrieg 337 f., 42, 46, 77, 153, 169, 174, 190

Autorinnen und Autoren

Leitender Regierungsdirektor Thomas Breitwieser (tb), Bundeswehrdisziplinaranwalt beim Bundesverwaltungsgericht, Leipzig (thomasbreitwieser@bundeswehr.org)
Christian Bunnenberg (cb), Studienreferendar, Münster (bumberch@uni-muenster.de)
Dr. Bernhard Chiari (bc), Leiter Modul Einsatzunterstützung, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam (bernhardchiari@bundeswehr.org)
Richard Göbelt (rg), Friedrich-Meinecke-Institut an der Freien Universität Berlin (richardgoebelt@aol.com)
Dr. Sven Grimm, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn (sven.grimm@die-gdi.de)
Hauptmann Sebastian Grumer M.A. (sg), z.Z. Kompaniechef der 4./Fallschirmjägerbataillon 261 in Lebach (sebastiangrumer@hotmail.com)
Mag. phil. Mag. Dr. jur. Peter Hazdra, Landesverteidigungsakademie, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK), Wien (peter.hazdra@bmlv.gv.at)
Dominic Johnson M.A., die tageszeitung, Berlin (johnson@taz.de)
Christiane Kayser, freie Gutachterin und Forscherin in verschiedenen Gebieten Afrikas; Mitglied des Pole Instituts, Goma, Demokratische Republik Kongo; zur Zeit Lehrauftrag an der Humboldt-Universität zu Berlin (christiane.kayser@gmail.com)
Fregattenkapitän Wolf Kinzel, Zentrum für Transformation, Bereich Sicherheitspolitik/Militärstrategie, Berlin (wolfkinzel@bundeswehr.org)
Oberstleutnant Dr. Dieter H. Kollmer (dhk), Bundesministerium der Verteidigung, Bonn (dieterkollmer@bmvg.bund.de)
Prof. Dr. Volker Matthies, Dozent für Politikwissenschaft und Wiss. Direktor im Fachbereich Sozialwissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg; (Honorar-) Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg; langjähriges Mitglied im Kuratorium des Instituts für Afrika-Kunde, Hamburg (volkermatthies@t-online.de)
Dr. Marco Moerschbacher, Missionswissenschaftliches Institut Missio e.V., Aachen (moerschbacher@mwi-aachen.org)
Kapitänleutnant Andreas Mückusch M.A. (am), Fregatte Schleswig-Holstein (andymueckusch@web.de)
Eric Muller M.A., College of Europe, Warszawa (ericmull@yahoo.com)
Hauptman Magnus Pahl M.A. (mp), Modul Einsatzunterstützung, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam (magnuspahl@bundeswehr.org)
Dr. Wolfgang Petter (wp), Historiker, Kleinmachnow
Dr. Volker Ressler, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Brüssel (volker_ressler@yahoo.de)
Dr. Martin Rink (mr), Historiker, Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam (mrink@wundertier.de)
Dr. Helmut Strizek, Historiker und Politologe, Berlin (strizek@t-online.de)
Prof. Dr. Rainer Tetzlaff, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg (prof@rainer.tetzlaff.de)
Sarah Tietze M.A., Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilian-Universität München (sarahtietze@hotmail.com)
Dr. Denis Tull, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (denis.tull@swp-berlin.org)

Die erste Auflage des vorliegenden Bandes konzipierte das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) unmittelbar vor Beginn der militärischen Operation, mit der die Europäische Union dabei half, die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa abzusichern (EUFOR RD Congo). Der erfolgreich verlaufene Einsatz im Sommer 2006, an dem 780 deutsche Soldaten beteiligt waren, ist mittlerweile Geschichte. Aber auch nach Klärung der politischen Machtverhältnisse im Land und dem Sieg des alten und neuen Präsidenten Joseph Kabila verhindern Konflikte und Verteilungskämpfe nachhaltigen Aufschwung und dauerhafte Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo. Über das komplizierte und fremdartige Umfeld sind in Deutschland nur höchst unzureichende Kenntnisse vorhanden.

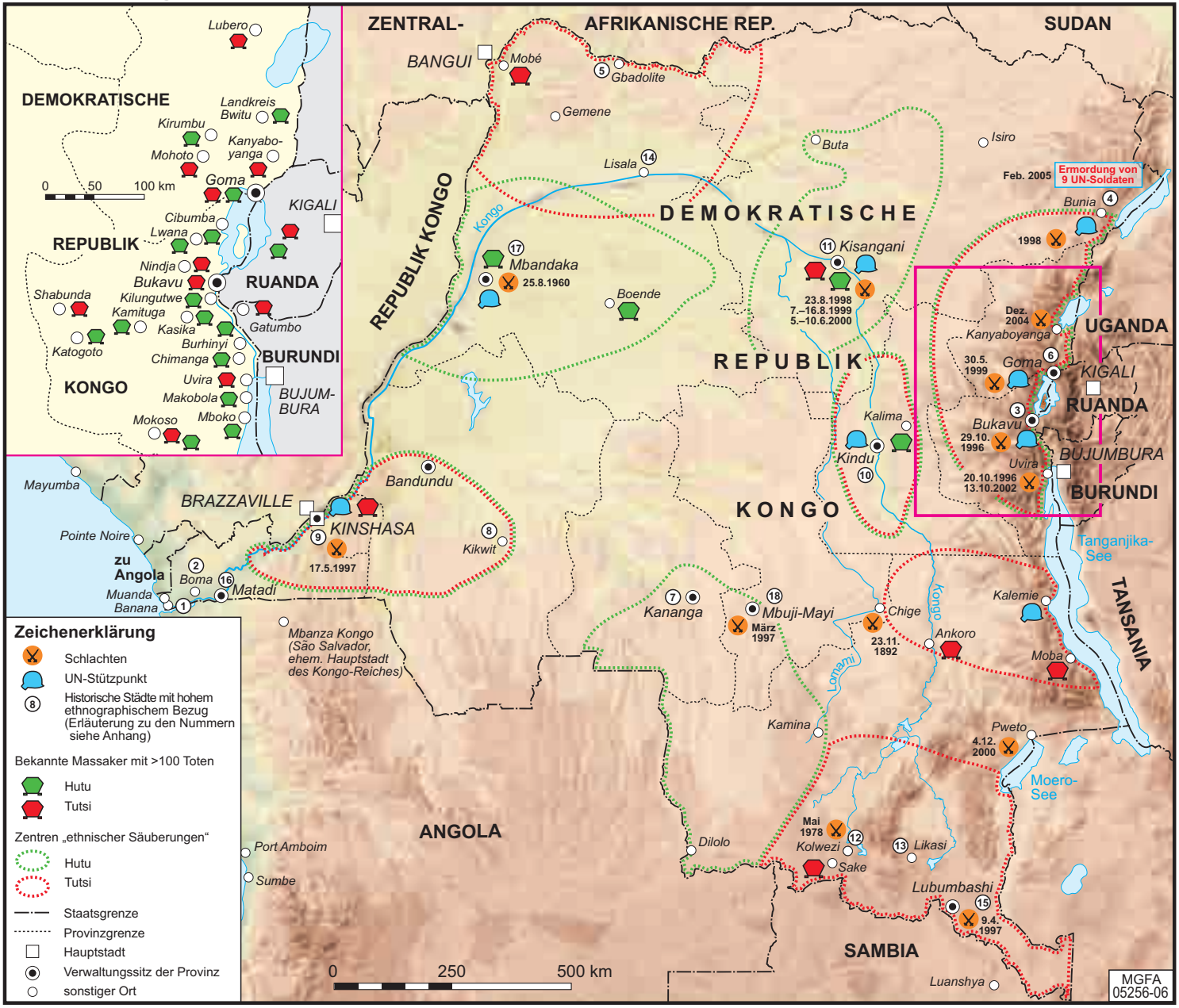
Der im Frühjahr 2008 aktualisierte und überarbeitete »Wegweiser zur Geschichte« analysiert neben politischen oder militärischen auch »weiche« Faktoren wie Geschichte und Kultur. Das Buch bietet in drei Abschnitten Informationen zur Demokratischen Republik Kongo an. Renommierte Autoren zeichnen zunächst wichtige historische Entwicklungslinien nach, wobei die Zeit nach der Unabhängigkeit des Landes 1960 einen Schwerpunkt bildet. In einem zweiten Teil, überschrieben mit »Strukturen und Lebenswelten«, werden Schlüsselbegriffe und -probleme vertieft. Die Beiträge fügen sich zu einem Gesamtpanorama der heutigen Gesellschaft des Landes zusammen. Ein Anhang enthält schließlich eine Zeittafel, Literaturtipps und andere weiterführende Hinweise. Anhand von »Erinnerungsorten« und Karten wird die historische Geografie der Demokratischen Republik Kongo erschlossen.

www.mgfa.de
Dritte, überarbeitete Auflage

ISBN 13: 978-3-506-75745-6
ISBN 10: 3-506-75745-8

Eine Publikation des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
im Verlag Ferdinand Schöningh

Erinnerungsorte



Kartengrundlagen aus MLU 2006-02 - Vervielfältigung mit Genehmigung des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr (DGID), Lizenz B-6A002